Irak, Türkei und der Mittlere Osten

Aussenpolitische Herausforderungen für die Türkei und Deutschland

Onlinedokumentation
der Konrad-Adenauer-Stiftung

Reden des 17. deutsch-türkischen Journalistenseminars vom 17. bis 29. Juni 2003 in Kemer, Antalya.

Sankt Augustin, 15. November 2004

Irak, Türkei und der Mittlere Osten

Aussenpolitische Herausforderungen für die Türkei und Deutschland

Vorwort

Dr. Wulf Schönbohm
Konrad-Adenauer-Stiftung,
Türkei-Landesbeauftragter, Ankara

Orhan Erinç
Vorsitzender des
Türkischen Journalistenverbandes, Istanbul

Vural Öger
Vorsitzender der
Deutsch-Türkischen-Stiftung, Hamburg

Abdurrahman Bilgiç
Leiter der Abteilung Presse und Information des
Ministerpräsidentenamtes, Ankara

Die politische Lage im Mittleren Osten nach dem Irak-Krieg

Dieter Bednarz
Der Spiegel, Hamburg

Cengiz Çandar
Tercüman, Istanbul

Neuorientierung der türkischen und deutschen Außenpolitik nach dem Irak-Krieg?

Wolfgang Molitor
Stuttgarter Nachrichten, Stuttgart

Zafer Atay
Dünya Gazetesi, İstanbul

Die Zukunft des Irak nach dem Krieg

Evangelos Antonaros
Die Welt , Atina

İlnur Çevik
Turkish Daily News, Ankara

Die Zukunft der NATO aus türkischer und deutscher Sicht

Mustafa Özbey
Zwei Sterne Admiral a.D, Istanbul

Horst Bacia
Frankfurter Allgemeine Zeitung, Brüssel

Die neue amerikanische Präventionsstrategie und ihre Auswirkungen auf das Verhältnis zu Europa und zum Mittleren Osten

Dietrich Alexande
Die Welt , Berlin

Faruk Demir
Center for Advanced Strategy, Ankara

Ist das Zypernproblem noch vor Ende des Jahres 2004 zu lösen?

Leyla Tavşanoğlu
Cumhuriyet, Istanbul

Dr. Knut Krohn
Stuttgarter Zeitung, Stuttgart

Philippos Savvides
ELIAMEP, Athen

Die AKP – islamisch-konservative oder islamistische Partei?

Dr. Günther Seufert
Berliner Zeitung, Istanbul

Mustafa Karaalioğlu
Yeni Şafak Zeitung, Ankara

Ruşen Çak r
Vatan Zeitung, Istanbul

Die Türkei-EU-Beziehungen in der Entscheidungsphase

Marlies Fischer
Hamburger Abendblatt, Hamburg

Naci Ak nc
General Direktor, Europa Abteilung im
türkischen Außenministerium, Ankara

Paulina Lampsa
Beraterin vom Außenminister Papandreou, Athen

Semih İdiz
Akşam Zeitung, Ankara

Irak, Türkei und der Mittlere Osten – außenpolitische Herausforderungen für die Türkei und Deutschland

Vorwort

Dr. Wulf Schönbohm
Türkei-Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung, Ankara

Die politische Situation im Mittleren Osten ist in Bewegung geraten. Im Dauerkonflikt zwischen Israel und Palästinensern und den arabischen Staaten wird ein neuer Anlauf versucht. Wir Europäer versuchen bei diesem Konflikt zunehmend eine Rolle zu übernehmen. Wir werden sehen, welchen Erfolg wir damit haben. Die USA scheinen nach dem 11. September eine neue Strategie für diese Region entwickelt zu haben, indem sie gegen die Staaten, die Terrorismus unterstützen, vorgehen wollen, auch präventiv, wie wir das am Beispiel Irak gesehen haben, und sie scheinen auch die ganze Region in einen Umgestaltungsprozess in Richtung mehr Demokratie drängen zu wollen. Stichwort: Greater Middle East.

Der Irakkrieg war die erste Konsequenz dieser Strategie, und dieser Krieg hat zu erheblichen politischen Veränderungen geführt. Die jahrzehntelangen Partner der USA, und dazu gehören sowohl Deutschland wie auch die Türkei, sahen sich dem Problem gegenübergestellt, einerseits den Partner USA zu unterstützen – das dieser auch erwartete, andererseits jedoch keine Mitbestimmung bei der gewählten amerikanischen Strategie zu haben. Dieser Konflikt, der damit deutlich geworden ist, hat zu einer Spaltung oder wenigstens einem starken Zwiespalt innerhalb der NATO und auch innerhalb der Europäischen Union geführt. Wir sind noch damit beschäftigt, diese Spannung zu überwinden, aber ich glaube, es wird nicht einfach sein.

Deutschland hat im Irak-Krieg eine Gegenposition zu den USA bezogen, mit all den Folgen, die diese Haltung mit sich gebracht hat. Die Türkei hat überraschenderweise den Amerikanern den Durchmarsch durch die Türkei in den Irak nicht erlaubt. Damit haben sich zwei wichtige Partner der USA, Deutschland und die Türkei, erstmalig in

einer wichtigen politischen Frage gegen die USA gestellt. Die Reaktionen der USA waren eindeutig: Eiszeit zwischen Deutschland und USA, Androhung vom Abzug der US-Truppen aus Deutschland, deren Verlegung nach Polen und in andere Länder. Auch die Reaktion gegenüber der Türkei war eindeutig. Aber ich glaube, trotz all dieser Auseinandersetzungen werden auch die USA verstehen müssen, dass man mit Partnern so nicht umgehen kann, dies gilt umgekehrt auch für die Europäer. Letztlich sind beide aufeinander angewiesen. Keine Seite kann alleine auf Dauer etwas erreichen, vor allen Dingen nicht in dieser Region.

Beide Länder, Türkei und Deutschland, befinden sich als Folge dieser Ereignisse in einer außen- und sicherheitspolitischen Neuorientierung. Die türkische Armee hat ganz überraschend vorgeschlagen, die Wehrpflicht um drei Monate, und damit auch die Zahl der Soldaten, zu reduzieren, weil sich die Bedrohungslage für die Türkei geändert habe. Deutschland hat das schon vor längerer Zeit gemacht und es wird, zumindest langfristig, auch die Wehrpflicht in Frage gestellt. Die politische Situation hat sich also grundlegend geändert und damit kommen völlig neue außen- und sicherheitspolitische Fragen auf uns zu. Das gilt ebenfalls für die NATO, die sich auch in einer grundlegenden Umbruchssituation befindet.

Von dieser Region aus, die für Europa besonders nahe und wichtig ist, werden wir durch terroristische Gruppen bedroht. Europa hat in der Vergangenheit diese Region den Amerikanern überlassen. Die Amerikaner haben dort das gemacht, was sie für richtig hielten. Wir Europäer haben überhaupt keine eigene Konzeption für diese Region gehabt. Wir haben erst vor ein paar Jahren begonnen, im Nahostkonflikt ein wenig mitzuwirken, und man muss bei aller Kritik an den Amerikanern, die Europäer haben bisher überhaupt keine eigene Strategie an den Tag gelegt. Sie können eigentlich nur kritisieren oder moralisieren. Aber eine eigenständige Strategie als Alternative haben sie nicht. Und das ist natürlich, wenn man gleichberechtigte Partnerschaft will, auf Dauer nicht vertretbar.

Diese Einschätzung der politischen Lage habe ich im Juni letzten Jahres vorgetragen. Seitdem hat sich einiges geändert und weiter entwickelt, aber die Grundprobleme sind geblieben. Die Beiträge in diesem Buch sind deshalb interessant und nach wie vor aufschlussreich.

Irak, Türkei und der Mittlere Osten – außenpolitische Herausforderungen für die Türkei und Deutschland

Orhan ERİNÇ
Vorsitzender des Türkischen Journalistenverbandes
Istanbul

Die Lage der Türkei ist besonders im Hinblick auf den Nahen Osten wichtig. Wie wir alle wissen, ist die moderne Türkei erst nach dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches im Anschluss an den Ersten Weltkrieg gegründet worden. Ich möchte hier kurz darauf eingehen, wie die Grenzen der Türkei in Relation zum Nahen Osten damals abgesteckt wurden. Syrien ist ein eigenständiger Staat, aber die Grenzen zwischen Syrien und der Türkei wurden am 20. Oktober 1921 in einem mit Frankreich geschlossenen Abkommen gezogen. Mit dem Anschluss von Hatay und İskenderun an die Türkei im Jahre 1939 hat sich der Grenzverlauf natürlich geändert. Es muss aber darauf hingewiesen werden, dass dieser Grenzverlauf mit dem am 24. Juli 1923 abgeschlossenen Vertrag von Lausanne internationale Anerkennung gefunden hat.

Die Grenze zwischen der Türkei und dem Irak dagegen wurde durch keinen international anerkannten Vertrag geregelt. Es wurde nur in Anlehnung an den Vertrag von Lausanne innerhalb eines Zeitraumes von 9 Monaten ein friedliches Abkommen mit England vereinbart, dessen Inhalt die endgültige Grenzziehung war. Die früheste Grenzziehung der Türkei mit dem Iran geht auf das im Jahre 1639 geschlossene „Kasr- Şirin-Abkommen“ zurück. Mit Blick auf den Nahen Osten können wir jetzt ruhig behaupten, dass im Anschluss an die Intervention im Irak sowohl die UN als auch die EU und schließlich sogar die NATO in eine Zwangslage geraten waren. Befürworter und Gegner einer solchen Intervention standen sich nämlich in unversöhnlichen Positionen gegenüber. Dieser Umstand hat natürlich auch die Türkei in großem Maße beeinflusst; jedoch wurde durch die mangelnde Stimmenzahl bei der Abstimmung im Parlament eine Situation geschaffen, die sich negativ auf die Beziehungen zwischen der Türkei und den USA auswirkte. Hingegen

haben sich die Beziehungen zu Europa, als dessen einer Teil die Türkei ja auch anzusehen ist, spürbar verbessert. Bei einer Auswertung der Situation im Nahen Osten darf man jedoch die Spannungen und gegenseitigen Angriffe zwischen Palästina und Israel nicht außer Acht lassen. Des weiteren ist als eines der dringendsten Probleme, die die Türkei betreffen, ihr Verhältnis zu Zypern anzusehen.

Die zuletzt in der Türkei geführten Verhandlungen werte ich in der Weise, dass das politische Verständnis in den letzten 4-5 Jahren einer Veränderung unterlegen ist, denn die Türkei hat besonders seit dem Jahre 1946, als das Mehrparteien-System seinen Anfang nahm, bis heute im Allgemeinen die Politik dem Recht vorgezogen. Sollte ein Problem zu lösen oder ein Gesetz zu verabschieden sein, immer wurde der politische Weg dem des Rechts vorgezogen. Letzte Entwicklungen haben aber gezeigt, dass inzwischen das Recht Vorrang vor der Politik erhalten hat. Wir als Vereinigung türkischer Journalisten sehen aber diese Änderung als noch immer ungenügend an, denn besonders hinsichtlich der Meinungs- und Redefreiheit tragen die durch die Gesetze verursachten Beschränkungen dazu bei, dass in der Türkei nicht über alles gesprochen werden darf und nicht zu jedem Thema eine Öffentlichkeit hergestellt werden kann. Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit hier auf den folgenden Widerspruch lenken: Für das Pressewesen in der Türkei stellt es dem Pressegesetz gemäß eine Straftat dar, über noch nicht rechtskräftige zu berichten und diese zu bewerten; die hierüber verhängte Geldstrafe beläuft sich auf 31 Milliarden 800 Millionen TL. Der gleiche Umstand in Bezug auf Radio oder Fernsehen stellt aber keine Straftat dar. Warum das so ist? Nun, bei der Verabschiedung des Gesetzes über Radio und Fernsehen wurde dieser Umstand nicht beachtet, so dass ein Teil der Medien hinsichtlich mancher Themenbereiche bestraft wird, während ein anderer Teil für das gleiche Verhalten viel Lob erhält. Es ist aber gut, an dieser Stelle darauf hinzuweisen, dass gemeinsame Projekte, an denen sich auch die Türkische Journalistenvereinigung beteiligt hat, seitens der Generaldirektion für das Presse- und Informationswesen verwirklicht worden sind. Als deutlich wurde, dass die Ungereimtheiten im Pressegesetz beseitigt werden konnten, bemühte man sich um die Aufstellung eines Textes, der sich jeder politischen Äußerung enthielt. Ein Gesetzesentwurf wurde vorbereitet, dessen letzte, in der 57. Regierungsperiode erarbeitete Fassung jedoch einige politische Facetten im Hinblick auf das Presse- und Informationswesen aufweist, die durch eine Ermächtigung des zuständigen Staatsministeriums ermöglicht wurden. Die letzten

Arbeiten und die von uns mit der Generaldirektion geführten Gespräche haben aber gezeigt, dass der Entwurf eines Pressegesetzes im Rahmen internationaler Normen oder mindestens gemäß den von der EU aufgestellten Standards möglich sein wird und wir unsere diesbezüglichen Hoffnungen nicht aufgeben sollten. Ich möchte Sie an dieser Stelle darauf hinweisen, dass wir alle hinsichtlich einer schnellstmöglichen Verabschiedung eines solchen Gesetzes zur Zusammenarbeit aufgefordert sind.

Irak, Türkei und der Mittlere Osten – außenpolitische Herausforderungen für die Türkei und Deutschland

Vural ÖGER
Vorsitzender der Deutsch-Türkischen-Stiftung Hamburg

Ich freue mich, dass wir entspannt und dabei dennoch auf ein Thema konzentriert, zusammen sein können, wobei die Themenstellung selbst interessant ist: Sie ist so frisch und aktuell, das wir kaum in Gefahr geraten, in altbekannte Klischees zu verfallen. Dafür, dass wir mit Niveau und mit Perspektive das Thema “Irak, Türkei und der Mittlere Osten – außenpolitische Herausforderungen für die Türkei und Deutschland” diskutieren, garantiert schon die Qualität der Referenten, die wir hier hören dürfen. Gleichwohl möchte auch ich zum Anfang einige Gedanken beisteuern.

In dieser Woche hat die türkische Regierung bekannt gegeben, dass sie als Transitland zur Verfügung steht, wenn Friedenstruppen in den Irak geschickt werden sollten. Für diesen Fall stünden dann türkische See- und Flughäfen offen. Was im Irakkrieg zum Dissens mit den USA und fast zum Bruch mit Washington geführt hatte, wird jetzt stückweise ausgebügelt – der Bundesrepublik geht es da unter anderen Vorzeichen ähnlich. Dennoch ist das politische Befinden der Bundesrepublik in diesem Fall ein ganz anderes als das der Türkei.

In der Türkei haben wir ein Sprichwort, wonach man sich erst einmal die Nachbarn anschauen soll, bevor man ein Haus kauft. Die deutschen Nachbarn sind weniger problematisch als die der Türkei, und aussuchen kann man sich ja auch nicht, wer da als Nachbar in Frage käme. Auf den ersten Blick war die Nähe des Nachbarn Irak nie besonders bequem. Das hat stark, wenn nicht an erster Stelle mit den Kurden dort zu tun. Der erste Irakkrieg hat die Lage keineswegs sicherer gemacht.
Als nach der Invasion irakischer Truppen in Kuweit die westliche Allianz gegen Bagdad aufmarschierte, gab es in Ankara Zustimmung, die nicht nur auf blinder Bündnistreue beruhte. Turgut Özal als Staatspräsident sah auch kein sonderliches Risiko darin, im Gegenteil. Er sagte voraus, die Türkei werde ihren Einsatz dreifach zurück bekommen. Davon konnte jedoch überhaupt nicht die Rede sein.

Die Türkei trug schwerste wirtschaftliche Schäden davon. Die Verluste werden auf 40 bis sogar 100 Milliarden Dollar geschätzt. Vielen im Westen ist das nicht bekannt, in der Türkei jedem. Und das erklärt, warum vor dem zweiten Irakkrieg die türkische Regierung Garantien für solche Schäden einhandelte, was in Teilen der westlichen Medien zu Unrecht als Feilschen und Schachern eingestuft wurde.

Aber zurück zu den Kurden im Irak. In Ankara hat man heute die Sorge, dass es im Nordirak zu einer eigenständigen kurdischen Region kommen könnte, die Auswirkungen auf separatistische Bewegungen innerhalb der Türkei zeitigen kann, wenngleich diese zur Zeit und nach dem Zerfall der PKK keinerlei Gefahr darstellen. Die Furcht besteht konkret darin, dass unter dem Schutz der Alliierten im Nordirak eine kurdische Selbstverwaltung entstanden ist, die sich in eine Bedrohung der territorialen Integrität der Türkei verwandeln könnte. Ob man diese Position teilt oder nicht, so kann man doch nachvollziehen, dass in Ankara darüber nachgedacht wird. Auch in diesem Punkt gab es vor dem zweiten Irakkrieg Gespräche zwischen Ankara und Washington, von denen wir allerdings vermutlich nur Bruchstücke erfahren haben.

Dies ist die erste Herausforderung, die vom Mittleren Osten für die Türkei ausgeht: Was wird aus der Neuordnung des Irak? Und bedeutet sie eine Gefährdung der Türkei?

Auch unter der neuen Regierung in Ankara konnte man sich gegen amerikanische Wünsche vor dem Irakkrieg nicht gut wehren. Die Bündnisbeziehung war alt und erfolgreich, aber für die fälligen Reformen und die damit verbundene internationale Kredithilfe brauchte man auf jeden Fall Washington. Das weitgehende strategische Interesse der USA besteht hingegen darin, die Türkei auf ihrem Weg zur Demokratisierung und Anpassung an den europäischen Rahmen zu unterstützen. Würde man in Washington sozusagen als Bestrafung für das Versagen der Türkei, für die Verweigerung des Durchmarsches amerikanischer Truppen, alle Finanzhilfen behindern, dann käme das ja einer Blockade der türkischen Reformpolitik gleich und liefe dem amerikanischen Konzept zuwider.

Ich hoffe daher, dass wieder Vernunft in die amerikanische Politik einkehrt. Die Einnahmen in Höhe von 13 Milliarden Dollar, die sich Ankara für dieses Jahr aus dem Tourismus ausgerechnet hatte, kommen jedenfalls nicht zustande. Und von den

erhofften Krediten in Höhe von insgesamt 24 Milliarden Dollar konnten vielleicht acht Milliarden gerettet werden, als die Türkei dann nach viel Hick-Hack wenigstens den Luftraum für amerikanische Flugzeuge öffnete.

Kein Wunder, dass die Regierungspartei in Ankara eine ganze Reihe ihrer verlockenden Wahlversprechen nicht einhalten konnte. Das erhoffte Geld blieb aus. Aber das können uns später die türkischen Journalisten hier besser erläutern. Bei all diesen Auseinandersetzungen und Entwicklungen, so scheint mir, hat aber die neue politische Führung der Türkei es vermieden, bei der Konzeption ihrer außenpolitischen Vorstellungen auf religiös-fundamentalistische oder nationalistische Irrwege auszuweichen. Das sollte man ihr positiv anrechnen, und das ist auch eine Basis, auf der kommende Außenpolitik mit Bezug auf die Länder des Mittleren Ostens möglich wird.

Als sich der Krieg gegen Bagdad anbahnte, ging es der türkischen Regierung vor allem um Mittel und Wege zu einer friedlichen Lösung des Konflikts. Es war nicht so, das man gleichgültig oder kenntnislos die finsteren Machenschaften des Regimes von Saddam Hussein übersah. Aber sein Regime bedeutete immerhin Stabilität. Ob diese Stabilität, und dann gar unter freiheitlichen, demokratischen Vorzeichen, so schnell wiederkommen wird, scheint derzeit ziemlich ungewiss. Die Agenturen berichten ja nahezu täglich nicht von Erfolgen des Wiederaufbaus, sondern von getöteten britischen und amerikanischen Soldaten, und dazu noch von der Gefahr, ein neuer Islamismus werde sich im Irak ausbreiten.
Die Türkei hat nie so sehr gefürchtet, der Irak werde sie mit den Massenvernichtungswaffen angreifen, nach denen Großbritannien und USA noch immer vergebens suchen. In Ankara und ebenso in der Bevölkerung fürchtete man auch die politischen Konsequenzen des Krieges, für den Fall, dass die Türkei mitmachte. Und die Gründe dafür unterscheidet die Türkei doch von der Bundesrepublik, wo man gleichfalls überwiegend gegen den Krieg Washingtons war. Zwar ist die Türkei kein islamischer Staat, aber doch einer mit mehrheitlich islamischer Bevölkerung. Die Teilnahme am Krieg hätte der Türkei in der arabischen und islamischen Welt nur Feindschaft eingetragen, zumal man dort ihren Laizismus auch nicht gerade schätzt.
Wer an die Türkei Erwartungen richtet, was ihren Teil einer Ordnungspolitik im Mittleren Osten betrifft, muss solche Fakten mit berücksichtigen, auch und

besonders, ob die Türkei ihr eigenes Haus in Ordnung bringen kann. Sie wissen, dass ich befürworte, dass die Türkei Mitglied der Europäischen Union wird. Und zwar eine Türkei, die seit Jahrzehnten und nicht zuletzt im Kalten Krieg ihren Mann im Bündnis gestanden hat und zum Schutz Europas alle Verpflichtungen erfüllte. Wenn sich jetzt Europäer Gedanken darüber machen, ob die Türkei eine Rolle als Schutz – und Ordnungsmacht in Richtung des Mittleren Ostens spielen wird, dann sollten sie die Türkei auch als gleichwertigen Partner in der EU aufnehmen und ausstatten.

Ich muss dazu die Gefahr, die von einem die Orientierung verlierenden Mittleren Osten ausgeht, nicht besonders ausmalen. Auch die Gefahr des Terrorismus gehört dazu – wir lesen ja gerade, das die Führung von El Kaida vermutlich nicht mehr als geschlossenes Gebilde existiert, sondern in mehrere oder viele Einzelgruppen zerfällt, die sich allesamt einzeln als brandgefährlich erweisen.

Ich will das nur kurz anmerken: Wäre die Republik Türkei ein Mitglied der europäischen Völkerfamilie, dann könnte sie nicht nur in sich selbst weit besser und gründlicher wachsen, sondern vor allem auch Einfluss gewinnen auf die islamischen Länder. Ich kann überhaupt nicht verstehen, wie jetzt gerade im Deutschen Bundestag der außenpolitische Sprecher der Opposition (Friedbert Pflüger) darüber schwadroniert, Europa müsse sich innerhalb seiner Grenzen beschränken und könne daher die Türkei nicht berücksichtigen... als könne man eine Mauer um Europa herum bauen und dahinter könnten getrost Mord- und Totschlag geschehen, das würde einem schon nicht schaden. Die Wahrheit ist doch, dass die Welt zusammenwächst, und was einen früher einmal zu Goethes Zeiten kalt lassen konnte, weil es sich so weit entfernt abspielte, das hat heute meist direkte Folgen. Man mag die Amerikaner dafür schelten, dass sie Weltpolitik auch auf anderen Kontinenten betreiben und den amerikanischen Frieden, die Pax Americana, verkünden. Vielleicht kann man die Motive der jeweiligen Regierung in Washington fragwürdig finden, und dennoch liegt die Vernunft darin, die ganze Welt zu sondieren. Warum sollte das nicht auch eine europäische Eigenschaft werden? Und wenn Europa von seiner Kleinlichkeit und seiner Kurzsichtigkeit ablässt, dann muss es seine Weltpolitik zusammen mit den Amerikanern, aber auch zusammen mit den Türken betreiben.

Das ist die Herausforderung, vor die jetzt die deutsche Politik gestellt ist. Auch deutsche Politik muss und wird sich weiter und noch stärker um die Entwicklung im Mittleren Osten kümmern. Aber sie kann dabei nicht die Türkei übergehen. Die Türkei ist sozusagen der erste Schritt einer effektiven und vernünftigen Politik zu einer größeren Nahost-Politik. Einige in der deutschen Politik haben das durchaus begriffen, andere wieder reden über ihre Vorbehalte und kleinbürgerlichen Ängste. Für mich aber bleibt, dass die Türkei auch in diesem Sinne eine Herausforderung für die Deutschen darstellt, und es wird sich schnell zeigen, ob sie das meistern kann.

Irak, Türkei und der Mittlere Osten – außenpolitische Herausforderungen für die Türkei und Deutschland

Abdurrahman BİLGİÇ
Leiter der Abteilung Presse und Information des Ministerpräsidentenamtes Ankara

Sehr geehrter Herr Dr. Schönbohm, Türkei-Landesbeauftragter der Konrad Adenauer-Stiftung,
Herr Erinç, Vorsitzender der türkischen Journalistenvereinigung,
Herr Öger, Vorsitzender der deutsch-türkischen Stiftung,
sehr geehrte Zuhörer, liebe Gäste,

ich möchte Sie sehr herzlich zum Seminar unter dem Titel „Irak, Türkei und Naher Osten – An die deutsche und türkische Außenpolitik gestellte Erwartungen“ begrüßen und freue mich, dass Sie so zahlreich erschienen sind.

Dies unser Thema, das für die Gestaltung unserer Zukunft wegweisend sein kann, wollen wir hier mit Bedacht angehen und es von möglichst vielen Seiten diskutieren, um anschließend im Besitz neuer Informationen zu sein.

Der Ausbruch des Irak-Krieges, der auch eines der Grundthemen dieser Konferenz darstellt, ist noch nicht sehr lange her und wurde von der ganzen Welt verfolgt. Zweifellos sind aber die Eindrücke und Auswirkungen dieses Krieges für jedes Land von unterschiedlicher Natur.

Dieser Krieg hatte auf die Türkei einen direkten Einfluss, da die Türkei wegen ihrer geographischen Lage, ihrer historischen Verknüpfungen, ihrer kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Beziehungen von allen Entwicklungen, die sich im Nahen Osten ereignen, sehr stark betroffen ist.

Trotz der reichhaltig vorhandenen natürlichen Ressourcen in dieser Region, die es durchaus erlauben würden, dass die hier ansässigen Völker in Wohlstand lebten,

stehen wir hier dramatischen sozialen, politischen und auch wirtschaftlichen Problemen gegenüber.

In dieser Region, die über Jahrhunderte hinweg auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens, vor allem auf den Gebieten der Wissenschaft, der Literatur, der Kunst und des Rechts für die nachfolgenden Generationen wegweisend war, sind heute Instabilität, Gewalt und bewaffnete Auseinandersetzungen vorherrschend.

Auf dieser Erde, auf der göttlicher Frieden, Segen und Gerechtigkeit herrschten, sucht man heute von neuem den Frieden, den Segen und die Gerechtigkeit. Die Türkei unterstützt alle wie auch immer gearteten Bemühungen, den Frieden in dieser Region zu sichern.

In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, dass das Osmanische Reich mit seiner gerechten Verwaltungsstruktur, die anderen Religionen, Sprachen und Kulturen immer Respekt zollte, es geschafft hat, in dieser Region Frieden, Stabilität und Wohlstand einzurichten.

Im Lichte ihrer historischen Erfahrungen unterstützt die Türkei zwecks Sicherung des Friedens, der Stabilität und des Wohlstandes im Nahen Osten den darauf angelegten Plan und ist bereit, für den besonderen Status dieser Region alles in ihrer Verantwortung stehende zu tun, um dem bestehenden Zustand ein Ende zu setzen.

Die Türkei, die bemüht ist, mit allen Ländern des Nahen Ostens gute Beziehungen zu pflegen, hat den Weg des Friedens eingeschlagen; dies stellt für die Weltöffentlichkeit einen großen Vorteil dar. Die Türkei, das einzige muslimische Land, das gleichzeitig Mitglied der Islamischen Konferenz und Anwärter auf die Mitgliedschaft in der EU ist, hat die Position einer Verbindungsbrücke zwischen dem Nahen Osten und der EU - sowohl in kultureller als auch in geographischer Hinsicht - inne.

Die Türkei hat die These vom „Kampf der Kulturen“ zunichte gemacht und ist eines der wenigen Länder weltweit, in denen es möglich ist, eine pluralistische Kultur in einer toleranten Umgebung zu leben. Sowohl der Ruf zum Gebet als auch das Glockengeläut christlicher Kirchen sind nebeneinander zu hören.

Die Türkei, im Besitz dieser ihrer Charakteristika, ist nicht nur ein großes und mächtiges Land, das den Frieden im Nahen Osten sichern kann, sondern auch Gerechtigkeit auf dem Balkan, Stabilität und Fortschritt in Zentralasien und im Kaukasus, Handel für die Schwarzmeerregion, Sicherheit für das Mittelmeer, eine pluralistische Kultur in Europa, Verhinderung des Terrors in Amerika, Einrichtung der Demokratie in den islamischen Ländern, und schließlich, durch die Gewährleistung aktiver Beiträge, Sicherung eines globalen Friedens.

Die Türkei vermag durch ihre tief verwurzelte Geschichte, ihre strategisch wichtige Lage, ihre junge und dynamische Bevölkerung, ihr reiches kulturelles Erbe sowie ihre militärische Macht und Stärke diese Rolle zu spielen.

Eines der Endziele der Türkei, die seit etwa 200 Jahren mit dem Prozess der Modernisierung ringt, ist die Mitgliedschaft in der EU. Durch das Außenhandelsvolumen sowie die politische und militärische Zusammenarbeit ergeben sich besondere Verbindungen zu den etwa 2,5 Millionen türkischer Landsleute, die dort leben.

Die Freundschaft zwischen Deutschland und der Türkei ist nicht nur auf die guten Beziehungen zwischen unseren beiden Staaten beschränkt, sondern erstreckt sich auch auf Nichtregierungs-Organisationen sowie auf jedes Individuum, dessen gute Beziehungen die gegenseitige Freundschaft stärken.

In dem gemeinsamen Rahmen, der durch politische und wirtschaftliche Möglichkeiten, die Deutschland bietet, und durch die fortgeschrittene Technologie zusammen mit den Vorteilen, die die Türkei feilhält, abgesteckt wird, kann eine noch engere Annäherung beider Länder nur zum Vorteil für alle Partner sein.

Die Konrad Adenauer-Stiftung und die deutsch-türkische Stiftung haben es sich zum Ziel gesetzt, auf dem Wege einer Vertiefung der deutsch-türkischen Freundschaft, neue Wege der Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern zu erkunden und dadurch neue Perspektiven zu eröffnen. Ich bin überzeugt, dass sie in Zukunft hinsichtlich dieses Vorhabens wichtige Beiträge leisten werden.

Ich glaube, dass wir aus den Vorträgen der ausgewählten Redner zumindest Hinweise darauf bekommen können, in was für einer Welt wir leben und wie wir diese unsere Welt noch lebenswerter gestalten können.

In diesem Sinne und mit diesen Überlegungen wünsche ich allen Personen und Institutionen, die zur Veranstaltung dieses Seminars einen Beitrag geleistet haben, einen erfolgreichen und glücklichen Verlauf dieses Veranstaltung.

Die politische Lage im Mittleren Osten nach dem Irak-Krieg

Dieter BEDNARZ
Der Spiegel, Hamburg

Angesichts der geradezu atemberaubenden politischen Entwicklung in der Region will ich - bei allem Respekt vor dem mir gestellten Thema - in meiner Analyse nicht von "Lage" sprechen, weil dies doch allzu statisch klingt. Auch will ich in diesem europäisch orientierten Forum ganz bewusst nicht vom "Mittleren Osten", sondern vom "Nahen Osten" sprechen, um so die Bedeutung dieser Region für den Westen zu betonen. Denn diese Region ist uns in Europa - wie der deutsche Außenminister Joschka Fischer kürzlich noch sinngemäß in einem Gespräch mit dem SPIEGEL betonte - "tatsächlich nahe", nicht nur was die historische Verflechtung betrifft, sondern auch was das Bedrohungspotenzial anbelangt, das von diesem Teil der Welt ausgeht. Für die Beurteilung der Situation ist es daher maßgeblich zu wissen, ob die Entwicklungen der vergangenen Monate, der Irak-Krieg und dessen Folgen, nun Anlass sind für ein Hoffnungslicht oder nicht. Ungeachtet des mindestens ebenso notwendigen Drucks auf die Palästinenser wird es aber ohne Druck auf Israel keine Lösung in Nahost geben.

Auch bei der innenpolitischen Entwicklung des Irak haben sich die Kriegsbefürworter verrechnet. Mehr noch: Es scheint, als seien die Amerikaner mit einer geradezu unglaublichen Naivität in den Krieg gezogen. Sie nahmen ganz offensichtlich an, ähnlich wie in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg auch in Bagdad und Basra als Befreier begrüßt zu werden. Doch stattdessen werden sie als Invasoren angefeindet und werden sogar zunehmend Ziel von Gewalttaten. Selbst den USA nahestehende Iraker beklagen, dass sich Washington eher als Besatzer denn als Befreier aufführt. Kurz: Weder erleben wir derzeit einen befriedeten noch gar einen demokratisierten Irak. Von einer positiven "demokratisierenden" Ausstrahlung auf die Nachbarländer kann keine Rede sein, ganz im Gegenteil.

Sollte der Irak im Sinne der Domino-Theorie derzeit beispielhaft für die Region sein, lässt die Entwicklung im Zwei-Strom-Land wenig Gutes für den Nahen Osten hoffen. Unabhängig von dem Terror-Potenzial, das versprengte Anhänger Saddams noch offenbaren könnten, beunruhigt vor allem der sogenannte "schiitische Faktor" die Experten in den Lagezentren westlicher Hauptstädte. Hier hatte es deutliche Warnungen gegeben, dass die vor allem im Süden des Landes beheimateten Schiiten sich nicht ohne weiteres dem Willen der USA beugen und einen laizistischen Irak akzeptieren würden. Wie also wird Washington reagieren, wenn die Demokratie im Irak, so sie denn Gestalt annimmt, zur Herrschaft eines Ajatollahs wie Mohammed Bakr al-Hakim führt? Werden die USA diese Wahl dann auch akzeptieren? Oder würde Washington, ich erinnere nur an den Wahlsieg der FIS zu Anfang der neunziger Jahre in Algerien, eine solche Wahl ablehnen und notfalls für eine weitere Militärregierung plädieren?

Grundsätzlicher formuliert lautet meine Frage: Sind sich die USA bei der Befürwortung von freien Wahlen bewusst, dass diese nicht unbedingt so aufallen könnten, wie sich das ihre Strategen zuvor in den Stabszentren ausgedacht haben? Ich kann nur hoffen, dass sich die USA dieser "Demokratiefalle", in die sie im Irak hineintappen könnten, sehr bewusst sind und nicht wirklich erwartet haben, im Irak ein muslismisches Disneyland errichten zu können..

Auch wenn ich somit dem schiitischen Faktor ein großes Gewicht beimesse, zähle ich nicht zu denen, die im Irak das Entstehen eines neuen Gottesstaates nach dem Vorbild der Islamischen Republik Iran befürchten. Ich glaube, dass der wohl derzeit stärkste und aussichtsreichste religiöse Führer, Ajatollah al-Hakim, der in seinen vielen Jahren im Teheraner Exil die Schwächen des Mullah-Regimes sehr wohl registriert hat, nur zu genau weiß, dass er Teherans Fehler im Irak nicht wiederholen darf - im eigenen Interesse. Denn Chancen auf einen religiös geprägten Irak - und das ist es, was Hakim natürlich will - bestehen nur, wenn sich religiöse Führer wie al-Hakim nicht wie die Mullahs in der benachbarten Islamischen Republik Iran durch revolutionären Eifer, Gewaltexport oder auch Unterdückung des eigenen Volkes diskreditieren. Hier können wir, um es positiv zu formulieren, nur auf die Besonnenheit und den mäßigenden Einfluss von religiösen Führern wie al-Hakim setzen, damit der Irak und seine Bevölkerung wirklich eine Chance auf Stabilität,

Prosperität und Demokratie haben und das Land nicht im Chaos versinkt, das allerdings leider immer größer wird.

Wenig optimistisch bin ich auch für den Iran. Dort sieht sich die Regierung zwischen Hammer und Amboss. Mit dem Hammer meine ich die USA, die ihren Druck auf das Regime enorm erhöhen - aus zwei unterschiedlichen Motiven heraus. Die unerschrockenen Optimisten glauben, nach dem scheinbaren Blitzsieg über Bagdad nun auch gleich in Teheran aufräumen zu können; besorgte Pessimisten wiederum streben den Regimewechsel in Teheran als Strafaktion an, weil sie hinter der Unruhe im Irak die Störenfriede aus dem benachbarten Gottesstaat vermuten. Die Iraner haben das erkannt und wehren sich, wie Außenminister Charassi, empört gegen solche Anschuldigungen: "Wir wollen nicht der Sündenbock sein." Dennoch wird es darauf hinauslaufen, dass die letzte verbliebene Weltmacht den Mullahs die Daumenschrauben enger anzieht. Eine militärische Intervention der USA sehe ich jedoch nicht. Eine dritte Front nach Afghanistan und Irak wird sich Bush politisch wie auch ökonomisch nicht leisten können.

Die angespannte Stimmung der politischen Klasse in Teheran geht aber auch zurück auf den Druck aus dem eigenen Volk. Dessen Geduld ist erschöpft. Nicht nur die Studenten, die schon unter dem Schah die Speerspitze des Unmuts und später auch des Umsturzes waren, fordern endlich mehr Freiheiten und sind die Bevormundung satt. Auch der verarmte Mittelstand will endlich Reformen sehen. Doch die Totenglocken des Regimes höre ich dennoch nicht läuten. Jetzt sind es einige hundert Studenten, die auf die Staße gehen, 1979 waren es Hunderttausende, die gegen den Schah protestierten. Aber ich hoffe, dass der Druck der Straße, gleichsam der Amboss für das Regime, die Mullahs zumindest zu Reformen nötigt und die Liberalisierung doch noch weiter voran treibt. Allerdings räume ich ein, dass mich die Ohnmacht, die der eher reformorientierte Staatspräsident Mohammed Chatami an den Tag legt, ebenso sehr enttäuscht wie mich die Härte der konservativen Ultras erschreckt, mit der diese Mullahs ihre Macht und Privilegien verteidigen. Dies lässt mich noch Schlimmes in diesem Machtkampf fürchten, auch wenn ich letztlich an einen Sieg der Reformer glaube.

In nicht weniger Bedrängnis als die Mullahs in Teheran sehe ich die Prinzen in Riad. Sie versuchen sich in einem gefährlichen Spagat zwischen Amerika, von dem sie abhängig sind, und den Fundamentalisten im eigenen Land, die sie fürchten.

Gegenüber Iran haben die Saudis den Vorteil, dass der "Hammer" Amerika noch nicht zugeschlagen hat, dass sie sich als größter Erdöllieferant und Waffenkäufer noch immer das zumindest leidliche Wohlwollen der USA erhalten haben. Dafür bedrängt der gewalttätige Fundamentalismus, der in diesem Fall den Amboss darstellt, das Königshaus geradezu lebensgefährlich - im Wortsinne, wenn wir an die Bombenanschläge in Saudi-Arabien der jüngeren Vergangenheit denken. Anders aber als bei Iran sehe ich bei Saudi-Arabien keinerlei Ansätze zu Reformen. Selbst maßgebliche Vordenker aus dem eigenen Volk und im eigenen Land, die ähnlich wie im Iran zumindest Reformen einfordern, sehe ich nicht wirklich.

Die eigentliche Gefahr für das Regime sind für mich nicht die Amerikaner. Den Planspielen, nach Bagdad - und vielleicht sogar in Teheran - auch in Riad einen Kurswechsel herbeizubomben, messe ich keine große Bedeutung bei - wobei es auch hier wieder einer ungeheuren Naivität bedarf zu glauben, dass nach den Prinzen die Demokraten die Macht übernehmen würden. Die tatsächliche Bedrohung für die Prinzen stellen die Fundamentalisten dar, die sie selbst genährt haben in der Hoffnung, dass diese Fanatiker nicht nach der Hand schnappen, die sie füttert. Ein wohl tragischer Irrtum. Wenn es heute Wahlen in Saudi-Arabien gäbe, bei denen Osama Bin Laden kandidieren würde, wäre dem al-Qaida-Führer, so habe ich gelesen, die Mehrheit der Stimmen sicher. Die einen würden ihn wählen, weil er den USA die Stirn bietet, die anderen, weil er gegen das Herrscherhaus zu Felde zieht.

Ohne unsere Begegnung gleich zu Beginn mit pessimistischen Perspektiven belasten zu wollen, möchte ich - weil die Entwicklung dezeit dort noch nicht so dramatisch ist - nur kurze Blicke auf Ägypten und Jordanien werfen, bevor ich meinen Ausblick auf die Region mit einer Betrachtung Palästinas schließen will.

Sowohl den Verhältnissen in Kairo wie in Amman sollten wir uns künftig verstärkt widmen. Beide Länder scheinen ruhig und vergleichsweise friedlich, besonders gemessen an den Verhältnissen in Bagdad, Teheran oder Riad und erst recht im Hinblick auf die kriegsähnlichen Zustände in Palästina. Manchen gelten beide Länder geradezu als Modelle für Demokratie und Pluralität in der arabischen Welt - eine Einschätzung, die ich allerdings nicht teile. Zwar suggerieren Ägypten wie Jordanien stabile Verhältnisse. Das zu glauben halte ich jedoch für einen gefährlichen Trugschluss. Die Frage: Wer kommt nach Mubarak? ist dabei nicht so wichtig wie die Frage: Was kommt nach Mubarak? Es gibt deutliche Hinweise, das der ägyptische

Staatschef - ähnlich wie der einstige syrische Herrscher Hafis al-Assad - daran arbeitet, seinen Sohn als Nachfolger aufzubauen. Assad ist das mit seinem Sohn Baschar zumindest formal gelungen. Der jungen Assad kann das Land zusammenhalten, noch. In Ägypten aber sind die fundamentalistischen Kräfte, auch wenn sie bisher weitgehend vom Regime gebannt werden können, wesentlich stärker. Auch ist der Unterdrückungsapparat Kairos nicht mit der syrischen Diktatur unter Assad senior vergleichbar. Der Tod Mubaraks könnte daher die noch verborgenen fundamentalistischen Kräfte wecken und Ägypten in eine der größten Krisen seiner Geschichte stürzen, mit unvorhersehbaren Folgen für die gesamte Region. Jeder Tag, an dem die Lage im Irak aber auch in Palästina weiter eskaliert, nährt diesen fundamentalistischen Bodensatz.

Einen ähnlichen Drahtseilakt wie Mubarak - der für die Fundamentalisten daheim nicht zu sehr zum Lakaien der USA werden darf, sich aber andererseits auch einen Konflikt mit Washington nicht leisten kann - versucht auch der junge König von Jordanien. Wie lange wird König Abdullah der Entwicklung im Irak zusehen können, ohne an der Heimatfront von seinen fundamentalistischen Gegnern zum Verräter gestempelt zu werden? Wie lange kann er noch angesicht der Gewalt in den palästinensischen Autonomiegebieten die Palästinenser unter seiner eigenen Bevölkerung beschwichtigen, ohne als heimlicher Verbündeter der Israelis gebrandmarkt zu werden? Die Entwicklungen an beiden Grenzen Jordaniens drängen den Monarchen mit jedem weiteren Tag immer weiter an die Wand. Gerade König Abdullah von Jordanien, dessen Bevölkerung schätzungsweise zu 60 Prozent aus Palästinernsern besteht und der so stolz war, Gastgeber des sogenannten "historischen Gipfels" von Akkaba gewesen zu sein, dürfte mit größter Besorgnis sehen, dass sich die Spirale der Gewalt auch nach Saddams Sturz weiter dreht, vielleicht sogar schneller als zuvor.

Die Palästinenser zumindest haben vom Sturz Saddams nicht profitiert, weil sich die USA auch jetzt nicht wirklich ihrem Konflikt widmen, im Gegenteil: Irak scheint mehr Kräfte zu binden, als Washington anfangs gedacht zu haben scheint. Aber haben denn die Israelis profitiert, die so für den Krieg gegen Saddam plädiert haben? Zumindest scheint das so. Israel hat, wie es der Ex-Premier Ehud Barak gegenüber dem SPIEGEL singemäß formulierte, "nun einen strategischen Feind weniger". Und der gegenwärtige Premier Ariel Scharon hat es sehr gut verstanden, seinem

Männerfreund Bush klarzumachen, dass Israels Militäraktionen gegen die Palästinenser genauso ein Kampf gegen den Terror sind wie Amerikas Angriffe auf Afghanistan und den Irak. Das mag Scharon als politisch-strategischen Sieg sehen. Doch die Radikalisierung der Region, die sich nun abzeichnet, kann nicht wirklich im Interesse Israels sein - zumindest nicht, wenn man der Überzeugung ist, dass ein Frieden für Palästina und damit vielleicht auch ein Frieden für die ganze Region nur über harte aber faire Verhandlungen zu erreichen ist. Zu diesen Verhandlungen aber bedarf es wieder der Weltmacht USA, ohne deren Druck auf beide Seiten ein Ausgleich wohl niemals zustande kommt.

Und damit sind wir bei der letzten und vielleicht auch gravierendsten Feststellung in meiner Betrachtung der Folgen des Irak-Kriegs: Mit ihrem Krieg gegen Saddam haben die USA ihre Rolle in Nahost fundamental geändert. Jahrzehntelang beruhte Washingtons Nahostpolitik auf drei Pfeilern: der Eindämmung der Sowjetunion, der Sicherung des Erdölnachschubs und der Garantie des Existenzrechts Israels. Das waren aber, ungeachtet etwa des Engagements von Bill Clinton, doch eher statische Säulen, auf denen die Nahost-Politik der USA ruhten. Mit dem gezielten Regimechange in Bagdad jedoch haben die USA eine Rolle als Ordnungsmacht übernommen, aus der sie auf Jahrzehnte nicht mehr entlassen werden. Das ist eine qualitative und quantitative Veränderung für die Region, die weit über den Sturz Saddams hinausgeht - und von der ich mitunter glaube, dass sie dem US-Präsidenten vielleicht in ihren Konsequenzen gar nicht bewusst gewesen ist. Ich fürchte, dass der Wahl-Texaner Bush noch auf bittere Weise lernen wird, dass man im Nahen Osten nicht agieren kann wie im Wilden Westen. Mit einem kurzen "shoot out" ist es hier nicht getan.

Wer im Nahen Osten erfolgreich Politik gestalten will, muss dies mit einem langen Atem und viel Feinfühligkeit tun, muss die Würde des anderen zu wahren wissen und dessen Lage und Möglichkeiten richtig einschätzen. Unser Gastland, die Türkei, hat selbst erfahren, wie folgenreich es sein kann, wenn Amerika auf Druck setzt statt auf Geduld, und auf Folgsamkeit statt auf Konsens - wobei ich die Anfängerfehler der Regierung von Tayip Erdogan, die in Ankara gemacht wurden, nicht ausblenden will. Im Interesse einer Stabilität der Region hoffe ich daher nicht nur auf ein "weises" Amerika, sondern auch auf eine zunehmend an Erfahrung gewinnende Regierung in Ankara, auf die sich Europas Augen richten, auch unabhängig von der Irak-Krise.

Gerade angesichts der islamischen Herausforderung, die durch den schiitischen Faktor im Irak noch einmal einen neuen Schub bekommen hat, gilt der Türkei als Europa-orientiertem muslimischen Land künftig ganz besondere Aufmerksamkeit.

Die politische Lage im Mittleren Osten nach dem Irak-Krieg

Cengiz ÇANDAR
Tercüman, **Istanbul**

Heutzutage werden von Nahost-Experten und –beobachtern weltweit Überlegungen angestellt, die die Ereignisse im Nahen Osten und besonders die im Irak mit den Zuständen vergleichen, wie sie im Nahen Osten im Anschluss an den Ersten Weltkrieg geherrscht haben. Die aufgestellten Behauptungen haben nicht den Anspruch einer vollständigen Theorie, aber die Neigung dazu liegt vor, und ich selbst neige auch zu den o.g. Ansichten. Aus diesem Grunde resultiert ein Großteil der Behauptungen, die für die jetzige Lage und die Zukunft des Nahen Ostens aufgestellt wurden und werden, zum großen Teil aus der o.e. Weltanschauung. Im Anschluss an den Ersten Weltkrieg war von größter Wichtigkeit, dass die nahöstliche Region in ihren geographischen, topographischen und politischen Ausdehnungen mehr als 400 Jahre lang eine politische und wirtschaftliche Einheit bildete, aber nach dem Ersten Weltkrieg einer Neuordnung unterlag, deren Folgen bis heute spürbar sind. Aus diesem Grunde ist der sich heutzutage abspielende Prozess in seiner ganzen Dramatik erst nach dem Ersten Weltkrieg sichtbar geworden. Der Nahe Osten und alles, was mit dieser Region im Zusammenhang gesehen werden kann, stehen für eine komplette Neustrukturierung des gesamten internationalen Systems. Eine Neuordnung der geographischen Gegebenheiten im Nahen Osten bedeutete stets auch eine Neuordnung der geographischen Gegebenheiten in Europa.

Man kann sich an dieser Stelle fragen, was denn die Ereignisse sind, die eine Parallele zu dem Nahen Osten gleich nach dem Ersten Weltkrieg aufweisen und uns damit eine Vergleichsmöglichkeit bieten. So wie der Nahe Osten im Anschluss an den Ersten Weltkrieg neu geordnet worden ist, so hat er auch eine Neustrukturierung im Anschluss an die Beendigung des Kalten Krieges erfahren. Auch der Kalte Krieg war ein auf globaler Ebene ausgetragener Krieg, der sich von den konventionellen Kriegen nur im Einsatz seiner Kampfmittel unterschied. Auch er hat erst vor etwas mehr als 10 Jahren sein Ende gefunden; dieses Ende können wir mit Hilfe von zwei

Metaphern darstellen: die erste ist der Abriss der Berliner Mauer, die zweite der Zusammenbruch des Sowjetreiches und die Auflösung des sozialistischen Systems.

Die geographischen Gegebenheiten sowohl im Nahen Osten als auch in Europa haben sich im Anschluss an den Ersten und den Zweiten Weltkrieg sehr verändert. Die geographischen Zustände des Nahen Ostens wurden nach dem Ersten Weltkrieg festgelegt; im Gegensatz zu den heutigen Gegebenheiten waren gewisse Umstände noch nicht eingetreten. Im Anschluss an den Zweiten Weltkrieg hat sich auch die Geographie Europas einer Veränderung unterziehen müssen. Dem Nahen Osten wurde der Staat Israel hinzugefügt; Europa veränderte sich erneut im Anschluss an die Beendigung des Kalten Krieges. Das Entstehen der baltischen Staaten, die friedliche Trennung der Tschechoslowakei in Tschechien und die Slowakei, der Zerfall Jugoslawiens in die Republiken Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Slowenien, Mazedonien und Serbien-Montenegro sind die sichtbaren Folgen dieses Prozesses. Im Nahen Osten dagegen ist dieser Prozess der Veränderung noch nicht zu seinem Abschluss gekommen, denn ein sog. Nebeneffekt des Kalten Krieges, der 1. Golfkrieg in den Jahren 1990/91, hat noch kein wirkliches Ende gefunden; er wird erst mit Abschluss des z. Zt. laufenden Irak-Krieges zu einem Ende gebracht werden können. Seit Beginn des 1. Golfkrieges sind mehr als 10 Jahre vergangen; dieser Zeitraum ist für den Verlauf der Geschichte zwar nicht unerheblich, stellt aber dennoch hinsichtlich großer historischer Umwälzungen nur einen kleinen Teil des Geschehens dar. Aus diesem Grunde ist der Prozess, in dem wir uns gerade befinden, das Entstehen einer unipolaren Welt, die sich auf das System einer einzigen Supermacht stützt - bezogen auf die Widerspiegelung dieser Tatsache im Nahen Osten.

Eine weitere Analogie zum Ersten Weltkrieg ist die Tatsache, dass im Irak bis jetzt noch keine endgültige Ordnung errichtet werden konnte; das resultiert z. T. aus den bisher gemachten Fehlern und auch aus der Unsicherheit darüber, was die Zukunft denn hier bringen mag. Hinsichtlich der Analogie sehen wir uns im Moment in den gleichen Umständen wie im Jahre 1918, obwohl wir das Ende des Kalten Krieges bereits erlebt haben. Die heutigen Verhältnisse sind die gleichen wie im damaligen geographischen Gebiet, das nunmehr den Irak vorstellt. Genauer ausgedrückt, und unser Thema führt sowieso darauf hinaus, muss man heute, wenn man vom Nahen Osten spricht, unbedingt den Irak mit einbeziehen; alles andere wäre eine

Verdrehung der Tatsachen. Das Ende der osmanischen Oberhoheit im Irak und der Beginn der Kontrolle durch die Engländer im Jahre 1918 hat bereits nach vier Jahren zur Entstehung des uns heute geographisch bekannten Irak geführt. Das Fehlen irgendeiner Widerstandsbewegung gegenüber der aus dem Krieg siegreich hervorgegangenen Macht England und das Fehlen einer etablierten Staatsmacht, die hätte Widerstand leisten können, hat nach dem Rückzug der Türkei zum Entstehen einer Mandatsregierung im Jahre 1922 geführt, die mit dem Vertrag von San Remo besiegelt wurde. Die mit einem weiteren Vertrag an Frankreich vergebenen Rechte über die heutige Region des Nordirak (von manchen auch als Kurdistan bezeichnet) wurden im Jahre 1920 in der Provinz Mossul an die Engländer übergeben. Gleichzeitig ist den Engländern der Status einer Mandatsregierung von der im Anschluss an die Beendigung des 1. Weltkrieges neu errichteten UN-Organisation zuerkannt worden. Desgleichen begann der eigentliche Staatsaufbau des heutigen Irak im Jahre 1920, als ein das ganze Gebiet aufrüttelnder und vor allem von Kurden und Schiiten angeführter großer Volksaufstand von den Engländern durch die Anwendung von Gewalt blutig unterdrückt wurde; noch bedeutender als diese Tatsache aber ist der Rückzug der Türkei aus nordirakischem Territorium nach 1925 und der Verzicht auf alle ihre Rechte über dieses Gebiet, welches im Jahre 1926 mit der Unterzeichnung des türkisch-irakischen Vertrages besiegelt wurde. Schließlich wurde der Irak im Jahre 1932 nach Aufhebung des englischen Mandats das erste unabhängige Staatswesen aller damals existierenden arabischen Territorien überhaupt.

Diese Vorstellung des Irak habe ich hier in drei bis vier Minuten abgehandelt; der eigentliche Prozess hat aber mehr als 10 Jahre gedauert. Aus diesem Grunde sind wir, wenn wir uns jetzt das Jahr 1918 vorstellen, zur Äußerung aller möglichen Spekulationen vorbereitet. Wenn wir heute vom Irak sprechen und uns dabei auf die Geschichte beziehen, dann müssen wir uns fragen, wie der Irak das erste unabhängige Land der arabischen Welt werden konnte und was denn seine Besonderheiten waren. Aus verschiedenen, hier auf dieser Tagung gemachten Äußerungen und Einwänden können wir eine vorherrschende Meinung ableiten, die sich dahingehend äußert, dass es nicht möglich sein werde, im Irak eine pluralistische Demokratie zu errichten oder dass die Notwendigkeit dazu gar nicht vorhanden sei.

Ich selbst sehe das als eine unrichtige und teilweise unrechtmäßige Herangehensweise an, denn ein Projekt, das im Irak nach Beendigung des z. Zt. dort herrschenden Krieges die versuchsweise Einrichtung einer ersten pluralistischen Demokratie der arabischen Welt zum Ziel hat, ist hier nur als das Resultat einer Veränderung der herrschenden Macht anzusehen. Die Behauptung, die die Grundlage dieses Projektes bildet, ist die, gemäß der auch arabische und muslimische Gesellschaften für die Einrichtung eines demokratischen Regimes stimmen könnten, wenn sie nur die Gelegenheit dazu hätten; das ist meiner Ansicht nach eine sehr wichtige Behauptung.

Nur weil es eine von den Amerikanern verfochtene These ist, kann man dem mit Recht keinen Widerspruch entgegenstellen. Für die Muslime ist dies jedenfalls eine tröstliche Behauptung; der Gedanke, dass ein System, das von vielen Kulturen und in vielen Ländern der Welt empfohlen und mit Erfolg praktiziert wird, auch den Muslimen nahe stehen sollte, muss muslimischen Kreisen einfach gefallen. Dies nur den Amerikanern als eine List in die Schuhe zu schieben und deswegen dagegen zu opponieren, ist meines Erachtens nach kein sehr vernünftiges Verhalten und darf so nicht akzeptiert werden. Die zweite, hier aufgestellte Behauptung ist die, gemäß der sich die Demokratie durch die inneren Dynamiken der Gesellschaft von selbst herausschält und nicht von außen aufgezwungen werden kann. Auch das ist nicht ganz richtig. Natürlich wird jede Gesellschaft gemäß ihren eigenen Dynamiken die Demokratie mehr oder weniger verinnerlichen; wenn wir uns aber die historischen Beispiele vor Augen halten, dann sehen wir, dass durch äußere Dynamiken und durch einen Wechsel der Macht in so manchen Gesellschaften noch nicht aufgedeckte Eigenschaften schlummern. Hier möchte ich nur auf zwei hervorstechende Beispiele hinweisen: Das erste Beispiel betrifft die Türkei selbst; hier hat die Einrichtung einer Demokratie bereits seit der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts festen Bestand. Jedoch verfügt die Türkei heutzutage über kein demokratisches System, das sich ausschließlich auf freie und pluralistisch ausgerichtete Wahlen stützt. Bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges hatte sich nur ein Einparteien-System etabliert; noch wichtiger war aber, dass der Staatspräsident der Türkei der Mode jener Zeit gemäß als Führer oder Oberhaupt des Staates angesehen wurde. Die Türkei wurde von einem Einparteien-System regiert, an dessen Spitze ein nationaler Führer stand. Die im Anschluss an den Zweiten Weltkrieg herrschenden Bedingungen und die äußeren Dynamiken haben

dazu geführt, dass die Türkei ein Mitglied der Vereinten Nationen wurde und im internationalen System eine aktive Rolle übernehmen konnte. Die Türkei hatte wegen der damals existierenden sowjetischen Bedrohung einen solchen Entschluss gefasst und wandte sich so einem pluralistischen, durch die Abhaltung von Wahlen geordneten demokratischen System zu. Heute ist sie ein Modell für die islamische Welt und das einzige, das auch Erfolg verspricht. Der demokratische Prozess in der Türkei ist das Resultat einer von außen kommenden Dynamik, auf die die Türkei mit ihrer fast hundert Jahre währenden Erfahrung jederzeit eine geeignete Antwort zu geben vermag.

Ein weiterer Faktor hierbei ist die Rolle Griechenlands, das als die Wiege der weltweiten Demokratiebewegung angesehen wird und wo auf dem letzten Gipfeltreffen von Thessaloniki bei der Verabschiedung einer gemeinsamen europäischen Verfassung der Europa-Konvention gedacht wurde. Die demokratische Kultur Griechenlands reicht bis in die peloponnesischen Kriege zurück, als es hieß, „unser System ist ein demokratisches, denn wir schließen uns nicht einer Regierung der Minderheit, sondern der Mehrheit an“. Der Name Perikles hat große Bedeutung in der Geschichte Griechenlands. Jedoch konnte das Militärregime, das sich im Jahre 1967 etabliert hat, auch nach heldenhaften Widerstandsaktionen der griechischen Bevölkerung nicht gestürzt werden; hieran kann man sehen, dass trotz so tiefer Verwurzelung der Demokratie im griechischen Staatssystem die Etablierung einer Militärmacht in den 60er Jahren nicht verhindert werden konnte. Obwohl ich weiß, dass ich unsere griechischen Freunde und Kollegen mit dieser Behauptung sehr aus der Fassung bringe, muss ich dennoch sagen, dass nur durch die Intervention der Türkei in Nordzypern im Jahre 1974 die griechische Militärjunta gestürzt werden konnte; im anderen Fall wäre auch der Anschluss Griechenlands an die EU vielleicht nicht mit solcher Schnelligkeit möglich gewesen. Das gleiche können wir von Deutschland sagen. Mit Ausnahme der kurzen Periode der Weimarer Republik, die den Aufstieg Hitlers erst möglich machte, verfügte Deutschland über keinerlei historische Erfahrung in der demokratischen Bewegung, die auch hätten als ein weltweites Beispiel dienen können. Hat das Hitler-Regime es geschafft, die Widerstandsbewegung des deutschen Volkes zu einem Ende zu bringen? Haben die inneren Dynamiken Deutschlands oder die Persönlichkeit Konrad Adenauers es zuwege gebracht, dass Deutschland heute über einen so einflussreichen und wichtigen Status innerhalb Europas verfügt? Die Antwort auf alle diese Fragen lautet

nein, denn all die erwähnten Umstände wurden nur möglich durch die Niederlage des Nazi-Regimes im Zweiten Weltkrieg, die wiederum durch äußere Faktoren hervorgerufen worden war. Dasselbe trifft auch für Japan zu, eine der traditionellsten Gesellschaften weltweit, die auf kultureller Ebene über kurz oder lang überhaupt nichts mit der Westminster-Demokratie gemein hat. Japan hat den Abwurf zweier Atombomben durchlebt. Aber ein Land, das durch zwei Atombomben in die Knie gezwungen wurde, ist heutzutage weltweit bekannt als eines der pluralistischen, demokratischen Regimes in Asien. Diese Beispiele, die uns die Geschichte lehrt, mögen unbequem sein, aber sie zeigen nur die Tatsachen.

Auf die gleiche Weise ist im Irak die Einrichtung einer Demokratie möglich. Es gibt Anzeichen dafür, dass im Irak bis zum Jahre 1958 Elemente einer pluralistischen Demokratie vorhanden waren. Darüber hinausgehend behaupte ich hier, dass sich dieser Zustand sogar noch bis 1968, also bis zur Etablierung der Baath-Partei, fortsetzte. Die irakische kommunistische Partei war die stärkste in der arabischen Welt, die auf einer sehr stabilen Grundlage fußte, und bis in die 70er Jahre hinein, bis zur Periode der Machtergreifung durch Saddam Hussein, spielte der Irak eine wichtige Rolle bei der Parteiwerdung verschiedenster politischer Tendenzen in der arabischen Welt. Die Multi-Ethnizität des Irak hat im Lande selbst zu einer gesunden Basis für die Einrichtung einer Demokratie geführt, denn dieses Land ist im Gegensatz zu Deutschland, das zur Errichtung seines Nationalstaates allein die germanische Rasse als Fundament ansah, im Besitz von Strukturen, die einen Pluralismus ohne weitere Hindernisse zulassen. Wir sind jetzt aufgerufen, zu beweisen, dass eine Demokratie, wie sie in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg verwirklicht worden ist, auch im Irak realisiert werden kann. Wie können wir das aber bewerkstelligen? Ich sagte bereits, dass wir uns eigentlich noch im Jahre 1918 befinden, wenn wir unseren Zustand von einem analogen Standpunkt aus betrachten. Verglichen mit Deutschland, sind wir immerhin schon im Jahre 1946. Der Irak ist die Zielscheibe eines Projektes, das die Absicht hat, den Versuch einer föderativen Demokratie im Lande, d.h. in einem arabisch-islamischen Land, zu errichten; ich halte dies für ein gewagtes Unternehmen. Aber dieses Projekt hat sehr aufregende Facetten und kann verwirklicht werden.

Bezogen auf den Irak, muss man die Entwicklungen im Nahen Osten natürlich auch noch von einer anderen Seite sehen, aus einem Blickwinkel, der sich nicht nur auf

den Nahen Osten und den Irak beschränkt. Ich meine damit die Neustrukturierung der zwischenstaatlichen Hierarchie auf internationaler Ebene. Sogleich nach Beendigung des Kalten Krieges war, wie ich schon kurz vorher ausgeführt habe, die Errichtung eines einpolaren internationalen Systems abgeschlossen. Vorher war so etwas weltweit noch unbekannt, d.h. seit den Zeiten des Römischen Reiches stellte die Welt kein Modell für ein international ausgerichtetes System dar. Dagegen gab es immer heftige Widerstände; die größten Widerstandsaktionen wurden vor dem jetzt ablaufenden Krieg deutlich. Das zeigte sich besonders in den Diskussionen, die im Rahmen der UN im Sicherheitsrat geführt wurden und kein Ergebnis zeitigten. Die UN sind eine Institution, die erst nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden ist. Aber nach dem Ende des Kalten Krieges haben sich andere internationale Strukturen als nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges herausgebildet, und so befinden wir uns in einer neuen Periode. Trotzdem beharrt die Welt immer noch auf den Institutionen, die nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden sind; diese Diskrepanz wird uns heute im Zustand des Irak vor Augen geführt in Form von Nicht-Übereinstimmungen innerhalb des Transatlantischen Bündnisses. Diese Ansicht herrschte auch in den meisten Diskussionsbeiträgen vor; mindestens glaubte ich etwas in dieser Art zu spüren. Es gibt eine Reaktion auf den bestehenden Zustand, die eine Widerspiegelung der fehlenden Harmonie ist.

Eine Neuordnung des weltweiten Systems kann nicht am Nahen Osten vorbeigehen, dessen Grundproblem die Palästina-Frage darstellt. Die sog. “road map“ tauchte ganz plötzlich nach dem Irak-Krieg auf und wurde auch auf dem Gipfel der G-8 in Evian wiederbelebt. Ich meine damit die Anstrengungen von westlicher Seite, sich auf die Verabschiedung und Durchführung der sog. „road map“ zu einigen und nicht wie im Falle des Irak-Krieges nur Disharmonie an den Tag zu legen. Die endgültige Durchführung dieses Planes wurde dem amerikanischen Präsidenten übertragen; der Plan selbst ist eine gemeinschaftliche Anstrengung und beruht nicht nur auf amerikanischen Vorschlägen. Die „road map“ wurde von Amerika, der EU, den UN und Russland unterzeichnet; sie ist auch nicht neu, denn ihre ursprüngliche Idee entstand bereits im Jahre 2002. Ein Projekt, das seit 2002 nicht verwirklicht werden konnte, wird inmitten des Irak-Krieges plötzlich mit der Hoffnung vorgetragen, für den Nahen Osten neue Möglichkeiten zu eröffnen; es stellt aber doch, wie ich schon vorher zum Ausdruck brachte, nur eine Neustrukturierung der weltweiten zwischenstaatlichen Hierarchie dar. Jeder hat in dieser Hierarchie seinen ihm

vorgesehenen Platz einzunehmen; an der Spitze dieser Pyramide steht natürlich Amerika. Als Basis dieser Spitze folgen sogleich Europa, d.h. die EU, und die UN; auch Russland hat zu ihnen aufgeschlossen und befindet sich in einer vergleichbaren Position. Diese Gleichheit der Positionen ist aber ein schlechtes Zeichen für die UN, denn diese sind ja kein Nationalstaat, sondern nur eine zwischenstaatliche Institution. Man muss sich vorstellen, dass an der Spitze dieser Pyramide ein Staat steht, dem zwischenstaatliche Institutionen und Staatsverbände wie EU und UN folgen. Mit anderen Worten bedeutet das, dass die Vereinten Nationen nicht mehr eine außerstaatliche, über allen Staatsverbänden stehende autonome Institution sind, sondern dass sich diese ihre Position etwas verschoben hat.

Wo ist aber dieser Bruch in den Relationen, der sich im Anschluss an beide Weltkriege und bezogen auf den Nahen Osten im Anschluss an den Kalten Krieg gezeigt hat, jetzt zu lokalisieren? Die Errichtung eines palästinensischen Staates im Jahre 2005 mit Zustimmung Amerikas, der EU, Russlands und den Vereinten Nationen bedeutet sowieso das gewaltsame Herbeiführen einer Veränderung in der „road map“.

Hier haben wir es aber mit einer Schwierigkeit zu tun, die den Geist dieses Vorhabens betrifft. Edward Said, der berühmte arabische Denker und Wissenschaftler, hatte vor kurzem in der in London erscheinenden arabischen Tageszeitung „das Leben“ in einem von ihm veröffentlichten Aufsatz folgende These, der auch ich beistimme, aufgestellt: Diese „road map“ ist noch mehr als auf die Beendigung der israelischen Okkupation darauf gerichtet, die Energie, die Ausdruck der Wut und des Zorns der Palästinenser über die Besetzung ihres Landes sind, zu unterdrücken und unter Kontrolle zu halten.

Diese verschiedene Auffassung der „road map“, dieses unterschiedliche Verständnis des dabei zugrunde liegenden Projektes sind die wichtigsten Faktoren, die zu einem Misserfolg des Planes und zu einem Misserfolg der seitens der USA hinsichtlich dieses Projektes gezeigten Anstrengungen führen können. Keine wie auch immer geartete, international Unterstützung findende Aktion, die sich nicht Israel zum Ziel setzt und nicht als ihre oberste Anstrengung die Aufhebung der israelischen Besatzung sieht, wird jemals einen Erfolg verbuchen können. Wenn Elemente wie Selbstmordanschläge, palästinensischer Terror und Gewalt, die durch die bestehenden Umstände, nämlich durch die Besatzung, verursacht sind, nicht als

solche erkannt werden, sondern durch einen Fortgang der Besatzung einer Lösung zugeführt werden sollen, dann kann sich dabei kein sehr großer Erfolg einstellen. Deswegen ist die Kritik an Arafat meines Erachtens nach auch zur Gänze unverständlich und sinnlos, denn man kritisiert Arafat ja nur, weil er sich nicht dem Friedensprozess unterwirft. Welcher Friedensprozess ist dies aber? Was ist Frieden in dieser Region? Arafat wird kritisiert, weil er sich nicht einem Frieden unterwirft, der noch nicht einmal wie der von Sadat ausgehandelte schriftlich fixiert ist. Arafat und Sharon sind alte Politikhasen, aber wer ist Mahmud Abbas? Der, an den große Hoffnungen geknüpft sind? Er gehört zu den 10-15 Gründungsmitgliedern der Al-Fatah-Bewegung; 2-3 Lebensjahre trennen ihn von Arafat. Aber in politischer Hinsicht trennen ihn Welten; Arafat ist eine historische Persönlichkeit, während Mahmud Abbas über keinerlei Besonderheiten verfügt, die ihn auch nur irgendwie auszeichnen könnten. Er bringt auch nichts Neues. Sie können nun fragen, was war denn an Neuem, das Shimon Peres, der genaue Gegenspieler von Sharon, gebracht hat? Es dreht sich aber hier nicht um die Frage von Altem und Neuem, sondern um das Wesen dieser Angelegenheit; sollten die in Verbindung mit der „road map“ stehenden Fragen und Probleme nicht gelöst werden können, dann wird es sehr schwer sein, eine Stabilität für den Irak zu sichern; dies haben wir jeden Tag vor Augen, wenn wir das Auf und Nieder im Nahen Osten miterleben.

Das eigentliche Problem, dem sich der Irak gegenübersieht, ist nicht das Fehlen einer zur Ausübung der Demokratie geeigneten Struktur, sondern das Palästina-Problem, das sehr wahrscheinlich nicht auf eine befriedigende Weise gelöst werden kann. Die Errichtung eines unabhängigen palästinensischen Staates im Westteil der Region wird sehr wahrscheinlich in dem Moment, in dem wir diese Region als Ganzes betrachten, auch in ihrem Ostteil zur Entstehung einer weiteren Entität führen. Das aber bedeutet die Zerschlagung des Irak, genauso wie die Entstehung eines unabhängigen Kurdistan die Einrichtung eines kurdischen Staates nach sich zieht.

Diese Möglichkeit muss aber nicht unbedingt zutreffen, denn die Einrichtung eines unabhängigen kurdischen Staates bedeutet die Auflösung des irakischen Territoriums. Gleichzeitig wird auch der Irak aus dem Projekt einer föderativen Demokratie in der arabisch-islamischen Welt ausscheiden, und diese Tatsache wird für ihn keinen Wert mehr besitzen. Das aber ist genau das Gegenteil von den bisher

im Krieg verfolgten Zielen. D.h., wenn dieser Krieg als ein Krieg geführt werden sollte, der auf einen Sturz des Regimes hinwirkt, und ein solcher ist er auch, dann steht dies nicht mehr in Übereinstimmung mit den früher angegebenen Zielen. Die Entstehung eines unabhängigen kurdischen Staates und die Zerschlagung des Irak führt sehr wahrscheinlich zur Herausbildung eines „schiitischen“ Gürtels in der Nahost-Region, beginnend von den Ölfeldern im Osten Saudi-Arabiens über den Irak bis hin zum Iran; die wichtigsten Energiequellen dieser unserer Erde wären somit in schiitischer Hand. Das hinsichtlich der internationalen Gemeinschaft wichtigste Erdölgebiet wäre somit von Instabilität bedroht und würde völlig außer Kontrolle geraten. Genau an diesem Punkt möchte ich als letztes noch betonen, dass die Türkei in diesem Prozess eine beispielhafte Rolle spielen kann als Stabilitätsfaktor und als ein Land, das Stabilität in der Region garantiert. So etwas kann aber nur möglich sein, wenn die Türkei und die Europäische Union einen gegenseitigen Annäherungsprozess wagen und auch willens sind, ihn in der Praxis durchzuführen.

Der Wunsch der Türkei, den Irak nicht als ein geteiltes Land zu sehen, Stabilität zu garantieren, in einer neu zu strukturierenden Region eine Rolle von Bedeutung zu spielen, kann sich nur erfüllen, wenn sie fest in die EU integriert ist, denn eine Türkei auf dem Weg nach Europa wird es auch schaffen, ihre kurdischen Landsleute nach Europa, nach Westen zu dirigieren. Die Türkei wird dann eine Trennung oder Abspaltung ihres eigenen Süd-Südostens nicht zulassen, sondern wird diese Region in eine noch umfassendere Vereinigung mit einbeziehen. Den Westen wird sie in gleicher Weise innerhalb der Europäischen Union als Wächter des Golfes beauftragen.

Wenn wir uns hier über diese Themen aussprechen, dann hat es wenig Sinn, immer wieder gebetsmühlenartig zu wiederholen, dass Amerika doch endlich vernünftig werden müsse und warum es denn am Golf keinen Erfolg haben könne. Denn wie ich bereits ausführte, stehen wir am Begin eines bedeutenden historischen Prozesses, wobei uns Kritiken im Moment recht wenig helfen. Auf der Suche nach einer neuen Welt müssen Sie entweder eine bestimmte Vision haben, oder Sie sind ganz zufällig eine Supermacht. D.h., dass Sie entweder über die physischen Kräfte verfügen müssen, um diese neue Weltordnung gewaltsam herbeizuführen, oder Sie haben wenigstens die geistige Macht und das Vermögen, Ihre Nachbarn dazu zu zwingen. Auch Einwände helfen hier nicht viel, denn dabei handelt es sich nur um einen

Widerstand, und aus dem 20. Jahrhundert in das 21. Jahrhundert hinübergetragene Widerstände werden spätestens innerhalb der ersten Dekade dieses neuen Jahrhunderts an Kraft und Einfluss verlieren. Aus diesem Grunde ist es eigentlich noch zu früh, um in dieser Angelegenheit etwas Bestimmtes zu äußern. Wenn wir über das gleiche Thema an dieser Stelle ein Jahr später konferieren könnten, werden wir sicher konkrete Tatsachen vorbringen, über die es sich erst dann zu diskutieren lohnt.

Neuorientierung der türkischen und deutschen Außenpolitik nach dem Irak-Krieg?

Wolfgang MOLITOR
Stuttgarter Nachrichten, **Stuttgart**

Zum Thema der deutschen Außenpolitik zu reden und Veränderungen festzustellen, bzw. Veränderungen in Frage zu stellen, ist innerhalb einer sich neu orientierenden europäischen Außenpolitik nicht ganz einfach. Denn es hat sich z.B. im Irakkrieg gezeigt, und dies ist meine These, dass eigentlich jede nationale Außenpolitik der Europäer mehr oder weniger gescheitert ist. Neben der deutschen Außenpolitik ist die französische wohl am meisten gescheitert, wie auch die Außenpolitik Großbritanniens, die innerhalb des europäischen Konzeptes in Frage zu stellen ist. Der Vorstoß der Spanier und Italiener als Gegenposition zur Achse Paris-Berlin ist kein großer nationaler Wurf gewesen, wie auch das Begehren Polens im Rahmen des neuen Europas Rumsfelds, was aus meiner Sicht im nationalen Interesse Polens zu begründen ist.

Ich möchte für die anschließende Diskussion aber auch die These aufstellen, dass sich die deutsche Außenpolitik durch den Irakkrieg im Prinzip gar nicht so sehr signifikant verändert hat, wie wir das vielleicht manchmal auch in den Zeitungen kommentiert haben. Man muss nicht bei Lausanne anfangen, aber ich will den Beginn auf 1998 datieren, mit dem Wechsel der Regierung Kohl auf das rot-grüne Kabinett Schröder-Fischer.

Die erste große außenpolitische Entscheidung damals während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft war, dass sich Deutschland auf den Weg machte, sich aktiv an internationalen militärischen Aktionen zu beteiligen. Das begann mit dem Kosovo-Krieg, wo es einen erheblichen Klärungsbedarf, vor allen Dingen innerhalb der Grünen Partei gab. Am Kosovo-Konflikt nahm man politisch und danach auch als Ordnungsmacht militärisch teil. Dann gab es nach dem 11. September das Wort von

der „uneingeschränkten Solidarität“. Diese uneingeschränkte Solidarität führte zu einer Beteiligung deutscher Soldaten in Afghanistan. Dann kam der Irak-Krieg.

Die Frage ist, ob der Irak-Krieg ein außenpolitischer Paradigmenwechsel war? Ich meine, nein. Denn diese Entscheidung der deutschen Bundesregierung in der Irak-Frage war ein innenpolitischer Paradigmenwechsel. Das will ich auch nur kurz streifen, weil man darüber schon lange und breit diskutiert hat. Die innenpolitische Entscheidung kam aus dem Bundestagswahlkampf heraus, sie brachte den Wahlkampf noch einmal mit einem neuen Thema in eine neue Richtung und führte zum knappen Sieg der Regierung. Ein positiver Aspekt dieser neuen Situation im Wahlkampf war das Ausscheiden der PDS in den neuen Bundesländern, was sicherlich auch dadurch getragen wurde, dass die Diskussion einer pazifistischen Grundhaltung dieser rot-grünen Bundesregierung sehr offensiv auf den Markt getragen wurde. Wenn wir uns erinnern, verlor die SPD am 2. Februar nicht nur die Landtagswahlen in Hessen, sondern auch in Niedersachsen. Hessen wurde von der CDU mit absoluter Mehrheit gehalten; vor allen Dingen in Niedersachsen verlor die SPD. In der Frage des drohenden Irak-Krieges hatte man noch einmal versucht innenpolitisch diese Pazifismusgrate, wenn ich sie mal so nennen darf, zu ziehen. So hatte dieser Ansatz schon nicht mehr innenpolitisch gefruchtet.

Die während des Irak-Krieges über 80%ige Zustimmung der Bevölkerung in Deutschland, über alle Parteigrenzen hinweg, zur Haltung der Bundesregierung gegen den Krieg, hatte sich auch in dieser Phase eigentlich in den Umfragen nicht mehr zugunsten der Regierungskoalition niedergeschlagen. Zur Zeit ist das Thema Außenpolitik in den Medien, aber auch in der öffentlichen Meinung wieder ausgesprochen von der Bildfläche verschwunden. Das Ringen um eine gemeinsame EU-Verfassung und die Reisen, die Fischer in den Nahen Osten gemacht hat, zeigen, dass sich möglicherweise die Frage nach der deutschen Aussenpolitik im öffentlichem Interesse daraufhin fokussiert, wie es zu schaffen ist, mit den Amerikanern wieder einigermaßen auf gutem Fuß zu stehen.

Insofern entwickelt sich auch eine Außenpolitik weiter, die sich auf dem humanitären und militärischen Bereich begrenzt in einem Kongo-Konflikt beteiligt. Trotz vier toter Bundeswehrsoldaten wird weiterhin über eine Ausweitung des Afghanistaneinsatzes diskutiert, die Wehrpflicht auch mit Hinsicht auf Auslandseinsätze möglicherweise nur

noch in dieser Legislaturperiode für sakrosankt erklärt und in der nächsten Legislaturperiode muss man schon mit neuen Entscheidungen rechnen.

Vor allen Dingen wird in der deutschen Öffentlichkeit mehr dezent als kritisch über die Abkehr von einer gewissen Landesverteidigungsdoktrin, wenn ich sie mal so nennen darf, unter dem Stichwort, die Landesverteidigung Deutschlands beginnt am Hindukusch, diskutiert. Dies ist ein Wort des Verteidigungsministers, das relativ unwidersprochen bis heute im Raum stehen bleibt. Der Auslandseinsatz von deutschen Soldaten ist also völlig unstrittig wie auch die größere internationale Verantwortung, die man in der Außenpolitik übernehmen will. Die Diskussion wird ja auch darüber geführt, ob nicht der deutsche Außenminister eine Rolle spielen könnte, wenn Mitte des nächsten Jahres ein EU-Außenminister ernannt wird.

Die Frage ist also, ob sich die Außenpolitik so stark verändert hat, damit wir damit die heftigen Beziehungsstörungen zwischen Deutschland und Amerika erklären können. Ich meine eher nein, da man im Grunde genommen heute alles unter dem Stichwort der Annäherung, die aber keine Anbiederung ist, unternimmt, um mit Amerika einigermaßen wieder eine gemeinsame Linie zu finden. Meines Erachtens ist die Frage eher, ob Amerika diese Annäherung eigentlich will. Denn es hat sich ja aus amerikanischer Sicht gezeigt, dass man gerade in der Europäischen Union durch die Kakophonie der Meinungen durchaus aus eigenem Interesse gewisse Spaltpilze sehen kann. Es wäre aus amerikanischer Sicht falsch, wieder eine sehr große Harmonie mit der EU herzustellen, wenn man mit der Unipolarität, die man im militärischen Bereich hat und die von der amerikanischen Seite auch sicherlich im wirtschaftlichen Bereich angestrebt wird, ein gewichtiges Mittel aus der Hand gibt, die Europäer gegeneinander teilweise auszuspielen.

Was in diesem Zusammenhang vielleicht auch noch wichtig ist, ist, dass im deutschen Bundestagswahlkampf auch die Opposition mit ihrem Kanzlerkandidaten Stoiber, der durchaus keine konträre Haltung zur Bundesregierung aufgebaut hat, im endenden Wahlkampf darauf hinwies, dass ohne eine UNO-Resolution Deutschland die Überflugrechte den Alliierten entziehen könnte. Dies wurde nur einen Tag in der Presse diskutiert und wurde dann relativiert. Aber auch die Union war nicht so weit von der Schröder zum Vorwurf gemachten Isolationspolitik entfernt. Zudem kam die CDU-Vorsitzende Merkel sehr spät innerhalb der Strecke des Irak-Krieges mit ihrer uneingeschränkten Solidaritätsadresse an die amerikanische Regierung. In der

Öffentlichkeit kam das nicht mehr gut an, und auch in der eigenen Partei hatte es doch heftige Bedenken gegeben, ob man dieses unvoreingenommene „Ja“ zum amerikanischen Einsatz goutieren sollte. Vor allen Dingen weil es in der Parteibasis doch sehr große Irritationen darüber gegeben hatte, insbesondere im kirchlichen Bereich.

Vorsichtig formuliert haben wir in Deutschland vielleicht eines gelernt: Ich will das nur als Zeitungsmann schildern. Ich bin jetzt über 20 Jahre im Geschäft und habe eine Diskussion mit Lesern noch nie auf einem moralisch-sorigiden Niveau führen müssen. Jeder der anrief, stellte im Grunde genommen – lassen Sie mich jetzt ein bisschen polemisch sagen – wie heute noch oder vor vielen Jahren auch in der Türkei, als erstes die Frage, bist du dafür, ob die Türkei in die EU muss oder nicht. Wenn diese Frage mit einem klaren „Ja“ oder „Nein“ beantwortet wurde, dann war man gleich links oder rechts katalogisiert. Die Argumente kamen erst danach, wenn man sie noch anbringen konnte.

Die gleiche Diskussion haben wir eigentlich in diesem Irak-Krieg mit unseren Lesern auch geführt. Die erste Frage war immer, bist du für den Krieg oder bist du gegen den Krieg. Ein „Ja, aber“ oder eine Argumentation kam eigentlich nur sehr selten zustande. Es wurde auf sehr hohem moralischen Niveau diskutiert. Es wurde nicht sehr antiamerikanisch, aber mit hohem Misstrauen gegen Amerika argumentiert. Auch von Kreisen, die sich in den Gesprächen sehr früh als proamerikanisch, oder aus historischer Sicht proamerikanisch äußerten. Ich glaube, das ist der entscheidende Punkt oder einer der entscheidenden Punkte, der möglicherweise auch die deutsche Außenpolitik auf Dauer beeinflussen könnte.

Wir haben eigentlich gesehen, dass die Partnerschaft mit Amerika in Deutschland nicht mehr mit Dankbarkeit und historisch gewachsener Gefolgschaft begründet wird. Vor allen Dingen die großen Schülerdemonstrationen, die mobilisiert wurden und auf der zehntausende Schüler in Deutschland auf die Straße gingen, zeigten, dass es eine andere Argumentationskette gibt. Man war eher misstrauisch, wie sich eine Supermacht über das Völkerrecht und die Argumentationen dahingehend hinwegsetzen kann und mit welcher Rücksichtslosigkeit vorgegangen wird. Während viele der älteren Generation aus der Carepakete-Dankbarkeit noch argumentiert hatten, kam bei der jungen Generation das Misstrauen gegen die Supermacht zum Vorschein und dies hat sich auch in der öffentlichen Meinung stärker manifestiert.

Nur am Rande möchte ich folgende Anektode erwähnen, die o.g. manifestiert. Wir begehen in diesen Tagen einen 40. Jahrestag in Deutschland und zwar den Besuch von John F. Kennedy in Berlin, mit dem berühmten Spruch „Ich bin ein Berliner“. In den Zeitungen tauchte das immer wieder auf. Wir hatten vorgestern eine Besuchergruppe von 15jährigen Schülern bei uns im Pressehaus Stuttgart. Zwei dieser Schüler wussten nicht, wer John F. Kennedy war, und auch die anderen haben nicht widersprochen. Das darf man glaube ich, nicht gering achten. Es ist ein Generationenwechsel im Gange auf beiden Seiten. Es gibt in den USA auch nicht mehr die Millionen von Amerikaner, die in Deutschland stationiert waren und im Grunde genommen doch ein sehr positives Deutschlandbild mit in die USA transferiert hatten. Vor ein paar Tagen sagte mir ein amerikanischer Kollege, wenn die Deutschen glaubten, das deutsch-amerikanische Verhältnis sei nicht auf deutscher und amerikanischer Seite gestört, sondern es sei nur eine Störung zwischen zwei Regierungen, könne man das nicht so einfach abtun. Denn auch Amerika sei doch sehr skeptisch, weit über den Bereich der Bush-Administration hinaus, wie Deutschland sich in dieser Frage verhalten hat.

Ein CDU-Politiker hat eine Redewendung geprägt, dass wir uns streiten können, aber wir dürfen uns nicht in den Rücken fallen. Diese Argumentation hört man von amerikanischer Seite noch immer sehr häufig. Das Bestreben der deutschen Außenpolitik sollte sein, dass man das Aufkommen dieses Gefühls, man würde einem Verbündeten, einem Freund in den Rücken fallen, möglichst vermeidet. Der deutsche Verteidigungshaushalt soll erhöht werden. Das ist auch ein Versprechen, dass man den Amerikanern gegeben hat. Und ich glaube, wir werden uns zwar aus deutscher Politik sehr genau überlegen müssen, was wir Amerika versprechen und was wir zusagen, aber wir müssen uns sicherlich auch von der Strategie her sehr genau überlegen, was wir dann, in irgendeiner Form auch für die Amerikaner nachvollziehbar halten können.

Ich möchte zum Schluss darauf hinweisen, dass es auch der deutschen Außenpolitik sehr wenig gebracht hat, die Achse Paris-Berlin und Moskau aufrechtzuerhalten. Hier sei eine zweite Anekdote angebracht. Auf die Frage was nach dem Irak-Krieg geschehe, soll ein Amerikaner gesagt haben, wir bestrafen Frankreich, wir ignorieren Deutschland und wir verzeihen Moskau. Das ist eine, ich meine sehr intelligente Anekdote, und trifft auch den Punkt. Ich glaube, dass diese Achse Deutschland-

Frankreich, diese Belastung in anderen Dingen so nicht mehr aushält. Zumal auch Frankreich mit sehr starken nationalen Interessen gespielt hat. Frankreich war am Anfang des Irak-Krieges keineswegs der große Fürsprecher einer Zurückhaltung, sondern Jacques Chirac hatte den Amerikanern durchaus militärische Unterstützung zugesagt. Erst danach hatte man herausgefunden, welche Rolle man in Europa vielleicht neu übernehmen kann, um zum alten Glanz zurückzukommen.

Zum Schluss möchte ich ein Zitat des deutschen Philosophen Friedrich Nietzsche anbringen, welches das Verhältnis der Deutschen in Bezug auf die Amerikaner ganz gut darstellt. Das Nietzschezitat lautet: „Ein Deutscher kann nicht lügen ohne zu glauben, was er sagt.“ Wenn man sich das mal ein bisschen vor Augen führt, dann entspricht das teilweise dem, was wir in der deutschen Außenpolitik sagen. Wir werden das Verhältnis zu Amerika in relativ kurzer Zeit wieder einigermaßen auf normales Niveau zurückführen können. Möglicherweise eine fromme Selbstlüge, auch wenn man sie glaubt.

Neuorientierung der türkischen und deutschen Außenpolitik nach dem Irak-Krieg?

Zafer ATAY
Dünya Zeitung, Istanbul

Bereits im letzten Jahr haben wir uns auf einer ähnlichen Versammlung getroffen. Dort hatte ich einen Vortrag über das Irak-Problem gehalten. Bei erneuter Betrachtung dieses Vortrages habe ich gesehen, dass ich mich an mehreren Stellen sehr geirrt habe. Ich habe auch die Vorträge der anderen Redner durchgesehen und festgestellt, dass sie sich ebenso an vielen Stellen zu Falschinterpretationen haben hinreißen lassen. Aber vor einem Jahr haben wir auch bereits viele richtige Aspekte bemerkt. Wenn Sie gestatten, dann möchte ich Ihnen von meinem Vortrag ein kurzes Stück hier vorlesen:

„Weil die Regierung der USA in sich gespalten ist, scheint es so, als ob die Irak-Intervention für eine Weile verschoben worden wäre. Die Gruppe, die sich um Außenminister Powel versammelt hat, ist gegen einen Krieg. Powel, als früherer Soldat und Chef des Generalstabes im Golfkrieg, weiß, dass ein Krieg mit dem Irak keine leichte Angelegenheit sein wird. Die Gruppe um Verteidigungsminister Rumsfeld dagegen ist dafür, dem Irak sofort eine Lektion zu erteilen. Bush, der von all dem nichts versteht, ist zusehends verwirrt. Er möchte nur ein guter Sohn sein, der die halb begonnenen Arbeiten seines Vaters zu Ende bringt. Wie können die USA eine solche Intervention durchführen? Außer Kuwait möchte sich kein arabisches Land gegen Saddam stellen, auch wenn sie ihn noch so sehr hassen. Auf den Zustand der Türkei werden wir später noch zu sprechen kommen“. Solches haben wir letztes Jahr geäußert. Desgleichen haben wir auch von uns gegeben, dass „wir wissen, dass die EU Bush keine Unterstützung gewähren wird. Es ist nicht möglich, dass die USA eine Lösung dieser Frage im Alleingang anstreben. Für eine Intervention im Irak werden 200.000 Soldaten benötigt; wie soll man diese dorthin verladen?“ Und wir haben auch gesagt, dass Saddam nicht zögern wird, die in seiner

Hand befindlichen Massenvernichtungswaffen gegen die amerikanischen Einheiten zum Einsatz zu bringen. .

Betreffend die Türkei konnten wir folgendes feststellen: „Die Türkei hat stets versucht, gute Beziehungen zum Irak zu pflegen. Eines der Länder, das den meisten Warenverkehr mit der Türkei hatte, war der Irak. Tausende von türkischen Arbeitern waren hier bei verschiedenen Projekten tätig. Aber der erste Golfkrieg hat alle diese Anstrengungen zerstört. Die Türkei hatte in jenen Tagen mehr als 50 Milliarden US-$ Verlust zu beklagen“. Wir haben dann nicht nur über die im Anschluss an den ersten Golfkrieg entstandenen materiellen Schäden, sondern auch über den in der Türkei aufgetretenen Terror gesprochen. Im Zuge dieser terroristischen Aktionen sind rund 30.000 Menschen getötet worden, und zur Bekämpfung des Terrors hat die Türkei 100.000 Milliarden US-$ ausgeben müssen.

Die Türkei möchte sich nicht noch einmal einer solchen neuen Irak-Katastrophe gegenübersehen. Sollten die Iraker tatsächlich Saddam stürzen können, dann freut sich am meisten die Türkei darüber. Sollte dieses Vorgehen jedoch mit Hilfe der Amerikaner, der B-52-Bomber und der US-Marines in die Tat umgesetzt werden, dann glaube ich nicht, dass die Türkei hierbei ihre Hilfestellungen anbieten möchte. Wir sind auch auf die Zusammenarbeit mit den Kurden eingegangen, die für die Türkei nur Schaden bringen würde. Sollten Kerkuk und die anderen Regionen in die Hände dieser Mächte übergehen, dann, haben wir geäußert, ist die Türkei gezwungen, einzugreifen. Wie ersichtlich wurde, haben sich einige von diesen Vorstellungen realisiert; in anderen wiederum haben wir uns getäuscht. Soweit ich mich erinnere, haben wir letztes Jahr in diesen unseren Vorträgen besonders betont, dass sich die Iraker heftig wehren und den Amerikanern große Verluste zufügen würden. Es wurde gesagt, dass die „Verteidiger der Republik“ eine starke Eingreiftruppe seien.

Aber nicht nur wir haben uns hinsichtlich dieses Themas geirrt. Auch die Strategie-Experten der USA haben sich geirrt. Ich möchte hier kurz etwas aus einer Zeitung zum Besten geben: Amerikanische Kommandanten, die auf der Ford-Paul-Basis eine Ausbildung in Guerilla-Taktiken durchgeführt haben, wollen einen Straßenkrieg in der irakischen Hauptstadt. Sie sagen, dass wir in diesem Krieg mit einem Verlust von 30% der Soldaten durchaus zufrieden wären. Der pensionierte Kommandant Core

hat Bush gewarnt, dass dies ein sehr blutiger Krieg werden könnte. D.h., dass auch die amerikanischen Experten keine genauen Vermutungen anstellen konnten.

Die türkische Außenpolitik hat sich in der letzten Zeit auf vier Fundamente gestützt. Eines dieser Fundamente sind die Beziehungen der Türkei zu den USA, ein anderes die Beziehungen der Türkei zur EU, das dritte die Region Zypern-Griechenland-Ägäis, und das vierte Fundament schließlich stellen unsere Nachbarn, der Nahe Osten, dar. Die sich auf diese vier Fundamente stützende Politik darf eigentlich nicht getrennt voneinander betrachtet werden; denn alles steht miteinander in Verbindung. In einer Politik, die die EU einschließt, hat auch Amerika seinen Platz, und in einer auf Zypern und die Ägäis ausgerichteten Politik finden sich Beziehungen zur EU etc.

Wenn wir die Geschehnisse bis zum März zurückverfolgen, so sehen wir, dass in der Zeit vor dem 1. März die Türkei mit den USA sehr enge Beziehungen hinsichtlich der Frage hatte, ob im Falle eines Krieges die in der Türkei angesiedelten Militärbasen seitens der Amerikaner genutzt werden könnten, und ob die Türkei als ein Transitweg herhalten würde. Dabei hat man von unserer Seite sehr übertrieben; man sprach von 60 oder gar 80 Milliarden US-$. Das waren natürlich phantastische Zahlen; es war klar, dass daraus nichts werden könnte. Ich kann aber auch nicht sagen, dass die Gegenseite sich besonders geschickt verhalten hätte. Schließlich wurde am 1. März eine Entscheidung von der Großen Türkischen Nationalversammlung getroffen, die vorsah, die Häfen und Militäranlagen auszubauen. In eben jener Zeit begannen amerikanische Einheiten, in der Türkei zu landen, obwohl zu dieser Frage noch keine irgendwie geartete Entscheidung durch das Parlament getroffen worden war. Bei einer diesbezüglichen Parlamentsabstimmung am 1. März konnte die erforderliche Mehrheit nicht erreicht werden, und so wurde der Vorschlag abgelehnt. Eigentlich wurde nicht der Vorschlag abgelehnt, sondern dies war zur Gänze eine Frage der parlamentarischen Statuten. Obwohl die Zahl derjenigen, die mit ja gestimmt hatten, hoch war, wurde der Vorschlag abgelehnt, weil die erforderliche Mindest-Mehrheit nicht erreicht worden war. Im Anschluss daran entwickelten sich Spannungen zwischen der Türkei und den USA in einem Ausmaß, wie es vorher noch nie der Fall gewesen war. Sowieso waren die Beziehungen zwischen beiden Ländern stets von einer Art Hassliebe geprägt, und diese, von der Nationalversammlung verabschiedete Entscheidung brachte Amerika natürlich auf die Palme. Was aber war der Grund hierfür? Die Große

Türkische Nationalversammlung hatte aus freiem Willen eine Entscheidung getroffen; warum musste man sich da ärgern? Hatten uns die Amerikaner nicht schon 1974 nach dem Einmarsch in Zypern mitgeteilt, dass der Kongress eine Entscheidung getroffen hatte und man nun ein Embargo verhängen würde? Wir zollten damals dieser Entscheidung des Kongresses Respekt, verlangen aber in gleicher Weise eine Respektierung der Entscheidung unseres Parlaments. Was hat Wolfowitz geäußert? Die türkische Armee habe ihre Pflicht nicht erfüllt. Was hat die türkische Armee geäußert? Dies sei eine politische Entscheidung, die man respektieren müsse. Vorher war man immer der Meinung, in der Türkei herrsche eine Militärdemokratie; d.h., wenn das Militär seine Nase in diese Angelegenheit gesteckt hätte, wäre Amerika wahrscheinlich in einen gewaltigen Applaus verfallen. Aber diejenigen, die sich bezüglich einer Militärdemokratie geäußert hatten, sollten Recht behalten. Dieses demokratische Verhalten der Türkei hat nämlich auf Seiten Amerikas großen Unmut hervorgerufen. Was steckt noch alles dahinter ? Es kann sein, dass einige unserer Politiker sich zu gewissen Versprechungen haben hinreißen lassen, denn nicht umsonst hat man so viele Soldaten in diese Region geschickt. Haben sie sich wohl zu Äußerungen verstiegen wie „Habt keine Sorge, wir werden mit diesem Problem schon fertig“? Wir wissen natürlich nicht allzu viel davon, was hinter verschlossenen Türen besprochen wird.

Vor diesem Entscheidungsprozess im Parlament ereigneten sich in der Türkei große Diskussionen darüber, ob bei einer Zurückweisung des Vorschlages Amerika gezwungen sein würde, von seinen Kriegsplänen abzulassen. D.h., man nahm an, dass eine Supermacht 200.000 Soldaten losschicken wird, um dann, wenn sich an der Nordfront nichts tut, auf einen Krieg zu verzichten. Kann denn so etwas überhaupt sein? Wenn sogar kleine Unternehmen sich schon eine Planstrategie von A-C zurechtlegen, wie kann dann eine Supermacht nur nach Plan A losschlagen? Das wurde in der Türkei ernsthaft diskutiert. So wie es eine Anti-Kriegslobby gab, war auch eine Kriegslobby vorhanden, die von sich gab, dass „wir auf Seiten Amerikas stehen sollten, da wir dann große Gewinne zu erwarten hätten und auch ein Mitspracherecht bekämen“ etc. Beide Seiten hatten sowohl Recht als auch Unrecht. Beide Seiten möchte ich nicht zurückweisen. Wenn sich etwas an der Nordfront getan hätte, wäre diese militärische Intervention für Amerika sehr viel leichter vonstatten gegangen. Auf der anderen Seite kann man auch die Argumentation derjenigen, die für einen Krieg waren, nicht ganz beiseite lassen. Hinsichtlich der

Entwicklungen im Irak hätten wir sehr viel mehr Mitspracherecht bekommen, als das heute der Fall ist. Ich möchte hier jedoch darauf hinweisen, dass eine Haltung, die sich angesichts eines demokratischen Entscheidungsprozesses zu der Äußerung hinreißen lässt, diese zu kritisieren, eine Missachtung und Respektlosigkeit diesem Lande gegenüber bedeutet.

Paul Wolfowitz hat als neuer Führer der Falken eine Äußerung vorgetragen, die besagt, dass „die Türkei sich entschuldigen solle“. Natürlich ruft das in der Türkei einen Sturm der Entrüstung hervor, genauso wie die Forderung, „türkische Minister oder andere Regierungsvertreter sollten nicht mehr nach Washington kommen; selbst zu einem Telefongespräch sind wir nicht bereit“. Dann haben sich plötzlich Änderungen in dieser Haltung ergeben. Der Unterstaatssekretär im Außenministerium, Botschafter Ziyal, reist nach Amerika und führt dort Gespräche, wodurch sich nach seiner Rückkehr die Ansicht verbreitet, alles sei wieder in Ordnung. In der Washington Post erscheint ein Bericht, der besagt, dass sich „Uncle Sam und Hacivat (wie Sie wissen, ist das die Hauptfigur eines Schattenspiels) umarmt hätten“. Solche wichtigen Angelegenheiten auf so eine reißerische Weise abzutun, weist m.E. nach auf ein Problem der Weltpresse hin. Wir beschweren uns ständig über die türkische Presse, aber so ein Artikel ist in der Washington Post erschienen.

Vielleicht haben sich im Anschluss an diesen Artikel manche Haltungen geändert, oder es wurden gegenseitige Abkommen getroffen, auf jeden Fall hat die Große Türkische Nationalversammlung vor zwei Tagen eine Entscheidung verabschiedet, die besagt, dass die Militärbasen und Häfen in der Türkei für humanitäre Ziele von den Koalitionstruppen und von den in den Irak entsandten Friedenstruppen genutzt werden können. D.h., dass man sich wirklich versöhnt zu haben scheint. In den Gesprächen, die Präsident Bush mit europäischen Vertretern in Washington führt, steht die Türkei auf der Tagesordnung; Bush lässt sich sogar zu der Äußerung hinreißen, die Türkei sei ein Teil Europas und müsse unbedingt Mitglied der EU werden.

Eines können wir mit großer Bestimmtheit sagen: „Es scheint nicht nur, als ob wir uns versöhnt hätten, wir haben uns auch wirklich versöhnt“. Außenminister Gül hat einen Amerika-Besuch für den Monat Juli oder August geplant; er hofft auf Verständnis für die Positionen der Türkei. Wie Sie sehen, ist von den vier Fundamenten, auf die ich

kurz vorher eingegangen bin, das der Beziehungen zu den USA wiederum eng mit den Beziehungen zur EU verknüpft. Auf die Äußerung von Präsident Bush „vergesst nicht die Türkei, sie muss Mitglied werden“, hat Papandreu geantwortet: „Ja, die Türkei ist ein Teil Europas. Zu diesem Thema vertreten wir die gleichen Ansichten wie Präsident Bush“.

Dies sind für die Türkei natürlich positive Entwicklungen. Im Jahre 2004 soll der Türkei ein Datum für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der EU genannt werden. Auf dem Gipfel von Thessaloniki wurde der Türkei bereits ein Beobachterstatus zugesprochen. Ich neige jetzt fast zu der Vermutung, dass sich die EU aus Gründen der Zurückweisung der Vorlage im Parlament der Türkei anzunähern versucht. Vielleicht haben sich aber auch die USA erneut eingemischt, und deswegen kam es zu dieser Annäherung. Es ist nicht leicht, den Grund dafür herauszufinden, aber eines ist sicher: sogleich nach Ablehnung der Vorlage im türkischen Parlament gab es positive Signale aus der EU.

Aber auch die EU hat hinsichtlich dieser zweiten Golf-Intervention keine sehr erfolgreiche Prüfung abgelegt. Sie hat sich in zwei Gruppen geteilt: auf der einen Seite die Gruppe der Kriegsgegner, die von Deutschland und Frankreich angeführt wurden, auf der anderen Seite die Gruppe der Befürworter eines Krieges, an ihrer Spitze Italien, Spanien und England. Ich glaube, dass die Haltung der Kriegsgegner hinsichtlich einer Annäherung an die Türkei einiges bewirkt hat. Wahrscheinlich haben sie gedacht, dass „auch die Türkei mit dieser ihrer Entscheidung ihr Europäisch-Sein gezeigt hat“.

Ich halte hier eine Fotografie in Händen, die im März in der „New York Times“ erschienen ist. Die Fotografie zeigt das Stabshauptquartier, und wen sehen wir da? Den Oberkommandierenden Gen. Franks, seinen Stellvertreter, einen Amerikaner, aber daneben interessanterweise Admiral Pertidemans, einen Dänen, Luftmarschall Bridges, einen Engländer, Brigadier Morris McMarvin, einen Australier und Offizier Jean Blum, einen Holländer. Nur ein Vertreter Polens fehlt hier noch. Von den 200 Personen, die dieser Abordnung angehörten, waren 100 Experten für die chemische Kriegsführung, und die restlichen 100 Kommando-Soldaten. Sogar diese Fotografie zeigt also, dass die EU sich hinsichtlich des Irak-Krieges nicht sehr glücklich verhalten hat. Aber die EU ist sowieso eine Organisation, die in der Außenpolitik von Anfang an keinen gemeinsamen Kurs verfolgt hat. Aus diesem Grunde fand ich die

von mir mitgebrachte Fotografie auch sehr bezeichnend. Jedoch ist es ein großer Fehler, zu glauben, die Menschen würden stets das Gleiche denken.

Ein weiteres Beispiel aus der „Financial Times“ zeigt uns, wie sehr sich Amerika getäuscht hat. Die Nachricht erschien in der Ausgabe vom 14. März 2003. General Sir Stanley Mandle ist der englische General, der die osmanischen Streitkräfte aus dem Irak vertrieben hatte. Stolz marschierte er in Bagdad ein und erklärte: „Unsere Armee ist nicht als eine Besatzungsmacht, sondern als eine Befreiungsmacht gekommen“. Er fügt hinzu, dass „sich das irakische Volk seit 26 Generationen in den Händen von Tyrannen befunden hat“ (wobei der Tyrann hierbei das Osmanische Reich war). „Ihr habt euch gegenseitig aufgerieben, aber wir sind zu euch für Frieden, Ruhe und Entwicklung gekommen“. Die Rede wurde von heftigem Beifall begleitet; 3 Jahre später fand der erste große Aufstand statt. Die Engländer waren nämlich nicht als Befreier gekommen, sondern natürlich als Besatzer. Ich möchte nicht, dass Amerika heute in den gleichen Fehler verfällt. Die heutigen Führer beschäftigen sich nicht mit Geschichte, denn hätten sie etwas darüber gelesen, dann hätten sie sehr wohl auf ihre Worte und Äußerungen geachtet. Der nach nur drei Jahren im Irak ausgebrochene Aufstand wurde von England blutig unterdrückt; viele Tausend Menschen verloren ihr Leben. Auch Amerika sagt jetzt von sich, dass es die Demokratie gebracht hätte und nur als Befreier gekommen sei.

Vor mir hatte bereits Cengiz Çandar das Problem der Demokratie im Irak diskutiert. Er fragte sich, ob das irakische Volk denn wirklich die Demokratie will, und ob ein solches Begehren geäußert worden war. Kann man von einem Volk, das bis jetzt nicht allzu viel Erfahrung mit Demokratie gemacht hatte, erwarten, dass es plötzlich von sich verlauten lässt, es sei demokratischer Natur? Kann ein Volk, das bis jetzt unter der Führung Amerikas, der Könige, der Besatzer und Kolonisten und der Mandatsherren stand, eine demokratische Gesinnung haben? Ist das möglich? Wäre es doch nur möglich! Wären wir doch nur im Unrecht. Sollte ich an der nächsten Konferenz teilnehmen, und sollte auf ihr das Wort von einem demokratischen Staat Irak fallen, dann würde ich mich öffentlich entschuldigen. Aber es ist unnötig, sich Wahnvorstellungen hinzugeben. Wenn im Irak Ordnung herrschen würde, gäbe es kein Problem. Aber ich möchte nicht, dass die Amerikaner im Irak das gleiche Schicksal erleiden wie Sir Stanley Mandle. Jedoch scheint es auch hier so, dass die

Amerikaner als Befreier gekommen sein wollten und schließlich als Besatzungsmacht auftreten.

Ein Fundament, auf dem die türkische Außenpolitik ruht, sind unsere Nachbarstaaten. Wie Sie wissen, hatte die Türkei früher weniger Nachbarn als heute. Es gab die Sowjetunion, Griechenland, Bulgarien und die Nachbarstaaten im Nahen Osten. Allein aus der Sowjetunion sind mehrere Staaten hervorgegangen; wir haben jetzt neue Nachbarn wie Armenien und Aserbaidschan, die es früher noch nicht gab. Mit dem Nahen Osten haben wir Verbindungen, die in Europa von Zeit zu Zeit als störend empfunden werden, nämlich unsere Beziehungen zu Syrien und zum Iran. Was haben wir hier gemacht? Haben wir mit diesen Staaten etwa einen Friedensvertrag unterzeichnet? Oder pflegen wir mit ihnen die militärische Zusammenarbeit? Warum ärgern sich die USA, wenn die Türkei mit ihrem Nachbarn Syrien, der 300-400 km entfernt ist, gute Beziehungen pflegt? Warum verurteilt man die Türkei, wenn sie nicht aus politischen Gründen, sondern wegen der Tatsache, dass 20 Millionen der Iraner türkischstämmig sind und Türkisch sprechen, mit diesem Land gute Beziehungen anknüpft, weil man sich in Ankara für diese Bevölkerungsgruppe moralisch verantwortlich fühlt ? Darf das denn sein? Man sagt, dass diese Leute Terroristen seien, aber kein Land hatte so sehr unter dem Terrorismus zu leiden wie die Türkei. Bringt es etwas für den Weltfrieden, wenn sich die Beziehungen der Türkei zu Syrien oder zum Iran verschlechtern? Bringt es daneben auch etwas für die Türkei selbst? Sollen wir diesen Menschen den Rücken zukehren? Man hat das Gefühl, dass Ankara inzwischen etwas von dieser Position abweicht, um die amerikanische Politik dem Iran gegenüber zu unterstützen. Dabei kann sich aber das Problem ergeben, wie weit diese Unterstützung reichen darf. Werden wir in dem Moment, in dem der Iran eine Atombombe gefertigt hat und diese zum Einsatz bringt, an der Seite Amerikas stehen oder nicht? Oder wenn Amerika seine Unzufriedenheit über das Regime im Iran zur Sprache bringt und, so wie im Irak geschehen, seine Marines dorthin schickt und sagt: „Ich werde diese Angelegenheit allein bereinigen“. Wird die Türkei in einem solchen Fall auch an der Seite Amerikas stehen? Diese Fragen müssen von den dafür Zuständigen vor der türkischen und auch vor der Weltöffentlichkeit geklärt werden.

Es wurde auch gesagt, dass sich die Regierung unbeholfen verhalten hätte. Das ist zum Teil richtig, aber so ganz ohne Erfahrung ist unsere Regierung auch nicht, denn

viele der heutigen Regierungsvertreter haben lange Jahre als Mitglied anderer Parteien genügend Erfahrungen gesammelt. Sie sind nicht einfach vom Himmel gefallen und haben die Anweisung erhalten, nun einmal schön die Türkei zu regieren. Aber es stimmt, dass die Entscheidungsfindung von einer Unbestimmtheit und Wankelmütigkeit begleitet war, die in einem Verhalten wie „nähern wir uns dem Iran an“ oder „unterstützen wir gegen den Iran die amerikanische Politik“ ihren Ausdruck fand. Das gleiche gilt für unser Verhältnis zu Syrien. Hierbei ist die Türkei gezwungen, nun eine klare Entscheidung zu fällen. Der Irak und der Iran sind unsere Freunde, unsere Nachbarn. Sollten diese Staaten etwas Schlechtes anstellen, dann werden wir gemeinsam mit der Weltöffentlichkeit gegen sie vorgehen. Aber da, wo wir uns heute befinden, ist es nötig, auf solche Fragen wie, warum wir uns mit dem Iran auseinandersetzen oder warum wir un um eine Annäherung an Syrien bemühen, keine Antwort zu geben.

Zum Schluss möchte ich folgendes sagen: Ziehen Sie einen Strich von Ankara bis nach Tokio, das sind etwa 15.000 km, und versuchen Sie dann festzustellen, wie viele Demokratien es auf dieser Linie gibt. Ob es Ihnen gefällt oder nicht, es werden immer Mängel festzustellen sein. Neben der Türkei und Israel, über dessen Demokratieverständnis ich immer zu diskutieren bereit bin, können wir als weitere demokratische Staaten noch Indien und Japan anführen. In diesem großen geografischen Raum gibt es also nur 4 Demokratien. Dem Verhalten der Türkei muss von Seiten Amerikas und auch von Seiten unserer Freunde in der EU mit größerer Kaltblütigkeit begegnet werden; unser Zustand ist in diesem Rahmen zu diskutieren. Bei einer Schuldzuweisung sollten Sie aber das von mir gegebene Beispiel nicht vergessen: in einem geografischen Raum von 15.000 km Längenausdehnung finden sich nur vier demokratische Staaten.

Deutschland hat es heute sehr leicht. Wenn ich einen Deutschen frage, wie viel Nachbarstaaten mit ihm Krieg anzufangen wünschen oder ob ein kriegführender Staat vielleicht sein Nachbar ist, dann lautet die Antwort immer nein. In Aserbaidschan herrschen kriegsähnliche Zustände, im Irak ist Krieg, der Zustand des Iran ist offensichtlich; in Russland herrscht Krieg. Im Moment befinden sich vier unserer Nachbarstaaten im Krieg. Ich kann nur an Sie appellieren, all dies nicht zu vergessen, wenn Sie eine Annäherung an die Türkei im Auge haben. Man soll und muss der Türkei mit Verständnis begegnen und dabei nicht erwarten, dass alles, was

in Holland zu finden ist, auch in der Türkei zu finden sein muss. Es wäre schön, wenn wir Verhältnisse wie in Holland hätten, aber vergessen Sie dabei bitte nicht die Bedingungen, unter denen wir hier leben.

Die Zukunft des Irak nach dem Krieg

Evangelos ANTONAROS
Die Welt, **Athen**

Das Thema „Die Zukunft des Irak nach der Kriegszeit“ ist meiner Meinung nach für einen Referenten eine sehr große Herausforderung. Denn knapp zweieinhalb Monate nach dem Fall Bagdad’s und dem Einzug der amerikanischen Truppen bleibt die Zukunft des Irak völlig ungewiss. Jede Prognose wäre meiner Meinung nach sehr gewagt. Und vorweg möchte ich nur so viel sagen, mit einem baldigen Ende der massiven amerikanischen Militärpräsenz, die viele möglicherweise herbeiwünschen, ist meiner Meinung nach nicht zu rechnen. Ganz im Gegenteil, ich rechne fest damit, dass man sich auf eine erhebliche Verlängerung des amerikanischen so genannten „direct trull“ einstellen sollte, also mit einer Verstärkung der im Irak stationierten US-Truppen.

Seit der Zeit vor Beginn des Irakkrieges habe ich die These vertreten, dass die USA wegen den Entwicklungen der letzten eineinhalb Jahre keine andere Möglichkeit hatten, als im Irak militärisch einzugreifen. So unangenehm diese Erkenntnis für uns aus europäischer Sicht auch sein mag, mussten die Amerikaner militärisch vorgehen. Nicht so sehr wegen der nicht so überzeugenden Behauptung, man wolle Saddams Massenvernichtungswaffen neutralisieren, deren Existenz ja niemand bisher belegen konnte, sondern viel mehr weil man damit das Saddam-Regime ein für allemal aus der Welt schaffen konnte.

Hätten die USA diesmal den Kürzeren gezogen und ihn ein weiteres Mal im Amt belassen, wären die Auswirkungen auf die arabischen Nachbarstaaten verheerend gewesen. Es ist zwar richtig, dass es die prowestlichen arabischen Potentate gar nicht gerne sehen, wenn die Amerikaner bestimmen, wer wo regieren soll, denn irgendwann könnte es auch für sie so weit sein - es könnte auch Herrn Mubarak oder Herrn Fahd treffen oder Esad - aber sie machen im Nachhinein doch kein Hehl aus ihrer Genugtuung über Saddams Verschwinden von der politischen Bildoberfläche.

Sie schweigen. Ihnen wäre es, glaube ich, viel unangenehmer, wenn er im Amt geblieben wäre und eine Magnetwirkung auf die Skeptiker oder Feinde des Westens ausgeübt hätte.

Militärisch waren das Vorgehen gegen den Irak und der in den letzten Wochen vor dem Krieg zum Hauptziel erklärte Regimewechsel eigentlich ein Spaziergang. Mit geringen Verlusten konnten die USA das Saddam-Regime stürzen. Der von vielen gefürchtete Krieg um Bagdad fand nicht statt. Das Baas-Regime brach einfach über Nacht zusammen. Doch die Euphorie, die viele amerikanische Kommentatoren und Beobachter erwarteten, blieb einfach aus. Denn was danach kam, war eigentlich desaströs und wirft die berechtigte Frage auf, ob die Amerikaner sich nicht allzu sehr oder gar ausschließlich auf den Erfolg ihrer Militärstrategie konzentriert und dabei einfach alles ignoriert haben, was mit dem Aufbau eines, wenn auch nur scheindemokratischen, Irak zusammenhängt. Waren sie etwa in der falschen Annahme in den Krieg gezogen, nach der Befreiung von Saddam würden ihnen Millionen Iraker unkritisch zujubeln und ihnen unendlich viel Zeit zugestehen, das Land nach amerikanischen Wunschvorstellungen neu zu organisieren? Wenn sie überhaupt eine solche Chance gehabt hätten, woran ich große Zweifel habe, dann haben sie sicherlich mit der Ernennung des seltsamen Exgenerals J. Garner zum ersten Ziviladministrator zunächst einmal diese Chance verspielt. Er war von seiner Aufgabe, wofür er offenbar kein Konzept hatte, so überwältigt, dass er nach nur drei Wochen im Amt das Handtuch warf, mit der Begründung, er sei erschöpft und er habe das alles so nicht erwartet.

Ebenfalls haben die Amerikaner mit unvorstellbarer Naivität die Rolle, die Organisationsmöglichkeiten und die Querverbindungen der irakischen Schiiten zum Irak unterschätzt. Darauf will ich allerdings nicht eingehen, obwohl es meiner Meinung nach ein Thema von zentraler Bedeutung ist.

Diese Versäumnisse der ersten paar Wochen sind in erster Linie für die Situation verantwortlich, die wir zur Zeit erleben. Die Amerikaner kontrollieren - wenn überhaupt - effektiv nur die Hauptstadt Bagdad und da ist alles auch sehr bedenklich, denn es gibt immer wieder Anschläge auf dem Weg zum Flughafen. Deswegen ist der Flughafen auch nicht im Betrieb, ebenso wie einige andere Ballungszentren. Ruhig ist es eigentlich nur im Kurdengebiet, soweit wir zuverlässige Informationen aus diesem Gebiet erhalten. Fast täglich gibt es Anschläge, Anschläge mit toten

amerikanischen Soldaten. Allein in den letzten 24 Stunden hat es drei Todesopfer gegeben. Es häufen sich die Sabotageakte auf Öl und Erdgaspipelines.

Sicherlich mucken da Elemente auf, die die Hoffnung nicht aufgegeben haben, dass die Weltmacht USA möglicherweise, wenn nicht besiegt, doch eingeschüchtert werden könnte. Washington hat sicherlich Interesse daran, die sich häufenden Zwischenfälle herunterzuspielen, wie das oft durch Verteidigungsminister Donald Rumpsfeld gemacht wird, wenn er von kleinen Grüppchen spricht, die auf verlorenem Terrain stehen. Andererseits ist in den letzten zwei Wochen, insbesondere, in der letzten Woche das Gerücht entstanden - und das ist nicht nur im Irak stark verbreitet worden, sondern auch im Rest der arabischen Welt - Saddam Hussein und eine handvoll enger Vertrauter würden aus dem Hintergrund alles lenken und die Hoffnungen auf ein politisches Come-back nicht aufgeben. Dass es dazu kommt, halte ich für ausgeschlossen. Nur, entscheidend sind dabei nicht so sehr, wie wir im westlichen Ausland diese Gerüchte oder diese manipulierten Informationen zur Kenntnis nehmen und sie aufarbeiten, sondern welche Wirkung sie auf die Iraker selbst haben. Sogar bei prowestlich eingestellten Teilen der irakischen Bourgeoisie wachsen inzwischen Zweifel, ob die Amerikaner ihren Plan, das Land neu zu organisieren, bis zum Ende durchziehen wollen bzw. dazu in der Lage sind. Dadurch entstehen gewaltige Handlungsfreiräume für Elemente des gestürzten Regimes. Restelemente des Mechanismus der Baas-Partei schöpfen Mut und werden immer aktiver. Ich gehe davon aus, dass in den nächsten Wochen, wenn es bei dieser Situation bleibt, die Anschläge auf Amerikaner mit möglicherweise noch mehr Todesopfern erheblich zunehmen werden.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie Washington reagieren wird. Können es sich die USA überhaupt leisten, in die Enge getrieben zu werden, militärisch nicht mehr so aktiv wie bisher im Irak präsent zu sein? Ich glaube, dass diese Frage eindeutig mit einem „Nein“ beantwortet werden muss. Die USA haben offenbar die strategische Entscheidung getroffen, als ständige und entscheidende Komponente, das Geschehen im Nahen Osten künftig fast im Alleingang zu bestimmen. Und zwar in einer Form die viel aggressiver und aktiver ist, als alles was wir Nichtamerikaner bisher erfahren und gesehen haben. Das winkt eben zum Handeln. Kurzfristig wurde Garner durch den erfahrenen, wenn auch in der arabisch-islamischen Welt kaum gewandelten Diplomaten Bremer abgelöst, dessen erste Amtshandlungen darin

bestanden, das Jahreskonzept zur Übergabe der zivilen Macht, ja fast zur sofortigen Bildung einer Übergangsregierung zurückzustellen. Und das im Grunde genommen auf unbestimmte Zeit. Zunächst war es ein Jahr, dann einige Wochen und nun kennt man im Grunde genommen keine konkreten Termine, die zunächst vom Pentagon gehätschelten Exiliraker, allen voran den sehr fragwürdigen Ahmed Tschelebi, politisch ins Abseits zu drängen. Tschelebi hat mittlerweile verschiedenen Informationen zufolge den Irak verlassen und hält sich die meiste Zeit in den USA auf.

Menschen wie Ahmed Tschelebi und seine Gefolgsleute sind im Irak sowieso kaum bekannt gewesen. Sie hatten keine eigene Hausmacht. Sie waren nicht populär. Daher haben sie von Anfang an versucht, unter amerikanischem Schutz eine eigene Hausmacht aufzubauen und haben dabei die USA, wie auch mittlerweile amerikanische Zeitungen herausgefunden haben, z.B. die Washington Post, im eigenen Interesse absichtlich falsch beraten. Inzwischen wurde auch die im Vorfeld des Krieges von den Amerikanern finanzierte und ausgebildete Miliz von Tschelebi aufgelöst.

Ursprünglich wollte Bremer den Alltag der irakischen Normalbürger verbessern, ihnen Strom- und Wasserversorgung garantieren, ebenso auch den Zugang zu Krankenhäusern. Des weiteren ging es ihm um die Wiederherstellung der Ordnung. Daher beauftragte er einen ehemaligen New Yorker Polizeichef mit dem Aufbau der neuen Sicherheitskräfte. Nur ist er inzwischen von den Ereignissen eingeholt worden. Weil sich die Anschläge auf amerikanische Militärs häufen, geht es ihm und sicherlich auch den Herren und Damen in Washington darum, Saddam und dessen Söhne aufzutreiben und zwar mit einem konkreten Hintergedanken, nämlich den, sie festzunehmen und im Fernsehen als amerikanische Häftlinge zu präsentieren. Dann, davon gehen die Amerikaner aus, würden auch die letzten Reste des alten Regimes den Kampf aufgeben und es wäre möglicherweise einfacher, Herr der Lage zu werden. Der Propagandasieg eines solchen Erfolges wäre gewaltig.

Gelingt ihnen dieser Coup nicht, so werden die Amerikaner kurzfristig die Entscheidung treffen müssen, ihre Truppen im Irak erheblich zu verstärken. Inzwischen sind sie dort mit knapp 120-125.000 Soldaten vertreten, von denen nur 2/3 klassische militärische Aufgaben wahrnehmen. Der Rest ist im Logistikbereich aktiv. Und das reicht nicht aus, ein so kompliziertes, großes Land wie den Irak zu

kontrollieren. Ich rechne fest damit, dass Washington auf die militärische Assistenz seiner Partner in der NATO angewiesen sein wird. Und daher werden auch die Anfragen, Truppen zu entsenden, an die NATO-Partner und natürlich auch an die Bundesrepublik ständig zunehmen.

Doch wenn überhaupt, wird die letzte und entscheidende Phase des Irakkrieges im zivilen Bereich zu gewinnen sein, den die Pentagon-Planer bisher sträflich vernachlässigt haben. Thomas Friedmann von der New York Times schrieb Mitte dieser Woche, dass es ein gravierender Fehler sei, die Verantwortung für den Nachkriegsirak dem Pentagon zu überlassen. Dennoch, so Friedmann, sei es wahrscheinlich doch nicht zu spät, die konzeptuell-organisatorischen Fehler der letzten Monate wieder gut zu machen und ziviles Personal für den Wiederaufbau in den Irak zu entsenden.

Das Militär, so Friedmanns feste Überzeugung, der ich mich auch in dieser Form anschließen möchte, sei in der Lage, eine Schlacht, aber keineswegs den Krieg um die Seele der Menschen zu gewinnen. Vor allem nicht im Irak.

Die Zukunft des Irak nach dem Krieg

İlnur ÇEVİK
Turkish Daily News, Ankara

Um die Zukunft des Irak diskutieren zu können, muss man tatsächlich ein Hellseher sein. Es ist noch viel zu früh, um zu sagen, ob die Entwicklung in diese oder jene Richtung verlaufen wird. Der Krieg hat erst vor kurzem aufgehört, und wir alle betrachten gemeinsam die Entwicklung der Lage. Da die Welt kleiner geworden ist, können wir den Informationen, die wir täglich serviert bekommen, durchaus vertrauen. Mit den uns zur Verfügung stehenden Daten ist es natürlich möglich, gewisse Dinge zu vermuten; mindestens können wir mit einiger Sicherheit sagen, was nicht sein wird.

Cengiz Çandar hat uns die Vielschichtigkeit des Problems in sehr schöner Weise erläutert. Aufbauend darauf möchte ich den jetzigen Zustand in all seinen Einzelheiten und die damit zusammenhängenden Erwartungen näher beleuchten. Wie Sie wissen, lesen wir im Allgemeinen vorher die Berichte, die wir dann hier vortragen. Dass aus dieser Sache etwas wird, haben wir spätestens in dem Moment verstanden, als sich die oppositionellen Gruppen zu treffen begannen. Die Kurden, die bis zum heutigen Tage niemals an der Seite der Amerikaner zu finden waren, welche von den Anhängern Barzanis sogar mit allergrößter Vorsicht betrachtet worden waren, haben begonnen, die oppositionellen Gruppen durch ihre Teilnahme an den Versammlungen zu unterstützen. Die Konferenz von London hatte ihren Erfolg nur den Kurden zu verdanken und der Erfolg Barzanis ist auch auf die Intervention von Talabani zurückzuführen. In dem Moment wurde verstanden, dass es ein gewichtiges Anliegen ist, dass die Amerikaner das Regime von Saddam stürzen und die Kurden ihre Unterstützung für Saddam aufgeben würden. Warum haben sich die Kurden von Saddam getrennt? Weil sie bis zu diesem Moment tatsächlich fest an ihn gebunden waren. Das ihnen von Saddam überlassene Petroleum haben sie über die Türkei und zum Teil über den Iran verkauft und damit

ein beträchtliches Einkommen erzielt. Die Beamtengehälter im Nordirak wurden durch dieses Einkommen finanziert.

Sich von Saddam zu trennen, war für sie also sehr wichtig. Die Kurden haben sich den Amerikanern zugewandt. Der Krieg begann und endete in der erwarteten Art und Weise, d.h., Saddam wurde gestürzt. Die Kurden hatten uns gegenüber früher geäußert, dass der Krieg vier bis sechs Wochen dauern würde; er hat sogar eine Woche früher als vorausgesagt geendet.

Auf der letzten Versammlung war ich die einzige Journalistin. Die dort geführten Diskussionen haben gezeigt, dass die eigentlich von uns als oppositionelle Gruppen bezeichneten, außerhalb des Irak verbliebenen Gruppierungen mehr oder weniger nur die Kurden umfassten, denn hierbei handelte es sich um ansässige Gruppierungen. Die Anhänger der anderen Gruppierungen, z.B. von Çelebi und Hakim, waren ortsfremd, denn Hakim residierte in Teheran und Çelebi hatte vorher niemals den Irak besucht. Keiner der Anhänger der Monarchie hatte den Irak vorher gesehen; seit 40 Jahren hatte keiner von ihnen das Land besucht. Die Bevölkerung des Irak kannte diese Personen nicht. Nach unserer Rückkehr von den erwähnten Tagungen mussten wir dann feststellen, dass dies nicht die tatsächlichen Oppositionellen waren. Die tatsächlich oppositionellen Gruppen werden wir erst dann zu Gesicht bekommen, wenn der Irak wirklich frei und unabhängig ist. Dann werden die eigentlichen Vertreter der sunnitischen Araber, der Schiiten und Turkmenen ans Tageslicht treten. Ein Teil der schiitischen Vertreter hat schon begonnen, sich langsam und zögerlich der Öffentlichkeit preiszugeben.

Das ist etwas völlig Neues für die irakische Bevölkerung, deren Wunden noch lange nicht verheilt sind. Drei Dinge müssen an dieser Stelle aber diskutiert werden, denn es existieren drei Alternativen für die Zukunft des Irak. Eine dieser Alternativen richtet sich nach dem in der Türkei begründeten säkularen Modell: ein mehrheitlich muslimisches, aber laizistisch ausgerichtetes Land wird durch eine westlichen Standards angepasste Demokratie mit einem pluralistischem System regiert. Das Modell hierbei ist die Türkei. Das zweite Modell ist ein nach iranischen Vorstellungen ausgerichteter Religionsstaat; da dort auch Schiiten herrschen, wäre der Staatsaufbau ähnlich. Die dritte Alternative wäre ein auf dem arabischen Nationalismus fußender Staatsaufbau.

Die Amerikaner haben natürlich von Anfang an dem ersten Modell breite Unterstützung zukommen lassen. Ihre Enttäuschung, als sie sahen, dass wir die von ihnen gewünschte Lösung nicht unterstützen, ist darauf zurückzuführen. „Ihr habt uns im Stich gelassen, als wir unsere ganze Hoffnung auf euch setzten“, sagten sie.

Wird sich jetzt die erste dieser drei Alternativen verwirklichen oder werden sich im Irak noch ganz andere Dinge abspielen? Das wissen wir nicht. Wichtig sind hierbei auch die Einflüsse der Nachbarländer des Irak, denen dieser unterliegt. Die Einflüsse der arabischen, türkischen und iranischen Nachbarländer sind für die Zukunft nicht zu übersehen. An erster Stelle ist der Iran zu nennen, dessen Einfluss viel diskutiert wurde. Man fragt sich nämlich, ob hierbei das Schiitentum oder der Nationalismus größer ist. Die Diskussionen konzentrieren sich im Moment gänzlich darauf. Die im Iran lebenden Turkmenen aserbaidschanischer Abkunft sind nämlich so zahlreich, dass sie bei einem von ihnen geführten Aufstand alles über den Haufen werfen könnten. Führen sie ihre Aktionen wohl im Namen des Schiitentums und als Bürger des Iran durch, oder steht für sie die ethnische Vergangenheit der Aserbaidschaner im Vordergrund? Das gleiche gilt für die Schiiten des Irak. Steht auch für sie das Schiitentum im Vordergrund und unterwerfen sie sich dem iranischen Einfluss oder verfolgen sie als Schiiten des Irak einen eigenen Weg? Diskussionen solcher Art werden heute ohne Unterlass geführt. Meiner Auffassung nach unternehmen die Schiiten ihre Aktionen mehr oder weniger im Namen des arabischen Nationalismus; das haben mir in der Vergangenheit auch iranische Kreise bestätigt. Man sagte mir, dass es wohl solche Diskussionen gäbe, aber wenn die Schiiten des Irak auf iranischer Seite gestanden hätten, dann hätte der Iran den in den 80er Jahren geführten Krieg zwischen beiden Ländern gewonnen. Der Iran war aber eben nicht in der Lage, diesen Krieg zu gewinnen und blieb zwischen allen Stühlen hängen. Das bedeutet, dass die irakischen Schiiten trotz eines gewissen, vom Iran ausgehenden Einflusses, so z.B. die Ankunft von Hakim im Irak, sich selbst in erster Linie als eine eigenständige Einheit dem arabischen Nationalismus zuordnen, der jedoch mit schiitischen Phänomenen behaftet ist.

Wie Sie wissen, sind die Schiiten in diesem Land in der Mehrzahl, deshalb stehen ihre Wünsche auch im Vordergrund in dem Fall, in dem der Irak zu einem pluralistischen System übergeht. Sollte ein solches System angenommen und sollten Wahlen abgehalten werden, dann sind die arabischen Schiiten trotzdem die Herren

des Landes, auch wenn eine andere Partei siegreich aus der Wahl hervorgehen sollte.

Das ist gewissen Behauptungen nach ein sicheres Zeichen dafür, dass sich das Land zu einer islamischen Demokratie entwickelt. Um das zu vermeiden, sagt man, muss das Land eine föderative Struktur annehmen. In dieser föderativen Struktur bewohnen die Kurden den Norden gemeinsam mit den Turkmenen und Assyrern als ein Teil der Föderation; den Mittelteil des Landes bewohnen sunnitische Araber sowie ein Teil Schiiten, Kurden und Turkmenen. Sie alle sind unter gemeinsamer Verwaltung, während der Süden allein von den Schiiten bewohnt wird. Es macht nichts, wenn die Schiiten fast zur Gänze in den Süden abgedrängt werden; die Hauptsache ist dabei, dass sich eine föderative Struktur des Staates herausbildet.

Wenn man dieses so von sich gibt, klingt es für das Ohr natürlich sehr angenehm, aber auf welche Weise kann ein solcher Plan wohl realisiert werden? Das sind die scheinbar unlösbaren Probleme, vor denen die Amerikaner z. Zt. stehen. Sie sind noch nicht einmal so weit gekommen, dass sie über diese Fragen ganz offen und unbefangen diskutieren könnten. Die Amerikaner gaben nämlich gleich nach Beendigung des Krieges von sich, dass sie eine mit irakischen Staatsbürgern besetzte Verwaltung einrichten wollten. Sie wollten die Rolle der eigentlichen Oberherren spielen, aber die Iraker sollten ihnen mindestens bei der Verwaltung des Landes assistieren. Es ist Ihrer Aufmerksamkeit aber sicher nicht entgangen, dass noch nicht einmal eine solche provisorische Regierung gegründet worden ist. Man sagte, dass zuallererst irgendeine Regierung Bestand haben sollte, bevor man zur eigentlichen Verwaltungstätigkeit übergehen könne. Auch der Regierungsrat und das Regierungskomitee, von denen immer die Rede war, sind nicht zustande gekommen.

All diese Vorhaben wurden auf einen späteren Zeitpunkt verschoben, denn selbst die Amerikaner vermochten noch nicht, im Irak irgendeine Form von Stabilität aufzubauen. Hierbei existieren natürlich gewisse Fragen und Problemstellungen, von denen die erste lautet, warum denn die vorgestellten Pläne nicht verwirklicht werden konnten. Während die Amerikaner in der Erwartung verharrten, als Befreier aufgenommen zu werden, bekamen sie die Rolle einer Besatzungsmacht verpasst. Dieser Eindruck verschärfte sich noch, als sie begannen, das Volk zu missachten. Wo liegt jetzt also das Problem? Wie Sie wissen, liegt hier ganz offensichtlich ein Missmanagement vor, ein Verwalten des Landes auf falscher Ebene. Zuerst hat man

das Militär entwaffnet und dann aus ihren Stellungen vertrieben. Es gab mehr als 700.000 Soldaten im Lande, die alle ein ausreichendes Gehalt bezogen. Nach Auflösung der Armee hatte niemand daran gedacht, wie diese Leute wohl in Zukunft ihren Lebensunterhalt sichern können. In der letzten Woche kam es deswegen fast zu Aufständen, in denen die irakische Armee die von Amerikanern geleitete Verwaltung bedrohte. Den Amerikanern wurde angedroht, dass man einen Aufstand anzetteln würde für den Fall, in dem keine Gehaltszahlungen erfolgten; schließlich gaben die Amerikaner nach und zahlten die verlangten Gehälter.

Die Amerikaner haben in der Zwischenzeit aber auch verstanden, dass man mit solchen Reaktionen und den in der Verwaltung herrschenden Schwachstellen nicht weit kommen kann. Davon abgesehen, dass sie nicht nur nicht populär sind, sondern auch nicht mit Blumen als Befreier empfangen wurden, verschlechtert sich ihre Situation zusehends. Sie werden beschuldigt, ständig Misserfolge zu erzielen und werden nach wie vor als Besatzer angesehen. Ein sehr großes Problem hierbei ist natürlich der Tod von bisher 56 amerikanischen und britischen Soldaten nach dem erklärten Ende des Krieges. Die amerikanische Öffentlichkeit sieht die Zahl ihrer Soldaten nach und nach schwinden und fragt sich, wie das noch enden soll. Im Schatten dieser Ereignisse ist Amerika gezwungen, irgendeine Ordnung herbeizuführen. In diesem Zusammenhang wurden in Ankara Analysen durchgeführt, die zeigten, dass im Irak jetzt an erster Stelle Energie gebraucht wird. Neben dem Mangel an Energie herrscht ein großer Mangel an Trinkwasser. Es gibt keinen genügenden Informationsfluss; all dies ist noch nicht vorhanden. In vielen Gegenden gibt es keine Elektrizität und auch kein geeignetes Trinkwasser. Das alles ruft natürlich gewichtige Probleme hervor.

In dem Fall, in dem die o.g. Infrastrukturen nicht zur Verfügung gestellt werden, werden bei der Bevölkerung natürlich Reaktionen wachgerufen, die noch nicht einmal eines von Saddam verursachten Auslösers bedürfen. Gleichzeitig wird aber von den Anhängern Saddams eine Atmosphäre der Unruhe und der Störung geschaffen, indem sie behaupten, dass er am Leben sei und in naher Zukunft seine Macht wieder zurückerobern würde. Diesen Zustand müssen die Amerikaner allein überwinden, denn sie sind verantwortlich dafür. Wir sagten ihnen bereits, dass ihr den Krieg vielleicht ohne uns führen könnt, aber Frieden und Stabilität könnt ihr ohne uns nicht sichern. Auch mein sehr verehrter Herr Kollege hat hier schon von sich gegeben,

dass sich die NATO, die Türkei, Deutschland und die anderen Freunde Amerikas einschalten müssten, um solche Zustände zu beenden.

Die nachgiebige Haltung Amerikas gegenüber der Türkei, die inzwischen an der Tagesordnung ist, hat natürlich hierin ihren Grund. Sie werden bemerkt haben, dass es gleich nach dem Krieg hieß, man bedürfe der Türkei nicht, denn die Türken seien sowieso unzuverlässige Leute. Nach gewisser Überzeugung wurde der Irak sogar als amerikanische Kolonie betrachtet, als eine Festung Amerikas mitten im Nahen Osten. Amerika wollte in dieser Gegend ja auch einige Militärbasen einrichten oder mindestens die an anderen Orten des Nahen Ostens geschlossenen oder aufgegebenen Militärbasen hierher verlegen: mit einem solchen Schritt hätte es vielleicht souverän in der Region herrschen können. So langsam haben die Amerikaner aber begriffen, dass sie nicht nur keine zusätzlichen Militärbasen in der Region errichten, sondern ihnen durch den Verlust ihrer Soldaten täglich vor Augen geführt wurde, dass sie sich im Irak nicht würden ohne Weiteres halten können. Stattdessen wurde eine Verstärkung der Militärbasis İncirlik in der Türkei vorgesehen; erst letzte Woche hat man, wie Sie sicher wissen, bekräftigt, dass die Basen und Häfen in der Türkei für die Amerikaner geöffnet sind und die dem Irak angebotene logistische Unterstützung verstärkt werden sollte.

Ein weiterer wichtiger Faktor bei diesem Unternehmen ist die Zunichtemachung der Einflüsse der Baath-Partei, deren Wurzeln sehr tief sitzen. Um dies zu erreichen, müssen sich zuerst tatsächlich unabhängige politische Gruppierungen im Irak herausbilden; das ist aber bis jetzt noch nicht der Fall gewesen. Wir brauchen uns dazu nur das Beispiel von Mossul oder Kerkuk anzuschauen: die Amerikaner marschieren ein und erkundigen sich vor Ort, welche und wieviel Parteien es hier gäbe; sie beauftragen die örtlichen Kräfte, von jeder Partei einen Vertreter herbeizuzitieren. Vertreter der Parteien werden gebracht, aber repräsentieren sie denn wirklich die ortsansässige Bevölkerung? Das ist überhaupt nicht gewiss. In aller Eile wird ein Vertretungsrat gegründet, der aus seiner Mitte einen Gouverneur wählt; für den Augenblick behilft man sich also mit derlei Maßnahmen. Jedoch sind die wirklichen Volksvertreter noch nicht ans Licht der Öffentlichkeit getreten.

So langsam müssen sie ihr Gesicht aber der Öffentlichkeit zeigen. Innerhalb der schiitischen Gruppierungen herrscht eine gewisse Disziplin; auf der anderen Seite erhebt sich die Frage einer Beendigung des Einflusses der Baath-Partei. Außerdem

haben die Amerikaner das Problem, sich nicht gut mit den Engländern verstehen zu können, so wie dies mit den meisten von uns der Fall ist; wir führen das darauf zurück, dass im Lande fast jeder ein Anhänger der Baath-Partei war. 85% der Bevölkerung waren gezwungenermaßen Anhänger dieser Partei, denn ohne eine Parteimitgliedschaft konnten sie nichts auf die Beine stellen und waren nicht in das System integriert. Ist es deswegen aber nötig, dass man alle fallenlässt? Sie können nicht jeden aus dem Gedächtnis streichen. Sie können vielleicht die Führer der Baath-Partei und die ideologischen Anhänger Saddams, daneben noch einige, die diesen Kreisen breite Unterstützung gewährten, vom politischen Leben ausschließen, aber es ist unmöglich, eine ganze Partei einfach auszulöschen. In solch einem Fall wäre ein Leben im Irak nämlich nicht mehr vorstellbar, denn nur noch 15% der Bevölkerung hätte ein Recht auf Leben. Da dies ein unmögliches Vorgehen ist, sind die Amerikaner auch hierbei gezwungen, ihre Flexibilität unter Beweis zu stellen und sich auf eine vernünftige Art und Weise im Lande zu verhalten.

Wir stehen desgleichen vor dem Problem des Nordirak, wo unsere Freunde Barzani und Talabani das Sagen haben. Wie Sie wissen, pflege ich mit den beiden sehr enge Beziehungen; auch ist mir die Region sehr wohl bekannt. Barzani und Talabani haben gleichfalls ihre Probleme, denn die Einflüsse der Baath-Partei reichten bis weit in den Nordirak hinein. Die in dieser Region gegründeten unabhängigen Parteien wurden alle nach dem Modell der Baath-Partei gegründet, die auf einer bestimmten Stammesordnung fußt. Alle diese Parteien haben nur einen einzigen Führer. Der erste Mann ist der mächtigste, aber auch der 20. in der Parteihierarchie trägt noch den Namen Barzani; erst dann kommen alle anderen. Wie können denn alle diese Einflüsse nach und nach beseitigt werden? Allmählich übernehmen die Parteien von Barzani und Talabani die Macht im Nordirak oder versuchen zumindest, bestimmte Gebiete zu verwalten. Werden sie aber auch später, wenn einmal Wahlen anstehen, ihre jeweilige Überlegenheit beweisen oder die des anderen akzeptieren können? In der Vergangenheit ist das nicht geschehen; deshalb kann man davon ausgehen, dass es wiederum zu Streitigkeiten kommen wird. Ein weiteres Phänomen liegt in der Tatsache begründet, dass diese kurdischen Gruppierungen nicht immer freundschaftlich miteinander umgegangen sind; bisweilen hat sich sogar die Türkei eingeschaltet und sie getrennt. Im Jahre 1998 wurde eine Intervention der Türkei erforderlich, um die streitenden Parteien zu trennen; im Anschluss daran bildete sich

eine Friedenstruppe heraus. Niemand kann garantieren, dass es nicht wieder zu Komplikationen solcher Art kommt.

Heute sind im Irak schiitische Araber, sunnitische Araber, Kurden und als viertgrößte Gruppe die Turkmenen vertreten. Die Gruppe, die für die Türkei am bedeutendsten ist, stellen natürlich die Turkmenen dar; auch sie sind ein wichtiger Faktor im Lande. Die Türkei hat vorher viel über die im Nordirak lebenden Turkmenen gesprochen, hat dabei aber eigentlich einen Fehler begangen. Es gibt etwa 150.-200.000 Turkmenen im Nordirak, die natürlich prozentual gesehen in einer Bevölkerung von 4,5 Millionen Menschen völlig untergehen. Aber in der Region des Irak, die von Saddam und seinen Anhängern kontrolliert wurde, wird die Zahl der Turkmenen auf 2-3 Millionen geschätzt. Das ist aber nur eine Schätzung, denn niemand weiß über die genauen Zahlen Bescheid. Die Volksgruppe nämlich, auf die am meisten Druck ausgeübt wurde und die deswegen ihre ethnische Herkunft zu verschweigen gezwungen war, sind nun einmal die Turkmenen.

Das fing schon in der Zeit der Republik unter Kasim an und setzte sich während der Regierungszeit Saddams fort, als sie sich gezwungenermaßen in alle vier Winkel des Landes zerstreuten. Später hat Saddam den gleichen Druck auf die in der Region Kerkuk-Mossul lebenden Kurden ausgeübt, aber trotzdem waren die Turkmenen diejenigen, die am meisten zu leiden hatten. Der Grund hierfür ist unzweifelhaft der nördliche Nachbar Türkei. Jemand wie Saddam hat wohl gedacht, dass es, wenn die Türken für 150.000 ihrer in Nordzypern lebenden Landsleute schon eine gewaltige Armee auf die Beine stellen, zu überlegen wäre, was sie nicht alles für 3 Millionen Turkmenen unternehmen würden. Aus diesem Grunde hat man ihnen nicht gestattet, sich in den Grenzgebieten und auch nicht in der Gegend um Kerkuk und Mossul anzusiedeln, sondern sie haben sich zwangsweise überall im Lande niedergelassen.

Auch sie sind dazu aufgerufen, sich jetzt zu zeigen; das Problem ist jedoch, dass sie nicht organisiert sind. Die Kurden z.B. sind organisiert; deswegen haben sie vor den Turkmenen auch einen Vorsprung gewonnen, der kaum aufzuholen sein wird. Wie ich bereits ausgeführt habe, sind die Turkmenen nicht nur nicht organisiert, sondern sind auch fest in die Parteistrukturen der Baath-Partei eingebunden. Während die Kurden sich meistens als Freiheitskämpfer in die Berge zurückzogen und ihren Kampf gegen das etablierte System führten, waren die Turkmenen aufgrund ihrer Veranlagung meistens Anwälte, Lehrer, Architekten o.ä., in der Regel ausgebildete

Leute, die nicht in der Lage waren, einen bewaffneten Kampf gegen das System zu führen. Deswegen haben sie sich dem System angepasst; unter dem Druck, der auf sie ausgeübt wurde, konnten sie aber ihre ethnische Herkunft nicht preisgeben. In Kürze soll eine Volkszählung im Lande abgehalten werden; im Anschluss daran stehen Wahlen auf dem Plan. Nach dieser Volkszählung wird sich herausstellen, wie viele Turkmenen wirklich im Irak leben.

Das Wichtigste hierbei ist, dass diese Leute in die Lage versetzt werden müssen, von sich selbst zu sagen: ich bin ein Turkmene. Zur Schaffung solcher Umstände hat sich der Iran beispielsweise große Mühe gegeben und stets den Schiiten seine Unterstützung vergewissert. Es wurde ständig versucht, sie mit dem Gedanken des iranischen Nationalismus vertraut zu machen; inwieweit das immer gelungen ist, ist nicht sicher, aber die Erfolgsquote hierbei ist sehr hoch und niemand stört sich daran. Die Türkei hat leider in der Vergangenheit einige Fehler begangen, indem sie sich bei einer Unterstützung der Turkmenen-Front stets in den Vordergrund zu rücken wusste. Aber um die Turkmenen in allen Regionen des Landes, vor allem in der früher von Saddam regierten Gegend, als Gruppe noch fester zusammenzuschweißen, ist es nötig, ihnen eine Organisationsform zu geben, bei der sie ihre ethnische Zusammengehörigkeit bewahren können. Sie müssen in die Lage versetzt werden, ihre Herkunft ohne Scheu zu bekennen und ihr eigentliches Repräsentationspotential bei Wahlen offenzulegen. Wenn sie das nicht fertig bringen, wird der Irak sich niemals von seiner Zwangslage befreien können. Denn auch wenn die Turkmenen in der Minderheit sein mögen, eine sehr kleine Minderheit sind sie nicht. 2 oder 3 Millionen Menschen stellen in einem Land mit einer Bevölkerung von 24 Millionen eine bedeutende Zahl dar.

Wie Sie wissen, leben in Bulgarien unter 10 Millionen Bulgaren 1 Million Türken. Z. Zt. stellen sie selbst in der Regierung und im Parlament Minister und haben einflussreiche Posten inne. Wir als Türken möchten einen solchen Zustand natürlich auch im Irak verwirklicht sehen.

Wenn man alle diese Faktoren nebeneinander betrachtet, dann kann man vermuten, dass unter Berücksichtigung aller dieser Elemente im Irak in naher Zukunft etwas geschehen wird. Aber was das genau sein kann, wird sich erst mit der Zeit herausstellen. Kurzfristig können wir nämlich nur so viel sagen. Langfristig aber scheint sicher, dass aus dieser Region keine amerikanische Militärbasis wird, und

dass sich Ereignisse zutragen werden, die weit über das hinausreichen, was die Amerikaner im Moment vermuten. Ich nehme stark an, dass die Amerikaner alle diese Umstände schließlich und endlich akzeptieren werden. Wahrscheinlich wird kein schiitischer Staat entstehen; auf alle Fälle ist ein föderatives Staatswesen für uns alle wohl der idealste Weg. Es ist durchaus möglich und zu vermuten, dass sich schließlich eine föderative Struktur des Staates herausbildet. Aber es wird kein Staatsgebilde sein, das von Leuten wie Çelebi regiert wird, auch wenn die Amerikaner dies noch so sehr wünschen.

Die Zukunft der NATO aus türkischer und deutscher Sicht

Mustafa ÖZBEY
Zwei Sterne Admiral a.D., Istanbul

Vor einiger Zeit habe ich einen sehr schönen Film gesehen, der "Mein Afrika" hieß. Er erzählte in nostalgischer Weise von den Schönheiten Afrikas. Hätte ich genügend finanzielle Mittel in der Hand und hätte ich darüber hinaus Talent zum Regisseur, dann würde ich einen Film drehen, den ich „Meine NATO“ betiteln würde. Denn die NATO, in der ich von 1984-1987 tätig war, hat sich damals tatsächlich in eine bis ins Detail definierte Gefahr so integriert, dass man von einer vorbildlich arbeitenden Organisation sprechen konnte. Bei meiner Verabschiedung von der NATO im Jahre 1987 haben mir die dort tätigen Sicherheitsoffiziere in einer Unterredung mitgeteilt, dass ich drei Jahre lang kein dem Warschauer Pakt angehörendes Land betreten dürfe, und sie haben mich dieses schriftlich bestätigen lassen. Aber bereits nach 6 Jahren sah ich bei einem Besuch des NATO-Hauptquartieres in Brüssel, dass Offiziere und Diplomaten aus den Ländern, zu denen mir damals der Zugang verwehrt worden war, zur Gänze in diesem Hauptquartier ihren Dienst versahen.

Was hat das zu bedeuten? Meiner Meinung nach kann man daraus folgendes ablesen:

Die NATO ist eine Erfolgsgeschichte. Wenn eine Organisation diejenigen, die sie noch vor einiger Zeit als Feinde definiert hat, nach einem nur 6 Jahre währenden Umwälzungsprozess in ihre eigenen Reihen aufnimmt, dann ist das nur der Erfolgsgeschichte dieser Organisation zu verdanken. Wie hat die NATO diesen Erfolg geschafft, und welche Methoden hat sie dazu verwendet? Die NATO hat diesen Erfolg unter Verwendung der Methode des „Kalten Krieges“ geschafft. Diese Methode besteht im Einzelnen darin, festzustellen, was die einzelnen Elemente sind; wenn wir uns erinnern, dann war eines dieser Elemente ein „ideologische Auseinandersetzungen“ betitelter Abschnitt des Kalten Krieges. Wie bekannt ist, war dies ein gegen den Kommunismus geführter Krieg. Die der NATO angehörenden Länder praktizierten zu jener Zeit in diesem ideologischen Krieg eine besondere

Strategie. Die Tatsache, dass die Demokratie heute in Europa so tiefe Wurzeln geschlagen hat, ist dem wichtigsten Charakteristikum dieser Demokratie, nämlich der Achtung vor einer gegenteiligen Meinung und die Repräsentanz derselben, nur der durchgängigen Praktizierung dieses Prinzips in der Zeit des Kalten Krieges zu verdanken. Zu jener Zeit wurde in den Ländern der NATO der Kommunismus nicht durch Verbote, sondern in gewisser Weise durch die Präsentation des Kommunismus als eine politische Partei besiegt.

Weitere praktische Beispiele aus der Zeit des Kalten Krieges lassen sich auf politischer Ebene anführen. Die hauptsächliche Stütze des politischen Kampfes war die zwischen den NATO-Ländern untereinander praktizierte „ununterbrochene Solidarität“. Ein weiteres Fundament dieses politischen Kampfes war die transatlantische Verbindung zwischen Europa und Amerika. Ein anderer wichtiger Faktor, der bei der Beseitigung der Sowjetunion und der von ihr geschaffenen Ideologie mindestens so bedeutend ist wie die von mir weiter oben aufgezählten Elemente, ist die „gemeinsame Erkennung von Gefahren“. Die Regierungen und auch die Öffentlichkeit der NATO-Länder haben, von wenigen Abweichungen abgesehen, während der gesamten Periode des Kalten Krieges hinsichtlich des Begriffes „gemeinsame Bedrohung“ einstimmig ihre Reaktionen gezeigt.

Warum ist das so wichtig?

Um die Gründe für die Unbeweglichkeit der heutigen europäischen Sicherheitspolitik, für die Erosion der transatlantischen Verbindung sowie für das bei den strategischen Werten herrschende Durcheinander tatsächlich und in grundlegender Weise zu erhellen, muss man die NATO und die Zeit des Kalten Krieges sehr gut analysieren. Deshalb möchte ich auf diese Zeit hier ganz kurz etwas näher eingehen.

Sie werden sich gut daran erinnern, dass ein Einsatzgebiet des Kalten Krieges wirtschaftliche Auseinandersetzungen waren. Dieser wirtschaftliche Krieg ist durch zwei praktische Bereiche gekennzeichnet, von denen der Marshall-Plan den ersten Bereich darstellte. Ich denke, dass der Marshall-Plan aufgrund seiner großartigen Ausarbeitung den ihm in der Geschichte zustehenden Platz einnehmen wird. Alle Länder, die noch vor kurzem als Feindesgebiet bezeichnet wurden, sind durch die massive militärische und wirtschaftliche Hilfe dieses Planes wieder auf die Beine

gekommen. Warum? Anstelle dieses alten Feindes ist ein neuer aufgetaucht. Aus diesem Grunde wurden die traditionellen Praktiken infolge eines Krieges, die wir hier als „die Vernichtung des geschlagenen Feindes“ so treffend charakterisieren können, ersetzt durch eine neue Methode basierend auf den vom Marshall-Plan gewährten Hilfen, die darin bestand, „den Feind zum Freund zu machen“; diese Methode hat ihren Platz in der Geschichte eingenommen.

Ein weiteres Element der wirtschaftlichen Auseinandersetzungen war das in den NATO-Ländern praktizierte liberal-ökonomische Entwicklungsmodell. Aufgrund der Anwendung dieses Modells erreichten die meisten der NATO-Länder in einem Wettbewerbsumfeld eine Wirtschafts- und Produktionsebene, die von großer Ergiebigkeit und der Schaffung eines beträchtlichen Mehrwertes gekennzeichnet war. Aus diesem Grunde konnten die meisten der NATO-Länder nach kurzer Zeit bereits auf die vom Marshall-Plan gewährten Hilfen verzichten und eine selbstgenügsame Wirtschaft aufbauen. Als eine natürliche Folge des so erreichten wirtschaftlichen Niveaus entstanden überall eigene Streitkräfte, die die Militärmacht der NATO in großem Ausmaße verstärkten.

In der Überzeugungskraft, die durch die NATO geschaffen wurde, spielte die Stationierung der nuklearen und konventionellen Schlagkraft der USA in Europa eine bedeutende Rolle. Durch die Hilfen des Marshall-Planes und das liberal-ökonomische Entwicklungsmodell haben es die NATO-Länder Europas innerhalb kurzer Zeit geschafft, auf eigenen Füßen zu stehen und eine ausreichend große militärische Streitmacht selbst finanzieren zu können; dies hat die Überzeugungskraft dieser Organisation von Tag zu Tag noch erhöht.

Eine weitere Besonderheit ist folgende:

Im Jahre 1985 befasste sich die NATO mit zwei wichtigen Konzepten; eins war die Strategie eines „schlagkräftigen Folgeangriffs“, an den sich viele noch erinnern werden; es waren dies Arbeiten, die die Möglichkeit unterbinden sollten, dass die in Ostdeutschland stationierten Truppen des Warschauer Paktes an einem Wochenende plötzlich auf München einen Überraschungsangriff starten. Mit diesem Konzept wurden die Militärpläne des Warschauer Paktes in einen unwirksamen Zustand überführt.

Zur gleichen Zeit begann der amerikanische Präsident Reagan ein Projekt, das wir unter dem Namen „Sternenkriegsprojekt“ kennen, und bei dem sich Luftraketen, die ihr Ziel nicht erreichen, selbst in die Luft sprengen.

Am Ende all dieser Entwicklungen hat sich folgendes Bild in den Köpfen der Denker der Sowjetunion und des Warschauer Paktes herauskristallisiert: Es gibt ein System, eine Ideologie, die darauf abzielt, durch Druck und Verbote gegnerische Meinungen und Auffassungen zunichte zu machen. Es ist dies ein System, das nicht auf Solidarität fußt, sondern sein Verständnis und seine Beziehungen auf einer hierarchischen Grundlage aufbaut: eine ausufernde Militärmacht, aber ein wirtschaftliches System, das diese Macht nicht zu unterstützen vermag. Es ist der Verdienst von Gorbatschow gewesen, dieses nicht weiter fortzuführende System zu erkennen und nach seiner Erneuerung zu rufen.

Die NATO konnte diesen ihren Erfolg aufgrund der von mir kurz vorher aufgezählten integrierten Strukturen verbuchen. Meiner Auffassung nach hat die NATO aber im Anschluss daran noch größere Erfolge erzielt. Während wir zu jener Zeit damit beschäftigt waren, innerhalb der NATO Kriegspläne gegen die Sowjetunion und den Warschauer Pakt auszuarbeiten, war niemandem von uns bewusst, dass der Frieden sehr nahe bevorstand, so dass wir eigentlich keinerlei Friedenspläne hegten. Aus diesem Grunde war die NATO zu jener Zeit wirklich sehr überrascht worden. Ein Feind, von dem man glaubte, er sei übermächtig, hatte sich innerhalb weniger Jahre selbst aufgelöst.

Die NATO hat dies mit großem Erfolg in ein Auflösungsprogramm umgemünzt. Wie ich Ihnen bereits kurz vorher berichtet habe, waren die Länder des ehemaligen Warschauer Paktes bereits nach 5-6 Jahren in der Lage, in der NATO repräsentiert zu werden. Dieser Prozess hält auch heute noch innerhalb der NATO selbst an, die auf der einen Seite ihre Erweiterung vorantreibt und sich auf der anderen Seite in die EU vortastet. Die Länder des früheren Warschauer Paktes werden jetzt in die EU integriert.

Kurz gesagt bedeutet das, dass die NATO, die eine der wenigen Organisationen in der Welt ist, die seit ihrer Gründung all das von ihr Angestrebte erreicht hat, ihren Platz in der Geschichte einnehmen wird. Wie sieht die Stellung der NATO aber z. Zt. aus? Wenn wir diese Organisation jetzt betrachten, dann sind wir gezwungen, einige

Dinge hinzunehmen. Die eigentliche Aufgabe der NATO ist bereits beendet. Trotzdem stellt sie aber nach wie vor eine Organisation dar, die nicht aufgelöst werden sollte, und das aus verschiedenen Gründen. In einigen Fällen ist nämlich die Fortführung einer Ehe, auch wenn sie nicht mehr notwendig erscheint, weniger kostspielig als eine Scheidung; auf diese Weise wird auch die NATO ihren Fortgang erleben. Im Moment ist das transatlantische Bündnis, das den eigentlichen Kernpunkt der NATO bildet, fast zum Erliegen gekommen. Trotzdem aber, und sei es auch nur auf dem Papier, ist das Bündnis zwischen Europa und Amerika zur Fortführung in Gestalt der NATO bestimmt, egal, wie locker es auch geworden sein mag.

Eine andere, von mir gemachte Feststellung, ist die Tatsache, dass die „Vollbeschäftigung“ der NATO inzwischen aber beendet ist. Zu der Zeit, als wir in der Organisation tätig waren, waren auf manchen Nuklear-Flughäfen mit nuklearen Sprengköpfen bestückte Flugzeuge alle 5 Minuten startbereit; heute ist das nicht mehr der Fall. Vielmehr ist die NATO eine Organisation geworden, die auf „Teilzeitbeschäftigungsebene“ tätig ist. Was das bedeutet? Nun, wenn die NATO heute in Übereinstimmung mit der konjunkturellen Lage eine Aufgabe zugesprochen erhält, dann wird sie diese zur Erfüllung bringen. Für uns ist aber wichtig dabei, dass Art. 4 und 5 der NATO-Statuten, die besagen, dass „einer für alle und alle für einen“ arbeiten, heute nicht mehr auf der aktuellen Tagesordnung stehen. Die Türkei hat dies zuletzt im Rahmen der Irak-Krise erleben müssen. Trotz der Überlassung der Luftverteidigungssysteme an die Türkei haben wir alle miterlebt, welche interessanten Widerstandsmechanismen, allen voran von Frankreich, uns dabei entgegengesetzt wurden.

Ist die NATO also zu einer Organisation herabgesunken, die gar keine Funktionen mehr hat? Sicherlich nicht. Innerhalb der NATO gibt es eine wichtige Abteilung, die sich mit der militärischen Standardisierung befasst. Diese Abteilung prüft die Konzepte aller zu entwickelnden Waffensysteme auf ihre Kompatibilität miteinander. Besonders für die Länder, die aus dem Warschauer Pakt in die NATO übergetreten sind, ermöglicht diese Abteilung einen möglichst raschen und reibungslosen Übergang.

Außerdem haben aufgrund des Programms „Partnerschaft für den Frieden“ nicht nur die Länder des ehemaligen Warschauer Paktes, sondern auch andere Länder, so

z.B. die Länder des Kaukasus, eine sehr nützliche und fundierte Ausbildung erhalten zu Themen, die die NATO direkt betreffen.

Gleichzeitig mit dem Verlauf dieser Entwicklungen ist Europa in einen wichtigen Prozess eingetreten. Da einige europäische Länder die NATO im Rahmen der EU als eine amerikanische Hypothek, die ihren eigenen freien und unabhängigen Willen beschneidet, ansehen, sind diese Länder auf der Suche nach einem alternativen Sicherheitsbegriff zur NATO. Im Anschluss an diese Überlegungen hat ein Prozess begonnen, den wir die „europäische Identität in Fragen der Sicherheit und Verteidigung“ nennen.

Meine Überlegungen und Ansichten zu diesem Phänomen möchte ich Ihnen hier offen und klar darlegen. Durch einen Vergleich unserer beiden Gedankengänge kann ich nämlich meine eigenen Analysen durchführen.

Ich behaupte, dass der Aufbau Europas unvollständig bleibt, wenn er nicht durch eine entsprechende Sicherheitspolitik ergänzt wird.

Ist aber die EU in der Lage, unter den vorhandenen Umständen eine solche Sicherheitspolitik durchzuführen? Meines Erachtens ist das nicht der Fall.

1) Der Begriff der Sicherheitspolitik kann nicht vertieft werden, wenn er nicht auf dem Begriff einer „gemeinsamen Bedrohung“ aufbaut. Die Öffentlichkeit der EU-Mitgliedsländer vermag heute und in naher Zukunft nicht, nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der Auflösung des Warschauer Paktes eine überzeugende Bedrohung zu definieren oder für sich selbst zu schaffen.

2) Interessen und Bedürfnisse jedes europäischen Landes sind sehr unterschiedlich. Gemeinsamkeiten auf diesen Gebieten gab es nur zur Zeit einer starken NATO, als die Ausrichtung einer Achse und die entsprechende Deutung vorherbestimmt und eine gemeinsame Bedrohung vorhanden war. Aus diesem Grunde scheint es nicht leicht zu sein, ein Momentum zu schaffen, das hinsichtlich der Sicherheitspolitik in Europa den gleichen Weg einschlägt.

3) Eines der wichtigsten Charakteristika innerhalb der NATO hängt nicht nur mit der definierten Bedrohung zusammen, sondern erfordert

auch eine Übereinstimmung hinsichtlich der Ansicht, wie auf diese Bedrohung stützende Szenarien in die Praxis umgesetzt werden können. Da der mit der Bedrohung zusammenhängende Begriff im Moment nur noch sehr verschwommen artikuliert ist, bereitet es tatsächlich große Schwierigkeiten, innerhalb der EU Krisen zu definieren und auf solche Krisen bezogene Angriffsszenarios darzustellen.

4) Wenn ich all dies mit den Augen eines Militärbeobachters sehe, dann denke ich, dass es sehr schwer sein wird, den Begriff der „europäischen Sicherheit und Verteidigung“ mit Leben zu erfüllen.

Eine weitere Schwierigkeit, auf die die EU im Zusammenhang mit dieser Frage stoßen wird, ist die Tatsache, dass sie nicht über Entscheidungsmechanismen verfügt, die es erlauben, sofort eine Entscheidung zu treffen, sie durchzuführen und im Falle einer Berichtigung dieser Entscheidung wiederum einen solch rasch arbeitenden Mechanismus an der Hand zu haben. Die Dynamiken der heutzutage ausbrechenden Krisen erfordern das schnelle Treffen von Entscheidungen. Die Entscheidungsmechanismen der EU, über die sie z. Zt. verfügt, sind jedoch nicht in der Lage, einen solchen aktiven Prozess durchzuführen. Auf diesem Gebiet wird es sicherlich noch sehr viel zu tun geben.

Ein anderes wichtiges Thema ist die Tatsache, dass die EU nicht über genügend militärische Fähigkeiten verfügt, ein globaler Einsatzpartner zu sein. Noch wichtiger ist, dass auch in dem Fall, in dem sie der Meinung ist, über genügend militärische Schlagkraft verfügen zu können, die Maastricht-Kriterien, an die sich die EU-Länder in wirtschaftlicher Hinsicht zu halten gezwungen sind, die Schaffung einer solchen Finanzierung zur Erreichung der nötigen militärischen Übermacht unmöglich machen. Die Maastricht-Kriterien verlangen nämlich einen ausgeglichenen Haushalt und erlauben es nicht, dass Haushaltsdefizite eine gewisse Grenze überschreiten. Während die USA es sich erlauben können, wie z.B. im Fall der Irak-Krise ein plötzliches Haushaltsdefizit in Höhe von 500-600 Milliarden US-$ zu haben, ist es meiner Erfahrung nach für die EU recht unwahrscheinlich, dass sie einen solchen Prozess der Aufrüstung beginnen könnte.

Darüber hinaus glaube ich, dass es zwei grundlegende „äußere“ Zwänge gibt, die die Entstehung einer eigenen Sicherheitspolitik der EU verhindern könnten.

Der erste dieser Zwänge betrifft die Beziehungen zwischen den USA und Europa. Nach einer Verringerung der Funktionen der NATO hat die EU aufgrund der von Frankreich an gewissen Punkten ausgeübten Manipulationen damit begonnen, nach Wegen zu suchen, wie eine Sicherheitspolitik ohne Beteiligung der USA zustande kommen könnte. Obwohl eine solche Vorgehensweise in theoretischer Hinsicht natürlich ideal wäre, so bedeutet doch die Festsetzung einer Sicherheitspolitik ohne die USA in der Realität nur eine sehr geringe Sicherheit; dass mit dieser Herangehensweise nichts anderes möglich ist, steht als eine unbedingt zu akzeptierende Tatsache vor uns.

Bei der Irak-Krise haben wir alle gesehen, dass in dem Fall, in dem die USA und die EU ihre Sicherheitspolitik nicht erneut auf eine gemeinsame begriffliche Basis stellen, in der Welt ein sehr großes, globales Sicherheitschaos ausbrechen wird.

Einer der grundlegenden Fehler der EU ist ihre Herangehensweise in den Beziehungen zur Türkei gewesen. Wenn die Irak-Krise nicht gewesen wäre, dann wäre in einem solchen statisch fest gefügten Umfeld die Türkei für die EU vielleicht als ein Sicherheitsproblem oder eine Art Sicherheitsrisiko anzusehen gewesen. Aber aus Gründen, die ich Ihnen später noch genauer darlegen werde, können die Türkei, die EU und die USA in dieser Region einen Prozess in Gang setzen, der eine gemeinsame Sicherheitsgrundlage schafft.

Die Beziehungen, die sich nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion zwischen den USA und der EU verschlechtert haben, haben während der Irak-Krise noch einen zusätzlichen Schlag abbekommen. Die Zerrissenheit innerhalb der EU, bedingt durch unterschiedliche Auffassungen und Herangehensweisen, hat ein Umfeld geschaffen, in dem die Manipulation Europas bzw. der EU durch Amerika noch leichter geworden ist.

Eine weitere Tatsache besteht darin, dass die EU den Prozess einer erneuten Durchsicht ihrer Sicherheitspolitik, den sie nach dem Ende des Irak-Krieges eiligst in Angriff genommen hatte, noch allumfassender gestalten muss. Sollten die Grundlagen einer Sicherheitspolitik der EU in Europa auch als solche angesehen werden, dann kann dies zur Schaffung eines glücklichen, in Ruhe und Frieden lebenden Europas führen. Sollte aber die EU die Rolle einer global führenden Macht in der Welt übernehmen wollen, und sollte dies als eine unbedingte Vorbedingung formuliert werden, dann muss untersucht werden, wie dies in Zusammenarbeit mit den USA geschehen kann.

Nach diesen Ausführungen möchte ich die Beziehungen zwischen der EU und der Türkei und ihre gemeinsam zu organisierende Sicherheitspolitik näher betrachten. Wie Sie alle sehr wohl wissen, befand sich das globale Strategiezentrum des Kalten Krieges in Europa. Nach Beendigung des Kalten Krieges begann das globale Strategiezentrum an Einfluss zu verlieren und verschob sich langsam aber sicher in den Nahen Osten, mit anderen Worten in eine geographische Region, die die meisten der heute in der Welt vorhandenen Energiequellen beherbergt. Das ist ein konjunkturelles Phänomen, das nicht geändert werden kann. Ein Element, das sich in dieser Lage herausschält, ist, dass die Türkei an einem Angelpunkt dieser mit Energiequellen reich bestückten Region liegt. Weil die USA nach dem 11. September begonnen haben, darauf zu drängen, dass diese mit Energie überbordende Region keine Gefahr mehr für sie darstellt und eine Restrukturierung in Gang gesetzt haben, um ihre Energiebedürfnisse in ununterbrochener Weise zu sichern, ist die Lage der Türkei ein Punkt von allerhöchster Wichtigkeit geworden.
Ich möchte noch auf folgendes hinweisen: meiner Auffassung nach steht die EU vor einer Wahl. Sie kann entweder die Möglichkeit A wählen, wobei sie unter Ausspielung von Hinhaltemanövern einen gewissen Abstand zur Türkei hält und außerdem eine nach innen gerichtete Sicherheitspolitik praktiziert, wobei sie sich nicht in inner-amerikanische Angelegenheiten einmischt. Dies ist eine Wahl, die mit wenigen Risiken behaftet ist, wobei man sich damit begnügt, ein nach innen gekehrtes Leben zu führen und seine auf die Region beschränkte Wirtschaftskraft darzustellen. Wahl B erfordert Mut und Risikobereitschaft, weist aber eine hohe Zielsetzung auf. Dies erfordert zum einen eine Aufnahme der Türkei in die EU unter Zugrundelegung einer starken politischen Entschlossenheit, daneben die Akzeptanz eines allgemeinen Prinzips einer umfassenden Zusammenarbeit mit den USA zur Lösung globaler Fragen und Probleme. Wir sehen, dass sich die EU im Moment für Lösung A entschieden hat, eine Wahl, die mit wenigen Risiken behaftet ist.
Jedoch erfordern es die augenblicklichen Umstände, dass eine Lösung gemäß Punkt B sehr gründlich analysiert und ausgewertet werden muss, vor allem von den zu dieser Tagung aus Amerika, Europa und Griechenland angereisten Journalisten.
Hier können wir feststellen, dass in dem Fall, in dem die EU und die USA ein Modell zugrunde legen, das eine Partnerschaft mit der Türkei anstrebt, und die gesamte, darauf bezügliche Infrastruktur auf die eine oder die andere Weise sicherstellen, diese Beziehung eine vertrauensvolle Binnendynamik für die Türkei schaffen kann,

die es ihr schließlich erlaubt, ihre eigenen Probleme noch schneller und noch besser zu lösen. Aus diesem Grunde kann auch das, was sich z. Zt. als ein Problem für die Türkei darstellt, durch Bestimmung einer eigenen Achse leichter überwunden werden. Die EU hat entscheidenden Anteil an diesem Geschehen.
Durch eine Türkei, die in den Rang eines Mitgliedsstaates der EU erhoben worden ist, wird die EU ein unmittelbarer Nachbar eines neuen, globalen Strategiezentrums. Mit anderen Worten, die EU vermag ihre in den 90er Jahren verlorene strategische Tiefe mit Hilfe der Türkei von neuem zu gewinnen.
Ich habe schon darauf hingewiesen, dass Punkt B mit gewissen Risiken behaftet ist. Aber lassen Sie mich hier nicht wiederholen, dass in dem Fall, in dem die USA im Anschluss an den Zweiten Weltkrieg das Risiko gescheut hätten, sich in Europa niederzulassen und Europa mit großem Eifer wiederaufzubauen, dann hätte hier und heute niemand von uns auch nur die Möglichkeit gehabt, von der Existenz einer EU zu sprechen. Durch die Tatsache, dass die USA den Mut zeigten, dieses große Risiko auf sich zu nehmen, hat sich die EU heute zu einer großartigen Struktur gewandelt, die weit entfernt von sowjetischer Gefahr und kommunistischer Ideologie fähig ist, auf eigenen Füßen zu stehen. Die Übernahme dieses großen Risikos und der Mut, den die USA dabei an den Tag legten, haben sie in den Rang einer Super-Großmacht versetzt.
Aus diesem Grund wird die Entscheidung, die Europa hinsichtlich der Türkei trifft, eine Entscheidung über ihre Souveränität sein.

Die Zukunft der NATO aus türkischer und deutscher Sicht

Horst BACIA
Frankfurter Allgemeine Zeitung, Brüssel

Mancher wird sich fragen, was hat unser Thema – die Zukunft der Nato – auf einer Tagung zu suchen, die sich vorwiegend mit der Lage im Nahen Osten beschäftigt. Noch vor einigen Jahren – und um es zuzuspitzen, würde ich sagen: vor dem 11. September 2001 – wäre diese Frage den meisten von uns wahrscheinlich als durchaus berechtigt erschienen. Heute ist der Zusammenhang zwischen den Verhältnissen im Nahen Osten und der Nato offensichtlich. Es handelt sich um potentielle Stationierungsgebiete für Truppenkontingente unter Führung der Nato.

In Afghanistan wird die Nato in wenigen Wochen den Truppen einzelner Bündnispartner folgen. Nach den Briten, den Türken, den Deutschen und den Niederländern übernimmt sie im August selbst die Führung der Isaf-Friedenstruppen. Im Irak ist mit der Entscheidung des Nato-Rates, Polen bei der Aufstellung einer multinationalen Division zur Sicherung von Ordnung und Stabilität zu unterstützen, der erste – praktisch kaum bedeutende, symbolisch aber sehr wichtige – Schritt für ein sehr viel weitergehendes Engagement der Nato im Irak getan. Selbst die mögliche Stationierung von Nato-Truppen in den Palästinensergebieten zur Unterstützung einer Friedensordnung im palästinensisch-israelischen Konflikt wird schon diskutiert, obwohl die Zeit für eine nähere Befassung mit diesem Thema noch nicht gekommen ist.

Der hier skizzierte Trend macht in groben Umrissen deutlich, was die neue Nato schon ist, demnächst sein wird oder sein kann. Schon jetzt ist klar, dass die alte Nato des Kalten Krieges tot ist – und in den alten Formen etwas ganz Anderes und Neues zu entstehen beginnt. Auch die Form ist übrigens nicht mehr die alte. Im Mai nächsten Jahres wird die Nato von derzeit neunzehn auf sechsundzwanzig Mitglieder anwachsen. Nach dem Abschluss der fünften Erweiterung seit ihrer Gründung vor mehr als fünfzig Jahren gehören dem Bündnis – mit Ausnahme Albaniens und der nicht mehr existierenden Sowjetunion – dann alle früheren Mitglieder des

Warschauer Paktes an. Mit den drei baltischen Staaten treten sogar drei ehemalige Sowjetrepubliken der UdSSR bei. Russland ist für die Erweiterung der Nato nach Osten mit einem Sonderverhältnis und ständigen Konsultationsmechnismus, dem Nato-Russland-Rat, abgefunden und eingebunden worden.

Die jüngste Erweiterung wird übrigens nicht die letzte sein. Albanien, Mazedonien, Kroatien sind schon offizielle Beitrittskandidaten. Andere Staaten des früheren Jugoslawien, darunter Serbien und Montenegro, drängen darauf, diesen Status zu erhalten. Die Ukraine hat offiziell ihr Interesse an einer Mitgliedschaft angemeldet. In Finnland befasst sich ein Sonderausschuss des Parlaments mit der Frage, ob der im kommenden Jahr geplante Bericht über die Revision der finnischen Außen- und Sicherheitspolitik in einem Antrag auf Beitritt zur Nato münden soll.

Obwohl seit dem Ende des Kalten Krieges ernst zu nehmende Personen immer wieder (und mit guten Gründen) vom “Tod” der Nato, ihrer “Irrelevanz” oder “Marginalisierung” gesprochen haben, scheint für viele Staaten eine Mitgliedschaft ein hohes politisches Ziel zu sein. Vielen mittel- und osteuropäischen Staaten ist die Zugehörigkeit zur Nato wichtiger und populärer als eine Mitgliedschaft in der EU – obwohl die EU für ihre innere Entwicklung eine unvergleichbar höhere Bedeutung hat. Die Attraktivität der Nato besteht vor allem in der engen Bindung an die Vereinigten Staaten, die einzig verbliebene Weltmacht.
Trotz dieser Entwicklung, die sich rein äußerlich betrachtet als Erfolgsgeschichte darstellt, ist es, wie wir alle wissen, um das transatlantische Verhältnis nicht gut bestellt. Das hat nicht zuletzt das tiefe Zerwürfnis über den Krieg gegen das Regime Saddam Husseins gezeigt.

Diese Krise, die sozusagen hinter dem Rücken der Türkei ausgetragen wurde, hat tiefer liegende Ursachen. Sie kann mit dem wahrscheinlich dauerhaft gestörten persönlichen Verhältnis zwischen Präsident Bush und Bundeskanzler Schröder oder dem Aufbegehren Frankreichs gegen den amerikanischen Führungsanspruch im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen nicht hinreichend erklärt werden. Mit anderen Worten: Das Bemühen, die vor dem Irak-Krieg aufgebrochene Kluft zu übertünchen oder das gestörte Verhältnis mit ein paar geschickten Handgriffen und freundlichen Gesten zu reparieren, wird uns nicht wirklich aus der Krise helfen. Selbst wenn in den Vereinigten Staaten die Regierung Bush eines Tages abgewählt werden sollte – und

alles spricht ja dafür, dass dies bei den kommenden Wahlen noch nicht geschehen wird – wird nichts wieder so werden wie es einmal war.

Das nicht zu übersehende Auseinanderdriften beruht auch, wie ich glaube, auf einem Auseinanderdriften der Interessen und der Weltanschauungen diesseits und jenseits des Atlantik. Robert Kagan, einer der brilliantesten Ideologen der amerikanischen Neokonservativen, hat diese Differenzen in seinem vielzitierten Aufsatz “Power and Weakness” auf die einprägsame Formel gebracht, Amerikaner und Europäer lebten nicht nur in verschiedenen Welten, sondern auf unterschiedlichen Planenten: Die Amerikaner auf dem Mars, die Europäer auf der Venus. Obwohl dieses Bild die Gegensätze überzeichnet, wird damit die vorherrschende Neigung, Konflikte und Krisen dort mit militärischer Gewalt und hier auf dem Wege der Verhandlungen und Kompromisse zu lösen, treffend beschrieben. Zu kurz greift Kagan meiner Meinung nach, wenn er diese Haltung vor allem auf die den USA vorhandenen und in Europa nicht vorhandenen militärischen Fähigkeiten für eine weltweite, moderne Kriegsführung zurückführt.

Für mich ist ein wesentlicher Grund für die derzeitigen Spannungen im transatlantischen Verhältnis die neue Lage nach dem Ende des Kalten Krieges. Die Identitätskrise der Nato beruht nicht nur darauf, dass ihr der gemeinsame Feind und damit ihr ursprünglicher Sinn, der innere Zusammenhalt und die für das für eine Verteidigungsgemeinschaft unerlässliche Disziplin abhanden gekommen sind. Das vereinte Europa hat für die Vereinigten Staaten nicht mehr dieselbe hohe strategische Bedeutung. In den Zeiten des Kalten Krieges war es für sie ein vitales strategisches Interesse, zumindest den durch den Eisernen Vorhang geschaffenen status quo aufrecht zu erhalten und zu verhindern, dass der westliche Teil Europas unter den Einfluss der Sowjetunion gerät. Dieses Interesse garantierte dem europäischen Bündnispartner ihre Verteidigung – bis hin zum Einsatz von Atomwaffen. Es verschaffte den Europäern aber auch einen beträchtlichen politischen Einfluss – zum Beispiel bei der in wichtigen Punkten von ihnen mit ausgestalteten Entspannungspolitik. Die mächtigen USA mussten auch auf die europäischen Partner hören. Zusammenhalt war wichtig. Oder anders gesagt: Die heute oft anzutreffende Haltung – wenn ihr nicht mitmacht, machen wir es eben allein – konnte sich Washington nicht leisten. Das ist heute anders.

Die allmähliche Aushöhlung des Fundaments, auf dem die alte Nato Jahrzehnte lang gestanden hat, hat eigentlich schon mit der Wiedervereinigung Deutschlands und Europas begonnen. Aber erst der Schock des Terrorangriffs auf New York und Washington rückte längst erkannte Widersprüche mit größerer Schärfe in den Blick und ins eigene Bewusstsein. Die Anschläge vom 11. September sind nach den Worten von Condoleezza Rice ein Erdbeben gewesen, das “die tektonischen Platten der internationalen Politik” deutlich und dauerhaft verschoben hat. Die Nato rief zum ersten Mal in ihrer Geschichte die Beistandspflicht nach Artikel V des Nordatlantikvertrages aus, kam aber bei der militärischen Aktion der Vereinigten Staaten gegen die Al Quaida und die Taliban in Afghanistan nicht richtig zum Zug. Die Amerikaner konnten bei diesem unkonventionellen Feldzug in Mittelasien nur ganz wenige, ausgewählte militärische Fähigkeiten brauchen, die ihre europäischen (und kanadischen) Verbündeten anzubieten hatten. Außerdem wollten sie bei der Planung und Führung des Einsatzes uneingeschränkte Handlungsfreiheit besitzen und sich von den Nato-Partnern nicht dreinreden lassen. Verteidigungsminister Rumsfeld brachte das auf die Formel, die wir uns merken müssen: “Die Mission bestimmt die Koalition – und nicht die Koalition die Mission”.

So geriet das Bündnis gerade durch die Ausrufung des Artikels V in eine Identitätskriese. Allen wurde plötzlich bewusst, dass die alte Nato des Kalten Krieges sich längst überlebt hatte, weil es jene Art einer militärischen Bedrohung, für die gerade die europäischen Bündnispartner besonders und ausschließlich gerüstet waren – den militärischen Schlagabtausch mit feindlichen Armeen in Mitteleuropa – nach realistischer Beurteilung nicht mehr gab. Dass die Sicherheit der Bündnispartner auch durch Terrorismus oder die unkontrollierte Verbreitung von Massenvenichtungswaffen bedroht werden kann, hatte die Nato schon 1991 und 1999 in ihr strategisches Konzept geschrieben. Große Beachtung wurde solchen Sätzen bis zum 11. September nicht geschenkt. Schon die militärische Intervention im Kosovo-Konflikt zeigte, dass sich zwischen den amerikanischen Streitkräften und denen der Europäer waffentechnisch und taktisch eine schnell wachsende Kluft auftat. Der Krieg in Afghanistan hat dann aufs Neue bestätigt, dass die europäischen Bündnispartner mit der militärischen Revolution, die in den Vereinigten Staaten im und nach dem Golfkrieg 1991 begann, nicht Schritt gehalten haben. Und der Blitzkrieg im Irak mit einer bisher wohl beispiellosen Zusammenarbeit zwischen

Land- und Luftstreitkräften war in der Demonstration der militärischen Überlegenbeit noch einmal eine Steigerung.

Das Fazit: Wenn die europäischen Verbündeten ihre Streitkräfte nicht erfolgreich modernisieren und an die neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen anpassen, sind nur noch die Vereinigten Saaten in der Lage, auf die “neuen Bedrohungen des 21. Jahrhunderts” angemessen zu reagieren.

Die rasch breiter werdende Kluft bei den militärischen Fähigkeiten hat nicht nur für die taktisch-operative Zusammenarbeit im Bündnis Konsequenzen, sondem auch für die politische Solidarität.

Entschließt man sich, den optimistischen Standpunkt einzunehmen, dann ist festzustellen, dass die Nato auf die Herausforderung des 11. September bis zu einem gewissen Punkt durchaus angemessen reagiert hat. Zunächst wurde durch die Ausrufung des Artikels V anerkannt, dass die kollektive Verteidigung des Bündnisses auch für den Fall eines terroristischen Angriffs gilt. Die viele Jahre dauernde Diskussion über Einsätze außerhalb des Bündnisgebietes wurde vor einem Jahr stillschweigend beendet, als beim Treffen der Nato-Außenminister in Reykjavik der Satz ins Kommunqué geschrieben wurde, zur Abwehr der neuen Bedrohungen sollen Nato-Streitkäfte eingesetzt werden, “wo immer sie gebraucht werden”. Mit anderen Worten: weltweit.

Sichtbarer Ausdruck dieser Neuausrichtung ist der Plan zur Schaffung eines Expeditionskorps für weltweite Kampfeinsätze, der sogenannten “Nato Response Force”. Sie soll aus rotierenden nationalen Verbänden aller Teilstreitkräfte zusammengestellt werden und im Laufe des nächsten Jahres bedingt und 2006 voll einsatzbereit sein. Dieser von den Staats- und Regierungschefs im November vergangenen Jahres auf dem Gipfeltreffen in Prag gefasste Beschluss wird untermauert durch eine radikale Reform und Verschlankung der Nato-Kommandostrukturen. Die Staats – und Regierungschefs beschlossen darüber hinaus eine neue, die einzelnen Mitgliedstaaten deutlicher als bisher in die Pflicht nehmende Initiative zur Verbesserung der militärischen Fähigkeiten, zu moderneren Kommunikations- und Führungsverbindungen und einer elektronischen Gefechtsfeldaufklärung – darüber wird in der Nato schon seit Jahren diskutiert – und

des besseren Schutzes der eigenen Truppen gegen biologische, chemische und nukleare Waffen.

Was aus dieser neuen Initiative wird, bleibt abzuwarten. Wie in Deutschland ist auch in vielen anderen europäischen Mitgliedstaaten eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben nicht vorgesehen. Und selbst wenn alle Verpflichtungen erfüllt werden, wird die Lücke zu den Vereinigten Staaten, ihr technologischer Vorsprung von mindestens einer Generation, nicht zu schließen sein. Die Militärausgaben der europäischen Nato-Partner lagen in den letzten zehn Jahren deutlich unter denen der Vereinigten Staaten. Sie investieren nur etwa ein Viertel in Forschung und Entwicklung. Und der Anteil der Personalausgaben ist fast doppelt so hoch.

Anders als bei der Landesverteidigung ergibt sich bei der Bekämpfung des international organisierten Terrorismus oder der Abwehr eines Einsatzes von Massenvernichtungswaffen ein Konsens über die geeignete Wahl der Mittel nicht von selbst. Viele Mitgliedstaaten der Nato haben – wie ich finde, zu recht – die Intervention im Irak nicht als nächsten logischen Schritt im Kampf gegen den internationalen Terrorismus gesehen. Es gab hinreichend gute Gründe über den Sinn und Zweck dieses Krieges unterschiedlicher Meinung zu sein.

Die überwältigende militärische Macht verleitet die Vereinigten Staaten – und besonders deren Regierung – davon auch ungenierten Gebrach zu machen. Die Doktrin des präventiven Eingreifens in der neuen Sicherheitsstrategie ist dafür ein typisches Beispiel. Gleichzeitig wächst buchstäblich sichtbar die Ungeduld mit Verbündeten, die außer ihrer Rolle als Bedenkträger wenig beizutragen haben. Wo aber Konsens über den Einsatz militärischer Gewalt nicht mehr herzustellen ist, wird es immer wahrscheinlicher, dass gemeinsames Handeln des Bündnisses durch Koalitionen der Handlungswilligen ersetzt wird. Die Nato wäre dann kaum mehr als ein militärischer Baukasten – die berühmte tool box – aus der man sich nach Belieben bedient. Die Untergrabung des Konsensprinzips in der Allianz ist für mich die größte akute Gefahr. Von der anderen Seite droht eine Abkoppelung durch die Bestrebungen der EU, sich eine eigen Verteidigungsidentität zu schaffen.
Wenn die Nato als transatlantisches Bindeglied erhalten werden soll, muss es von beiden Seiten ernsthafte Bemühungen geben, sie an die neuen Herausforderungen anzupassen. Die Vereinigten Staaten sollten darauf verzichten, die europäischen

Bündnispartner zu spalten. Und sie sollten als Gegenleistung für größere militärische Anstrengungen akzeptieren, dass die EU sich auch in der Nato organisiert und einen echten europäischen Pfeiler im Bündnis schafft, der auch eigenständig handeln kann. Ideal wäre, wenn Großbritannien sich bald entschließen könnte, den Euro einzuführen, und Frankreich bereit wäre, in die militärische Integration der Allianz zurückzukehren. Aber das bleibt vielleicht ein Wunschtraum.

Die neue amerikanische Präventionsstrategie und ihre Auswirkungen auf das Verhältnis zu Europa und zum Mittleren Osten

Dietrich ALEXANDER
Die Welt, Berlin

"Wer nicht für uns ist, ist gegen uns."
(US-Präsident George W. Bush)

"Forgive Russia, ignore Germany and punish the French."
(US-Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice)

"Angesichts der juristischen Möglichkeit in Belgien, US-Militärs und Politiker vor Gericht zu stellen, ist fraglich, ob Brüssel der geeignete Ort für das Nato-Hauptquartier ist."
(US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld)

"Die Masenvernichtungswaffen des Irak waren nie der wirkliche Kriegsgrund."
(US-Vizeverteidigungsminister Paul Wolfowitz)

Diese Zitate sind willkürlich herausgegriffen, sie ließen sich beliebig fortsetzen. Sie zeigen, manchmal in womöglich ungewollter Offenheit, was mit der amerikanischen Außenpolitik seit den furchtbaren Anschlägen des 11. September 2001 geschehen ist.

"America first" – so ließe sich die Ausrichtung der einzig verblieben Supermacht bei aller Unschärfe vielleicht auf einen Nenner bringen. Dieses Axiom der US-Außenpolitik hat weltweite Konsequenzen. Gerade Deutschland hat das in der Irak-Problematik deutlich zu spüren bekommen und spürt es noch heute. Aber auch die Türkei hat mit der kompromisslosen US-Außenpolitik ihre Erfahrungen gemacht, positive zumeist, aber - nach dem parlamentarischen Nein zum US-Truppenaufmarsch über türkisches Gebiet in den Nordirak - auch negative.

Washington befindet sich im Krieg. Es ist ein Krieg, der am 11. September 2001 ausbrach und dessen Ende nicht abzusehen ist. Bisherige Kriegsschauplätze: Afghanistan und der Irak, in mehr oder weniger verdeckten Missionen sicherlich auch Indonesien, Sudan, Jemen, Pakisten und diverse andere Länder im Kampf gegen

einen amorphen, fanatisierten Feind. Der Krieg läuft unter dem Rubrum Anti-Terror-Krieg. Doch er umfasst im Grunde eine Neuordnung der weltpolitischen Verhältnisse. Der Anti-Terror-Krieg ließ sich schon kaum auf den Irak beziehen, da die Verbindung Al Qaida-Saddam Hussein nie schlüssig hergestellt werden konnte. Und der Anti-Terror-Krieg taugt auch nicht als Motto für die Kampagne gegen den Iran oder Nordkorea. Dennoch verfolgen die USA dort eine agressive Politik, die auf nichts Geringeres als “regime change” ausgerichtet ist.

Die Bush-Administration hat gewisse Visionen und folgt festen Mustern. Sie hat ein Bild von der Welt von morgen, in der einige Potentate und Regimes keinen Platz mehr haben. Eine Welt auch, in der US-amerikanische Interessen für die Zukunft gesichert sind und in der Amerika nicht bedroht werden kann. Diese Vision trägt zuweilen paranoide Züge und kann nur als Resultat der 9/11-Anschläge begriffen werden.

Auf ihrer ordnungspolitischen Weltreise erwarten die USA Gefolgschaft ihrer Partner. Dabei versuchen sie, in Übereinstimmung mit den Vereinten Nationen zu handeln. Aber wenn das nicht fruchtet – siehe Irak – dann macht Washington es allein oder mit wenigen, zuweilen sehr zweifelhaften Partnern. Multilateralismus also, wo es möglich und empfehlenswert ist, Unilateralismus, wo es nötig ist. Was wie Hybris erscheinen mag, ist letztlich die tiefe Überzeugung der einzig verbliebenen Weltmacht, ihre weltweite Verantwortung anzunehmen und die “hotspots” dieser Welt zu befrieden oder auszurotten. “We will not be secure as a nation until all of these threats are defeated. Across the world and across the years we will fight the evil ones, and we will win”, sagte Bush 10 Tage nach den Anschlägen auf das World Trade Center und den Pentagon. Und dieser Krieg wird offensiv geführt, es ist ein Präventionskrieg, “to take the war to the enemy”, wie Bush ausführte. Er sieht sich in der Tradition der Doktrin Ronald Reagans von “militärischer Stärke”, verbunden mit “moralischer Klarheit”. Eine Vision, Mission vielleicht, von der Bush nicht oder nur geringfügig abweichen wird.

Was in Afghanistan und Irak begonnen hat – wobei wie gesagt man das eine mit dem anderen nicht vergleichen kann –, wird im Nahen Osten, Nordkorea oder im Iran fortgesetzt. Europa kann Washington folgen oder abseits stehen, stoppen kann es Washington in der näheren Zukunft nicht.

Was folgt daraus für die transatlantischen Beziehungen? Die hegemoniale Ausrichtung der US-Außenpolitik wird in zunehmendem Maße die Beziehungen zwischen USA und Europa strapazieren. Dies umso mehr, als Europa es militärisch nicht vermag, den USA auch nur annähernd ebenbürtig zu sein oder in absehbarer Zukunft zu werden. In Washington kommt Europa als Machtfaktor nicht vor, eher schon Russland, China und Indien. Europa hingegen erscheint mehr als Wirtschafts- und Währungsunion denn als eine Gemeinschaft mit entsprechender einheitlicher Außen- und Sicherheitspolitik, die notfalls auch mit der entsprechenden militärischen Macht durchzusetzen wäre. Gerade in Krisenzeiten wie dem Irak-Krieg demonstrierte Europa eindrucksvoll seine Uneinigkeit.

Die Machtfülle Washingtons stellt auch die Nato zur Disposition, die sich künftig mehr als Sicherheitsorganisation mit globalem Betätigungsfeld im Dienste Washingtons begreifen muss, denn als kollektive Verteidigungsgemeinschaft im Interesse jedes einzelnen Mitglieds.

Die außenpolitische Ausrichtung der USA ist geprägt von taktischen Allianzen mit anderen Staaten – auch problematischen Regimen wie Pakistan oder Saudi-Arabien – und den damit verbundenen Konzessionen. Multilateralismus wird von den Neo-Konservativen innerhalb der Bush-Administration als funktional verstanden, er ordnet sich spezifischen Zielen unter. In der Konsequenz bedeutet das, dass Washington darüber entscheidet, welche Gruppe als global operierende Terrororganisation anzusehen ist, welche Staaten sie stützen und mit welchen Mitteln gegen die Gruppen und die Unterstützerstaaten vorzugehen ist. Insofern entscheidet die amerikanische Regierung auch über Krieg und Frieden, was die Relevanz etwa der Vereinten Nationen und des internationalen Völkerrechts in Frage stellt. Mit der Argumentation des “pre-emptive strike” könnte auch Indien seinen atomar gerüsteten Nachbarn Pakistan überfallen oder umgekehrt – alles im Namen der Bekämpfung des Terrorismus. Ein präemptives militärisches Handeln lässt sich im übrigen nur angesichts eines drohenden Krieges rechtfertigen, bei Bedrohung der territorialen Integrität oder der politischen Unabhängigkeit eines Staates. Insofern war der allierte Angriff auf den Irak kein Präemptivschlag zur Vermeidung einer immanenten Kriegsgefahr, sondern ein Präventivschlag zur Vermeidung einer zukünftigen.

Fazit

1. Die USA erheben für ihre Werte globalen Geltungsanspruch. Überall wo sie einen auch nur vermeintlichen Angriff auf diese Werte vermuten, intervenieren sie – diplomatisch, mittels wirtschaftlichem Druck, militärisch. Dabei gehen sie Allianzen mit Ländern und Regimen ein, die ihre Werte nicht oder nur in geringem Maße teilen.

2. Europa ist für Washington ein vor allem moralisch wichtiger Partner, dem aber jede Machtpolitik und die Durchsetzung derselben fremd ist. Die USA vernachlässigen als weltpolitischer Hegemon bewährte multilaterale Instrumente wie die Nato oder die UNO.

3. Der Nahe und Mittlere Osten ist “Opfer” dieser amerikanischen Machtpolitik, die die Welt zwar befrieden will, aber zu den amerikanischen Bedingungen.

Die neue amerikanische Präventionsstrategie und ihre Auswirkungen auf das Verhältnis zu Europa und zum Mittleren Osten

Faruk DEMİR
Center for Advanced Strategy, Ankara

Die neue Herangehensweise an Sicherheitsfragen, die mit der Intervention der USA im Irak begann und inzwischen von der internationalen Staatengemeinschaft in zunehmender Weise einer Bewertung unterzogen wird, hat einen Zuwachs an ernstzunehmenden und komplexen Problemen mit sich gebracht. In diesem Zusammenhang steht die Struktur der internationalen Staatengemeinschaft, die sich den Erfordernissen dieser neuen strategischen Entwicklung natürlich nicht mit gleicher Schnelligkeit anpassen kann, verwickelten Diskussionen und Problemstellungen gegenüber, die durch den von den USA ausgeübten Druck hervorgerufen wurden. Die Grundlagen für die seitens der USA entwickelte neue Sicherheitsstrategie und die Folgen, die von der als nicht vorübergehend zu wertenden neuen amerikanischen Umwälzung ausgehen, dürfen nicht nur hinsichtlich ihrer Verknüpfung mit der Irak-Frage gesehen werden. Um die neue Weltanschauung der USA von einer gewissen Distanz aus zu verstehen, erachten wir es als notwendig, die die USA betreffenden strategischen Veränderungen und ihre neue Herangehensweise an Sicherheitsfragen hier zu untersuchen. Diese Untersuchung kann unter den folgenden vier Hauptpunkten geschehen:

1. Veränderung und Anpassung an die Gegebenheiten:

Die seitens der USA seit Ende des 2. Weltkrieges im Allgemeinen verfolgte Politik und die Verantwortung der eigenen Nation gegenüber wurde in einer sehr konservativen Weise zur Schau gestellt. Das gleiche gilt auch für die Periode des Kalten Krieges. Seitens der USA wurde versucht, eine mehr als 200 Jahre währende Politik der Freiheit teuer zu erkaufen: der Versuch, internationale Institutionen und westliche Länder gemeinsam an dieser Kriegsführung teilhaben zu lassen und den Krieg somit auf eine globale Ebene zu erheben, stellt eine bedeutende Neuerung dar.

Passend zur Führerrolle und Strategie einer teilweisen Verantwortung, die die USA nach 1945 im Rahmen ihrer neuen Weltanschauung übernommen hatten, bemühten sie sich um eine Veränderung der Welt in sittlicher Hinsicht; in den 90er Jahren brach jedoch diese Politik mit dem Niedergang des Kommunismus und der Sowjetunion zusammen. Auf der anderen Seite waren seit 1979 veränderte Herangehensweisen seitens der USA in der Frage der globalen Sicherheit zu bemerken: gemeinsam mit dem Sternenkriegs-Projekt begann der Begriff einer „Sicherheit des Vaterlandes" gewaltige Dimensionen anzunehmen. Heutzutage ist für die USA von einer neuen strategischen Perspektive die Rede, nämlich Veränderung der eigenen Lage und Anpassung an die vorhandenen Gegebenheiten. Die USA wünschen nicht mehr eine Veränderung der Welt, sondern wollen sich auf eine radikale und tiefgreifende Weise selbst verändern. Was den Rest der Welt betrifft, so sind auch diese Länder gezwungen, mit den Veränderungen Schritt zu halten. Als Folge dieser neuen Strategie können wir jedoch eine Politik erkennen, die anstelle eines Zwanges für Russland, Frankreich und Deutschland eine völlige Freizügigkeit mit sich bringt. Die erste Stufe dieser neuen Weltanschauung, die auf dem G-8-Gipfel sowohl mit Worten als auch durch ein entsprechendes Verhalten zum Ausdruck gebracht wurde, zeigt uns, dass sich die USA tatsächlich in einer sehr wirkungsvollen Weise geändert oder mindestens den Willen zu einer solchen Veränderung an den Tag gelegt haben.

2. Strategischer Alleingang:

Viele Kreise vertreten die Ansicht, dass die USA mit der von ihr z. Zt. verfolgten Politik allein bleiben könnten. Desgleichen wird die Ansicht vertreten, dass führende europäische Länder wie Russland, Deutschland und Frankreich die USA innerhalb der westlichen Welt isolieren und sie mit ihren Problemen allein lassen wollen. Bei einer genauen Betrachtung dieser Umstände erkennt man jedoch, dass die USA selbst eine solche Alleingangs-Strategie verfolgen. Diese als strategischer Alleingang zu bezeichnende Herangehensweise ist eine neue und differenzierte Methode. Im Zusammenhang mit einer globalen Verantwortung und der Sicherheit dieses unseres Planeten eröffnet sich so für die USA eine neue Perspektive. Die Fähigkeit zum plötzlichen Losschlagen, die Flexibilität der Angriffsmöglichkeit und eine Veränderung des strategischen Gleichgewichts auf regionaler Ebene sind wichtig, um die Führerrolle bei politischen Veränderungen zu übernehmen und diesen strategischen

Alleingang als Zeichen der Stärke an den Tag zu legen. Was die strategische Isolation betrifft, so ist dies eine von den USA verfolgte Politik, um sich ein für die eigenen Absichten geeignetes Land auszuwählen. Der G-8-Gipfel stellt einen wichtigen Meilenstein für die USA dar, um anderen Ländern gegenüber diese ihre Politik des strategischen Alleinganges als eine Politik der Stärke vorzuführen.

3. Strategie der flexiblen Kapazität:

Um seitens der USA einen Angriff zu verhindern, der in einer nicht bestimmten Zeit an einem nicht bestimmten Ort mit unvorhersagbaren Methoden durch einen unbestimmten Feind oder eine feindliche Koalition gestartet werden kann, sind radikale Veränderungen nötig, um diesen Angriff mit einem Gegenangriff zu erwidern, der ebenfalls die gleichen Merkmale der Unbestimmtheit trägt und der eventuell entstehende Kollateralschäden großzügig in Kauf nimmt. Dies kann nur durch eine Strategie der flexiblen Kapazität ermöglicht werden. Diese Flexibilität ist das magische Mittel, das es den USA ermöglicht hat, das neue Jahrtausend auf ihre Weise zu beginnen. Aufgrund dieser magischen Fähigkeit wurden die USA in die Lage versetzt, stets schnell zu reagieren und im Ernstfall vorn zu sein. Diese strategische Veränderung, die als Drachenschwanz bezeichnet wird und eine strategische Ausweitung anpeilt, hat die strategischen Beziehungen und Partnerschaften der USA in der Region revolutioniert. So wie auch eine Entwicklung neuer strategischer Termini zu beobachten ist, müssen sich auch die in strategischer Hinsicht mit den USA verbundenen Länder dieser neuen Veränderung unterwerfen und eine Anpassung vornehmen.

4. Strategie eines Erstschlages:

Eine Durchsetzung von Machtpositionen ist unumgänglich, wenn es darum geht, unvorhersehbare Angriffe aus problematischen Regionen zu verhindern, Druck auf die in den betreffenden Regionen lebenden Gruppen auszuüben und der ihnen gewährten Unterstützung den Boden zu entziehen. Die USA versuchen, ihr Erfordernis einer Zuschaustellung ihrer Macht an bestimmte Regeln zu binden und auch andere Länder zur Einhaltung dieser Regeln zu verpflichten, um so eine neue Sicherheitsdoktrin aufzustellen. Diese Doktrin beinhaltet die Fähigkeit zu einem frühen Eingreifen zur Lösung grundlegender Probleme und Fragestellungen. D.h., es

ist eine neue Sicherheitsdoktrin in Kraft getreten, die im Rahmen des Begriffes einer Gegenschlagsstrategie gewertet werden kann, indem sie nämlich einen eventuellen Angriff schon im Stadium seiner Planung, der Materialbeschaffung und der Phase unmittelbar vor dem Losschlagen vereiteln kann. Durch die Umsetzung dieser Maßnahmen versucht man, den Kampf gegen den Terrorismus mit Erfolg zu bestehen und die Zahl der dabei zu verzeichnenden Opfer auf ein Minimum zu reduzieren.

Ist das Zypernproblem noch vor Ende des Jahres 2004 zu lösen?

Leyla TAVŞANOĞLU
Cumhuriyet, **Istanbul**

In den letzten Monaten hat uns die Frage „wird das Zypern-Problem wohl bis Ende Mai 2004 zu lösen sein?“ mehr als alles andere beschäftigt. Aber ich frage mich inzwischen ernsthaft, ob die "Zypern-Frage wohl 2004 oder erst 2014" zu lösen sein wird. Denn wenn mich nicht alles täuscht, dann hat die Zypern-Frage uns seit mehr als 40 Jahren beschäftigt, wenn wir die 40er und 50er Jahre einmal außer Acht lassen.

Wenn wir die Ereignisse der jüngsten Vergangenheit seit Beginn der Gründung der Republik Zypern im Jahre 1960 verfolgen, dann sehen wir, dass uns dieses Problem bereits seit 43 Jahren beschäftigt und wir so langsam in dieser Frage weder aus noch ein wissen. Ich bin selbst sehr oft in beide Teile Zyperns gefahren und möchte Ihnen hier folgende Eindrücke vermitteln:

Ich habe keine Hoffnung, dass das Zypern-Problem in naher Zukunft gelöst werden kann. Warum das so ist, möchte ich Ihnen hier sogleich vorführen. Meinen Überlegungen liegt die folgende These zugrunde:

In Zypern hat sich eine Insel-Psychose breit gemacht. Beide dort lebenden Bevölkerungsteile sind natürlich zypriotisch, und beide haben im Moment unter diese Psychose zu leiden.

Die Bevölkerung beider Teile Zyperns spricht nicht offen das aus, was sie denkt und fühlt. Ich weiß nicht, was der Grund für dieses Verhalten sein kann, aber ich weiß, dass die Zyprioten niemals das sagen, was sie denken und meinen.

Das gleiche Verhalten sehen wir auch bei den Führern beider Volksgruppen. Für diese Behauptung kann ich Ihnen sogar Beispiele aus den 70er Jahren liefern. In den

70er Jahren wurde der griechische Teil Zyperns von Erzbischof Makarios angeführt; die türkische Volksgruppe hatte schon damals als ihren Führer Rauf Denktaş. Beide Führer machten jedes Mal kurz vor dem Abschluss eines Abkommens halt. Wenn die eine Seite mit allem einverstanden war, dann musste die andere Seite in letzter Minute ihr Veto einlegen.

Nach dem Tod von Makarios wurde Spiros Kipriyanu an seine Stelle gewählt. Kipriyanu und Klerides verhielten sich jedoch in gleicher Weise. Auch die nachfolgenden Ministerpräsidenten Griechisch-Zyperns, darunter wieder Klerides, sahen keinen Grund für eine Änderung ihres Verhaltens, auch der jetzige Führer, Papadopulos, macht dabei keine Ausnahme.

Wie wir den letzten Informationen entnehmen konnten, hat Papadopulos in seiner jüngsten Äußerung zur Sprache gebracht, dass „wir bereit sind, im Rahmen von Kofi Annans Friedensplan erneut Gespräche aufzunehmen“. Auf der türkischen Seite hat sich noch nicht ein solcher politischer Wille geäußert.

Alles ist wieder wie vorher an die Äußerungen gebunden, die wir vom Führer Nordzyperns, Rauf Denktaş, zu erwarten haben. Im Moment sehen wir auch, dass Denktaş versucht, seinen Sohn, den Führer der Demokratischen Partei, stellvertretenden Ministerpräsidenten und Tourismus-Minister Serdar Denktaş, für den Einsatz auf seine Nachfolge vorzubereiten. So wird Serdar Denktaş als der Architekt des 23 April, als sich in Zypern zwischen beiden Volksgruppen die Grenzen öffneten, gepriesen.

Was hier aber ins Auge fällt, ist die Tatsache, dass in beiden Teilen der Insel sowohl von der Regierung als auch von der Opposition diese Politik der offenen Grenzen ohne Vorhandensein einer endgültigen Lösung kritisiert wurde und wird. Dies geschieht mit folgender Begründung:

"Die Grenzen wurden zu früh geöffnet. Die Menschen haben sich zu früh über das Wiedersehen gefreut. Eines Tages werden sie darum alles, was sie haben, verlieren. Das Problem wurde ja noch gar nicht gelöst, und es gibt keinen rechtmäßigen, legitimen Zustand, auf den man sich berufen könnte".

Wenn z. B. jemand aus dem griechischen Teil Zyperns eines Tages seinen Grundbesitz, der heute im türkischen Teil liegt, zurück haben möchte, dann kann er dazu sogar Gewalt anwenden. Das gleiche gilt für einen Angehörigen der türkischen Volksgruppe, der dieselben Mittel anwenden kann. Es wurde nämlich noch kein Vertrag, der Ausgangspunkt für irgendeine rechtliche Lage ist, geschlossen. Das kann für die Zukunft ein großes Problem darstellen und zu chaotischen Zuständen führen.

Hier kann der jüngste Schritt, den Ankara in diesem Zusammenhang vollzogen hat, als Geste des guten Willens gedeutet werden.

Vor Jahren hat Titina Loizidou, ein Bewohner des griechischen Teils der Insel, eine Entschädigungsklage in Höhe von 1 Million US-$ wegen des Verbleibs ihres Grundbesitzes auf dem Nordteil der Insel eröffnet. Diese Klage wurde vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte verhandelt, wobei die türkische Regierung zur Entschädigungszahlung veranlagt wurde. Die Türkei hatte jedoch die Zahlung dieser Entschädigung abgelehnt. Aber vor kurzem erklärte man sich zu dieser Zahlung bereit und hat auch in Straßburg versichert, dass die Zahlungen mit dem Monat Oktober beginnen würden.
Das ist für mich ein Schritt, der Anlass zur Hoffnung gibt. Aber wird eine solche Herangehensweise im Laufe der Zeit zu irgendwelchen Ergebnissen führen? Ich denke, dass dieses erst mit der Zeit deutlich wird.

Ich möchte hier auch noch auf die internationale Dimension des Zypern-Problems eingehen:

Im Anschluss an die Intervention von 1974 waren alle türkischen Regierungen der Auffassung, dass das Zypern-Problem zwischen den beiden auf der Insel lebenden Volksgruppen gelöst werden müsse, und dass diese Frage auf dem internationalen Parkett nichts verloren hätte. Verhandlungen über den Status der Insel sollten nicht einmal auf dem Boden der für Zypern eine Garantie abgegeben habenden Staaten stattfinden.

Aber im Verlaufe der Zeit interessierten sich die UN und ab 1990 auch die EU für diese Frage. Somit haben sich die Paradigmen auch in Zypern selbst grundlegend

geändert. Die Gründe, warum die EU heute eine Vollmitgliedschaft Zyperns wünscht, liegen klar auf der Hand. Wenn wir auf die Landkarte schauen, dann sehen wir ganz deutlich das Vorhandensein vieler solcher Gründe.

In Zypern existiert aber noch ein weiteres Problem, das ich gestern Abend mit einem Freund diskutiert habe:

Beide Teile der Insel sind ein Paradies für off-shore-Firmen. Dieser Zustand hält auf der Insel seit Jahrzehnten an; große Mengen Schwarzgeld werden dort reingewaschen. Aus diesem Grunde ist es unbedingt erforderlich, dass Zypern als Ganzes unter die Kontrolle der EU gerät.

Aber die türkische Seite war es, die hier das Spiel verdarb. Die griechische Seite, also der Südteil der Insel, kann bei einer Aufnahme in die EU von Brüssel vollständig unter Kontrolle gehalten werden. Auf der anderen Seite ist uns Nordzypern vollständig entglitten.

Ich denke, dass es dieser unbestimmte, in der Luft hängende Zustand ist, der der EU hinsichtlich des Status Zyperns soviel Kopfschmerzen bereitet. Die Kontrolle über Zypern ist der EU im Moment entglitten. Die illegalen Zustände auf der Insel haben inzwischen solche Dimensionen angenommen, dass ganz Europa darunter zu leiden haben wird.

Wir fragen uns: „Kann das Zypern-Problem im Jahre 2004 gelöst werden?“. Ich stehe dieser Frage sowohl in praktischer als auch in humaner Hinsicht gegenüber. Zuerst ist zu sagen, dass es auf Zypern insgesamt zu viele Akteure gibt. Die Interessen des einen decken sich nicht mit denen des anderen. Jeder stellt dem anderen ein Bein und denkt nur an sich selbst.

Wenn ich Ihnen hier ein Erlebnis berichte, bei dem ich persönlich anwesend, war, dann werden Sie die Lage Zyperns besser verstehen können:

Am 23.April öffneten sich auf der Insel für beide Seiten die Grenzen. Jeder konnte frei kommen und gehen, wie es ihm beliebte. Einige Zeit später vereinbarte ich Treffen mit den Zuständigen beider Seiten und flog über Istanbul - Athen zuerst nach Larnaka, dann in den griechischen Teil Nikosias. Jeden Morgen fuhr ich von meinem

Hotel Holiday Inn, in der Nähe des Grenzübergangs Ledra Palace, aus nach Nordzypern und kehrte am Abend wieder zurück. Am letzten Tag begab ich mich wieder nach Nordzypern. Als ich am Grenzübergang wartete, fragte mich die Polizei:

"An welchem Grenzübergang sind Sie auf die Insel gekommen?"

Ich wunderte mich, dass man mich erst jetzt fragte, obwohl ich schon seit einigen Tagen hin- und hergefahren war. Meine Antwort lautete: +

"Ich habe die Insel in Larnaka betreten und komme jetzt aus dem griechischen Teil Nikosias".

Der Polizist runzelte die Stirn und erklärte mir, dass ich nicht in den türkischen Teil hineingelassen werden dürfe. Ich erklärte ihm, dass ich bereits seit einigen Tagen ständig zwischen den beiden Teilen der Insel hin- und hergereist sei, aber er blieb dabei, dass er mich aus Gründen der Gesetzeslage nicht hereinlassen könne. Da ich mit diesem Polizisten nicht klarkam, erbat ich telefonisch Hilfe. Man schickte mir einen Wagen, mit dem ich dann schließlich doch noch das Territorium Nordzyperns betreten konnte.

In Griechenland habe ich einen langjährigen Freund, einen Diplomaten, der mir gegenüber ständig wiederholte:

"Die Ereignisse der Vergangenheit werden Zypern niemals in Ruhe lassen".

Es scheint tatsächlich so, dass die in der Vergangenheit durchlebten unschönen Ereignisse noch immer auf Zypern einwirken. Hat dies nicht das von mir angeführte Beispiel ganz klar und deutlich vor Augen geführt ?

Wir können nur hoffen, dass sich dieser Art Ereignisse im Jahre 2004 nicht fortsetzen und sich endlich positive Entwicklungen auf Zypern zeigen. Aber ich glaube das nicht; hier sehe ich nur schwarz.

Ist das Zypernproblem noch vor Ende des Jahres 2004 zu lösen?

Dr. Knut KROHN
Stuttgarter Zeitung, **Stuttgart**

Inzwischen vergeht kaum ein Tag, an dem nicht über Fortschritte oder Rückschläge bei der Lösung des Zypernproblems berichtet wird. Doch je mehr berichtet wird, desto verworrener erscheint der Stand der Verhandlungen und mittlerweile scheint kaum mehr ein Mensch die Situation verstehen zu können. Dabei wird gerade von uns Deutschen immer wieder verlangt, dass wir die Problematik doch besonders gut nachvollziehen sollten. Schließlich hätten wir mit der Trennung der Bundesrepublik und der DDR selbst die schmerzvolle Erfahrung durchlebt, die heute noch immer auf Zypern den Alltag vieler Menschen bestimmt. Dieser Vergleich drängt sich natürlich auf, doch werden in diesem Fall Äpfel mit Birnen verglichen - das möchte ich im Folgenden anhand einiger Punkte kurz erläutern. Zuerst aber zu den Parallelen.

Punkt Eins: Immer wenn Besucher auf Zypern ankommen, werden diese – sei es im Norden oder im Süden der Insel – in ein Dorf gebracht, wo eine Kirche und eine Moschee nebeneinander stehen, die beide vor der Teilung gebaut worden sind. Dabei drängt sich der Gedanke auf: hier wurde durch einen Krieg – wie in Deutschland - auseinandergerissen, was eigentlich zusammen gehört. Und man fragt sich natürlich, warum heute nicht mehr funktionieren soll, was in früheren Jahren offenbar so harmonisch geklappt hat.

Punkt Zwei: Auch glich das Überschreiten der Grenze zwischen den beiden Teilen noch vor wenigen Monaten einer Zeitreise. An den Übergängen schienen sich die Militärposten noch im tiefen Kalten Krieg zu befinden. Es gab Stacheldraht, unfreundliche Soldaten und barsche Worte. Die ganze Sache war eine Touristenattraktion vor allem für die Amerikaner, die dabei ein bisschen das alte, schaurig-gefährliche Europa kennen lernen wollten.

Punkt Drei: Die dritte Parallele ist, dass es einen reichen größeren Teil des Landes gibt, mit einer starken Westbindung. Daneben liegt ein kleiner ärmerer Teil mit einer - sagen wir in diesem Fall – weniger starken Westbindung.

Punkt Vier: Auf einen vierten Punkt hat mich bei einem Besuch in Nordzypern Mehmet Ali Talat aufmerksam gemacht. Er ist der Führer der CTP, der größten Oppositionsorganisation auf Nordzypern. Er betonte, dass es im Norden der Insel inzwischen auch Montagsdemonstrationen gebe – wie damals kurz vor dem Fall der Mauer in der DDR. Und er wisse, wie er versicherte, dass die Mehrheit des Volkes hinter diesen Demonstrationen stehe. Das Problem allerdings ist, dass auch der nordzypriotische Präsident Rauf Denktaş sagt, dass die Masse der Menschen auf seiner Seite stehe.

Punkt Fünf: Auf eine weitere, sehr erstaunliche Parallele bin ich bei meinem letzten Besuch in Nordzypern gestoßen. Es ist die Überheblichkeit mit der die Griechisch-Zyprioten den Türkisch-Zyprioten begegnen. Es hat mich an die Überheblichkeit erinnert, die viele Westdeutsche ihren Brüdern und Schwestern aus dem ehemaligen Arbeiter- und Bauernstaat entgegenbrachten. In diesem Augenblick versteht man Rauf Denktaş zumindest ein bisschen, wenn er sagt, dass er „politische Verhandlungen auf einer Augenhöhe“ möchte.

Punkt Sechs: Der sechste und letzte Punkt hat nach 1989 einen gewissen Charme bekommen. Damals ist die Teilung Deutschlands auf wundersame Weise friedlich überwunden worden. Da stellt sich natürlich gleich die Frage, wenn das bei so einem großen Land möglich ist, wieso kann das nicht auch auf Zypern passieren?

Bei der Beantwortung dieser Frage kommt man unweigerlich zu den Unterschieden, die eine Vereinigung der beiden Inselteile sehr schwierig macht – schwieriger als es in Deutschland der Fall war. Eines der großen Probleme ist, dass jeder Punkt irgendwie mit dem anderen verzahnt ist. Man kann also die einzelnen Punkte nicht nacheinander abarbeiten. Es gibt nur eine Lösung im Gesamtpaket.

Ich glaube, bei der Lösung des Zypernproblems geht es vor allem – wie so oft in solchen Fällen - um die Lösung der Machtfrage. Diese Frage hängt natürlich damit zusammen, welche Form der künftige Staat haben soll. Das ist einer der

wesentlichen Unterschiede zu dem Zustand, in dem Deutschland vor der Vereinigung war. Damals war klar, wie der Aufbau des neuen Staates aussehen wird. Auf Zypern hingegen ist noch nicht ausdiskutiert, was geschehen soll. Die Griechen wollen eine starke Zentralregierung. Das ist verständlich, sie stellen 80 Prozent der Bevölkerung. Die Türken wollen eher eine Konföderation und eine weitgehende Selbstständigkeit der beiden Teile. Was ebenfalls verständlich ist, weil sie von den Griechen bei wichtigen politischen Fragen nicht immer wieder überstimmt werden wollen.

Wie schwierig und sensibel die ganze Angelegenheit ist, zeigt allein schon die Wortwahl während der Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien. Im Annan-Plan war nicht von Föderation oder Konföderation die Rede. Diese beiden Worte sind zu sehr belastet. Also sprechen die Verhandlungspartner manchmal etwas umständlich von zwei Teilstaaten - also „component states“ - unter einem Dach. Dann ist wieder von „common states“ die Rede oder auch von einer unauflösbaren Partnerschaft.

Die Sprachregelung sollte aber nicht zum Scheitern der Verhandlungen führen. Denn es sind noch wichtigere Fragen von grundsätzlicher Natur zu klären, auf die ich nicht näher eingehen werde, sie aber kurz aufzählen möchte. Zu klären ist etwa: Welche Rechtspersönlichkeit hat dieser Staat? Dann die Frage der Staatsbürgerschaften - es wird wohl türkische Zyprioten und griechische Zyprioten geben. Dann wird jeder Teil wahrscheinlich eine eigene Verfassung haben, ein eigenes Parlament, eine eigene Regierungen, eine eigene Flagge. Und über diesem gesamten Konstrukt wölbt sich irgendwie ein Präsidialrat - in welcher Form dieser am Ende auch immer realisiert werden soll. Das alles zeigt, wie schwierig es ist, für diesen noch zu gründenden Staat eine Klammer zu finden. Doch das sind noch lange nicht alle Probleme. Ein weiterer Streitpunkt ist, dass die Türken momentan rund 30 Prozent des Gebietes auf der Insel innehaben, aber nur 20 Prozent der Bevölkerung stellen. Das heißt: die Türken müssen etwas abgeben. Am Ende sollen sie – wenn man dem Annanplan folgt - 28 Prozent der Insel bewohnen dürfen. Um auf den Vergleich mit der deutschen Vereinigung hinzuweisen: diese Probleme gab es dort nicht. Da wurde nur über die Einteilung der Bundesländer diskutiert.

Diese territoriale Abgrenzung der beiden Teilstaaten führt natürlich sofort zur Flüchtlingsfrage. Es sollen laut Annan-Plan 92.000 Griechen umgesiedelt werden.

Das führt wiederum zur Vertreibung auf türkischer Seite. Präsident Rauf Denktaş hat von 40.000 Binnenflüchtlingen im eigenen Land gesprochen, die schon vor Jahren oder Jahrzehnten aus der Türkei nach Zypern gekommen sind und durch die Rückkehr der Griechen keine Heimat mehr haben werden. Hier liegt ein Schwachpunkt des Annanplanes, denn diese Frage ist darin nicht klar geregelt. Es wird gesagt, dass für die türkischen Flüchtlinge eine neue Lebensgrundlage geschaffen werden soll. Das wird ja alles sehr nett formuliert, aber es ist sehr unausgegoren. Hier ist also noch ein Berg von Problemen zu lösen. Doch damit nicht genug. Denn mit den Flüchtlingen hängt natürlich auch die Eigentumsfrage zusammen. In diesem Fall sehe ich eine interessante Parallele zu Deutschland. Denn für viele Griechen und auch für viele Deutsche war die Lösung der Eigentumsfrage eine Frage der Wiedergutmachung von menschlichem Unrecht. Ich glaube aber, dass es bei allem Hass und aller Feindschaft im Bezug auf das Eigentum auf Zypern - wie auch in Deutschland - am Ende eine Lösung geben wird. Dies wird in Form einer finanziellen Kompensation geschehen oder in einigen Fällen werden die Leute ihr Eigentum zurückbekommen.

Nun eine kurze und allerletzte Bemerkung zu einer sehr subjektiven Beobachtung, die ich während meiner Besuche auf der Insel in beiden Teilen gemacht habe. Bei den politischen Gesprächen vor der Vereinigung Deutschlands hatte man den Eindruck, da sitzen auf beiden Seiten des Tisches Menschen, die guten Willens sind. Das heißt, man arbeitete zusammen auf ein Ziel hin. Im Fall von Zypern habe ich so meine Zweifel, ob wirklich alle das gleiche Ziel haben, nämlich die Vereinigung der Insel. Oft macht sich in Gesprächen mit den maßgeblichen Herren der Eindruck breit, dass die Akteure nicht selten vor allem persönliche Interessen verfolgen. Das heißt, in vielen Fällen steht der Erhalt der eigenen Macht und das Klammern an Privilegien an oberster Stelle. Hier scheint nur der massive Druck von außen den Protagonisten auf die Sprünge zu helfen. Aber damit streifen wir die Sphären der Europa- und Weltpolitik – und das würde den Rahmen meines kurzen Referates sprengen.

Ist das Zypernproblem noch vor Ende des Jahres 2004 zu lösen?

Philippos SAVVIDES
ELIAMEP, Athen

Ich möchte zunächst dafür danken, dass es mir ermöglicht wurde, in einer solchen Zeit, in der die Beziehungen Europa-Türkei, die Umstände im Nahen Osten und das Zypern-Problem ein derart kritisches Ausmaß erreicht haben, an diesem wichtigen Seminar teilzunehmen.

Meine kurze Antwort auf die Zypernfrage lautet JA: das Zypern-Problem kann noch vor Ende des Jahres 2004 gelöst werden. Hinsichtlich des Zypern-Problems möchte ich sogar behaupten, dass man bis zum 1. Mai 2004, an dem Zypern ein Vollmitglied der EU werden wird, eine allumfassende Versöhnung erreichen kann. Ich würde es natürlich vorziehen, wenn ein vereintes Zypern Mitglied der EU werden würde.

Warum ist es aber möglich, bis zum 1. Mai ein Abkommen zu schließen? Und warum wird solch einem Abkommen der Vorrang gegeben?

Der Katalysatorfaktor bei der Lösung des Zypern-Problems ist die EU selbst. Europa hat mit seinen Zukunftsvisionen hinsichtlich Zyperns und der Türkei einen Prozess in Gang gesetzt, der direkt auf eine Lösung hinführt und nur sehr schwer umkehrbar ist. Das bedeutet aber nicht, dass dieser direkt zu einer Lösung führende Weg gerade und ohne Hindernisse sein wird. Ganz im Gegenteil können, wie dies leider auf den Gipfeln von Kopenhagen und Den Haag der Fall gewesen ist, viele Bemühungen auch erfolglos bleiben. Das, was jetzt zu tun bleibt, ist das „Wieder-In-Gang-Setzen“ eines zu einem Abkommen führenden Prozesses bis zum 1. Mai 2004, der sich auf den Annan-Plan stützt.

Warum hat die EU hinsichtlich der Zypernfrage die Funktion eines Katalysators, und welche Rolle kann sie hinsichtlich der Schließung eines Abkommens bis zum 1. Mai 2004 spielen?

Mit dem Beginn der Beschreitung des Weges in die EU für Zypern und dem Erreichen eines Status als Kandidat für die Mitgliedschaft durch die Türkei auf dem Gipfel von Helsinki im Dezember 1999 wurde der von mir so genannte „heilsame Druck“ bis heute auf alle Seiten ausgeübt. D.h., dass die Parteien dazu angeregt werden, in der Frage der Lösung des Zypern-Problems ihren Ideenreichtum an den Tag zu legen. Ich bin sicher, dass ohne die Heranziehung einer EU-Dimension aufgrund eines so umfassenden Planes, wie er jetzt mit dem Annan-Plan vorliegt, nicht bis zu dem Punkt einer Lösung vorgedrungen werden kann. Der Zeitplan der EU, ihre Normen und Regeln haben die Parteien dazu angehalten, ihre Taktiken noch einmal zu überdenken und auf ihre Aktivitäten acht zu geben.

Auf der anderen Seite hat Südzypern diesen Druck auf das Heftigste gespürt und Anstrengungen gezeigt, diese ihre unversöhnliche Haltung, die ihre Chancen auf eine Aufnahme in die Union zunichte gemacht hätte, durch eine konstruktive Haltung zu ersetzen. Dieser Druck auf Südzypern setzt sich bis heute fort, da ansonsten keine Lösung in Sicht gewesen wäre. Auch nach dem 1. Mai 2004 wird es für Südzypern sehr schwer sein, innerhalb des institutionellen Rahmens der EU die von ihr bevorzugten Schachzüge auch wirklich durchführen zu können. Dieser Rahmen erfordert die Verinnerlichung von bestimmten Grundprinzipien, deren eines der kollektive Entscheidungsprozess ist. Ein weiteres Prinzip ist die Notwendigkeit einer Durchführung der nationalen Politik in Harmonie mit der Politik der EU, die für Zypern besteht. Auf der anderen Seite hat die Zivilgesellschaft des türkischen Teils ganz offen ihr gegebenes Versprechen hinsichtlich einer Aufnahme Zyperns in die EU und den dabei gegebenen Möglichkeiten zu einer Lösung des Zypernkonfliktes gezeigt. Die türkischen Zyprioten sind die treibende Kraft geworden für eine Aufnahme von Gesprächen durch die türkischen Führer. Deswegen denke ich, dass den türkischen Zyprioten eine wesentliche Bedeutung zufällt, durch die anstehenden Wahlen für die Unterbreitung von Lösungsvorschlägen bis zum 1. Mai 2004 zu sorgen. Auf dieses Thema werde ich aber noch genauer eingehen.

Griechenland, das bereits EU-Mitglied ist, hat seine Verpflichtung der Türkei gegenüber hinsichtlich einer Aufnahme des Landes in die EU zur Schau gestellt. Aus diesem Grunde nahm ich an, dass die Türkei Griechenland in allen ihren Fragen

stets zur Seite stehen müsse. Der hierauf führende eigentliche Weg liegt in der Lösung des Zypernkonfliktes. Die Unterstützung Griechenlands hinsichtlich der Erwartungen, die die Türkei in Zukunft an Europa stellt, hat schließlich in konstruktiver Weise zum Abschluss eines Vertrages geführt. Deswegen darf meiner Meinung nach die EU ihre Türen gegenüber der Türkei nicht verschließen, und Europa muss der Türkei in Bezug auf ihre Zukunftserwartungen eine offene Botschaft übermitteln. Mögen Giscard d´Estaind und die anderen Konservativen auch Entsprechendes äußern: die Türkei gehört doch zu Europa. Aber der Einstieg der Türkei nach Europa führt über die zypriotische „grüne Linie“. Sollte das Zypernproblem nicht gelöst werden, dann hat es die Türkei der europäischen Seite gegenüber natürlich schwer, auf ihre Aufnahme zu drängen. Aus diesem Grunde muss die Türkei alles Notwendige unternehmen, dieses ihre Interessen berührende Problem einer Lösung zuzuführen. Das derzeitige Verhalten der türkischen Regierung hinsichtlich der Zypernfrage ist zum einen positiv, zum anderen hat es Enttäuschung hervorgerufen. Die Haltung der Regierung Erdoğan hinsichtlich des Abschlusses eines endgültigen Vertrages, die eben nicht wie erwartet entschieden und konstruktiv ist, hat uns, die wir solches erwarteten, ziemlich enttäuscht. Wir verstehen die Umstände, glauben aber, dass es trotzdem noch nötig ist, der Regierung eine zweite Chance zu geben. Die noch verbliebene Zeit ist aber sehr wichtig, denn der 1. Mai 2004 naht schnell heran.

Allgemein ausgedrückt, hat die EU es geschafft, in einer Sache, in der die anderen Parteien erfolglos waren, einen Erfolg zu erzielen: Beide auf Zypern lebende Bevölkerungsteile haben für sich gemeinsame Interessen entdeckt. Viele Jahre lang haben die griechisch-zypriotische und die türkisch-zypriotische Bevölkerung auf unterschiedlichen Interessenlagen beharrt; heute haben sie Gemeinsamkeiten entdeckt. Weit gefasst drückt dieses gemeinsame Interesse aus, dass nur ein vereintes Zypern Mitglied der EU werden sollte. Eine solche Gemeinschaft mit geteilten Interessen hätte nicht entstehen können, wäre nicht die Katalysator-Wirkung Europas vorhanden gewesen. Auch der Annan-Plan, der die Forderungen Zyperns nach einer Aufnahme in die EU widerspiegelt, ermöglicht die Gründung von zwei verfassungsrechtlichen Staaten unter einem gemeinsamen staatlichen Dach, die in den europäischen Institutionen mit einer Stimme vertreten sein werden.

Daneben sind die gemeinsamen europäischen Rahmenbedingungen, Gesetze und Statuten hilfreich bei der Lösung von vielen Fragen geworden, die bis vor ein paar Jahren noch als unlösbar erschienen. Ich möchte hier nur zwei Beispiele anführen: Viele Jahre lang wurden auf beiden Seite unterschiedliche Währungen diskutiert. Die türkische Regierung wollte ihre eigene Währung, die andere Seite wollte eine gemeinsam genutzte Währung einführen. Mit einer Aufnahme Zyperns in die EU hat sich dieses Problem von selbst gelöst: der Euro wird die staatliche Währung sein. Außerdem wurden die Geldpolitik und die Existenz zweier getrennter Zentralbanken heftig diskutiert. Auch diese Frage hat sich jetzt erledigt. Die nun für Zypern zuständige Zentralbank wird jetzt nicht mehr die in Nikosia ansässige, sondern die europäische Zentralbank in Frankfurt sein. Selbst bei einem so komplizierten Thema wie dem der politischen Gleichheit hat der Entwurf des Annan-Planes dazu beigetragen, beiden Seiten ihre Befürchtungen zu nehmen, und hat zur Etablierung einer goldenen Regel beigetragen. Dieser Plan sichert dem türkischen Bevölkerungsteil Zyperns weitgehende Autonomie unter einem gemeinsamen staatlichen Dach.

Wie ich bereits früher schon angemerkt habe, nähert sich der 1.Mai 2004 mit Macht. Jetzt möchte ich einige Gründe dafür anführen, warum der Abschluss eines Vertrages bis zu jenem Zeitpunkt möglich ist:

* Für das Abkommen existiert ein umfassender Plan, der sog. Annan-Plan. Dieser Plan soll eine Grundlage für gegenseitige Verhandlungen herstellen in dem Fall, in dem eine Lösung nicht so einfach möglich scheint. Dieser Plan kann durchaus Veränderungen unterliegen, aber hier muss daran erinnert werden, dass solche Veränderungen von beiden Seiten akzeptiert werden müssen. Ein Thema, das Gegenstand einer solchen, für beide Seiten nützlichen Veränderung werden kann, sind die Übergangsfristen. Nach einer teilweisen Aufhebung der auf Zypern geltenden Beschränkungen hinsichtlich der Möglichkeit einer freien, unbeschränkten Niederlassung ist es sicher, dass die Vermutung, türkische und griechische Zyprioten könnten noch immer nicht in Frieden zusammenleben, nur ein Gerücht bleiben wird. Aus diesem Grund kann die erwähnte Übergangsfrist verkürzt werden.

Es ist möglich, bis zum 1. Mai 2004 zu einem Übereinkommen zu gelangen, denn dies liegt im Interesse der Türkei und Griechenlands sowie der türkischen und griechischen Zyprioten. Eine solche Entwicklung wird die Hindernisse auf dem Wege der Türkei in die EU zum großen Teil beseitigen und die Möglichkeiten für die Türkei, von der Union klare Signale hinsichtlich eines Beitrittes zu empfangen, noch vergrößern. Die Lösung des Zypern-Problems wird auch Griechenland und der Türkei bei der Erreichung ihrer gegenseitigen Ziele behilflich sein. Dagegen werden die Kreise in Europa, die die auf den Beitritt der Türkei ausgerichteten Ziele und Absichten gern als unrealisierbar ansehen, in ihren diesbezüglichen Aktivitäten gebremst.

Welches sind nun die Vorbedingungen für die Etablierung einer Lösung bis zum 1. Mai 2004?

Ich glaube, dass die in der nahen Zukunft wichtigsten Anzeichen dafür die im Dezember abzuhaltenden Wahlen des türkischen Bevölkerungsteils auf Zypern sind. Um eine schnelle Lösung herbeizuführen, müssen die Kreise, die für eine Lösung sind, unbedingt die Wahl gewinnen. Es muss genügend Druck ausgeübt werden, damit endgültige Gespräche, die sich auf eine Lösung unter Einbeziehung des Annan-Planes stützen, aufgenommen werden können; desgleichen muss man die Bildung geeigneter Koalitionen herbeiführen. Deswegen müssen die Kreise, die für eine Durchführung all dieser Maßnahmen in Bezug auf eine Lösung sind, von der türkisch-zypriotischen Zivilgesellschaft unterstützt werden.

Eine weitere Vorbedingung für die Etablierung einer Lösung bis zum 1. Mai 2004 ist das fortwährend gezeigte Interesse und ein unaufhörlicher konstruktiver Beitrag seitens solcher internationaler Akteure wie besonders der EU, den USA und Englands. Beide Seiten müssen sich in ehrlicher Absicht zusammensetzen, um eine klare Botschaft hinsichtlich der Etablierung einer sich auf den Annan-Plan stützenden Lösung zu geben.

Als letztes schließlich möchte ich hier anführen, dass sich die türkischen und die griechischen Zyprioten in einem europäisch geprägten Zypern offen zu einem von beiden Seiten gewünschten Miteinander bekennen müssen. Die Türen müssen geöffnet werden, um der Bevölkerung wenigstens teilweise ein freies

Niederlassungsrecht auf der Insel zu gewähren; durch den Beginn einer solchen „staatsbürgerlichen Diplomatie“ wurden türkische und griechische Zyprioten zu Helden des politischen Prozesses. Auf diese Weise hat die Zivilgesellschaft an Macht gewonnen, so dass sie eine aktivere Rolle zu spielen vermag in Bezug auf die Ausübung eines konstruktiven Drucks, um bis zum 1. Mai 2004 eine Lösung herbeizuführen. Durch die erwähnten Maßnahmen wurde dem Lösungsweg Tür und Tor geöffnet. Wir können damit nicht noch einmal zu dem früheren Zustand der verschlossenen Türen zurückkehren. Die Zivilgesellschaft sowie darum besorgte Politiker müssen jetzt ihren Einfluss dahingehend geltend machen, dass sich die offiziellen Führer beider Seiten zwecks Erreichung einer Lösung zu raschen und wagemutigen Aktivitäten bewegen und davon überzeugen lassen; das ist die wichtigste Aufgabe, die von beiden Seiten hier und heute in Angriff genommen werden muss.

Die AKP – eine islamisch-konservative oder islamistische Partei?

Dr. Günther SEUFERT
Berliner Zeitung, Istanbul

Die staatliche Religionsbehörde des laizistischen Staates und die islamisch-konservative Regierungspartei: Ein Akt im Verwirrspiel um Säkularismus und Islamismus in der Türkei

Zwei Fragen stehen im Mittelpunkt dieses Beitrages. Was sagt die Politik der Regierungspartei AKP gegenüber der staatlichen Religionsbehörde im Hinblick darauf, wie islamisch oder gar islamistisch sich die Partei versteht? Und was sagt die Struktur der Behörde über den Charakter des türkischen Staates, der sich gern als laizistisch präsentiert, in Bezug auf die Religion?

Die islamistische Tradition der Regierungspartei AKP

Unter den Abgeordneten und dem Führungskader der Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei (AKP), die heute in der Türkei die Regierung stellt, gehörten in früheren Legislaturperioden viele der Tugendpartei (FP) an. Die Tugendpartei stand noch ganz unter der Autorität Necmettin Erbakans, des großen alten Mannes der islamistischen Bewegung der Türkei. Allerdings konnte Erbakan selbst – eines für mehrere Jahre ausgesprochenen Politikverbots wegen – der Tugendpartei schon nicht mehr angehören.

In der Tugendpartei hatte es heftige Flügelkämpfe zwischen der alten islamistischen Garde Erbakans auf der einen Seite und reformistischen „Erneuerern“ unter Führung R.T. Erdogans und Abdullah Güls auf der anderen Seite gegeben. Letztere hatten bereits damals dem politischen Islam abgeschworen und versucht, die Partei auf eine unzweideutige Anerkennung der Demokratie zu verpflichten. Auch des Gebrauches religiöser Begriffe und Symbole im politischen Geschäft wollte man sich fortan enthalten. Diese „Erneuerer“ wurden von R.T. Erdogan angeführt, dem heutigen

Ministerpräsidenten der Türkei und ihm zur Seite stand der heutigen Außenminister Abdul Gül. Das Team konnte sich damals in der Tugendpartei nicht durchsetzen und die Partei wurde trotz ihres insgesamt sehr moderaten Auftretens im März 1999 wegen Verstoß gegen das Laizismusprinzip vom Verfassungsgericht verboten.

Daraufhin gründeten Erdogan und Gül die Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei (AKP), die schnell großen Zulauf erhielt. Im November 2002 trat die Partei erstmals zu den Wahlen an, wurde sofort zur stärksten Partei im Land und übernahm mit einer satten Zwei-Drittel-Mehrheit die Regierung.

Doch obwohl die AKP das Werk derjenigen ist, die dem Islamismus bereits Jahre vorher abgeschworen hatten, konnte und kann die Partei große Teile des republikanischen Establishments nicht davon überzeugen, dass sie keine Gefahr für die laizistische Ordnung der Republik darstellt. Laizismus bedeutet allgemein die Trennung von Staat und Religion, und zur Ideologie der Republik gehört es, dass ihre laizistische Ordnung die Grundlage für die Demokratie und für den Bestand des Staates darstellt. Aufgrund der islamistischen Vergangenheit der AKP-Führung, misstraut die republikanische Elite der Partei und befürchtet, die AKP setze sich für demokratische Reformen nicht deshalb ein, um das Land zu entwickeln und in die Europäische Union zu führen, sondern es gehe um die ‚Entwaffnung' des Staates gegenüber dem politischen Islam. Sobald die Religiösen sich die nötige Handlungsfreiheit verschafft hätten, so die Angst, würden sie versuchen, einen islamischen Staat zu errichten.

Die stete Beschwörung der ‚islamistischen Gefahr' ermöglicht der republikanische Elite den Schulterschluss mit großen gesellschaftlichen Gruppen, darunter manche Gewerkschaften, Teile des Bildungsbürgertums, Teile der Frauenbewegung und der Alewiten. Andererseits behindert die stete Aktivierung der Angst vor dem politischen Islam die Demokratisierung und verstärkt die Ressentiments eines christlich geprägten Europa gegen eine muslimische Türkei. Tatsächlich verfällt die republikanische Elite selbst schnell in den Fehler, den sie ansonsten gerne Europa angekreidet, nämlich muslimische Identität, islamische Beweggründe und islamistische Politik gleich zu setzen.

Muslimisch, islamisch, islamistisch – Religion als Herrschaftsinstrument.

Dagegen unterscheidet dieser Beitrag strikt zwischen muslimisch, islamisch und islamistisch. ‚Muslimisch' kennzeichnet dabei den Muslim als Person ganz allgemein, und das Adjektiv ‚muslimisch' erfordert keine darüber hinausgehende Handlung oder Orientierung seines Trägers. Insofern ist die Gesellschaft der Türkei eine muslimische Gesellschaft ganz einfach deshalb, weil Muslime in ihr die überwältigende Mehrheit bilden. ‚Islamisch' steht für all die Handlungen und Orientierungen, die einen Bezug zur Religion haben, für das Gebet etwa, für das Fasten und für den Glauben daran, dass Muslime sich ihrer Religion wegen sittlich verhalten und einander Unterstützung gewähren sollten. ‚Islamistisch' dagegen steht für den Versuch, politische Forderungen mit religiösen Lehren zu begründen oder Politik, Gesellschaft, Kultur und Wirtschaft nach religiösen Vorgaben zu gestalten, gleich wie einer begründet, warum die Religion diese oder eine andere Regelung vorsehe. So ist etwa die Forderung nach dem Verbot des Zinses in der Wirtschaft mit Bezug auf den Koran eine islamistische Forderung.

Aus Sicht ihrer Anhänger ist islamistische Politik oder Islamismus die Organisation des Staates nach den Vorgaben der Religion, also das Bemühen, den Staat in den Dienst der Religion zu stellen. Sieht man sich jedoch die Staaten an, die vorgeben, der Religion zu dienen, kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass dort die Religion im Dienste des Staates steht. Genauer gesagt, steht sie im Dienste der Gruppe, die im Staate das Sagen hat: in Saudi Arabien das Herrscherhaus, im Iran die schiitische Geistlichkeit und im voramerikanischen Afghanistan die Clanfürsten respektive die Medreseschüler der Taliban. Von außen betrachtet sind islamistische Staaten deshalb solche, in denen die Religion von politischen einflussreichen Gruppen – Verwandtschaftsgruppen, Berufsgruppen, Schichten und allgemein Männern – zur Legitimation ihrer Herrschaft oder ihrer Privilegien genutzt wird. Es ist deshalb eigentlich beim Islamismus nicht eine abstrakte Herrschaft von Religion über Staat und Gesellschaft, die beunruhigt, sondern der Gebrauch von Religion als Herrschaftsinstrument und die damit gegebene Unangreifbarkeit und Unkritisierbarkeit der Ordnung.

Wer im Namen der Religion herrschen und/oder die Gesellschaft gestalten will, muss als erstes sein Verständnis von Religion allgemeinverpflichtend machen, er braucht das Definitionsmonopol über die Religion, mit deren Hilfe er herrschen will. Eine autoritär durchgesetzte und allgemeingültige Version von Religion ist die sine quo non für islamistische Politik und allgemein für Politik, die sich religiös legitimiert. Alternative Interpretationen und Versionen von Religion müssen marginalisiert und desavouiert werden.

Die aktuelle Auseinandersetzung um die türkische Religionsbehörde

Seit dem Amtsantritt der AKP-Regierung hat sich die Diskussion darüber, ob die Partei nun eine Islamisierung von Staat und Gesellschaft betreibe oder nicht, meist an der Bildungspolitik entzündet. Man stritt sich über die Hochschulzugangsberechtigung für Absolventen der Predigerschulen, um das Kopftuch an den Universitäten und um die Stellung des Hochschulrats, der die Universitäten kontrolliert. Die letzte Runde des Streites um mehr oder weniger Islam im öffentlichen Leben betraf jedoch nicht die Bildungspolitik sondern die staatlichen Religionsbehörde.

Ende Juni hat die Haushaltskommission des Parlaments der Religionsbehörde 15 000 neue Stellen zugeteilt. Der Entschluss erfolgte mit den Stimmen der Regierungspartei und gegen heftigen Widerstand der sozialdemokratischen Opposition. Der Streit wurde in aller Schärfe geführt, obwohl die angespannte Haushaltslage verhindert, dass die Stellen kurz- oder auch nur mittelfristig tatsächlich besetzt werden können. Vorgesehen sind die neuen Stellen für Vorbeter (imam), Prediger (hatip/vaiz), Gebetsrufer (mü‘ezin) und Korankurslehrer (hoca). Zugangsvoraussetzung für die Ausübung dieser Tätigkeiten ist der Besuch des Predigergymnasiums (imam-hatip lisesi) und (fakultativ) der Abschluss der Theologischen Fakultät (ilahiyat fakültesi).
Die oppositionelle Volkspartei der Republik (CHP) beschuldigte die Regierung, sie betreibe die Unterwanderung der Bürokratie mit religiösen Kadern, lege es auf den Bruch des Laizismus an, säge langsam aber stetig an der Verfassungsordnung und dränge das Land in Richtung islamischer Staat. So sagte der Vorsitzende der CHP-Fraktion Mustafa Özyürek, die Regierung offenbare ein „auf die Religion

ausgerichtetes Staatsverständnis", und der CHP-Abgeordnete Ali Topuz meinte gar: „Die Regierungspartei versucht, Schritt für Schritt das (bürokratische) System in die Hand zu bekommen und das (republikanische) Regime zu verändern." [1] Diese und ähnliche Vorwürfe der CHP wurden von weiten Teilen des kemalistischen [2] Establishments geteilt.

Die harsche Reaktion der Opposition kann freilich nicht von der Frage danach ablenken, was das für eine staatliche Behörde ist, deren personeller Ausbau die Grundfeste des Regimes ins Wanken bringen soll. Warum leistet sich der laizistische Staat eine Institution, deren Stärkung seinen Umsturz einleiten könnte? Und ist es umgekehrt so, dass der laizistische Staat um so sicherer ist, je kleiner, schwächer und unbedeutender diese Behörde ist?

Die staatliche Religionsbehörde: Das Präsidium für religiöse Angelegenheiten

Das Präsidium für religiöse Angelegenheiten (Diyanet isleri Baskanligi) ist eine der ältesten Institutionen der Republik. Es wurde per Gesetz am 3. März 1924 gegründet und löste das kurzlebige republikanische Scheriat- und Stiftungsministerium (Seriye ve Evkaf Vakâleti) ab, das seinerseits die Aufgaben des höchsten osmanischen Religionsamtes mit dem Seyh ül-islâm an der Spitze übernommen hatte. Am gleichen Tag war auch das Kalifat abgeschafft und die religiösen Schulen, die Medresen, waren geschlossen worden.

Das Gründungsgesetz der Religionsbehörde teilte die islamischen Religion in zwei große Bereiche auf. Auf der einen Seite das religiöse Recht (Scheriat) mit seinen Staat und Gesellschaft betreffenden Vorschriften auf der einen Seite und die Theologie, Glaubensfragen und den Kult auf der anderen Seite. Das Gesetz wies die Kompetenz zur Entscheidung von Rechtsfragen nach dem religiösen Recht dem türkischen Parlament zu und beschränkte die Aufgaben der neu geschaffenen Religionsbehörde auf die Verwaltung der Gebetsstätten, die Organisierung des Kultes und die Erörterung und Entscheidung von religiösen Fragen, die ausschließlich Glaubensinhalte betreffen und keine soziale, wirtschaftliche oder politische Relevanz haben. [3]

Seit 1961 ist die Religionsbehörde in der Verfassung verankert und seit 1971 sind ihre Mitarbeiter Staatsbeamte. [4]

Die heute gültige Verfassung wurde 1982, zwei Jahre nach dem Militärputsch, erlassen. Sie legt in Artikel 136 fest, dass die Religionsbehörde Teil der allgemeinen Verwaltung ist und bleibt. Die Existenz der Behörde ist zusätzlich durch das Parteiengesetz abgesichert, das den politischen Parteien verbietet, die Forderung nach ihrer Abschaffung zu erheben. Eine Partei, die diese Forderung erhebt, kann verboten werden.

Heute ist die Religionsbehörde eine der größten und reichsten Institutionen im Lande. Bereits vor der aktuellen Stellenerhöhung hatte sie rund 88 5000 Mitarbeiter. Sollten die neu zugewiesenen Stellen eines Tages tatsächlich besetzt werden, wird die Religionsverwaltung über mehr Personal verfügen als die folgenden Ministerien zusammen: das Außenministerium, das Infrastrukturministerium, das Verkehrsministerium, das Arbeitsministerium, das Industrieministerium, das Energieministerium, das Kultur- und Tourismusministerium und das Forst- und Umweltschutzministerium. Mit ihren dann über 100 000 Beschäftigten wäre die Religionsbehörde vom Personalsbestand her die fünftgrößte Institution im Lande (die Armee nicht mitgerechnet). [5]

Auch der Haushalt der Behörde kann sich sehen lassen. Ihr Budget ist höher als das von fünf kleineren Ministerien zusammen, und wird nur von den Haushalten des Verteidigungs- und des Innenministeriums (einschließlich der Sicherheitsdirektion/Polizei) überflügelt. Wie die Armee verfügt die Religionsbehörde außerdem über eigene Holdings. Diese sichern der zur Behörde gehörenden Religionsstiftung (Diyanet Vakf) die nötigen Mittel für den Betrieb von Druckereien und Forschungszentren für islamische Geschichte und Gegenwart. [6]

Diese privilegierte Stellung der Behörde im Staatsgefüge ist freilich nicht das Werk der heutigen Regierungspartei. Das zu Beginn der Republik gelegte Fundament der Behörde wurde in den darauf folgenden Jahrzehnten stetig ausgebaut, und es fällt auf, dass jede Machtergreifung der Militärs zu einer Verfestigung des Statuses der Religionsbehörde führte, so 1961, 1971 und 1982. Gerade die Militärs, die sich als

Garanten des Laizismus in der Türkei verstehen, haben sich um die verstärkte rechtlichen Absicherung der Behörde besonders verdient gemacht. [7]

In der aktuellen Auseinandersetzung um die Stellenerhöhung konnte der heute für die Behörde zuständige Staatsminister Mehmet Ayd n denn auch darauf verweisen, dass die Behörde auch bei den Vorgängerregierungen gut aufgehoben war. Tatsächlich war der Antrag auf die umfangreiche Stellenerhöhung bereits der Haushaltskommission der Vorgängerregierung vorgelegen, deren laizistisch-etatistischer Ministerpräsident Bülent Ecevit über jeden Verdacht der Förderung des politischen Islams erhaben ist. Die Behandlung der Vorlage war lediglich an den vorgezogenen Neuwahlen gescheitert.

Die religiöse und die politische Funktion der Religionsbehörde

Paragraph 1 des Gesetz Nr. 633 nennt als Aufgabe der Behörde „die Gesellschaft in religiösen Themen aufzuklären und die Gebetsstätten zu verwalten.“ Artikel 136 der Verfassung legt fest, dass die Behörde in ihrer Arbeit „dem Laizismus-Prinzip verpflichtet“ ist und im Geiste „nationaler Solidarität und nationalen Zusammenwachsens” zu wirken hat. [8]

Aufschluss über die politische Funktion der Behörde geben die Äußerungen des stellvertretenden Ministerpräsidenten der AKP-Regierung Mehmet Ali Sahin. In Erwiderung auf Unterstellungen der Opposition, die Regierung beabsichtige mit der Stellenerhöhung die Islamisierung von Staat und Gesellschaft voranzutreiben, argumentiert Sahin, dass es gerade das Wirken der Behörde sei, das dem politischen Islam das Wasser abgrabe. Sahin sagte: “Die Religionsbehörde erfüllt eine ganz wichtige Funktion. In den Moscheen in Stadt und Land arbeiten die Vorbeter und Prediger als die Vertreter des Staates, der Republik Türkei. Sie klären die Leute über die Religion auf. … Die Religionsbehörde ist in der Verfassung verankert. Sollen wir vielleicht die Moscheen nicht ausgebildeten Leuten überlassen und riskieren, dass die Religion von ihnen ausgenutzt wird? Wenn man keinen Vorbeter und Prediger für die Moscheen ernennt, dann sammeln die Gemeinden Geld und stellen selber jemanden an. Und dann weiß man nicht, was dieser im Namen der Religion alles macht. So betrachtet dient die Stellenzuteilung an die Religionsbehörde und ihre Stärkung der Sicherung des Regimes.” [9]

Über ihre laizistische Interpretation der Religion und die Durchsetzung dieser Interpretation in der Bevölkerung sichert die Religionsbehörde also, so Sahin, dass nichtstaatliche Kreise die Religion zu politischer Mobilisierung gegen den Staat nutzen. Sahins Äußerungen stehen vollkommen in der Tradition der Republik und seine Argumentation erinnert deshalb auch stark an die Begründung für die Etablierung eines Ablegers der Religionsbehörde in Deutschland, der 1984 unter dem Namen Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (Diyanet isleri'nin Türk-islam Birligi = DiTiB) in Köln gegründet wurde. [10] Die Gründung in Deutschland geschah nach dem Militärputsch von 1980. Sie ist darauf gerichtet, den Einfluss von islamischen Gruppen wie die Süleymanisten (Süleymanc) des Verbandes Islamischer Kulturzentren (VIKZ) und des europäischen Ablegers der islamistischen Bewegung Necmettin Erbakans (s.o.) mit dem Namen AMGT/IGMG zurückzudrängen. [11]

Sowohl in der Türkei als auch in der türkischen Diaspora in Europa scheint nur die zentral formulierte und durchgesetzte einheitliche Version der Religion Schutz vor ihrer Instrumentalisierung durch fundamentalistische Kreise zu bieten. In einer freien Auseinandersetzung über die Religion würden sich – so die Befürchtung – gemäßigte Töne nicht durchsetzen können.

Dass diese Sichtweise noch heute viele Anhänger hat, wurde im Januar 2003 deutlich. Damals dachte der für die Religionsbehörde zuständige AKP-Minister Mehmet Ayd n laut darüber nach, die Behörde mittelfristig umzugestalten und sie allmählich in die Autonomie zu entlassen. Ayd n führte damals das Beispiel der anglikanischen Kirche in England an. Hier kann nicht darauf eingegangen werden, wie korrekt ein solcher Vergleich ist. [12] Festgehalten jedoch werden muss, dass die laizistische Presse solche Überlegungen als Beginn einer fast noch gefährlicheren Entwicklung sieht, als es der islamische Fundamentalismus ist. Pluralismus im religiösen Leben erscheint als der erste Schritt zu religiösem und ethnischem Separatismus.

Dabei hatte Ayd n nur angeregt, die Behörde aus der Zuständigkeit des Ministerpräsidenten zu nehmen und sie vorläufig dem Staatspräsidenten zu unterstellen, um so eine direkte Einflussnahme der jeweiligen Regierung auf die

Behörde zu erschweren. Später sollte die Behörde dann zu einer autonomen Einrichtung werden. Religiöse Dienstleistungen seien ihrem Charakter nach ziviler Natur hatte Ayd n damals gesagt und ihre Bürokratisierung führe zu Erstarrung der Diskussion. Ayd n hatte sich insbesondere mit dem Grad der wissenschaftlichen Produktivität und dem intellektuellen Niveau der religiösen Diskussion in der Türkei unzufrieden gezeigt. Wie die Universitäten allgemein institutionelle Autonomie bräuchten, um intellektuell und wissenschaftlich produktiv zu sein, so auch ihre Theologischen Fakultäten und eben auch die Religionsbehörde. [13] Die kemalistische Presse beschuldigte die AKP daraufhin, den muslimischen Gemeinden größere Freiräume einräumen zu wollen, die sich seit Gründung der Republik mit ihren Zusammenkünften in einer rechtlichen Grauzone bewegen.

Das Massenblatt Hürriyet warnte davor, „die Büchse der Pandora zu öffnen“ und schrieb, die Reformabsichten könnten nur bedeuten, dass „die Orden und Religionsgemeinschaften in einen heißen Streit miteinander eintreten. Jeder wird dann nur noch in die Moschee seiner Gemeinschaft gehen, und die Masse der Türken, die keinem Orden und keiner Sekte angehören, müssen in eine solche Gemeinschaft eintreten, um ihr Gebet verrichten zu können. Das heißt, es kommt zu neuem Separatismus diesmal im Namen der Religion.“ [14]

Tatsächlich fürchtet die Republik Türkei seit ihrer Gründung primär zwei Entwicklungen: die Rücknahme der modernisierenden (verwestlichenden) Reformen über den erneuten Einfluss der Religion auf die Gesellschaft und die Spaltung der Nation entlang religiöser und linguistischer Linien, also religiösen und ethnischen Separatismus. Dadurch, dass sie eine laizistische Version vom Islam formuliert und durchsetzt, die gleichzeitig stark türkisch-national konnotiert ist, soll die Religionsbehörde beiden Gefahren entgegenwirken. Die starke rechtliche Absicherung der Religionsbehörde in der Verfassung und im Parteiengesetz spiegelt die Zentralität der Aufgabe wieder, die der Behörde für den Bestand der Republik zugewiesen wird. Deshalb beschränkt sich in der Türkei der Staat nicht auf eine eher formale Verwaltung der Moscheen, sondern formt und lenkt über die Beamten der Behörde das Verständnis der (sunnitischen) Muslime von ihrer Religion. Deshalb auch stellt in den Augen der republikanischen Elite der Ausbau und die personelle

Verstärkung der Religionsbehörde ebensosehr eine Gefahr dar wie ihre schrittweise Entlassung in die Autonomie. Die republikanische Elite kann nicht auf das Instrument Religionsbehörde verzichten und befürchtet gleichzeitig, dass ihr dieses Instrument – falls es zu groß wird – außer Kontrolle geraten könnte.

Demokratisierung und Kritik an der Behörde

Säkular/demokratische Kritik an der Behörde richtete sich primär auf ihre vorgeblich zu konservative, zu traditionelle oder zu buchstabentreue Auslegung des Islams, die mit den Erfordernissen eines modernen Staates nicht vereinbar sei. So wurden Bücher der Behörde kritisiert, welche konservative Geschlechterbeziehungen legitimieren; Mitarbeiter bloßgestellt, die sich nicht entschlossen gegen traditionelle/folkloristische religiöse Praktiken (Heiligenverehrung) wandten oder aber einzelne Beamte kritisiert, die sich zu nahe an einer buchstabengetreuen und damit politisierbaren Interpretation des Korans gewagt hatten. Außerdem wurden häufig Befürchtungen geäußert, Mitglieder religiös-konservativer oder nationalistischer Parteien oder Angehöriger verbotener Orden könnten sich in der Behörde breit machen. Gängige Kritik forderte also einen ‚säkulareren' oder ‚moderneren' Islam und eine Säuberung der Behörde von Angehörigen traditioneller muslimischer Gruppen.

In den letzten Jahren hat dagegen eine Kritik eingesetzt, die auf die Struktur der Behörde als solche gerichtet ist und ihre Existenzberechtigung insgesamt in Frage stellt. Diese Kritik weist auf den grundlegenden Widerspruch zwischen dem in Artikel 2 der Verfassung niedergelegten Laizismusprinzip und dem Auftrag der Behörde hin, die Bürger in religiösen Dingen anzuleiten und nationale Einigkeit dadurch zu fördern, dass sie die Religionsversion der türkisch-sunnitischen Mehrheit als den Islam an sich präsentiert. Tatsächlich kann, wo die Religionsgelehrten als Staatsbeamte die Interpretation der Religion autoritativ bestimmen, weder von Laizismus noch von Glaubensfreiheit die Rede sein. [15]

Insbesondere die Sprecher alewitischer Vereine beschuldigen den Staat, über die Religionsbehörde die Sunnisierung der Bevölkerung zu betreiben und abweichende Formen muslimisch-religiösen Verständnisses einebnen zu wollen. Für die Alewiten (und für die kleine Zahl der Atheisten oder Agnostiker sunnitischer Herkunft) ist nicht

nur das Handeln einzelner konservativer Beamter oder der Ausbau der Behörde Grund für Kritik. Für sie ist allein die Existenz der Behörde Ausdruck für die Tendenz des Staates, seine Bevölkerung in ein einheitliches muslimisches Korsett zu pressen.

Solche Stimmen werden immer wieder von einzelnen kemalistischen Intellektuellen unterstützt, die sich jedoch in der Regel nicht dazu äußern, wie die Situation zu bessern sei. Für Abgeordnete der sozialdemokratischen Parteien ist es seit mindestens zehn Jahren ein unverzichtbares Ritual, sich anläßlich der Beratungen über den Haushalt der Religionsbehörde über den sunnitischen Charakter der Behörde und über die damit gegebene Ausgrenzung der Alewiten zu beschweren. Bei den letzten Haushaltsberatungen im März 2003 sagte der CHP-Abgeordnete Kemal Anadol: “Die Religionsbehörde beschäftigt 88 000 Leute. Ich frage mich, ob unter ihnen ein einziger alewitischer Teejunge ist. Die Moscheen besitzen einen rechtlichen Status, aber die Religionsbehörde erkennt die Cem-Evis (alewitische Kulthäuser) nicht als Gebetsstätten an. Die Religionsbehörde sollte Sunniten und Alewiten gleich behandeln und keine Institution sein, die nur für die Sunniten da ist.” [16] Solche und ähnlich grundsätzliche Kritik durch die verschiedenen sozialdemokratischen Parteien (CHP, SHP, SP, DSP) hat bisher jedoch nicht dazu geführt, dass auch nur eine dieser Parteien während ihrer Regierungszeiten irgendeine Initiative zur Änderung dieser Situation ergriffen hätte.

Unter den Alewiten selbst gehen die Meinungen über die richtige Strategie zur Änderung dieser Situation weit auseinander. Eine Gruppe um den Vorsitzenden der alewitischen CEM-Stiftung Prof. Izettin Dogan fordert, die Alewiten in die Behörde zu integrieren und ihnen zwischen einem Fünftel und einem Viertel des Budgets der Behörde zur Verfügung zu stellen, denn so hoch sei der Anteil der Alewiten an der Bevölkerung. [17] Andere Gruppen glauben, dass die Privilegierung des sunnitischen Islams durch den türkischen Staat viel tiefer sitze und dass ihr nur mit viel radikaleren Schritten beizukommen sei. Sie verweisen auf Dinge wie die sunnitische Ausrichtung des verpflichtenden Religionsunterrichts, auf die über die theologischen Berufsgymnasien und die über die theologischen Fakultäten institutionalisierte Ausbildung der sunnitisch-muslimischen Religionsfachleute; darauf, dass es für

Muslime nur den sunnitischen Bestattungsritus gibt; dass die Friedhöfe diesem Ritus gemäß gestaltet sind und darauf, dass das Siedlungsgesetz eine Moschee als notwendigen Bestandteil für die amtliche Anerkennung einer Siedlung nennt [18]. Gegen eine so tiefsitzende Identifikation des Staates mit dem sunnitischen Islam helfe nicht die Integration der Alewiten in die Behörde, sondern nur ihre Abschaffung.

Wer von den Alewiten grundsätzliche Kritik an der Behörde übt, der lehnt insbesondere die Diskussion mit der Religionsbehörde darüber ab, was denn genau unter Alewitentum zu verstehen sei. Eine solche Diskussion wird seitens der Behörde seit circa zwölf Jahren angekündigt doch wurde sie bisher immer wieder verschoben. Zuletzt hat sich auch der heute für die Behörde zuständige Staatsminister Mehmet Ayd n in diesem Sinne geäußert. Einige alewitische Intellektuelle jedoch meinen, der Staat habe nicht eine Diskussion über das Alewitentum zu führen, sondern den verschiedenen Glaubensgemeinschaften Glaubensfreiheit zu gewähren und Gleichbehandlung zu garantieren. [19]

Das Dilemma des türkischen Laizismus

Der türkische Laizismus beruht somit nicht auf einer institutionellen Trennung von Staat und Kirche und auch nicht auf einer verbrieften Gleichbehandlung unterschiedlicher Religionsgemeinschaften durch den Staat. Verständlich wird die Struktur des türkischen Laizismus nur vor dem Hintergrund der staatlichen Selbstverpflichtung, die türkisch-muslimische Gesellschaft zu modernisieren und zu diesem Zwecke ihre Mitglieder aus einem als traditionell, engstirnig und fortschrittsbehindernd bewerteten Religionsverständnis zu lösen. Der türkische Laizismus löst seinen Anspruch auf Modernisierung und Säkularisierung nicht dadurch ein, dass er die Kirche neben den Staat stellt und beider Verhältnis rechtlich regelt, sondern dadurch, dass er dem Staate das Interpretationsmonopol über die Religion einräumt und das legale religiöse Leben bürokratisiert.

Die gängige staatliche Apologie dieser Situation benutzt zwei Argumentationsfiguren. Zum einen wird darauf verwiesen, dass es im Islam keine Kirche im Sinne eines hierarchisch organisierten Klerus gebe und es also einer Institution mangle, welcher der Staat Autonomie und Rechtssicherheit gewähren könnte. Zum Zweiten bringt

man richtigerweise vor, dass auch in Europa unterschiedliche Modelle der Trennung von Staat und Religion existierten und keine der aktuellen Lösungen den abstrakten Anforderungen einer Trennung von Kirche und Staat ganz entspräche.

Gegen das erste Argument läßt sich freilich einwenden, dass zur Kirche mehr gehört als ein Klerus. Kirche ist auch allgemein verliehene religiöse Autorität, wie auch immer tradierte Lehre und wie auch immer gestaltetes religiöses Spezialistentum. Ob Kirche oder nicht - Laizismus erfordert die rechtlich gestalte Beziehung der organisierten religiösen Gemeinde zum Staat, und es ist die rechtliche Regelung dieser Beziehung, die den einzelnen Mitgliedern der Religionsgemeinschaft religiöses Leben im Prinzip auch unabhängig von der Religionsgemeinschaft und sogar im Konflikt mit der Religionsgemeinschaft ermöglicht. Für die Gleichbehandlung verschiedener Religionen und Konfessionen braucht es jedenfalls – siehe die USA – nicht, dass alle Religionsgemeinschaften Kirchen im engeren Sinn des Begriffes sind. Einzuräumen ist freilich, dass die einzelnen modernen Nationalstaaten die Trennung von Kirche und Staat und allgemein Säkularismus ganz unterschiedlich organisiert und institutionalisiert haben. Einige Kriterien jedoch, wie die Definitionsfreiheit der religiösen Gemeinde über ihre Lehre und das prinzipielle Recht der Individuen, zumindest außerhalb der Gemeinde abweichende Vorstellungen zu vertreten und zu propagieren, gelten genauso wie das Nichtbenachteiligungs- und das Privilegierungsverbot aus religiös/weltanschaulichen Gründen als Kernelemente jeder Regelung des Verhältnisses von Staat und Religion, die säkular oder laizistisch genannt werden will.

Der türkische Staat wendet andere Kriterien an. Beim dortigen Streit um den Laizismus geht es einerseits um die inhaltliche Auslegung des Islams und andererseits darum, wer sich mit welchen Motiven an die Verwaltung der Religion macht.
Dabei stehen sich bei der inhaltlichen Diskussion des Islams in der Türkei weniger religiöse Schulen oder Konfessionen als Weltanschauungsgruppen gegenüber, sondern es geht mehr um Ideologie und Politik als um Theologie. Benennen lassen sich folgende Achsen der Auseinandersetzung um den Islam, wobei die Kontrahenten mal diese und mal jene Dimension der Religion in den Vordergrund

rücken: traditionell vs. modern, international vs. national, arabisch/persisch vs. türkisch, literarisch vs. allegorisch, kollektiv vs. individuell, politisch vs. apolitisch. Ein im jeweiligen Sinne angebrachter, tolerierbarer oder ‚guter' Islam steht so einem im jeweiligen Sinne inakzeptablen, rückschrittlichen oder ‚schlechtem' Islam gegenüber.
Fast noch beliebiger ist die Bewertung religionspolitischer Entscheidungen im Hinblick auf den jeweiligen Akteur. Nur wenig überspitzt ließe sich formulieren, dass die Verwaltung der Religion und der Ausbau der Religionsbürokratie immer dann als Schutz des Laizismus verbucht wird, wenn eher religionsferne Kräfte wie das Militär oder die genannten sozialdemokratischen Parteien dafür verantwortlich zeichnen. Eine Gefahr für den Laizismus wird jedoch immer dann erkannt, wenn rechte oder konservative Parteien am Ruder sind.

Mit dieser Organisation ist der türkische Laizismus dazu verdammt, in der innen- und außenpolitischen Auseinandersetzung beständig instrumentalisiert zu werden. Die Form, in welcher der Laizismus in der Türkei heute institutionalisiert ist, trägt deshalb ebensoviel zum nimmerendenden Streit um die Religion bei, wie die Bemühungen sogenannter islamistischer Kräfte zur Politisierung oder Instrumentalisierung der Religion.

Die Haltung der AKP zur Verwaltung der Religion durch den Staat und die Schwäche des Nationalstaates
Die Haltung der Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung zur Verwaltung der Religion durch den Staat ist widersprüchlich. Einerseits baut die Partei die Behörde aus und rechtfertigt deren Ausbau mit den hergebrachten autoritären, auf gesellschaftliche Homogenisierung zielenden Argumenten der Staatselite. Und ganz wie ihre Vorgängerinnen aus dem Lager der rechten Mitte weisen auch die Abgeordneten der AKP Ansprüche der Alewiten auf deren gesonderte Repräsentation in der Religionsbehörde und auf deren rechtliche Gleichstellung mit theologischen Argumenten zurück. [20]

Andererseits ist es die AKP-Regierung, die zum ersten Mal in der Geschichte der Republik die heutige Verfasstheit der Religionsbehörde hinterfragt und vorschlägt, die Behörde der direkten Einflussnahme der Regierung zu entziehen, sie mittelfristig

in die Autonomie zu entlassen und die Religion damit zu einer Angelegenheit der Zivilgesellschaft zu machen. „Die Türkei muss sich schrittweise vom Modell der staatsgelenkten Religion entfernen und die Religionsbehörde langsam in die Autonomie entlassen“, meinte Mehmet Ayd n bereits im März 2001, lange bevor er zum für die Behörde zuständigen Staatsminister ernannt worden war.“ [21] Der international bekannte Professor für Religionsphilosophie diagnostizierte eine Vertrauenskrise zwischen dem Staat und den im religiös-moralischen Diskurs wortführenden und theologisch gebildeten Schichten, jenen Multiplikatoren des Religionsverständnisses, deren Haltung die Einstellung der Bevölkerung zu prägen pflegt. Eine solche Vertrauenskrise in religiösen Fragen besteht seit dem Beginn der Republik. Sie wird heute durch nationale und internationale Entwicklungen verschärft, die mit der Transformation einer staatszentrierten, etatistischen und formierten Gesellschaft in eine liberale, marktwirtschaftliche und offene Gesellschaft zu tun haben. Ayd n schreibt: „Welche Zukunft hat ein vom Staate abhängiges und vom Staate gelenktes religiöses Leben in einer Türkei, die sich auf politischem Felde liberalisieren und auf ökonomischem Felde den Einfluss des Staates so weit wie möglich zurückdrängen will?“[22] Tatsächlich läßt die Privatisierung der Wirtschaft und die Liberalisierung des politischen Systems im Zuge der EU-Reformen das auf religiösem Feld nach wie vor ungebrochene Monopol des Staates heute krasser hervortreten als noch in den sechziger und siebziger Jahren. Wurde die Religionsbehörde damals aus unterschiedlichen weltanschaulichen Überzeugungen heraus entweder als ‚zu konservativ‘ oder als ‚zu weltlich‘ geschmäht, nährt sich die Kritik an ihr heute zunehmend aus liberalen und religiös/weltanschaulich neutralen rechtsstaatlichen Positionen.

Gleichzeitig spielt das klassische Anliegen republikanischer Politik, nämlich das Bestehen des Staates zu sichern und die gesellschaftliche Leistungskraft ganz generell zu erhöhen, auch in Ayd ns Vorstoß eine zentrale Rolle. „Alle Freiheiten, jedes Stück Autonomie und Anerkennung, die in der Türkei den Institutionen religiöser Ausbildung, Erziehung und Seelsorge (ögretim, egitim ve hizmet) gewährt wird“, formuliert Ayd n selbstbewusst, „kommen der türkischen Gesellschaft und dem türkischen Staate in der Form von mehr Vertrauen, mehr Loyalität und mehr Produktivität zugute.“ [23]

Tatsächlich geht es - wie zu Beginn der Republik - auch heute um den Umbau des Staates um ihn stärker und effizienter zu machen. Und erneut sind es auch heute die westlichen Staaten (Europa und die USA), die als Vorbilder anerkannt werden. Der Unterschied zu den Anfangsjahrzehnten der Republik liegt darin, dass sich die kemalistische Elite der 30er und 40er Jahre auf den wirtschaftlich und politisch uneingeschränkt souveränen und bisweilen isolationistischen Nationalstaat der Zwischenkriegszeit orientierte, eine Orientierung die noch heute von Teilen der absteigenden bürokratisch-kemalistischen Elite geteilt wird. Dagegen richtet sich die religiös-konservative Regierung der AKP, zusammen mit der türkischen Bourgeoisie, an den liberalen, kulturell und politisch weitgehend offenen Staaten des heutigen Europa aus, die aus der unaufhaltsamen Schwächung des Nationalstaates die Lektion regionaler Kooperation in der Europäische Union gezogen haben.
Die Überlegungen Ayd ns zum Umbau der Religionsbehörde sind deshalb nicht islamisierender oder gar islamistischer Natur, sondern auf gesellschaftspolitische Ziele gerichtet, die sich ohne jeden Verweis auf die muslimische Tradition des Landes benennen lassen. Im einzelnen handelt es sich um

1. die Individualisierung und Liberalisierung des sozialen und religiösen Lebens und den Abbau zentralistischer und autoritärer Strukturen,

2. die Ersetzung einer überkommenen Strategie religionsexterner Säkularisierung durch eine Strategie relilgionsinterner Säkularisierung und

3. die Erweiterung der zivilgesellschaftlichen Sphäre, die Öffnung des diskursiven Raums und im Gefolge davon um ein Empowerment breiter Schichten gegenüber der staatlichen Bürokratie.

Individualisierung und Liberalisierung des sozialen und religiösen Lebens

Noch vor dem Streit um die Zuteilung neuer Stellen an die Religionsbehörde und noch vor dem Wirbel um die mögliche Veränderung ihre Statuses wurde die neue Regierungspartei AKP wegen ihrer Haltung zur Religionsbehörde kritisiert. Grund dafür war die Ablösung ihres bisherigen Präsidenten Mehmet Nuri Y lmaz, der dieses Amt seit Anfang 1992 innehatte.[24] Y lmaz galt den säkularen Eliten als feste Bastion

gegen islamistische Bestrebungen [25], und Staatspräsident Necdet Ahmet Sezer weigerte sich den zunächst vorgesehenen Nachfolger zu bestätigen .[26]

Die Solidarität der Staatselite mit dem früheren Präsidenten der Religionsbehörde hatte gute Gründe. Mehmet Nuri Y lmaz hatte die Religion stets primär als Instrument für die Festigung des Zusammenhalts von Staat und Nation verstanden. Folgendes Zitat ist nur eines von unzähligen, die in die selbe Richtung weisen: „Unser Präsidium (die Religionsbehörde) wird ... nicht zulassen, dass der Islam geschwächt oder gar zerstört wird, der die Grundlage der Nationalkultur unserer Nation ist, die zu 99 Prozent aus Muslimen besteht. Diese Angelegenheit hängt eng mit unserer nationalen Geschlossenheit zusammen und ist deshalb von besonderer Wichtigkeit.“ [27]

In dieser Perspektive ist die Religion primär eine kollektive und nationale Angelegenheit, und wo die Religion für die Nation (über)lebenswichtig ist, sind individuelle Zugänge zur Religion und die Relativierung des staatlichen Interprationsmonopols nur mit Mühe einzufordern. Während Yilmaz' Haltung die republikanische Perspektive auf den Islam widerspiegelt, steht sein von der AKP-Regierung bestimmter Nachfolger Ali Bardakoglu für den eher zivilgesellschaftlichen, pluralistischen und damit eher individualistischen Kurs des zuständigen Staatsministers Mehmet Ayd n.

Bardakoglu sieht den Islam weniger als Stifter kollektiver Identität denn als Matrix für moralische Erwägungen des Individuums. Er sagt: „Man sollte niemals behaupten, ein bestimmter Sachverhalt sei nach dem Koran so oder so zu regeln oder dies oder jenes sei der Wille Gottes. Man sollte statt dessen deutlich machen, dass man von seiner eigenen Einschätzung der Religion spricht. Denn wenn man sagt, dem Islam oder dem Koran nach ist das so und so, dann kommt schnell ein dogmatischer Islam ins Spiel. ... Wenn man sagt, das genau ist die Religion, dann drängt man anderen eine ganz bestimmte Form der Religion auf. In diesem Sinne haben wir [in der Türkei] das Individuum ausgegrenzt, und anstelle eines individuellen ein dogmatisches Verständnis von Koran und Islam gesetzt.“ [28] Die Haltung Bardakoglus, der Anfang Juni 2003 zum Präsidenten der Religionsbehörde ernannt wurde [29], stellt nicht nur das Monopol der Behörde auf das Religionsverständnis des

Einzelnen in Frage. Mit der Betonung individueller Überzeugung relativiert sich auch die Macht inoffizieller religiöser Autoritäten, etwa der Führer traditioneller Orden[30] eher moderner religiöser Schulen[31] und islamistischer Parteiführer wie Necmettin Erbakan. [32]

Religionsinterne statt religionsexterne Säkularisierung

Die heillose Aufregung, welche die zu Beginn genannte Neuzuteilung von Stellen an die Religionsbehörde im laizistischen Teil von Staat und Gesellschaft auslöste, verweist auf einen Strang der türkischen Säkularisierung, der als ‚religionsexterne Säkularisierung' bezeichnet werden kann. Der Gedanke, der dieser Strategie zugrunde liegt, besagt, die Religion des Islams sei so hoffnungslos in Aberglauben, Irrationalität, Fatalismus und Patriarchalismus verstrickt, dass jedes Bemühen um eine alternative Interpretation autoritativer Texte und jeder Versuch, die religiösen Tradition neu zu lesen, zum Scheitern verurteilt sei. Es sei deshalb angeraten, sich nicht auf eine Reformierung der Religion zu verlassen, sondern die Religion so weit wie möglich zurückzudrängen, und sie durch säkulare Ideologien und säkulare (wissenschaftliche) Theoreme zu ersetzen. Die Einstellung jeglicher religiöser Erziehung – von der Grundschule bis zur theologischen Fakultät – wie in den ersten Jahrzehnten der Republik, steht für diese Strategie, die auch in den folgenden Jahrzehnten mehrmals neu aufgelegt wurde. Türkischer Nationalismus anstelle von Islam, wissenschaftliche Rationalität anstelle religiöser Überzeugung und ein auf das Erreichen des „europäischen Zivilisationsniveaus" gerichteter Aktivismus anstelle von religiösem Fatalismus lautete die Losung. Ein solches Verständnis vor Säkularisierung muss die Religion als Faktor der Rückständigkeit und die religiös-gebundenen Teile der Bevölkerung als leicht manipulierbare und tendenziell reaktionäre Masse wahrnehmen.

Die neue Führung der Religionsbehörde scheint sowohl mit dieser Einschätzung der Bevölkerung und ihres Verständnis von Islam, als auch mit der Strategie religionsexterner Säkularisierung brechen zu wollen. Im bereits genannten Interview unterstreicht der neu Präsident der Religionsbehörde sein Vertrauen darin, dass der Islam für „die Türken" alles andere sei als Fanatismus. Er sagt: „Das Verständnis der Türken vom Islam und ihr Lebensstil entspricht dem, was die Religion von uns will,

eher als das Verständnis der Muslime anderer Länder. ... Wenn Sie einen Saudi fragen, wofür die Scheriat und der Islam stehen, dann sagt er: ‚Dieben die Hand abhacken'. Wenn Sie einen Türken fragen, was für ihn Islam und Muslimentum sind, dann sagt er ‚Aufrichtigkeit und sittliche Lebensführung." [33]

Die türkischen Muslime, meint Bardakoglu, verstehen den Islam eher als allgemeine moralische Richtschnur und sehen ihn ihm nicht das unübersehbares Gewirr konkreter einzelner Normen, deren Einhaltung ihnen die Anpassung an das moderne Leben und den Kontakt mit Nichtmuslimen unmöglich machen würde.

Die Strategie einer ‚religionsinternen Säkularisierung' wird explizit von dem für die Behörde zuständige Staatsminister Mehmet Ayd n fomuliert. Er postuliert eine „Sensibilität des Islams für individuelle Rechte und Freiheiten" und sagt: „Der Islam verfügt über große historische Erfahrungen hinsichtlich kultureller Pluralität, Rationalität, religiöser Toleranz und anderer [universeller] Werte. Wir sind angehalten, die Aufmerksamkeit [der Gläubigen] auf diese Werte zu lenken und sie im individuellen und kollektiven Leben zur Geltung zu bringen." [34] Für Ayd n führt die Ausgrenzung des Islams aus dem öffentlichen Leben nicht zum Verschwinden der Religion, sondern zu Verhärtung der konservativen Positionen, zum Abbruch des Dialogs mit Andersdenkenden und zur Deintellektualisierung der religiösen Diskussion. Statt dessen seien Texte und Tradition der Religion auf mögliche Antworten zu den Problemen der modernen Welt zu befragen, ein Prozess der nur in einem gewandelten Verständnis der Religion münden kann.

Erste Schritte auf diesem Weg hat der türkische Islam bereits gemacht. Im Mai 2002 hat sich ein von der Religionsbehörde einberufener Theologenrat mit der Stellung der Frau im Islam befasst und zu Beschlüssen gefunden, die dem Text mancher Koranverse diametral entgegengesetzt und - so die Ratsmitglieder - trotzdem durch und durch islamisch sind. Gerade die Lage der Frau ist ein zentraler, vielleicht der zentralste, Punkt der innerislamischen Auseinandersetzung und des interreligiösen Dialogs. Für viele konservative Muslime ist die Einhaltung einer patriarchalischer Moral und die damit gegebenen Zurücksetzung der Frau ein Prüfstein für Frömmigkeit. Für Islamisten ist die Frauenfrage das ergiebigste Mobilisierungsmittel (siehe die Debatte um das Kopftuch), und für islamskeptische Europäer ist die Lage

der Frau im Islam Beweis für die Unvereinbarkeit von westlicher und östlicher Kultur. Alle drei Gruppen verweisen zur Stützung ihrer Position auf den Koran und halten unisono am Wortlaut-Verständnis des autoritativen Textes fest. Tatsächlich rechnen einzelne Verse des Korans das Zeugnis eines Mannes wie das von zwei Frauen, gewähren dem Manne zwei Teile vom Erbe und der Frau nur eines, stellen den Mann über die Frau und erlauben ihm gar, sie zu schlagen, falls sie sich auflehnt.

Das Kommuniqué des türkischen Theologenrats dagegen kommt zu einer entgegengesetzten Deutung und formuliert: “Die unterschiedliche Behandlung von Mann und Frau beim Thema Zeugenschaft rührt nur daher, dass Frauen seinerzeit aus dem Handel ausgeschlossen waren und kann deshalb keine allgemeine Regel sein.” Die ungleichen Vorschriften zum Erbrecht erklären die Theologen damit, dass der Mann in traditionellen Gesellschaften der Ernährer und für den Unterhalt der Familie Verantwortliche war. Wenn, wie heute, die Verpflichtung des Mannes nachlässt, kann und muss auch bei der Erbteilung anders verfahren werden. Und die berüchtigte Stelle, wo von der Auszeichnung der Männer vor den Frauen und von dem Recht des Mannes die Frau zu strafen die Rede ist? Nicht von Auszeichnung werde da gesprochen, so der türkische Theologenrat, sondern von Sorgepflicht und der aus ihr stammenden Autorität: “Für die verbreitete innerfamiliäre Gewalt ist der Vers jedenfalls keine Rechtfertigung.” [35]

Noch Max Weber glaubte, dass der Islam in der Gesetzesethik gefangen sei. Die türkischen Theologen jedoch haben das Tor zur Gesinnungsethik aufgestoßen und gehen vom Wortlaut des Textes zum Verständnis seiner Intention. Wie ist die zu erschließen? Ontologisch und religiös stellt für die türkischen Theologen der Koran die Frau dem Manne gleich: Sie ist von gleichem Wesen, mit gleicher religiöser Verantwortung und den selben religiösen Freiheiten bedacht. Gleichheit der Geschlechter ist deshalb das grundlegende Prinzip, und ungleiche Vorschriften sind durch historische Bedingungen zu erklären und deshalb in ihrer Gültigkeit zeitlich beschränkt. [36]

In der zeitlichen Begrenzung der Gültigkeit einzelner Normen liegt für die Theologen der Schlüssel für die Zeitlosigkeit der Religion, denn nur wenn sie die Gültigkeit ihrer einzelnen, konkreten Normen zeitlich beschränkt, kann eine Religion beanspruchen,

für alle Zeiten Antworten parat zu haben. Bardakoglu drückt diese Dialektik zwischen Wandel und Bestand mit folgenden Worten aus: „Wenn eine Religion den Anspruch hat, für alle Zeiten gültig zu sein, dann heißt das auch, dass man sie den Bedingungen der Zeit gemäß verstehen kann. Die Referenzen des Korans sind sehr allgemeiner Natur. So verlangt er etwa Gerechtigkeit, was ein zeitloser Grundsatz ist." [37] Wer wie er Veränderbarkeit im Religionsverständnis, Interpretationsfreiheit religiöser Texte und Offenheit der religiösen Diskussion fordert, muss Religion nicht ausgrenzen, sondern vertraut darauf, dass sich Interpretationen der religiösen Texte durchsetzen werden, die Leben in der säkularen Moderne möglich machen.

Die Öffnung des diskursiven Feldes, die Ausweitung der zivilgesellschaftlichen Sphäre und das Empowerment breiter Bevölkerungsschichten

Die Zurückdrängung der Bürokratie erfolgt in der Türkei nicht nur im Namen größerer Effektivität, sondern auch als Mittel zur Demokratisierung von Gesellschaft und Staat. So wenig sich der Staat heute damit begnügt, die für alle Akteure gültigen Grenzen religiösen Lebens zu ziehen, sondern das religiöse Leben selbst gestaltet und bestimmt, so wenig begnügte er sich bis in die 80er Jahre hinein damit, die Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Handeln festzulegen, sondern war selbst der beherrschende ökonomische Akteur. Auf der politischen Ebene fand dieser das gesamte gesellschaftliche Leben durchdringende Etatismus Ankaras seinen Ausdruck in der verbindlichen Setzung der nationalistischen Staatsideologie als einzigen legitimen politischen Diskurs, in den sich alle politischen Parteien und Bewegungen zu integrieren hatten. [38] Eine solche Beherrschung des politischen und religiösen diskursiven Feldes durch den Staat entzieht den Gesellschaftsmitgliedern weithin die Möglichkeit, abweichende Meinungen zu formulieren und Opposition zu organisieren. Die Folgen ist ein inhaltliches Schweigen der Gesellschaft, das vom Lärm des Parteienstreits nicht überdeckt werden kann.

Die Bedeutung eines freien religiös-moralischen Diskurses für die Demokratie macht Mehmet Ayd n am Beispiel einer schweren Finanzkrise deutlich, die im Februar 2001 das Wirtschaftsleben schwer erschütterte, und den Anfang vom Ende der Regierung Bülent Ecevit-Devlet Bahçeli und Mesut Y lmaz bildete. [39] Das damalige Entsetzen über das Ausmaß der Korruption in der staatlichen Energiewirtschaft und über die

kriminelle Energie, die bei der Selbstbereicherung von Holdings im privaten Bankensektor deutlich geworden war, wurde, so Ayd n, gesellschaftlicherseits nicht formuliert und kein öffentlicher Diskurs bearbeitete Ursachen und Folgen des moralischen Zerfalls von Teilen der Elite.

"In einer vergleichbaren Situation in einem europäischen Land", schreibt Ayd n, „hätten sich eine ganze Reihe kirchlicher Stimmen erhoben, die theologischen Fakultäten hätten Stellungnahmen abgegeben, Konferenzen und Seminare [über die moralische Bewertung solcher Handlungen und Ereignisse] wären abgehalten worden. Warum gab es bei uns überhaupt nichts, was dem vergleichbar wäre?“ fragt Ayd n und gibt selbst die Antwort: „Weil es bei uns kein Klima gibt, in welchem Theologie betrieben wird, in welchem aus muslimischer Sicht Perspektiven entwickelt und ihnen gemäß Stellung [zu gesellschaftlichen Fragen] genommen werden kann.“ [40]

Die Trennung von Staat und Religion, die Etablierung einer eigenständigen religiösen Institution, die zum Staat und zur politischen Gewalt in einem rechtlich geregelten Verhältnis steht und auch die Gleichbehandlung aller religiösen Gruppen durch den Staat sind deshalb kein Selbstzweck. Nur die rechtlich geregelte Trennung von Staat und Religion bricht das Monopol der Kirche (in Europa) oder der bürokratischen und politischen Elite (in der Türkei) über die Religion und öffnet damit ein diskursives Feld, in dem über gesellschaftlich-moralische Fragen gestritten und politische Beteiligung jenseits von Parteipolitik möglich wird.

Eine Entbürokratisierung der Religionsverwaltung in der Türkei ist deshalb nicht der erste Schritt zur Etablierung eines islamischen Staates, sondern ein Schritt zu Differenzierung, Intellektualisierung und der gesellschaftlichen Aneignung der Religion, welcher der Bevölkerung verstärkten Einfluss auf die Diskussion politischer Fragen öffnet und damit Partizipation fördert. Was die Partei betrifft, so ist zu sagen, dass, wer sich der Instrumente der zentralstaatlichen Formierung von Gesellschaft zu entledigen trachtet, sich nicht dem Vorwurf aussetzen kann, er arbeite genau auf eine solche Formierung hin.

1- Beide Zitate nach: CHP: laiklik kars t hareket (Ein Verstoß gegen den Laizismus) Tageszeitung Radikal, 26. Juni 2003.
2- Kemalismus, die Grundsätze Mustafa Kemal Atatürks, der Gründers der modernen Türkei.
3- Letzteres durch das Gesetz zur Vereinheitlichung des Unterrichtswesens (tevhid-i tedrisat). Vgl. zum gesamten Komplex: Ismail Kara: Eine Behörde im Spannungsfeld von Religion und Staat, in Seufert, G. & Waardenburg, J.: Türkischer Islam und Europa, Istanbul und Stuttgart 1999, S. 217 ff. Vgl. außerdem i. B. Tarhanl : Müslüman toplum, laik devlet (Muslimische Gesellschaft, laizistischer Staat), Istanbul 1993.
Die Theologie wurde vorerst eingestellt und die religiösen Schulen und die theologische Fakultät in Istanbul geschlossen. Später neu eröffnete Schulen und Fakultäten wurden dem Ministerium für Nationalerziehung (Millî Egitim Bakanl g) unterstellt.
4- Karin Vorhoff: Der Islam in der Türkei, Manuskript, Istanbul, Juli 1997, S. 8.
5- Yüz binlik Diyanet (Religionsbehörde überschreitet die Hunderttausend), Radikal 25. Juni 2003. Vgl. auch Günter Seufert: Das Zentrum für islamwissenschaftliche Studien, Istanbuler Almanach 1997, S. 40.
6- Erdogan Ayd n, Diyanet'i ne yapmal ? (Wie weiter mit der Religionsbehörde?), Radikal-iki 23. März 2003.
7- Siehe zur Religionspolitik der Militärregierung nach 1980, Subas , Necdet: Ara dönem din politikalar (Die Religionspolitik der Übergangszeit), Toplum ve Bilim (Soziologische Dreimonatschrift) N° 93, 2002, S. 284-314.
8- TC Anayasas (Die Verfassung der Türkischen Republik), Istanbul, November 2001.
9- Zitiert nach Hükümet savunmaya geçti (Die Regierung rechtfertigt sich) Radikal 26. Juni 2003.
10- Vgl. Günter Seufert: Die Türkisch-Islamische Union der türkischen Religionsbehörde, in Seufert/Waardenburg 1999, s. 261 ff. „Auch in Deutschland brauchte es einen Putsch", äußert sich heute der damalige Präsident der Religionsbehörde Tayyar Alt kulaç. Calmuk, Fehmi: iki olay kag t evi düsürdü (Zwei Ereignisse haben das Kartenhaus zum Einsturz gebracht) Serie über die türkisch-muslimische Diaspora in Europa, Radikal 15. September 2002.
11- Vgl. zur AMGT/IGMG Günter Seufert: Die Millî-Görüs-Bewegung, in Seufert/Waardenburg 1999, S. 295 ff.
12- Zur Kritik an Ayd n vgl. Mert, Nuray, Kassadan hisse, Radikal 23.1.2003.
13- Zitiert nach Cemaatlere yesil s k (Den Sekten grünes Licht), Tageszeitung Cumhuriyet vom 6. Januar 2003.
14- AKP'nin Diyanet'le ilgili tehlikeli hamlesi (Der gefährliche Schachzug der AKP in Bezug auf die Religionsbehörde), Tageszeitung Hürriyet vom 8. Januar 2003.
15- So beispielsweise Taha Erdem: Hükümet dini yönetir mi? (Kann der Staat die Religion verwalten?) Radikal 26. Juni 2003.
16- Diyanet'e Alevi çayc sorusu (Frage an die Religionsbehörde hinsichtlich eines alewitischen Teejungen), Radikal 15. März 2003. In halboffiziellen Gesprächen mit ausländischen Abgeordneten soll der für die Religionsbehörde zuständige Staatsminister Mehmet Ayd n erklärt haben, dass es unter den Beamten der Religionsbehörde immerhin 34 Alewiten gebe.
17- Vgl. für solche Forderungen etwa Fuat Ugur, Siyasi partiler için atesten gömlek (Ein Hemd aus Feuer für die politischen Parteien) und ders. Diyanet ve Aleviler (Die Religionsbehörde und die Alewiten), beide in Radikal-iki (Wochenzeitung) vom 4. August 2002 und vom 8. September 2002. Siehe zur Politisierung der Alewiten Subas , Necdet: Alevi modernlesmesi (Alewitische Modernisierung), Avrupa Günlügü-Euro Agenda (Kulturpolitische Sechsmonatsschrift), Berlin, N° 3, 2002, S. 161-208.
18- Vgl. Erdogan Ayd n, Diyanet'i ne yapmal ? (Wie weiter mit der Religionsbehörde?), Radikal-iki 23. März 2003.
19- So etwa Yüksel Is k, Laiklik olmazsa olmaz (Laizismus ist die Grundbedingung), Radikal-iki 2. Februar 2003. Vgl. für die sunnitische Definition des Alewitentums, die ihm das Recht auf eigene Repräsentation abspricht Kutlu, Sönmez: Alevilik-Bektasilik Diyanet'te temsili problemi (Das Problem der Repräsentanz der Alewiten-Bektaschiten in der Religionsbehörde) islâmiyat (Theologische Dreimonatsschrift), März 2001, S. 21-40.
20- Bei den Haushaltsberatungen im März sagte der AKP-Abgeordnete Alaattin Büyükkaya: „Das Alewitentum ist keine eigene Religion. Die Alewiten gehören zu uns wie die Sunniten. Ich bin ein muslimischer Türke." Büyükkaya wurde von seinem Kollegen Uzunkaya unterstützt, der meinte, man könne die Kulthäuser der Alewiten nicht in ähnlicher Weise als Gebetsstätten ansehen wie die Moscheen. Radikal, 15. März 2003.
21- Ayd n, Mehmet: Avrupa Birligi, din ve Diyanet (Die Europäische Union, die Religion und die Religionsbehörde), islâmiyat, März 2001, S. 17.
22- Ebenda, S. 18.

23- Ebenda, S. 19.

24- Eine Liste der Präsidenten der Religionsbehörde und ihrer Amtszeiten findet sich bei Kara 1999, S. 234.

25- Vgl. Diyanet icin acil genelge (Eilverordnung für die Religionsbehörde), Cumhuriyet vom 11. Januar 2003.

26- Sezer Diyanet genelgesi imzalmad (Sezer hat die Verordnung nicht unterschrieben), Hürriyet vom 19. März 2003.

27- Mehmet Nuri Yilmaz: Misyonerlik faaliyetler üzerrine (Zu [den christlichen] Missionierungsbestrebungen), Diyanet Ayl k Dergi (Monatszeitschrift der Religionsbehörde), November 1995, S. 1.

28- Bardakoglu, Ali: Din Kur'an'dan ibaret degil (Die Religion besteht nicht nur aus dem Koran, Interview), Radikal 27. März 2000.

29- Vgl. Radikal vom 31. Mai und Milliyet (Tageszeitung) vom 3. Juni 2003.

30- Etwa die Naksibendiye, die Cerrahiye, die Kadiriye und die Rifaiye.

31- Etwa die Nuristen (Nurcular, Talebeler-i Nur) und Süleymanisten (Süleymanc lar, Süleymanl lar).

32- „Weder der Staat noch die Frömmler wollen das [daß offen über die Religion diskutiert wird]. Beide fürchten, dass als Folge größeren Wissens [der Gläubigen] ihre Autorität als Mittler [zwischen Gott und den Menschen] schwindet. ... Mehr Wissen bedeutet mehr Alternativen zu kennen und damit eine Relativierung der eigenen Sicht und die Einbeziehung anderer Perspektiven. Dogmatisch ist der, der wenig weiß. Viele denken, man werde radikal, wenn man viel von der Religion weiß. Aber die Radikalen in der Gesellschaft wissen wenig von der Religion." Bardakoglu 27. März 2000.

33- Bardakoglu, ebenda.

34- Ayd n, März 2001, S. 19.

35- Güncel Dinî Mes'eleler istisare Toplant s I (Erste Ratsversammlung zur Klärung von Fragen der Religion im Alltag) Sonuç Bildirgesi (Abschlußerklärung) Istanbul, 18. Mai 2002.

36- Vgl. ebenda.

37- Bardakoglu 27. März 2000.

38- Vgl. Yerasimos, S., Seufert, G. & Vorhoff, K.: Civil society in the grip of nationalism, studies on political culture in contemporary Turkey, Istanbul und Würzburg 2000.

39- Vgl. Seufert, Günter: Zwischenbericht aus einer Türkei in der Krise, WbdBJB, Zürich, 19.6.2001.

40- Ayd n, März 2001, S. 18.

Die AKP – eine islamisch-konservative oder islamistische Partei?

Mustafa KARAALİOĞLU
Yeni Şafak Zeitung, Ankara

Wir stehen tatsächlich vor einer wichtigen Frage, wenn wir danach fragen, ob die Partei für Gerechtigkeit und Fortschritt (AKP) eine islamistische Partei ist oder ob man sie als konservative demokratische Partei bezeichnen kann. Wenn man die Überlegung aufgeworfen hätte, was für eine Partei die Partei für Gerechtigkeit und Fortschritt denn sei, wenn man nach der Definition ihrer Ideologie gefragt hätte, dann wäre eine Antwort darauf ungleich schwieriger gewesen. Aber wenn man die Frage so stellt, wie sie gestellt wurde, dann ist die Antwort darauf vorgegeben: die Partei für Gerechtigkeit und Fortschritt ist keine islamistische Partei.

Diese Tatsache hat nichts mit der auf den 3. November folgenden Periode zu tun. Schon seit der Gründung der Partei und im Verlaufe der Ereignisse, die diese Gründung begleiteten, wurde deutlich, dass die AKP und ihre Führer keine auf islamistische Werte, die mit der Geschichte des Islamismus zusammenhängen und auch eine islamistische Politik durch bereits gewonnene Erfahrungen prägen können, gestützte politische Strategie verfolgen wird. Innerhalb dieser kurzen Zeit haben sich sowohl Erdoğan als auch die anderen Kräfte, die innerhalb der Parteistrukturen auf Führungsebene tätig sind, weitgehend und mit Erfolg an diese Vorgaben gehalten.

Trotzdem können wir nach einem oder vielleicht auch erst nach mehreren Jahren wiederum mit der gleichen Frage konfrontiert werden, denn es ist jetzt noch nicht abzusehen, auf welche Weise und in welchem Ausmaß eine solche große politische Kraft die Geschicke der Türkei und die politischen Entwicklungen in der Region beeinflussen werden wird. Das ist jedoch ein außerordentlich wichtiges Thema, denn es ist offensichtlich, dass innerhalb der AKP ein Umwandlungsprozess stattgefunden hat, von dem man aber nicht weiß, wie tiefgreifend er ist und wie lange er sich wird

halten können. Ich werde versuchen, die oben gestellte Frage und unser darauf ausgerichtetes Thema von diesem Blickwinkel her einer Bewertung zuzuführen.

Wir sind gezwungen festzustellen, dass in der Türkei eine Verwandtschaft besteht zwischen dem Begriff konservativ und dem Begriff islamistisch. Der Ausdruck konservativ wurde in der Türkei zeitweise verwendet, um dem entstehenden Islamismus, wie er in der von Erbakan geführten Gerechtigkeitspartei gepflegt wurde, sowie der von ihm vertretenen Bewegung der Nationalen Sicht entgegenzuwirken, da man glaubte, dass diese Bewegungen eine politische Gefahr darstellten. Daraus hat sich bereits vor der Machtübernahme der Wohlstandspartei zu Mitte der 90er Jahre eine gegensätzlich aufgebaute Beziehung entwickelt, aus der der Konservativismus mit seiner Fähigkeit, die o.g. Bewegungen zu unterbinden, in der Lage war, in der Türkei politische Erfolge zu erzielen. Gleichzeitig hat dieser Konservativismus großen Nutzen aus dem Begriff des historischen Islamismus gezogen; nicht nur in abstrakter, sondern auch bezüglich der dadurch entstandenen Umstände in konkreter Hinsicht. Hinsichtlich der Erwiderung der von dieser Schicht gestellten Forderungen und ihrer eventuellen Integration in das Zentrum des politischen Spektrums wurden die entsprechenden Maßnahmen ergriffen, so dass man in gewisser Weise davon sprechen kann, der Entstehung kleinerer, als islamistisch zu bezeichnender Gruppen innerhalb der konservativen Parteien wurde nicht allzu viel Aufmerksamkeit geschenkt. Die daraus entstehenden natürlichen Folgen konnten nicht verhindert werden, und wie wir alle wissen, kam in der Türkei im Jahre 1995 die Wohlstandspartei an die Macht.

Die heute hier von uns diskutierte Frage einer Veränderung und einer Demokratisierung war eigentlich schon damals hinsichtlich der Wohlstandspartei auf die Tagesordnung geraten. Tatsächlich hat die Wohlstandspartei auf ihrem letzten Kongress vor ihrer Auflösung durch das Verfassungsgericht der Öffentlichkeit eine Tagungsdeklaration vorgestellt, auf der eine mit ihrer eigenen historischen Vergangenheit nicht mehr zu vergleichende liberale und demokratische Auffassung ihren Niederschlag fand. In dieser Deklaration war angefangen von den Menschenrechten über Demokratie bis zu universalen Werten und sogar von einer baldigen, auf die EU bezogenen Projektion die Rede, die auch heute noch auf

jedermanns Zustimmung getroffen hätte. Die Partei hat die Umwälzungen, die in ihr stattgefunden haben und sich mit der Machtübernahme ergaben, an jenem Tag der Öffentlichkeit präsentiert.

Diese Erklärung hinsichtlich einer Veränderung war aber nicht ausreichend, um die Wohlstandspartei am Leben zu erhalten und sie in das politische System zu integrieren. Um dies und die Natur der politischen Parteien in der Türkei, insbesondere die der AKP, zu verstehen, muss man sich hinsichtlich der Ereignisse des 28. Februar sehr gut auskennen. Die Ereignisse des 28. Februar allein haben ausgereicht, um das politische System der Türkei und die von der Bewegung der Nationalen Sicht bis hin zur AKP verlaufende Linie klar darzustellen. In gewisser Hinsicht können diese Vorgänge als demokratische Barbarei bezeichnet werden; mindestens denke ich darüber so. Aber der 28. Februar ist für die Türkei zu einem Schlüsselwort in einer Periode geworden, die für diese so kurzfristig ablaufenden Veränderungen von Bedeutung war.

Meines Erachtens nach ist die Grundüberzeugungskraft für die Veränderungen, die in der AKP stattgefunden haben, direkt mit den Ereignissen des 28. Februar verknüpft. Trotz der Tatsache, dass die AKP am 3. November mit einer durch ihre Parlamentsmehrheit gestützten großen politischen Kraft an die Regierung gekommen ist, und trotz der Parteiführung durch Erdoğan hat sich die Partei keinen Rachegelüsten und Revanchegefühlen hingegeben, obwohl ihre Anhänger zum großen Teil zu den Opfern des 28. Februar gehörten und fast zur Gänze eine gewisse Zeit im Gefängnis saßen. Auch die Schichten der Bevölkerung, die der AKP zur Machtübernahme verhalfen, waren auf die eine oder andere Weise durch die Umstände des 28. Februar geprägt; dazu kommt noch die Tatsache, dass fast alle Mitglieder der Parteiführung der AKP von der Schließung sowohl der Wohlstandspartei als auch der Tugendpartei im Verlaufe der Ereignisse des 28. Februar betroffen waren. Die Partei sah ihre Machtübernahme und ihre politischen Erfolge nicht als einen Sieg gegen die Periode des 28. Februar, und sie fühlte sich auch nicht in der Position eines absoluten Siegers. Auch seine von Erdoğan so großartig zur Schau gestellte Rückkehr ließ nichts dergleichen vermuten. Wie Sie alle wissen, wurde ihm wegen einer in Siirt gehaltenen Rede ein Verbot auferlegt; bei

seiner Rückkehr aus Siirt aber war dies zu einem unwichtigen kleinen Detail herabgesunken. Das heißt eigentlich, dass die Führung der AKP unter Erdoğan eine erfolgreiche Prüfung abgelegt hat darüber, wie die Ereignisse der Vergangenheit aus dem Kollektivgedächtnis zu streichen sind.

Daneben hat die Vorgehensweise der AKP hinsichtlich gewisser Definitionen eines politischen Islam, die zu den Grundproblemen und Diskussionsbereichen dieser Frage in der Türkei gehören, durchaus Ergebnisse gezeigt, die meines Erachtens nach das in die Partei gesetzte Vertrauen auf eine Veränderung bestärken. So z. B. in der Frage, ob eine grundsätzliche Unverträglichkeit zwischen Demokratie und Islam bestünde oder sich herausstellen könnte, oder ob dies nur ein Nicht-Übereinkommen zwischen den Forderungen religiöser Kreise und den von Staatsseite gehegten Vorstellungen darstelle. Durch die vorgebrachte Definition des Laizismus wurde die gehegte Vorstellung, es handle sich um eine Unvereinbarkeit, entkräftet. In der Außenpolitik bezog man sich nicht auf das traditionelle Verständnis, die Menschen in der Türkei seien religiös geprägt, und deshalb müsse alles, was von außen komme, den Erwartungen der in der Türkei lebenden Menschen entgegenstehen. Vorurteile wurden ohne weitere Diskussionen zu einem großen Teil aufgegeben; im Gegenteil scheint es so, als ob die AKP seit vielen Jahren ihre Politik aufgrund der durch das System vorgegebenen Doktrinen und Werte betreibe. Hinsichtlich der sofort im Anschluss an die Machtübernahme geäußerten Feststellung, die „Interessen“ der Türkei zu wahren und auszubauen, hat die Partei eine Meisterleistung an den Tag gelegt. Sowohl die von Erdoğan unternommenen Reisen in die Länder der EU als auch die Behandlung der Wirtschaft haben dies deutlich gezeigt.

Meiner Meinung nach weist das darauf hin, dass Erdoğan und seine Umgebung kein Problem mehr dabei haben, ihre Vergangenheit zu vergessen und die zwecks Führung einer bestimmten Politik in der Türkei sich herausgebildet habenden Standards zu verinnerlichen. Gleichzeitig möchte man auch darauf verzichten, dieses Problem zu diskutieren und dabei eventuell Zeit und Kraft zu verlieren.

Sie sehen, bei wie vielen Fragen Erdoğan in dieser kurzen Zeit als Beispiel herhalten musste. Er ist für mich jetzt an einem Punkt angekommen, an dem die AKP, sollte es

eines Tages aufgrund von Erschütterungen in der politischen Karriere oder aufgrund von ideologischen Fragestellungen zu Unstetigkeiten innerhalb der Partei selbst kommen, nicht zu einer islamistisch geprägten politischen Haltung zurückkehren kann. Zwischen dem Islamismus und den eigenen erlebten Veränderungen hat sich eine tiefe Kluft aufgetan. Dies kann als die klassische Definition des Konservativismus betrachtet werden, wobei die Partei entweder weit nach rechts oder auch nach links in die Strukturen eines Planstaats abdriften kann; in islamistische Strukturen kann sie jedoch nicht noch einmal verfallen.

Ein anderer Faktor, der dies erleichtert und die AKP aus dieser ihrer vorher innegehabten charakteristischen Stellung entfernt, ist die Fortdauer der von Erbakan und seiner Glückspartei gepflegten Tradition der Übereinstimmung eines politischen Islam mit der Bewegung der Nationalen Sicht, so gering dieser Einfluss inzwischen auch auf politischer Ebene geworden sein mag. Diese Möglichkeit eines Vergleichs hat für die AKP in gewisser Weise Vorteile gebracht, die es Erdoğan heute erlauben, als Modellstrukturen für die von ihm geführte Politik weder Erbakan noch die Nationale Sicht zu definieren. Im Gegenteil sieht er sich im politischen Spektrum in der Nähe von Özal angesiedelt. Interessant ist auch, dass die Glückspartei im Zuge einer neuerlichen Stärkung heute auf die Anzeichen einer Schwächung der AKP wartet, genauso wie es zur Zeit Özals der Fall war, als sich die Partei am Prozess der Schwächung Özals delektierte. Eine Schwächung wie unter Özal in der Wirtschafts- und Sozialpolitik ist es, worauf die Glückspartei wartet, um wieder an die Macht zurückzukehren. Dies alles sind bedeutende Hinweise auf eine Verinnerlichung einer neuen Identität oder der Suche nach einer neuen Identität, wie sie von der AKP angestrebt wird.

Daneben wird Erdoğan vielleicht das Risiko auf sich nehmen, seine Beziehungen zum Islamismus zur Gänze zu kappen. Er könnte versuchen, sich populistisch zu geben und einen Abstand zwischen sich und dem erwähnten Feld zu lassen. Das hat er aber nicht getan; er hat nur von Zeit zu Zeit die Augen verschlossen vor der Tatsache, die Partei als eine islamistisch geprägte oder muslimische darzustellen, auch wenn dies nicht der offiziellen Parteipolitik entsprach. Mit Bestimmtheit hat er eine solche Möglichkeit von sich gewiesen und hat sogar das Verbot ausgesprochen,

Politik auf der Basis einer bestimmten Identität zu machen. Daneben hat er verkündet, er wolle die Strukturen der Partei nicht auf ethnische oder religiöse Grundsätze stellen. Aus diesem Grunde steht die AKP jetzt einer konservativ-demokratischen Identität gegenüber, um das Wesen ihrer Partei zu definieren. Die Erfüllung dieser Identität trägt noch mehr dazu bei, die Partei von den Facetten des Islamismus zu entfernen. Es ist leichter, eine islamisch geprägte Politik zu verfolgen, als sich von den Zielen eines politischen Islam zu befreien. D.h., dass dieser schwierige Prozess eigentlich schon vorüber ist. Es scheint, als ob in dieser kurzen Zeit die AKP in dem Maße, in dem sie es geschafft hat, sich von der Achse eines politischen Islam fernzuhalten, die Auffüllung ihrer Identität als konservative Demokraten umso leichter und umso überzeugender geschafft hat.

Bei der Diskussion um die Identität der AKP dürfen wir hier nicht ein wichtiges, an die in der Türkei herrschenden Bedingungen geknüpftes Ereignis durcheinander bringen. Das betrifft vor allem die Frage der Aufstellung einer bestimmten Zahl von Absolventen der Priester- und Predigerschulen oder auch das Problem, wie sich die AKP angesichts der Kopftuchfrage, wie sie sich z.B. heute bei Empfängen durch die Frau des Parlamentspräsidenten darstellt, verhält.

Auf eine natürliche Weise haben die Regierungen in der Türkei, wie auch immer sie genannt werden mögen, seien sie nun Sozialdemokraten oder Parteien am rechten Rande der politischen Mitte, sich in einer bestimmten Zeit ihrer Machtausübung schon immer vor die Frage gestellt, auf welche Weise sie religiöse Dienstleistungen festzulegen haben; mit anderen Worten, auf welche Weise das Problem der Sichtbarmachung und Durchführbarkeit von Bestimmungen hinsichtlich des Kopftuchtragens der Öffentlichkeit nahe gebracht werden kann. Dieses wird auch in Zukunft der Fall sein.

Wir dürfen hier keine Änderung hinsichtlich der Feststellung der Charakteristika vornehmen, auf welche Weise die AKP sich vom Islamismus entfernt hat oder wie sie die kritischen Stufen dieser Prüfung absolviert. Natürlich wird der heute gemachte Vorschlag, die Anzahl der vom Staat bewilligten Planstellen für Imame bei 15.000 festzusetzen, in den vor uns liegenden Perioden hinsichtlich der Fragen, die man diesbezüglich an die AKP heranzutragen gewillt ist, sich in noch dramatischerer und

entschiedenerer Weise manifestieren. Ich bin aber der Meinung, dass die Partei in der allmählichen Überzeugung, sich von Komplexen befreit zu haben und sich freizügig verhalten zu können, dazu übergehen wird, auf eine Mittellinie, die mehr dem Weg des traditionellen Laizismus entspricht, einzuschwenken, auch wenn sie damit die Erwartungen ihrer Wählerschicht zu einem großen Teil unbeantwortet lassen muss. Die Partei wird dies für sich selbst machen, damit sie vom in der Türkei etablierten System als legal charakterisiert werden kann, und auch, weil sie von der Notwendigkeit dieser Maßnahme überzeugt ist.

Ein anderer Aspekt ist die Tatsache, dass zwar für die Veränderungen die Nachwirkungen des 28. Februar sowie einige weitere Systemfaktoren verantwortlich sind, aber im Gegensatz zu einer allgemein verbreiteten Überzeugung, die innerhalb der Partei zutage getretenen und besonders die Erdoğan selbst betreffenden Veränderungen ohne die Notwendigkeit der Einwirkung von äußeren Faktoren von selbst begonnen haben. Erdoğan und seine engsten Mitarbeiter sind seit langem dazu übergegangen, die Türkei nicht mehr als ein im Nahen Osten angesiedeltes muslimisches Land zu sehen, sondern als ein europäisches Land mit muslimischer Bevölkerung, und es dementsprechend auch nach außen darzustellen. Um als Regierung hinsichtlich eines solchen Vorhabens erfolgreich zu sein, ist ihnen keine andere Wahl geblieben, als auf ihre eigenen Erfahrungen, die sie z. T. im Rahmen der Stadtverwaltung und z. T. auf dem Wege der Koalitionsregierung erworben haben, zurückzugreifen. Aus diesem Grunde ist die Veränderung eine solche, die zum großen Teil in den Gehirnen der AKP-Mitglieder selbst begonnen hat und einerseits Überlegungen hinsichtlich der Machtausübung in jener Zeit beinhaltet, andererseits auch die Unausweichlichkeit einer Machtergreifung in der Zukunft zum Inhalt hat, wobei hier nicht vergessen werden darf, dass sich all dieses als ein eigenständiges Phänomen in den Köpfen der Betroffenen entwickelt hat. Aus diesem Grunde bin ich auch überzeugt davon, dass die Veränderungen, die besonders bei Erdoğan stattgefunden haben, glaubhaft und in gewisser Art und Weise nicht mehr umkehrbar geworden sind.

Gleichzeitig wird die vor uns liegende Periode in die Geschichte eingehen als eine Zeit, in der die zentrale Definition türkischer Politik als eine Politik der Veränderung

gesehen werden wird. In den Wahlen des 3. November haben die religiösen Gemeinschaften in der Türkei zu einem großen Teil die AKP unterstützt. Aber diese Unterstützung geschah nicht nur deshalb, da die AKP als eine religiöse, muslimisch ausgerichtete Partei angesehen wurde, sondern vielmehr deswegen, weil sie als eine Partei der Mitte betrachtet wurde. Die gleichen Gemeinschaften haben nämlich viele Jahre lang die Gerechtigkeitspartei Süleyman Demirels und später die Mutterlandspartei von Özal unterstützt. Im Mittelpunkt dieser Unterstützung stand nicht die Überlegung, ob dies eine islamisch ausgerichtete Partei sei, sondern ob und in welchem Ausmaß sie über das Potenzial verfügte, als eine konservative Partei aufzutreten. Aus diesem Grunde müssen wir, wenn wir die politischen Charakteristika der Türkei analysieren und die ideologische Identität und das ideologische Gefüge der Parteien klarstellen wollen, zu so widersprüchlich erscheinenden Mitteln greifen. Eine Hinwendung zur Religion, die sich auf den ersten Blick für jedermann als eine Zentrierung islamisch geprägter Ansichten darstellte, ein als Verstärkung des Phänomens der Religiosität zu wertender Faktor, kann eigentlich als eine Erscheinung gedeutet werden, die auf eine Hinwendung zum Zentrum und auf die Forderung nach einer Veränderung dieses Zentrums hinweist.

Das letzte Thema, das ich hier abhandeln möchte, ist das tatsächliche Ausmaß einer EU-Projektion, das die AKP mehr als jede andere Partei auf sich zieht. Wie ich bereits vorher auszuführen versucht habe, sieht die AKP die Türkei als einen Teil Europas, und dies deutlicher als die Parteien, die vorher an der Macht waren (von denen, wie wir wissen, die eine die Partei der Nationalen Bewegung darstellte, die andere eine als linksgerichtet zu bezeichnende, sozialdemokratisch ausgerichtete Partei war, und eine dritte schließlich eine liberal-rechtsgerichtete Partei zu sein vorgab). Die AKP sieht die Türkei weit mehr als diese Parteien als zu Europa zugehörig an, und zwar in einer ganz praktischen Art und Weise. Aus diesem Grunde kann die Forderung nach einer Aufnahme in die EU vielleicht als eine Rettung und eine Suche nach Legalität durch die AKP angesehen werden, die damit versucht, sich von den Folgen des 28. Februar, als die Wohlstandspartei an der Macht war, zu lösen; aber wenn wir heute die Projektion einer EU-Mitgliedschaft für die Türkei als eine staatlich gelenkte Politik ansehen und auch begreifen, dass die AKP dies zur Gänze verinnerlicht hat, dann sehen wir, dass die EU für die Entwicklung der Türkei

ohne irgendwelche ideologischen Hintergedanken als ein von der AKP anzustrebendes Ziel formuliert wurde und das hervorstechendste Element ihrer Politik darstellt. Auch hier gibt es Hinweise auf die Unumkehrbarkeit dieses Prozesses. Ich glaube, dass die AKP darauf abzielt, sich selbst am besten im Zentrum vervollständigen zu können, und damit Anzeichen gibt, nicht noch mehr nach rechts, auf eine islamische Linie, abzudriften. Das kann, mindestens mit dieser Unterstellung, hier überhaupt nicht diskutiert werden. Was sich innerhalb der AKP abspielt, die zwischen der AKP und der Bewegung der Nationalen Sicht entstandene Kluft, ist kein methodischer Bruch, sondern direkt ein ideologischer, der anzeigt, dass die Periode der Schaffung einer politischen Identität vorüber ist. D.h., so wie es die Wohlstandspartei eine Zeitlang getan hat, nämlich ihre Politik auf der Religion zu begründen, oder wie wir es bei HADEP gesehen haben, die eine kurdische Identität für sich beanspruchten, solch eine Politik ist für die AKP unwahrscheinlich geworden.

In dieser Zeit ist die wichtigste Charakteristik, die von der AKP ausgehen kann, eine Beschränkung der Forderungen der religiösen Schichten innerhalb der Landesgrenzen und die Umwandlung derselben in einen Mechanismus, der vom System auch akzeptiert werden kann. Dieses Vorgehen kann als demokratisch bezeichnet werden; hinsichtlich der Fähigkeit dieses Mechanismus, auf demokratische Art und Weise zu funktionieren, ist dies durchaus als eine mit Vorteilen bestückte Periode der Prüfung anzusehen. Sollte die AKP in der Lage sein, ihre Regierung erfolgreich fortzusetzen oder mindestens ein gewisses Standardmaß bei der Regierungstätigkeit zu erfüllen, dann kann man mit einer Gutgläubigkeit, die darauf hofft, die Kopftuchfrage einer Lösung zuzuführen, auch die weiteren Forderungen der religiösen Schichten entweder erfüllen oder sie vom Gegenteil überzeugen. Es ist dann nicht übertrieben zu glauben, dass sich ein Punkt erreichen lässt, der auch die religiösen Schichten zufrieden stellt. Denn diese Methode und Politik Erdoğans, bei deren Erfüllung er sich auf Özal bezieht, mit dem er sich gerne vergleicht und bisweilen sogar gleichstellt, ist nicht nur ein bloßes Spiel. So wie auch Özal zu bestimmten Methoden gegriffen hat, wenn er bestrebt war, die Probleme der Türkei zu lösen, so ist auch Erdoğan bestrebt, neben dem wirtschaftlichen Erfolg

den sozialen Bereich auszubauen und in der Außenpolitik seine Siege als ein ebensolches sozial ausgerichtetes Projekt zu werten.

Dies stellt zweifellos einen großen Vorteil im Hinblick auf die Verständlichkeit der Veränderung innerhalb der AKP sowie eine Möglichkeit ihrer Prüfung dar. Die AKP ist eine Partei, die es geschafft hat, an die Macht zu kommen, noch bevor die sie betreffenden Diskussionen zum Abschluss gekommen sind. Aus diesem Grunde wird nicht gefragt, was sie wie mit welcher Absicht zu tun gedenkt, sondern es kann direkt hinterfragt werden, auf welche Weise sie eine Sache zum Abschluss gebracht hat. Diese Partei ist auch im Besitz der Möglichkeit, auf das zurückzuschauen, was sie vollbracht hat, anstelle sich mit dem Gedanken zu belasten, was sie als nächstes tun soll. Aus der Regierungserfahrung herrührende Fragen wie z.B. die nach der Vorstellung der Religiosität in der Türkei, die Frage nach Überlegungen zur Demokratie in welchem Ausmaß oder auch ihr Verständnis von Menschenrechten sowie der von der Partei gezeigte Mut in allen diesen Fragen können von uns jetzt und auch in Zukunft jederzeit verfolgt werden; selbst wenn wir dieses Bestreben nicht zur Schau stellen, so können doch die Resultate jederzeit mit aller Klarheit rezipiert werden. Dieser seitens der AKP unternommene Versuch ist vielleicht im Hinblick auf die Demokratie in der Türkei mit ihren in der Periode der Wohlstandspartei gemachten bitteren Erfahrungen und ihrem daraufhin erlittenen Schaden als eine wichtige Möglichkeit zu bewerten, sich für den Aufbau einer türkischen Demokratie neue Erfahrungen zu Nutze zu machen. Wenn wir von einem türkischen Modell sprechen wollen, das auf die Anwendung demokratischer Strukturen in einer islamischen Gesellschaft hinzielt, was natürlich meiner Auffassung nach heutzutage noch nicht möglich ist, dann bietet die Regierung der AKP eine gute Gelegenheit zur Verwirklichung dieses Ziels und eine Möglichkeit zur Überprüfung desselben.

Die AKP – eine islamisch-konservative oder islamistische Partei?

Ruşen ÇAKIR
Vatan Zeitung, Istanbul

In meinem Vortrag möchte ich mich auf die Definition der AKP beziehen. Sogleich im Anschluss an die Wahlen des 3. November sind besonders die westlichen Medien versessen darauf gewesen, die AKP zu verstehen und zu definieren. In großem Maße wurden diesbezügliche Anstrengungen gezeigt, und man benötigte rasche Antworten. Alle westlichen Medien haben bei der Definierung der AKP zwei Begriffe verwendet: Muslimisch oder Anhänger des Islam und „gemäßigt“ sowie „demokratisch“; so dass sich schließlich am Ende eine Definition wie „gemäßigt islamistisch“ oder „muslimisch demokratisch“ herausschälte.

Unter zwei Aspekten ist dies sehr auffällig: Auf der einen Seite ist hier das „Anderssein“ angesprochen, d.h. der Islam und die Muslime, das nicht-westliche Andere. Ob man wollte oder nicht, so wurden damit Befürchtungen und Unsicherheit, die sich in der Folge des 11.September sowieso schon festgesetzt hatten, noch stärker betont. Auf der anderen Seite waren Konnotationen wie „gemäßigt“ und „demokratisch“ für westliche Medien stets das Kennzeichen ihrer eigenen Definition. Aus diesem Grunde war damit eine gewisse Sicherheit und Hoffnung vorhanden. D.h., bei der Behandlung des Themas AKP verharrte der Westen gleichzeitig in Furcht und Hoffnungslosigkeit, aber auch in Hoffnung; jedoch sind solche ziemlich unbestimmten Begriffe wie „gemäßigt islamistisch“ oder „muslimisch demokratisch“ nicht weiter in vertiefender Weise erklärt worden.

Auch der Führer der AKP, Recep Tayip Erdoğan, hat sich an dieser Diskussion beteiligt, indem er sich selbst als einen „konservativen Demokraten“ bezeichnete; er wollte dem zusehends größer werdenden Durcheinander auf diese Weise ein Ende bereiten. Es ist interessant, dass Erdoğan in der Periode nach dem 3. November niemals den Ausdruck „Anhänger einer Erneuerungsbewegung“ benutzt hat. Wie

bekannt, gab es in der Wohlstands- und auch in der Tugendpartei, die beide vor Gründung der AKP vom Verfassungsgericht aufgelöst worden waren, eine Strömung unter Führung von solchen Personen wie Erdoğan und Abdullah Gül, die eine Erneuerung anstrebten; die AKP ist eigentlich aus dieser Erneuerer-Strömung hervorgegangen. Erdoğan hat aber durch sein Beharren gegenüber Abgeordneten und Parteivertretern, jeder möge seine Vergangenheit vergessen, denn es werde eine neue Partei gegründet, die bei Null beginne, dazu beigetragen, dass dieses Erneuerertum so ziemlich in Vergessenheit geriet. Anstelle dessen hat er den Ausdruck vom konservativen Demokraten geprägt.
Das Interessante hierbei ist natürlich, dass Erdoğan, während er bestrebt ist, die Vergangenheit ruhen und damit den Ausdruck eines Erneuerers in Vergessenheit geraten zu lassen, ständig seine Amtszeit als Bürgermeister zur Sprache bringt. D.h., während er denjenigen Parteimitgliedern der AKP, die in der Vergangenheit als Mitglieder der Wohlstands- oder auch Tugendpartei tätig waren, empfiehlt, diese ihre Vergangenheit zu vergessen, kehrt er seine Zeit als Bürgermeister, in der er auch Mitglied derselben Parteien war, ständig hervor und weist auf ihren Beispielcharakter hin. Das hat in der Partei natürlich zu gewissen Spannungen und Brüchen geführt; besonders ein Teil der Abgeordneten, die Anhänger der Nationalen Sicht sind, haben sich gegen diese Auffassung, sie seien Mitglied einer völlig neuen Partei, die ihre Anhänger als konservative Demokraten definiert, gewehrt.
Hier müssen wir daran erinnern, dass die Nationale Sicht zur Gänze eine islamische Tradition hat. In den vergangenen Jahren hat die Definition des Konservativismus in dieser Tradition eine Art Geringschätzung erfahren, denn in islamischer Sicht ist Konservativismus etwas, das sehr gering geschätzt wird. Sogar der Konservativismus, der den Parteien rechts der Mitte zugesprochen wird, wird als eine Art Manöver verstanden, das es den Religiösen erlauben soll, die Macht in die Hand zu bekommen. D.h., innerhalb islamischer Kreise ist der Begriff des Konservativismus kein sehr geschätzter.

Daneben ist die von Erdoğan zur Sprache gebrachte Definition eines konservativen Demokraten mit einigen Problemen behaftet. Zweifellos gibt es auch Vorteile bei dieser Begrifflichkeit, wobei an erster Stelle folgender steht: Gemäß den Bestimmungen der Verfassung der Republik Türkei darf sich keine Partei direkt auf

eine Religion beziehen; d.h., wenn Erdoğan heute sagen würde, „wir sind islamische Demokraten“, dann hätte er die Verfassung verletzt. Die Beilegung irgendeiner Religionszugehörigkeit in offener Form im Parteinamen bedeutet eine Verletzung der Verfassung. Mit der Bezeichnung „konservativer Demokrat“ hat Erdoğan es somit geschafft, dieses Hindernis zu überwinden, denn indem er sich selbst als konservativ bezeichnet, hat er seine Affinität zur Religion betont, aber gleichzeitig ein verfassungsrechtliches Problem umgangen.
Des weiteren beugt er durch diese Haltung Kritiken oder Befürchtungen vor, ein offener Anhänger des Islamismus zu sein. Von dem Zeitpunkt an, zu dem er sich selbst als konservativen Demokraten bezeichnet, hat er betont, dass er mit seiner gemäßigten Haltung innerhalb des Systems und nicht außerhalb steht. In dieser Hinsicht ist die Bezeichnung „konservativer Demokrat“ sehr vernünftig. Die Probleme liegen vor allem darin, dass es gemäß der Auffassung in den politischen Wissenschaften kein leichtes ist, gleichzeitig konservativ und Demokrat in einem zu sein. Konservativ entspräche dann eher der Definition liberal, und das ist im Westen kein sehr gebräuchlicher Vergleich.

In einem Land wie der Türkei stellt sich die Situation noch komplizierter dar. Der Begriff Konservativismus berührt hier nicht so sehr die Religion als vielmehr das System an sich. Weit gefasst bedeutet Konservativismus ein Auf-der-Stelle-Stehen, eine Art Unbeweglichkeit. Aber die Verteidigung der Demokratie in der Türkei, egal ob sie von rechts oder von links kommt, bedeutet immer auch eine Opposition zum System oder mindestens die Forderung nach der Errichtung eines neuen Systems. Wir wissen auch, dass die AKP das System in der Türkei sehr heftig kritisiert hat; des weiteren ist auch bekannt, dass im Rahmen einiger Fortbildungsseminare für Gouverneursamtstätigkeiten, die von der AKP veranstaltet worden sind, von Erdoğan beauftragte Berater einen durchaus entwickelten Konservativismus zur Schau stellten. Viele von diesen Seminarteilnehmern fühlten sich darum zu der Frage an die Seminarleiter veranlasst, in welcher Beziehung sie denn eigentlich noch konservativ seien. Es ist aber klar, dass die AKP versucht, den Begriff des Konservativismus in seiner Affinität zur Religion zu betonen und die weiteren Bedeutungen, die dieser Begriff in den politischen Wissenschaften noch haben kann, hintanzustellen,

weswegen sich eine ganz seltsame Begriffsmischung ergibt. In dieser Hinsicht ist der Begriff konservativer Demokrat für mich sehr in Zweifel zu ziehen.

Neben dem Begriff des Konservativismus ist auch die Definition der Demokratie hier sehr problembeladen. Die AKP ist keine Partei, die ihre demokratische Einstellung bereits zur Gänze bewiesen hat. Wir wissen, dass ein großer Teil der Parteimitglieder bis zum 28. Februar 1997 ein durchaus gestörtes Verhältnis zur Demokratie hatte. Die meisten der Anhänger der islamischen Richtung vertreten die Auffassung, dass die Demokratie eine menschliche Einrichtung resp. Ideologie sei und sich deswegen nicht mit der Haltung vertrage, gemäß der „das Regieren durch die von Gott gesandten Bestimmungen“ zu erfolgen habe.
Wenn man es positiv ausdrücken möchte, kann man hier sagen, dass der Islamismus die Demokratie als ein Mittel zum Zweck betrachtet. Bei oberflächlicher Betrachtung kann gesagt werden, dass ein großer Teil der aus der Nationalen Sicht kommenden Anhänger der AKP ein solches Verhältnis zur Demokratie eingegangen ist. Der Prozess, der mit dem 28.Februar einsetzte, hat etwas von einer „zwangsweisen Demokratisierung“ an sich. Die Mitglieder der damaligen Wohlstandspartei haben die Demokratie zu einem Zeitpunkt entdeckt, als sie ein Bedürfnis danach verspürten. Aber in der bis heute verstrichenen Zeit hat ein großer Teil derjenigen, die später die AKP-Kader bildeten, und auch ein großer Teil der Parteibasis die Demokratie verinnerlicht; das ist eine Tatsache. In allen seitens der AKP veröffentlichten Texten, sei es im Parteiprogramm, in der Wahlerklärung oder auch im Regierungsprogramm, kommt zum Ausdruck, dass die Partei die Demokratie nicht mehr wie früher nur als Mittel zum Zweck ansieht, sondern dies inzwischen auch als Zielsetzung formuliert. Dies ist richtig, denn die AKP-Regierung hat, solange sie eine Mitgliedschaft in der EU anstrebt, mit ihrer schrittweisen Hinwendung zur Demokratie eine durchaus beachtenswerte Prüfung bestanden. Aber der Prozess der Einrichtung einer Demokratie ist noch nicht zu einem vollständigen Abschluss gekommen; es ist nur sicher, dass eine Hinwendung zur Demokratie beabsichtigt ist.
Das Thema der Aleviten ist trotz der Versuche durch die AKP, es in gewisser Weise zu verdrängen, ein hoch aktuelles Thema. Wie wir nämlich wissen, bedeutet Demokratie nicht nur die Verteidigung seiner Rechte, sondern noch viel mehr die

Verteidigung der Rechte des anderen, und besonders das Recht der Minderheiten. Während die nicht-muslimischen Minderheiten für die AKP kein Problem darstellen, gibt es besonders hinsichtlich der Aleviten eine Reihe von ernst zu nehmenden Fragen. Was ich hier zum Ausdruck bringen möchte, ist die Tatsache, dass die Definition dieser Partei als demokratische meines Erachtens verfrüht ist; man sollte sich nicht übereilen und noch etwas warten.

Wenden wir uns jetzt einer anderen Definition zu, nämlich dem vom Westen heiß und innig geliebten Ausdruck „muslimische Demokratie“. Das ist eine sehr hervorstechende Definition, die sehr oft auch auf die AKP Anwendung findet. Das eigentliche Fundament hierbei sind natürlich die europäischen Christdemokraten, vor allem die deutsche christlich-demokratische Partei. Man kann in gewisser Weise sagen, dass die AKP das Gegenstück zu den Christdemokraten, nämlich eine nur auf die Türkei bezogene, muslimisch-demokratische Bewegung bildet.
Hier irrt man sich aber in einem bedeutenden Punkt: Die Konjunktur, die die Christdemokraten hervorbrachte, ist nicht die gleiche wie die Konjunktur, die in der Türkei die AKP hervorbrachte. Das lässt sich an einem ganz einfachen Beispiel ablesen: wir wissen, dass sich die christdemokratische Bewegung in Europa zu einem großen Teil als Gegenstück zu den vom Kommunismus ausgehenden Bedrohungen formierte. Sie hat sich systemimmanent entwickelt, um eine äußere Bedrohung auszugleichen und schritt stets zielgerichtet voran. Dagegen ist die AKP in der Türkei eine Partei, die sich aus einer Bewegung entwickelt hat, die vom System selbst als Bedrohung empfunden wurde. Sie ist somit keine Bewegung, die zielgerichtet gegen einen Feind oder eine Bedrohung entstand, sondern sie stellte selbst die Bedrohung dar. In einem historischen Verständnis gesehen, bringt dieser Umstand bedeutende Unterschiede mit sich.
Ein weiteres wichtiges Anliegen ist, dass der Begriff einer muslimischen Demokratie heute ganz bequem für die AKP verwendet wird und damit folgendes suggeriert: Eine Versöhnung von Islam und Demokratie ist keine sehr leichte Sache. Dabei entwickeln sich neue Strömungen, die auch durch die AKP realisiert werden. Meines Erachtens ist das nicht richtig. Eine Versöhnung von Islam und Demokratie stellt kein sehr großes Hindernis dar; eine solche Versöhnung wird seit vielen Jahren in der Türkei gelebt und praktiziert. Seit Ende des 19. und Anfang des 20.Jahrhunderts

haben in der islamischen Welt viele Staaten, darunter auch das Osmanische Reich selbst, eine Versöhnung von Islam und Demokratie praktiziert. Recht und schlecht konnten sich so in vielen Ländern mehr oder weniger demokratische Systeme etablieren. Die Türkei selbst ist ein Beispiel dafür. Bis zum Amtsantritt von Erdoğan hat die Türkei viele muslimische Demokraten in Machtpositionen gesehen. Beispiele existieren dafür viele: Süleyman Demirel (wobei Sie hier durchaus anderer Meinung sein können), oder auch Bülent Ecevit. Sie sind Muslime; niemals haben sie ihre Religion aufgegeben, aber gleichzeitig waren sie Demokraten. Wenn wir Muslime und Demokraten in Personalunion suchen, dann müssen wir auf diese Beispiele schauen. Ich möchte hier natürlich nicht zum Ausdruck bringen, dass Erdoğan weder Muslim noch Demokrat sei; aber wenn es so etwas wie eine muslimische Demokratie gibt, dann ist diese nicht erst von der AKP erfunden worden.
Hier ist eigentlich mehr als eine muslimische Demokratie eine islamische Demokratie gemeint. D.h., eine Evolution vom Islam zur Demokratie. Hierbei existiert aber ein bedeutendes Problem. Die AKP ist keine Partei, die sich mit ihrer Vergangenheit versöhnt hat; selbst Erdoğan behauptet sehr oft von sich, niemals ein Islamist gewesen zu sein. Wir wissen aber, dass in vielen Ländern solche Bewegungen wie die von Hatemi in Gang gesetzte Reformbewegung, die El-Nahda-Bewegung in Tunesien unter Führung von Raşit el-Ganusi, die von Enver Ibrahim angeführte Bewegung in Malaysia, die Hamas-Partei in Algerien und andere Bewegungen wie z.B. in Ägypten sich darum bemühen, sowohl als Islamisten denn auch als Demokraten bezeichnet zu werden.
Ich versuche hier nahezulegen, dass die AKP unter Verdrängung ihrer Vergangenheit versucht, ihre islamische Identität zu vergessen, um sich ein demokratisches Ansehen zuzulegen; das unterscheidet sie von den anderen islamisch-demokratischen Bewegungen, die wir in den letzten 10 Jahren in vielen Ländern der islamischen Welt wahrgenommen haben. Von einigen Ausnahmen abgesehen, existiert in der AKP kein philosophischer Gedankenreichtum, wie er in anderen islamisch-demokratischen Bewegungen zu finden ist. Die AKP ist eine pragmatische Partei, die ganz eindeutig nach rechts ausgerichtet ist. Ihr Rechts-Sein hindert sie daran, eine wirklich islamisch-demokratische Partei zu werden. Die Bemühungen von Erdoğan und seinen engsten Vertrauten, die AKP als eine

rechtsgerichtete Partei zu definieren, sind in diesem Zusammenhang von Bedeutung.
Worauf ich hier hinaus will? Was schlage ich als Definition wohl vor? Als erstes möchte ich in meiner Eigenschaft als Journalist, der seit 18 Jahren islamische Bewegungen verfolgt und seit langem einen großen Teil der Anhänger der AKP beobachtet, mit Sicherheit behaupten, dass die Anhänger und Mitglieder der AKP keine Islamisten sind. Sie haben ihre fundamentalistische Einstellung beiseite gelassen oder arbeiten wenigsten an dieser Verdrängung. Aus diesem Grunde hat der Begriff der Verstellung, der in der Türkei groß in Mode ist, eigentlich keine Bedeutung mehr. Es ist sicher, dass die Partei nichts mit islamischem Fundamentalismus gemeinsam hat.

Daneben sind islamische und nationale Empfindlichkeiten nicht nur in der Türkei, sondern auch in der Partei noch sehr weit verbreitet; wie wir bei der Abstimmung über die zweite Vorlage gesehen haben, können diese Strukturen manchmal in bestimmender Weise in den Vordergrund treten. Das bedeutet aber nicht, dass der Islam abgeschafft wurde, wenn nur die fundamentalistische Bewegung aufgehört hat zu existieren. Jedoch sollte man den Islam berührende Empfindlichkeiten nicht immer mit islamischem Fundamentalismus gleichsetzen.

Als drittes ergibt sich für die AKP immer noch ein Legitimitätsproblem aufgrund des lokal praktizierten nationalen Systems. Sie sucht deswegen ihre Legitimität auf internationalem, sogar globalem Gebiet, bei den Staaten der EU und den USA. Die von Erdoğan im Anschluss an den 3. November in den westlichen Ländern gemachten Besuche galten zwar dem Ziel einer Mitgliedschaft der Türkei in der EU, der eigentliche Grund war jedoch die Suche nach einer internationalen Legitimität seiner eigenen Partei. Deswegen wird zum einen die Mitgliedschaft in der EU, aber auch die damit eng verbundene Demokratie von den Kadern der AKP als eine Sicherheit gegenüber den vom nationalen System aufgestellten Hindernissen, Unterdrückungsmechanismen und eventuell auszusprechenden Verboten angesehen. Daneben muss man aber folgendes klar zum Ausdruck bringen: Parteibasis, Kader und Abgeordnete der AKP gehen immer mehr dazu über, die Demokratie zu verinnerlichen und sie nicht nur als Mittel zum Zweck zu sehen; dass

die Zahl derjenigen, die so denken, täglich größer wird, dessen bin ich persönlich Zeuge geworden.

Kurze Zeit nach Gründung der Partei habe ich in einem Buch, das ich gemeinsam mit Fehmi Çalmuk verfasst habe, Erdoğan als einen „globalen Konservativen“ bezeichnet. In diesem unserem Buch haben wir Erdoğan als jemanden charakterisiert, der während der Gründung der Partei infolge der Ereignisse des 11. September versucht hat, eine neue Weltordnung zu verfolgen. Meiner Auffassung nach ist das immer noch zutreffend. Jedoch hat die am 1. März stattgefundene Abstimmung über die zweite Vorlage offen dargelegt, dass die AKP nicht nur eine Partei Erdoğans ist. Wenn wir Erdoğan definieren, so gilt diese Definition nicht gleichzeitig und automatisch für die Partei. Innerhalb der Partei gibt es verschiedene Tendenzen und Strömungen. Wohin diese schließlich führen, entzieht sich heute noch unserer Vermutung. Wir wissen jedoch, dass die AKP versucht, eine staatliche Partei, eine innerhalb des Systems befindliche Partei zu sein und zu werden. Auch Erdoğan bemüht sich um einen Wechsel vom (demagogischen) Führer eines Volkes zu einem anerkannten Staatsmann.

Ausgehend von all diesen Gründen bin ich der Meinung, dass die AKP noch eine Weile als „früherer Anhänger des Islamismus“ bezeichnet werden muss, genauso wie es bei den früheren Kommunisten des Ostblocks der Fall war. Genau so, wie wir heute Edward Schewardnadse, Haydar Aliev oder die Anhänger der früheren kommunistischen Partei in Ländern wie der Republik Tschechien oder der Republik Slowakei mit dem englischen Ausdruck als „ex-communists“ bezeichnen, so ist es ebenso von Funktionalität, die AKP noch eine Weile als „frühere Islamisten“ zu benennen. Es ist sicher, dass sie bereits jetzt dem Fundamentalismus abgeschworen haben; jedoch ist noch unbestimmt, in welche Richtung sich die Partei entwickeln wird. Jedermann hegt die Hoffnung, dass sich diese Entwicklung in Richtung Demokratie bewegt. Bis jetzt gegebene Hinweise, im Besonderen die innerhalb der EU getätigten Bewegungen, lassen erfreut aufhorchen. Aber ich denke, dass es verfrüht ist, sich bei alleiniger Betrachtung der o.e. Sachlage sofort auf eine Definition festzulegen.

Die Türkei-EU-Beziehungen in der Entscheidungsphase

Marlies FISCHER
Hamburger Abendblatt, **Hamburg**

“Eine demokratische, rechtsstaatliche, tolerante und innerlich befriedete Türkei wäre ein Gewinn für uns alle.”

Diese Feststellung traf EU-Erweiterungskommissar Günter Verheugen am 4. Juni bei einer Aussprache vor dem Europäischen Parlament in Straßburg. Aber mit der Europäischen Union (EU) und der Türkischen Republik scheint es zu sein wie mit den Königskindern – sie können zusammen nicht kommen. Oder es ist wie in einer Hassliebe – sie können nicht miteinander, aber auch nicht ohne einander. Und um wieder politisch zu werden: Ist die Türkei der ewige Beitrittskandidat?

Bereits 1964 vereinbarte die damalige Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) ein Assoziierungsabkommen mit Ankara. Artikel 28 des Vertrages eröffnete ausdrücklich die Perspektive auf Mitgliedschaft. Am 14. April 1987 stellte die Türkei den Antrag auf Vollmitgliedschaft, der drei Jahre später abgelehnt wurde. Immerhin kam es aber 1995 zur Zollunion, d.h. es wurden alle Zölle zwischen der Türkei und der Europäischen Union, wie die Gemeinschaft seit Inkraftreten des Maastricht-Vertrages im November 1993 hieß, abgebaut und ein gemeinsamer Außenzoll bestimmt.

Massive atmosphärische Störungen löste der EU-Gipfel Ende 1997 in Luxemburg aus, als die Türkei nicht als beitrittswilliger Staat berücksichtigt wurde und schnell das Wort vom “christlichen Club”, die eine muslimische Türkei nicht haben wolle, in Ankara Fuß fasste. Der damalige Premier Mesut Y lmaz vermutete in der Bundesrepublik und ihrem damaligen Kanzler Helmut Kohl den Verhinderer.

Die EU-Kommission verabschiedete im März 1998 eine “Europäische Strategie” für die Türkei, um die Zusammenarbeit zwischen beiden Seiten zu stärken. Die

Festnahme von Abdullah Öcalan, der Prozess und das Todesurteil gegen ihn ließen die EU wieder etwas kritischer Richtung Ankara blicken.

Aber im Dezember 1999, beim Gipfel in Helsinki, gab es substanzielle Fortschritte. Nach einer diplomatisch langen Nacht mit Briefwechseln und einem Blitzbesuch von Kommissar Verheugen in Ankara erkannte die EU die Türkei als Beitrittskandidat an. Ein Jahr später in Nizza wurde die Beitrittspartnerschaft mit der Türkei unterzeichnet. Seitdem bekommt Ankara Vor-Beitrittshilfen von der EU, bis 2006 werden es mehr als eine Milliarde Euro sein.

Dafür erwartet die EU aber auch bemerkenswerte Fortschritte in Wirtschaft und Politik und einen Abzug der Türkei aus dem geteilten Zypern. Namentlich die Bekämpfung der Folter, die Übernahme der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte und die Achtung der Grundfreiheiten werden erwartet. Nun liegt es an der Türkei, auf Grundlage der Beitrittspartnerschaft das nationale Programm für die Übernahme des Gemeinschaftlichen Besitzstands zu überarbeiten.
Regelmäßig im Herbst eines Jahres legt die EU-Kommission Fortschrittsberichte über die Länder vor, die der EU beitreten möchten. 2002 hieß es dazu zur Türkei:

Seit 1999 hat die Türkei den Status eines Beitrittskandidaten. Verhandlungen wurden jedoch bislang, vor allem mit Blick auf Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, nicht aufgenommen. Reformfortschritte sind zwar erkennbar - etwa Verfassungsreform und Ächtung der Todesstrafe im Jahr 2001 - doch gingen zwischen Oktober 2000 und Juli 2001 beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte noch immer 1.874 Beschwerden, ohne Reaktion von türkischen Behörden, ein - davon 246 wegen Folter. Die Kommission führt weitere Menschenrechtsverletzungen, Übergriffe und Justizirrtümer auf.
Neben der weiterhin offenen Zypernfrage steht der Zustand der Wirtschaft nach zwei Finanzkrisen dem Verhandlungsbeginn im Wege. Bemängelt werden die chronisch hohe Inflation und mangelnde Haushaltsdisziplin. Mit der Privatisierung und der Deregulierung vor allem von Landwirtschaft und Energie wurde begonnen. Auch die Reform des Bankensektors hat die Türkei, etwa mit der Einführung von Standards

der Rechnungslegung, begonnen. Eine Vielzahl an Reformen werden jedoch im Rahmen der “Vor-Beitrittsstrategie” noch angemahnt.

Große Erwartungen hatte Ankara an den Gipfel in Kopenhagen im Dezember 2002 geknüpft. Die Regierung unter Premier Abdullah Gül rechnete fest damit, ein Datum für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen genannt zu bekommen. Zusätzlichen Druck machte US-Präsident George W. Bush, der in mehreren Telefonaten den dänischen Regierungschef Anders Fogh Rasmussen mit deutlichen Worten bat, sich für ein Datum für die Türkei stark zu machen. Übrigens hatten auch zuvor die Clinton-Regierung und deren Außenministerin Madeleine Albright immer klar gemacht, dass Washington die Türkei als EU-Mitglied sehen möhte.

Aber die EU beugte sich in der dänischen Hauptstadt nicht dem Druck der USA und dem nassforschen Auftreten der türkischen Vertreter, sondern legte in der gemeinsamen Erklärung der 15 Staats- und Regierungschefs fest:

Der Europäische Rat entscheidet im Dezember 2004 auf der Grundlage eines Berichts und einer Empfehlung der Kommission, sollte die Türkei die politischen Kriterien von Kopenhagen erfüllen, so wird die Europäische Union die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei ohne Verzug eröffnen.

Dreh- und Angelpunkt zur Aufnahme von Betrittsverhandlungen ist also die Erfüllung der sogenannten Kopenhagener Kriterien. Diese Bedingungen wurden 1993 bei einem Gipfel in der dänischen Hauptstadt formuliert und umfassen:

• Das “politische Kriterium”: Institutionelle Stabilität, demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, Wahrung der Menschenrechte sowie Achtung und Schutz von Minderheiten.

• Das “wirtschaftliche Kriterium”: Eine funktionsfähige Markwirtschaft und die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck innerhalb des EU-Binnenmarktes standzuhalten.

• Das “Acquis-Kriterium”: Die Fähigkeit, sich die aus einer EU-Mitgliedschaft erwachsenden Verpflichtungen und Ziele zu eigen zu machen, das heißt: Übernahme des gemeinschaftlichen Regelwerkes, des “gemeinschaftslichen Besitzstandes” (Acquis communautaire, ungefähr 80.000 Seiten Rechtstexte).

In einer Regierungserklärung unterstrich Bundeskanzler Gerhard Schröder am 19. Dezember 2002, die Türkei habe nun die Gelegenheit zu beweisen, dass eine moderne Gesellschaft und eine demokratische Verfassung in islamisch geprägten Gesellschaften möglich und zum Besseren der Menschen durchsetzbar seien. Ein Beitritt der Türkei sei im europäischen Interesse: “Dass die Türkei, wenn sie es denn will, ihren Platz in Europa finden kann, ist aufgrund der historischen Erfahrung und der politischen Realität im 21. Jahrhundert möglich - wenn nicht sogar nötig. Die Türkei kann eine wichtige, vielleicht die wichtigste Brücke zwischen Kontinental-Europa und dem östlichen Mittelmeer-Raum werden”, so der Bundeskanzler.
Am 19. Mai dieses Jahres beschlossen die EU-Außenminister eine überarbeitete Beitrittspartnerschaft für die Türkei, den Entwurf dafür hatte die EU-Kommission am 26. März vorgelegt. Darin werden die Fortschritte wie auch die Missstände genannt. Weiteren Handlungsbedarf gibt es nach Einschätzung der EU bei: Bekämpfung von Folter und Misshandlungen, Meinungs- u. Pressefreiheit, Religionsfreiheit, kulturelle Rechte (u.a. Sprachunterricht), zivile Kontrolle des Militärs. Dabei kommt es nicht nur auf die Anpassung von Gesetzgebung und Verwaltungsvorschriften an europäische Standards an, sondern genauso auf deren konsequente Anwendung in der Praxis.

Günter Verheugen bezeichnete vor dem EU-Parlament die Reformen der Türkei während der letzten 18 Monate als “beeindruckend”, erwähnte aber auch die hier schon behandelten Defizite. “Wenn die Türkei”, so Verheugen, “die Glaubwürdigkeit des Reformprozesses stärken will, sollte sie die Kluft überbrücken, die zwischen dem Geist der politischen Reformen und der Umsetzung vor Ort herrscht. Wir haben Verständnis dafür, dass dies angesichts des Widerstands in einigen Lagern keine leichte Aufgabe ist.”

Erkennbare Annäherung gibt es auf beiden Seiten. So hat die Türkei nach langem Ringen dem Aufbau einer schnellen Eingreiftruppe der EU, die auch NATO-Strukturen nutzen wird, zugestimmt. Beim Gipfel der Außenminister auf Rhakes organisierte die griechische Ratspräsidentschaft dann auch einen Ausflug der Europäer zu ihrem türkischen Amtskollegen Abdullah Gül ins türkische Kas.

Die große Frage ist, ob die Europäer die Türkei mit am Tisch haben wollen und so am für alle geltenden EU-Kodex messen können oder ob man die Türkei allein

lassen will und sie damit geradezu zwingt, einen außereuropäischen Kurs zu fahren. Seit dem Afghanistankrieg 2001 und dem Irakkrieg in diesem Frühjahr ist die ohnehin schon große strategische Bedeutung der Türkei für die Sicherheit Europas immens gewachsen.

Es steht fest, beide Seiten, die EU und die Türkei, müssen sich bewegen, Leistungen anerkennen, objektive Bewertungen abgeben. Das Gerede vom christlichen Club ist ebenso wenig hilfreich wie der Streit um den Gottesbezug in einer europäischen Verfassung, wo CSU-Landesgruppenchef Michael Glos, stellvertretend für viele Unionspolitiker mutmaßte, dass die Befürworter eines EU-Beitritts der Türkei, den Verzicht eines Gottestbezuges propagierten.

Die Türkei-EU-Beziehungen in der Entscheidungsphase

Naci AKINCI
Generaldirektor Europa Abteilung im türkischen Außenministerium, Ankara

Zu Beginn meines Vortrages möchte ich Sie daran erinnern, dass das Osmanische Reich viele Jahrhunderte lang ein Teil der europäischen Geschichte war und wegweisend gewirkt hat; desgleichen fand auch die Republik Türkei ihren Platz innerhalb aller europäischen Einrichtungen der Wirtschaft, der Politik und der Verteidigung.

Die Europa repräsentierenden Werte wie Demokratie durch Mitbestimmung, Überlegenheit des Rechts, Menschenrechte, Laizismus, Meinungs- und Gewissensfreiheit oder auch die Verinnerlichung einer freien Marktwirtschaft sind Grundelemente, die die Türkei als zu Europa gehörig ausweisen. In dieser Hinsicht ist die Zugehörigkeit der Türkei zu Europa also kein zu diskutierendes Thema. Was wir hier diskutieren können, ist die Frage, wie und wann die Türkei ein Vollmitglied der EU werden kann.

Die Türkei, in der Bemühungen um eine Modernisierung des Landes seit etwa 150 Jahren zu verzeichnen sind, hat ihre Beziehungen zur EU stets im Hinblick auf eine Vollmitgliedschaft erweitert und ausgebaut. Bereits im Juli 1959, nur ein Jahr nach der Gründung der EWG, hat die Türkei einen Antrag auf Errichtung einer Partnerschaft gestellt. Diese Antragstellung soll uns nicht verwundern, denn die Türkei hat durch die Entwicklung im Lande ihre Beziehungen zur EU, die inzwischen auf eine 44 Jahre währende Vergangenheit zurückblicken können, von Anfang an als eine natürliche Fortsetzung ihrer eigenen Zivilisationsbestrebungen gesehen. Der im Jahre 1963 unterzeichnete Vertrag von Ankara, der im Jahre 1987 gestellte Antrag auf Vollmitgliedschaft und die Ende 1995 in Kraft getretene Zollunion sind wichtige Schritte im Hinblick auf das angestrebte Ziel.

Die Beziehungen Türkei – EU sind mit dem im Dezember 1999 veranstalteten Gipfel von Helsinki in eine neue Phase eingetreten. Mit der offiziellen Aufnahme der Türkei in eine Anwärterschaft wurde sowohl seitens der Türkei als auch der EU bestätigt, dass das Endziel einer solchen Partnerschaft in der Vollmitgliedschaft liegt. Auf diese Weise wurde ein unumkehrbarer Prozess hinsichtlich der Vollmitgliedschaft in Gang gesetzt, der bereits in Art. 28 des Vertrages von Ankara vorhergesehen war.

Auf dem Gipfel von Helsinki wurde erklärt, dass der Türkei „der Status eines Kandidaten verliehen worden sei, und in dem Rahmen, in dem sie die auch von den anderen Kandidaten zu erfüllenden Verpflichtungen zu erfüllen in der Lage sei, dies eine Hinwendung zur Vollmitgliedschaft“ bedeuten würde. Des weiteren wurde ausgeführt, dass die Türkei „wie auch die anderen Kandidatenländer sich eine Strategie zu eigen machen müsse, die sie vor der Aufnahme dazu befähigen sollte, notwendige Reformen in Gang zu setzen und zu unterstützen“. Diese Strategie wird seit dem Jahre 2000 im Lande selbst verfolgt und hat mit Beginn des Jahres 2002 endgültig in allen Einzelheiten an Durchsetzungskraft gewonnen.

Die Perspektive unseres Landes auf eine Mitgliedschaft in der EU wurde auch auf den folgenden Gipfeltreffen bestätigt, wo die von der Türkei hinsichtlich einer Umsetzung der auf dem Gipfeltreffen von Kopenhagen formulierten politischen und wirtschaftlichen Kriterien unternommenen Schritte eine Würdigung fanden. In diesem Rahmen fanden Ausdrücke Verwendung, die die Annäherung eines Beginns von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei nahe legten.

Wie sehr auch durch die auf dem Gipfel von Kopenhagen im Dezember 2002 gefassten Beschlüsse unsere Erwartungen ins Hintertreffen gerieten, so ist dennoch zum Ausdruck gebracht worden, dass „hinsichtlich der Schritte, die die Türkei auf dem Wege einer Erfüllung der in Kopenhagen formulierten Kriterien an den Tag gelegt hat, eine große Zufriedenheit zu verzeichnen ist“, und dass „in dem Fall, in dem im Dezember 2004, beruhend auf den Berichtsempfehlungen der EU-Kommission, der Beschluss gefasst werden würde, die Türkei hätte die in Kopenhagen formulierten politischen Kriterien zur Gänze erfüllt, Beitrittsverhandlungen mit der Türkei ohne Verzögerung zu beginnen seien“. Auf dem betreffenden Gipfel wurde auch eine Entscheidung getroffen darüber, wie mit

dem Ziel einer Unterstützung des Beitrittsprozesses der Türkei die vorhandene Beitrittsstrategie noch gefördert, die partnerschaftliche Beteiligung einer Neubewertung zugeführt, der Prozess einer Überprüfung der auf dem Wege des Beitrittes erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten verstärkt, die Zollunion ausgeweitet und vertieft, die finanziellen Hilfen in ernst zu nehmender Weise verstärkt sowie mit Beginn des Jahres 2004 Haushaltsposten unter dem Titel „Ausgaben vor Beitrittsbeginn“ finanziert werden könnten.

Die EU hat übereinstimmend mit den Beschlüssen des Kopenhagener Gipfeltreffens das auf die Türkei bezogene, durchgesehene Dokument einer partnerschaftlichen Beteiligung am 14. April 2003 ratifiziert. In diesem Dokument wurde jedoch keine Aufspaltung der politischen Kriterien in einen kurz- und einen langfristigen Prozess vorgenommen, und alle bevorzugt zu erledigenden Angelegenheiten wurden in die Periode 2003/2004 verschoben. Eine erneute Durchsicht dieses Dokumentes zur partnerschaftlichen Beteiligung ist ein Hinweis darauf, dass die innerhalb des Prozesses der Anwärterschaft auf die Mitgliedschaft einzurichtenden Mechanismen in erforderlicher Weise funktioniert haben.

Hinsichtlich der Harmonisierungsgesetze und ihrer analytischen Überprüfung gemäß den Vorgaben der EU wurden im Jahre 2000 8 Subkomitees eingerichtet sowie in den Jahren 2001 und 2002 3 Sitzungsreihen abgehalten. Im Lichte der auf dem Gipfel von Kopenhagen getroffenen Entscheidungen sind Arbeitsschritte dieser Art noch zu intensivieren, so dass auf diese Weise für den Fall, in dem im Dezember 2004 ein Beschluss hinsichtlich der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen gefasst werden sollte, die dafür erforderlichen technischen Voraussetzungen bereits vorhanden sein werden.

Desgleichen haben beide Seiten im Lichte der in Kopenhagen getroffenen Entscheidungen ihren Willen bekräftigt, auf die Lösung gewisser technischer Fragen und Probleme hinzuarbeiten, die die Erweiterung und Vertiefung der Zollunion, einer der wichtigsten Schritte auf dem Wege zu einer Vollmitgliedschaft und einer Vereinigung der Türkei mit der EU, betreffen. Der von der Türkei zu diesem Zweck ausgearbeitete Tätigkeitsplan wurde dem Partnerschaftsrat am 15. April 2003 vorgelegt.

Was das Gebiet der finanziellen Kooperation betrifft, so ist hier als ein positiver Schritt zu verzeichnen, dass mit der von der EU im Dezember 2001 akzeptierten Einheits-Rahmenbestimmung die von der EU an die Türkei übergebenen Spendenhilfen in einem einzigen Programm zusammengefasst worden sind. Die Kommission hat im Anschluss an den Gipfel von Kopenhagen den anderen Mitgliedsländern und dem Europa-Parlament empfohlen, die an die Türkei zu vergebenden Spendenhilfen im Jahre 2004 auf 250 Millionen €, im Jahre 2005 auf 300 Millionen € und im Jahre 2006 schließlich auf 500 Millionen € zu erhöhen. Eine solche Empfehlung wurde von der Türkei mit Zufriedenheit zur Kenntnis genommen; die Türkei hat jedoch gleichzeitig den Zuständigen der EU auf verschiedenen Wegen klar gemacht, dass dieser Betrag hinsichtlich der Stellung und den Erfordernissen unseres Landes immer noch als unzureichend betrachtet werden muss. Es wäre günstig, den Eindruck zu verhindern, die Türkei würde hinsichtlich der Frage der Finanzhilfen nicht in gleicher Weise wie die anderen Kandidatenländer behandelt.

Auf der anderen Seite sind im Rahmen der Strategie vor dem Beitritt noch viele gemeinsame Aktivitäten und Arbeitsschritte in die Wege zu leiten. Auf diese Weise können, wie es meinen Ausführungen zu entnehmen ist, die Beziehungen zwischen der Türkei und der EU innerhalb des in den Entscheidungen der Gipfeltreffen von Helsinki und Kopenhagen vorgesehenen Prozesses auf eine normale, dynamische Art und Weise ablaufen.

Ich möchte an dieser Stelle auch kurz auf die Entwicklungen eingehen, die sich seit dem im Jahre 2002 abgehaltenen Gipfel von Kopenhagen bis heute ereignet haben.

Am 31. Januar 2003 trafen sich in Ankara die Außenminister Griechenlands und Italiens sowie die Mitglieder der Kommission und legten die Grundlagen für die in der vor uns liegenden Periode zu verfolgenden Aktivitäten fest.

Auf der am 13. März 2003 in Brüssel abgehaltenen Versammlung des Partnerschaftsrates wurde das Arbeitsprogramm für 2003 verabschiedet.

Im Anschluss daran wurde die 42. Versammlung des Partnerschaftsrates am 15. April 2003 unter Vorsitz des türkischen Außenministers in Luxemburg abgehalten. Die auf dieser Versammlung mit Vorrang diskutierten Themen waren die in der vor

uns liegenden Periode im Hinblick auf die praktische Durchführung der Ergebnisse des Kopenhagen-Gipfels zu ergreifenden Schritte.

Zu dem alle 6 Monate von den Außenministern der EU abgehaltenen inoffiziellen Treffen unter dem Namen „Gymnich“ wurden das erste Mal neben anderen Kandidaten auch Vertreter der Türkei eingeladen. Dieses Treffen fand vom 2.-4. Mai auf den Inseln Meis und Rhodos statt; auf diese Weise wurde es der Stadtverwaltung von Kaş ermöglicht, in die Rolle des Gastgebers für die EU-Außenminister zu schlüpfen. Das erste Mal wurde eine solche Anordnung getroffen, und es geschah das erste Mal, dass sich Außenminister der EU wegen der Abhaltung einer Versammlung auf dem Territorium eines Kandidatenlandes zu einem Besuch versammelten. Dieser Umstand ist sicherlich von symbolhafter Bedeutung.

Auf der 50. Sitzung der Gemischten Parlamentskommission vom 16.-17.Juni 2003 in Istanbul, der Mitglieder der Großen Türkischen Nationalversammlung und des Europa-Parlamentes angehören, wurde erneut besonders von Seiten des EU-Parlamentes bestätigt, dass im Falle der Entschiedenheit der Türkei, die in Angriff genommenen Reformen weiter zu verfolgen, bei einer Beibehaltung der gleichen, Sicherheit gewährenden Vorgehensweise die Möglichkeit zum Beginn von Beitrittsverhandlungen gegeben sei. Eine solche Vorgehensweise stellt innerhalb der Strukturen des Europa-Parlamentes eine Neuerung dar.

Auf der EU-Gipfelkonferenz vom 20.-21. Juni in Thessaloniki wurde ein weiteres Mal seitens der EU auf die Bedeutung der von der Türkei auf dem Wege in die Mitgliedschaft unternommenen Schritte hingewiesen; die Türkei erfuhr hierdurch besondere Unterstützung. Auf diesem Gipfel wurden die Türkei und die anderen Kandidatenländer Bulgarien und Rumänien gemeinsam und zu gleichen Bedingungen als Beobachter zu der im Anschluss an die Konvention für die Zukunft der EU stattfindenden Regierungskonferenz eingeladen. Vertreter der türkischen Regierung und Abgeordnete hatten bereits der Konvention, die im Februar 2002 ihre Arbeiten aufgenommen hatte, mit originellen und konstruktiven Beiträgen in aktiver Form ihre Mitarbeit angeboten. Eine Einladung der Türkei zu dieser Konferenz ist ein weiterer Hinweis auf die Bedeutung der türkischen Beiträge hinsichtlich der Diskussionen um die Zukunft Europas und zeigt, dass dies auch von der EU

akzeptiert worden ist; außerdem weist dieses Verhalten darauf hin, dass die Türkei in Zukunft als ein Teil Europas angesehen werden wird. Diese Entscheidung wurde seitens der türkischen Öffentlichkeit sehr positiv aufgenommen und hat zu einer weiteren Unterstützung und Förderung des Reformprozesses in der Türkei beigetragen.

Zusätzlich zu all den von mir hier aufgezählten Entwicklungen haben bei den Begegnungen, die in letzter Zeit auf hoher Ebene von Ministerpräsidenten und Außenministern stattgefunden haben, die Vertreter der EU-Mitgliedsländer hinsichtlich einer Mitgliedsperspektive für die Türkei äußerst positive Gedanken und Überzeugungen zum Ausdruck gebracht.

In den letzten Unterredungen, die der Kommissar für die EU-Erweiterung, Verheugen, mit dem türkischen Außenminister im Rahmen des Partnerschaftsrates führte, kam zum Ausdruck, dass in dem Fall, in dem die Türkei die politischen Kriterien besonders hinsichtlich der Gesetzeslage bis zum Ende des Jahres 2003 zur Erfüllung bringen würde, im Anschluss an eine gewisse Periode der Beobachtung in Bezug auf deren Umsetzung in die Praxis im Verlaufe des Jahres 2004 eine Eröffnung von Beitrittsverhandlungen zur weiteren Bewertung herangezogen werden könne. Sollten im Jahre 2005 die Beitrittsverhandlungen wirklich in Gang gesetzt worden seien, dann könne je nach dem Leistungsstand der Türkei dieser Prozess von längerer oder kürzerer Dauer sein. Dieses Vorgehen wurde seitens der Kommission zum ersten Mal zur Sprache gebracht und wurde von türkischer Seite als ein realistisches Verhalten dahingehend bewertet, die von der Türkei gezeigten Bemühungen in die richtigen Bahnen zu lenken.

Natürlich ist es nicht möglich, den genauen Zeitpunkt zu bestimmen, an dem die Türkei in die Vollmitgliedschaft der EU aufgenommen wird. Wichtig ist aber die zur Sprache gebrachte Veränderung seitens unserer EU-Ansprechpartner. Während früher die Möglichkeit, ob die Türkei überhaupt Mitglied der EU werden könne oder nicht, diskutiert wurde, wird jetzt darüber gesprochen, zu welchem Zeitpunkt diese Zulassung zur Mitgliedschaft verwirklicht werden kann. Die Beziehungen zwischen der Türkei und der EU sind nicht mehr mit fraglichen Hypotheken belastet, sondern konzentrieren sich mehr und mehr auf eine Zusammenarbeit. Die seit Dezember

1999 bis heute zu verzeichnenden Entwicklungen haben die Türkei an einem Punkt anlangen lassen, an dem die Mitgliedschaft nicht mehr sehr weit entfernt ist; die Entwicklungen schreiten mit einer Geschwindigkeit fort, die das Erreichen einer entscheidenden Stufe in naher Zukunft verspricht. Unser vorrangiges Ziel in diesem Prozess ist es, die Beitrittsverhandlungen für die Türkei spätestens zu Ende des Jahres 2004 eröffnen zu können.

Für die Türkei ist eine Vollmitgliedschaft in der EU das wichtigste Mittel zur Realisierung eines bedeutenden gesellschaftlichen Umwälzungsprojektes, nämlich die von ihr selbst gesteckten Ziele zu erreichen und die Bevölkerung auf das ihr zustehende Zivilisationsniveau zu heben. Die auf dem Wege der Mitgliedschaft auf jedem Gebiet in Gang zu setzenden Reformen werden zu einer Erhöhung des Lebensstandards des Einzelnen beitragen und des weiteren die Wirtschaftskraft, den Respekt und die Sicherheit unseres Landes erhöhen.

Die Türkei ist sich der Vorteile bewusst, die ihr eine Mitgliedschaft in der EU bietet. Aus diesem Grunde ist sie fest entschlossen und im Besitz der erforderlichen Fähigkeiten, die ihr auf dem Wege der Mitgliedschaft in die EU zufallenden Verpflichtungen zur Gänze zu erfüllen.

Auf der bis heute erreichten Stufe ist es das Ziel der Türkei, wie ich bereits vorher ausgeführt habe, die positiven Entwicklungen in unserem Lande der Kommission in der erforderlichen Weise zu vermitteln, auf dass sie im Entwicklungsbericht der Kommission für das Jahr 2003 ihren Niederschlag finden, und dafür zu sorgen, dass die Entscheidung hinsichtlich der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen im Anschluss an die im Jahre 2004 zu erfolgende endgültige Bewertung spätestens zu Ende des gleichen Jahres getroffen werden wird.

In diesem Zusammenhang hat die Türkei zwecks Übereinstimmung mit den auf dem Gipfel von Kopenhagen formulierten politischen Kriterien, die als eine Vorbedingung für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen gelten, bis heute umfassende Verfassungsänderungen durchgeführt, die eine Stärkung der Grundrechte und –freiheiten, der Demokratie, der Überlegenheit des Rechts, der Menschenrechte, des Schutzes der Minderheiten und der gegenseitigen Respektierung mit sich brachten und die erwähnten Einrichtungen unter ihren Schutz stellten; außerdem wurde ein

neues Zivilgesetz verabschiedet und in der Form von umfassenden Neuerungen 6 Harmonisierungspakete verabschiedet. Ende November 2002 wurde der Ausnahmezustand in allen Provinzen der Türkei vollständig aufgehoben. Die Türkei hat damit ihren Mut, diese Schritte in einer Zeit zu vollziehen, in der in einigen Demokratien aus Gründen der inneren Sicherheit die Grundrechte und –freiheiten einer Beschränkung unterworfen worden sind, an den Tag gelegt.

Auf der anderen Seite wurden hinsichtlich der politischen Kriterien mehrere internationale Verträge und Abkommen unterzeichnet oder ratifiziert. Auch wurden Arbeiten in Gang gesetzt, die verwirklichten Reformen in geeigneter Weise umzusetzen. Teile der Exekutive unterwarfen sich einer zusätzlichen Ausbildung zu Themen der Menschenrechte; besonders Richter und Staatsanwälte nahmen an umfangreichen zusätzlichen Ausbildungsprogrammen, die vom Europäischen Gerichtshof und der Europäischen Menschenrechtskommission gesteuert wurden, teil. In der Türkischen Großen Nationalversammlung wurde zwecks noch effektiverer Arbeitsergebnisse hinsichtlich der Harmonierungsgesetze eine EU-Harmonisierungskommission eingerichtet.

Darüber hinaus hat die türkische Regierung im 1. Gesetzesjahr der 22.Regierungsperiode der Türkischen Großen Nationalversammlung , mit anderen Worten bis zum Herbst 2003, erklärt, dass sie die auf dem Gipfel von Kopenhagen formulierten politischen Kriterien hinsichtlich ihrer Gesetzesübereinstimmung vollständig zu erfüllen gedenke. Desgleichen ist ausgehend von der Tatsache, dass eine Harmonisierung dieser politischen Kriterien nicht nur auf der Gesetzesebene zu erfolgen hat, die Überzeugung formuliert worden, die Grundrechte und –freiheiten in einem Höchstmaße zu propagieren, das von „Null-Toleranz“ geprägte Vorgehen der Folter und der Misshandlung vollständig zu unterbinden und die Gesetzeslage in wirkungsvoller Weise zur Anwendung zu bringen.

Auf der anderen Seite wurde ein neues Nationales Regierungsprogramm erarbeitet, das die in dem seitens der EU am 14. April 2003 angenommenen neuen Partnerschaftsdokument niedergelegten Prioritäten hinsichtlich der Modalitäten und des Zeitraums ihrer Erfüllung sowie der finanziellen Quellen, aus denen diese zu speisen sind, in Übereinstimmung mit den seitens der EU der Türkei

vorgeschriebenen Bedingungen aufzeigt. In gewisser Hinsicht sind dieses neue Partnerschaftsdokument und das neue Nationale Regierungsprogramm als eine Art Wegbeschreibung aufzufassen, die den Prozess der Vereinigung zwischen der Türkei und der EU vorantreibt.

Zugleich sind in der Frage technischer Punkte, die außerhalb des politischen Spektrums stehen, Harmonisierungsbestrebungen mit der EU unter Führung des EU-Generalsekretariats im Gange, die 58 öffentliche Institutionen und Einrichtungen betreffen. Diese Arbeiten werden das Fundament für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen bilden.

Hinsichtlich einer weiteren Vorbedingung für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen, nämlich der Harmonisierung wirtschaftlicher Kriterien seitens der Türkei, wurden bereits wichtige Schritte in die Wege geleitet. Tatsächlich wurden bedeutende strukturelle Reformen realisiert, und in Folge der verabschiedeten Gesetze konnte die von der EU vorgeschriebene gesetzliche Infrastruktur zum großen Teil etabliert werden.

Aufgrund der Wirkung des in Gang gesetzten „Programms für den Übergang in eine gesunde Wirtschaft“ ist die Türkei in die Lage versetzt worden, die Regeln der freien Marktwirtschaft zu beherzigen. Ihre Wettbewerbsfähigkeit innerhalb der EU wurde durch ihre im Rahmen der Zollunion zur Schau gestellte Konkurrenzkraft bewiesen.

Die von mir hier skizzierten Bemühungen der Türkei hinsichtlich ihrer angestrebten Vereinigung mit der EU haben zu einem großartigen Umwälzungsprozess geführt. Die Türkei übertrifft sich mit diesem ihrem schnellen Vorwärtskommen tatsächlich selbst. Wir sind gern bereit, zu glauben, dass die EU diese Tatsache zur Kenntnis nehmen und in dem Maße, in dem es die angewandten Kriterien erfordern, auch auf der Stufe der Entscheidung im Anschluss an eine Bewertung ihre Bereitschaft zur Objektivität und zu einem gerechten Vorgehen an den Tag legen wird, so dass die Türkei davon ausgehen kann, ohne Unterschied wie die anderen Kandidatenländer behandelt zu werden. Ein Teil der türkischen Öffentlichkeit hat nämlich die Frage aufgeworfen, ob die Türkei, die zu den ältesten Partnern der EU gehört und in den Jahren des Kalten Krieges für die Sicherheit Europas eine Hauptrolle gespielt hat, in den 90er Jahren einer Gleichbehandlung mit den anderen Kandidatenländern

hinsichtlich der Aufnahme in die EU unterworfen wurde oder nicht. Es werden Beweise vorgebracht, nach denen den anderen Kandidaten konstruktiver und mit mehr Toleranz begegnet worden ist; einige Länder wurden sogar zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen eingeladen, obwohl der Prozess der Einführung demokratischer Reformen bei ihnen noch längst nicht zu einem Abschluss gekommen war. Vorfälle solcher Art, d.h. die Aufnahme von Verhandlungen vor Abschluss der vollständigen Erfüllung der politischen Kriterien, müssen eigentlich in den Kommissionsberichten, die nach der Aufnahme von Verhandlungen hinsichtlich der anderen Kandidatenländer angefertigt werden, festgehalten werden. Daneben fordert die Türkei für sich aber keine besondere Ausnahmebehandlung oder gar die Zuerkennung eines Sonderstatus; alles, was die Türkei will, ist eine gerechte Behandlung und die Verpflichtung zur Erfüllung gleicher Bedingungen.

Natürlich erfordert es eine gerechte Bewertung und die Herausarbeitung eines ebensolchen Ergebnisses, dass einige in Bezug auf die Türkei vorhandenen unsinnigen Vorurteile aufgegeben werden. Auch wenn Albert Einstein bereits formulierte, dass „es schwieriger sei, ein Vorurteil zu beseitigen, als ein Atom zu spalten“, so vertrauen wir doch darauf, dass unsere Freunde uns in dem Bemühen, ihnen die Wahrheit verständlich zu machen, unterstützen werden.

Ansichten, die sich gegen eine Aufnahme der Türkei in die EU aussprechen, können im Wesentlichen in den untenstehenden Behauptungen zusammengefasst werden:

- „Es gibt kulturelle und historische Unterschiede zwischen der Türkei und Europa“.
- „Die Türkei befindet sich außerhalb der geographischen Grenzen Europas“.
- „Im Falle einer Mitgliedschaft der Türkei erstrecken sich die Grenzen Europas bis an den Iran, den Irak und Syrien“.
- „Im Falle einer Mitgliedschaft der Türkei würden Millionen türkischer Staatsbürger nach Europa auswandern“.

Ich denke, dass wir diesen Behauptungen in folgender Weise begegnen können:

Die Ansicht, es bestünde eine Trennung zwischen türkischer und europäischer Kultur, die sich nicht überwinden ließe, steht im Widerspruch zu einer Grundphilosophie der EU, die darauf abzielt, zeitgenössische Werte zum Kern ihrer

Vereinigung zu machen. Außerdem steht für die Türkei, die sich seit nunmehr 80 Jahren eine zeitgenössische Kultur und Lebensform angeeignet hat und diese auch in der Praxis zur Anwendung bringt, das Vorbringen einer solchen Auffassung im Widerspruch zu den Tatsachen.

Im Verlaufe der Geschichte waren die Grenzen Europas ständigen Veränderungen unterworfen. Selbst eine Grenzziehung innerhalb der EU ist bis heute noch nicht vollständig abgeschlossen. Bis heute sind alle Erweiterungsprozesse, die sich innerhalb der Union vollzogen haben, nicht aus geographischen, sondern aus politischen Gegebenheiten erfolgt. Im Rahmen der bereits eingerichteten EU-Vorschriften wurden als Bedingung für eine Aufnahme in die Gemeinschaft die Kopenhagen-Kriterien definiert.

Geographisch gesehen ist die Türkei ein Teil Europas; sie ist von allen europäischen Institutionen, deren Mitglied sie ist, und selbst bei der EU registriert worden.

Als die Gründer der EU, Robert Schuman und Jean Monnet, die Grundlagen für den Vertrag von Rom ausarbeiteten, haben sie keinerlei geographische Grenzen definiert, sondern sich für den Aufbau eines geeinten Europa in Frieden und Stabilität auf gemeinsame Werte und Gedanken gestützt. Der von der EU gefasste historische Beschluss einer offiziellen Zuerkennung eines Kandidatenstatus an die Türkei auf dem Gipfeltreffen von Helsinki hat gezeigt, dass die Grenzen Europas nicht auf geographischen oder kulturellen Bezeichnungen beruhen, sondern auf der Basis gemeinsamer Werte ausgearbeitet wurden.

Wenn man eine unbedingte geographische Grenze für Europa setzen wollte, dann verläuft diese auf jeden Fall östlich der Türkei. Die als Mitglied der EU aufzunehmende Insel Zypern – die ja auch nur 40 Meilen von den Küsten der Türkei entfernt liegt – befindet sich zu einem großen Teil östlich des Territoriums der Türkei und ist ein weiteres Beispiel dafür, wie das Argument, die Türkei dürfe aufgrund ihrer geographischen Gegebenheiten nicht Mitglied der EU werden, entkräftet werden kann.

Es ist falsch, zu glauben, die EU würde in dem Fall, in dem sie ein unmittelbarer Nachbar der nahöstlichen Region wäre, unter den Einfluss dieser regionalen

Instabilität geraten. In einer globalisierten Welt sind alle Ereignisse, die sich in den anderen Regionen, egal ob nah oder fern, abspielen, von unmittelbarem Einfluss auf Europa geworden. Die Türkei ist durch ihre Mitgliedschaft in der NATO eigentlich schon seit langem ein Nachbar Europas.

Eine Mitgliedschaft der Türkei in der EU wird die Gemeinschaft in politischer Hinsicht näher an diese unsere Region heranführen, wodurch es der Gemeinschaft erleichtert wird, durch die Vermittlung der Türkei einen Beitrag zu Frieden und Stabilität in dieser Region zu leisten. Auf diese Weise kann das Risiko, das durch die Entwicklungen im Nahen Osten für die Sicherheit Europas besteht, vermindert werden.

Diese unsere Region ist der Ausgangspunkt der Zivilisation, die Wiege der drei großen monotheistischen Religionen und der Welt wichtigste Energieressource. Mit den Beiträgen, die die Türkei durch ihre besondere Identität und ihre Stellung zu leisten in der Lage ist, können die Länder der Region für die nächsten 20-30 Jahre demokratische, soziale und wirtschaftliche Entwicklungen verbuchen, die bemerkenswert sein werden; die Tatsache einer Nachbarschaft zur EU für diese Region auf dem Wege der Mitgliedschaft der Türkei ist der wichtigste Nutzen, den unsere Mitgliedschaft für die Union bieten kann.

Die demographische Größe der Türkei stellt kein Problem in dem Maße dar, wie es immer behauptet wird. Die jetzt mehr als 65 Millionen Menschen betragende Bevölkerung der Türkei wird in 20-25 Jahren 80-85 Millionen erreichen und sich auf dieser Grenze einpendeln. In einer EU, in der die Bevölkerung zusammen mit den Balkanländern etwa 600 Millionen Menschen beträgt, machen 65 Millionen nur etwas mehr als ein Zehntel davon aus und können so rein rechnerisch als eine Minderheit vernachlässigt werden.

Auf der anderen Seite ist es eine historische Tatsache, dass die Türken es traditionellerweise vorzogen, auf ihrem eigenen Territorium zu leben. Die Wahrscheinlichkeit, dass die Türken bei Erreichen eines Mindest-Lebensstandards ihr eigenes Land verlassen und in ein anderes übersiedeln, ist sehr gering. Die gleichen Ansichten wurden vorgebracht, als die wirtschaftlich schwachen Länder Griechenland, Spanien und Portugal der EU beitraten; es hat sich jedoch

herausgestellt, dass diese Art Behauptungen nicht zutreffen.
Wie wir sehen, sind die gegen die Türkei vorgebrachten Einwände unangebracht und übertrieben. Hier fällt mir der Ausspruch von Talleyrand „Alles Übertriebene ist unbedeutend“ ein. Damit werden alle bis jetzt vorgebrachten künstlichen Hindernisse wie Unterschiede in der Religion, geographische Position oder Bevölkerungszahl, die die Öffentlichkeit der Mitgliedsländer anstelle der tatsächlichen Realitäten beschäftigen, von selbst zunichte gemacht.

Die Türkei und die EU verbinden gemeinsame strategische, politische und wirtschaftliche Interessen; auch haben sie die gleichen zeitgenössischen Werte verinnerlicht. Allen voran die Irak-Krise, aber auch andere internationale und regionale Entwicklungen haben gezeigt, dass die gegenseitigen Erfordernisse und Beziehungen die Türkei und die EU noch enger miteinander verbunden haben.

Um die Mitgliedschaft der Türkei in der erforderlichen Weise bewerten zu können, möchte ich in diesem Zusammenhang hier einige Ansichten und Überlegungen anführen, die die von der Türkei zu erbringenden Beiträge für die EU in einem Umfeld des globalen Wettbewerbs hinsichtlich der strategischen Gewichtung und der wirtschaftlichen Dynamik leisten können. Ich bin der Meinung, dass diese Ansichten für die Aufklärung der Öffentlichkeit der Mitgliedsländer von großem Nutzen sein werden.

In diesem Rahmen ist es zuerst vonnöten, dass die EU, die heute ihre Gründungsperiode zu einem Abschluss gebracht hat und sich am Beginn eines Reifungsprozesses befindet, zwecks Überwindung dieser Schwelle eine einflussreiche Stellung, die die internationale Konjunktur zu formen vermag, einnehmen muss; zu diesem Zweck hat sie sich der Tatsache bewusst zu werden, dass für die Übernahme einer Rolle als globaler Akteur auf politischem und wirtschaftlichen Feld eine bestimmte Kapazität erforderlich ist.

Die Türkei vermag als Vollmitglied der EU einen Beitrag zu leisten zu einem Prozess der Neustrukturierung sowohl Europas als auch der globalen Gleichgewichte. In der Stellung eines Modellstaates, der den Laizismus, die Demokratie und die Überlegenheit des Rechts verinnerlicht hat, kann sie unterstützend bei der

Ausbreitung und Stärkung europäischer Werte tätig sein. Die Mitgliedschaft eines muslimischen Landes in der EU stärkt das Argument einer kulturellen Vielfalt, die das Wesen der Union ausmacht.

Gewisse Kreise versuchen, den 11. September als Vorbote für einen „Krieg der Zivilisationen und Religionen“ zu deuten. Eine Auseinandersetzung zwischen Religionen ist vermeidbar; die eigentliche Auseinandersetzung findet zwischen denjenigen statt, die universelle Werte verinnerlicht haben und denjenigen, die diese Werte nicht akzeptieren. So wie unter denjenigen, die diese universellen Werte angenommen haben, Christen, Juden und Muslime vertreten sind, so finden sich auch an der Gegenfront Angehörige dieser Religionen zur Auseinandersetzung bereit. In diesem Zusammenhang ist der beste Beweis für ein Zusammenleben von Christen und Muslimen, die die gleichen zeitgenössischen Werte als ihr Fundament nehmen, innerhalb der gleichen politischen und wirtschaftlichen Union die Vollmitgliedschaft der Türkei, die mit ihrem laizistischen und demokratischen System ein Modell für die islamische Welt darstellt und so kulturelle Unterschiede überwinden und den Islam mit der Moderne versöhnen kann.

Bei den Gesprächen, die der Partnerschaftsrat im April 2003 geführt hat, hat der für die Erweiterung zuständige Kommissar Verheugen auf die wichtige Rolle hingewiesen, die die Türkei zusätzlich zu ihrer strategischen Stellung und ihrem wirtschaftlichen Potential hinsichtlich der Verhinderung einer in unserem Jahrhundert als das wichtigste Problem geltenden Auseinandersetzung zwischen den islamischen Ländern und dem Westen für die EU spielen kann.

Eine Mitgliedschaft der Türkei in der EU, die einen Übergang der Union von der Regionalität in die Universalität bedeutet, wird auch die Sicherheit der Union sowie ihre politische Stabilität erhöhen und ihre strategischen Möglichkeiten verbessern.

Tatsächlich wird die Türkei, die sich im Zentrum solch kritischer Regionen wie dem östlichen Mittelmeer, den Balkanländern, dem Schwarzen und dem Kaspischen Meer sowie dem Nahen Osten befindet, der EU dazu verhelfen, ihr Dasein als einer in sich geschlossenen regionalen Organisation mit eingeschränkter globaler Wirkung und strategischer Tiefe, die an den Grenzen der Mitgliedsländer endet, zu beenden; in diesem Zusammenhang wird die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik

durch eine Beteiligung der über eine besondere geopolitische Stellung und über ein großes Potenzial verfügenden Türkei noch gestärkt werden. Risiken und Bedrohungen wie ethnische und regionale Streitigkeiten, Migrationsbewegungen, Terrorismus, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit können mit Hilfe der EU in zuverlässigerer Weise bekämpft werden, wobei der Nachdruck hier auf der Ausarbeitung von Lösungsmöglichkeiten liegt. Kurz gesagt, kann die Türkei hinsichtlich der Formierung der internationalen Konjunktur durch die EU in Form der Übernahme einer aktiven Rolle einen nicht zu vernachlässigenden Beitrag leisten.

Ich möchte hier noch kurz auf die wirtschaftliche Dimension einer Mitgliedschaft der Türkei in der EU eingehen.

Ausgehend von den vorhandenen Daten, wird sich die Bevölkerung der Türkei nach 20-25 Jahren auf etwa 80-85 Millionen Menschen einpendeln, wobei die untere Grenze des Pro-Kopf-Einkommens nach neuesten Schätzungen bei mehr als 10.000 US-$ liegen wird. Mit anderen Worten gesagt bedeutet das, dass die Türkei innerhalb Europas die Rolle eines jungen, dynamischen, schnell wachsenden Marktes einnehmen wird.

Die türkische Wirtschaft verfügt über im äußersten Grade belastbare und dynamische Strukturen, obwohl dies für Außenseiter meist nicht einsichtig ist; dennoch wird dies auch immer wieder von Wirtschaftswissenschaftlern mit Verwunderung zur Kenntnis genommen. Trotz der aufeinander folgenden Erdbeben-Katastrophen und der großen Krise auf dem Finanzsektor hat die türkische Wirtschaft es vermocht, sich innerhalb von nur zwei Jahren wieder zu erholen und das Jahr 2002 mit einem Wachstum von mehr als 8% abzuschließen.

Mit Fremdinvestitionen, die im Anschluss an eine Mitgliedschaft noch steigen werden, sowie mit der entsprechenden Infrastruktur, die der der EU angepasst sein wird, vermag die Türkei zu einer Erhöhung der Wirtschaftskraft der EU beizutragen.

Die Türkei ist mit ihren Energie-, Verkehrs- und Kommunikationsnetzen in einer Schlüsselposition hinsichtlich ihrer Anbindung an Osteuropa. In der von ihr bewohnten geographischen Region beansprucht sie die führende Stellung im

Außenhandel; sie hat umfassende wirtschaftliche Beziehungen zu Zentralasien, der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit der Schwarzmeer-Anrainerstaaten und zu den Mitgliedsländern der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit etabliert. Aufgrund dessen vermag die Türkei eine Öffnung der EU zu diesen Märkten hin zu bewirken und spielt eine entscheidende Rolle bei der Beschaffung der für Europa so lebenswichtigen Rohstoffe und Importe.

Die gewaltige Leistung, die die Türkei bei der Anpassung an EU-Normen bis heute an den Tag gelegt hat und die viele in Erstaunen versetzt, beweist, dass bei einer Aufnahme von Mitgliedsverhandlungen die Türkei in der Lage sein wird, die für eine Mitgliedschaft gebotenen Erfordernisse sehr rasch in die Tat umzusetzen.

Desgleichen hat die Tatsache der im Jahre 1996 zwischen der Türkei und der EU abgeschlossenen Zollunion, die ohne eine größere Unterstützung mit Ressourcen seitens der EU geschah, das konkreteste Beispiel für die Anpassungsfähigkeit der türkischen Wirtschaft gegeben.

Unsere Mitgliedschaft in der EU wird von allen bisherigen Regierungen des Landes, von der Großen Türkischen Nationalversammlung mit ihren Regierungs- und Oppositionsparteien, einen großen Teil unserer anderen politischen Parteien, allen Nichtregierungs-Organisationen und der großen Mehrheit des türkischen Volkes unterstützt; in diesem Ansinnen bildet die Nation eine Einheit. Für uns bedeutet die Mitgliedschaft in der EU zeitgenössische Werte und die Erreichung des höchstmöglichen Lebensstandards; diese Mitgliedschaft bedeutet für uns die Verwirklichung des wichtigsten gesellschaftlichen und zivilisatorischen Projektes, das schon von Atatürk als die „Erhebung auf eine zeitgenössische Stufe der Zivilisation“ gepriesen wurde.

Unsere Regierung vertritt den entschiedenen Standpunkt, hinsichtlich einer Mitgliedschaft der Türkei in der EU die Verhandlungen so bald als möglich beginnen zu lassen. Dieses Ziel rührt aus der historischen Entwicklung der Türkei, der Gründungsphilosophie unserer laizistischen und demokratischen Republik und ihren Grundeinstellungen her.

Die EU wird mit ihrer Entscheidung, Beitrittsverhandlungen mit der Türkei zu beginnen, um von einer auf dem europäischen Kontinent in der Vergangenheit zu beobachten gewesenen Spaltung nicht zu neuen, noch gefährlicheren Auseinandersetzungen abzugleiten, einen gesunden Menschenverstand beweisen; dies wird dazu beitragen, dass die von ihr verfochtenen Werte sich auch in den anderen Regionen der Welt verbreiten werden. Hinsichtlich der Schaffung einer neuen europäischen Vision in Bezug auf den Erweiterungsprozess, dem auch die Türkei angehören wird, ist es klar, dass sie die Rolle des Katalysators übernimmt. Eine mit der EU vereinte Türkei muss bei der Verhinderung politischer oder kultureller Gegensätze und der Aussöhnung zwischen den Zivilisationen, die sich anstelle eines Zusammenstoßes zwischen den Zivilisationen einstellen wird, eine unverzichtbare Rolle einnehmen; dies wird ohne Zweifel in großem Maßstab zur Errichtung von Frieden, Stabilität, Sicherheit und Wohlstand beitragen.

Ich bin überzeugt davon, dass in einer Zeit, in der hinsichtlich des Prozesses einer Vollmitgliedschaft eine wichtige Stufe erreicht worden ist, die Türkei in Bezug auf das Zustandekommen eines Resultates, das den gemeinsamen Interessen und Zielen dient, alle Möglichkeiten, die sich uns und unseren gemeinsamen Freunden darbieten, auf die beste verfügbare Weise einer Bewertung unterziehen wird.

Die Türkei-EU-Beziehungen in der Entscheidungsphase

Paulina LAMPSA
Beraterin vom Außenminister Papandreou, Athen

Bezugnehmend auf die Beziehungen Türkei-EU möchte ich zum Ausdruck bringen, dass die vor uns liegenden 18 Monate ein kritisches Stadium hinsichtlich der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der EU darstellen. Wir haben eine Liste von Kriterien vor uns, die wir erfüllen müssen. Die praktische Durchsetzung der Posten auf dieser Liste scheint bisweilen schwierig und wenig erfolgversprechend zu sein, aber wie schon auf dem Gipfel von Thessaloniki betont wurde, wurden mit der Annahme des 6. Maßnahmenpaketes und der schrittweise erfolgten Durchsetzung des 7. Maßnahmenpaketes wichtige Schritte geleistet. Ich möchte hier zum Ausdruck bringen, dass für die Entscheidungsorgane der EU die Tatsache, nach der die Türkei die Philosophie der EU angenommen hat und bereit ist, auf allen Ebenen daran teilzuhaben, noch wichtiger als die Erfüllung dieser langen Liste von Kriterien ist. Auf diesen Punkt werde ich später noch eingehen. Jetzt möchte ich einige an Journalisten und Meinungsforscher häufig gestellte Fragen beantworten.

1. Warum unterstützt Griechenland einen Beitritt der Türkei zur EU?

Griechenland wünscht eine ausgeglichene Ausweitung der EU sowohl nach Osten als auch nach Süden hin zum Mittelmeer. Die Türkei wird deshalb von Griechenland als ein Brückenkopf gesehen, um die internationale Sicherheit, Zusammenarbeit und Entwicklung in diesem Erweiterungsprozess zu garantieren.

Diese Herangehensweise befindet sich in Übereinstimmung mit den Gründungsprinzipien der Union. Bereits Jean Monnet hat vorausgesehen, dass sich durch die gegenseitige Abhängigkeit der europäischen Länder auf wirtschaftlichem Gebiet nicht nur Reichtum, sondern auch ein langfristig andauernder Friedensprozess in Gang setzen lässt. Um dieses Ziel zu erreichen, sah er eine nicht

nur auf einen Ausgleich der Kräfte bedachte Union vor, sondern auch das Verhältnis von Mehrheit zu Minderheit, das durchaus in der Lage sein kann, ein ausgeglichenes Kräfteverhältnis herzustellen.

Aus diesem Grunde dient es den Interessen Griechenlands, wenn alle südosteuropäischen Länder einschließlich der Türkei Mitglied der EU sind.

Griechenland ist der Überzeugung, dass sehr viel zu gewinnen ist, wenn es ihr gelingen sollte, die EU davon zu überzeugen, die Türkei als ein Mitglied Europas zu akzeptieren, wodurch das Bild einer multikulturellen EU, in der verschiedene Religionen und Kulturen zusammenleben können, noch gestärkt würde. Das entspricht auch gleichzeitig dem Bild, das Griechenland von der EU hat.

Die Unterstützung, die Griechenland der Türkei in Bezug auf den Beitrittsprozess gewährt hat, bildete sich zeitgleich mit einer Änderung in der gegenüber den Nachbarn an den Tag gelegten Außenpolitik heraus. Die vorherrschende Überzeugung in der griechischen Außenpolitik hat sich von einer starren, national geprägten Sichtweise zu einer vielseitigen, nach Europa ausgerichteten Sicht gewandelt.

Der erste große Schritt im Hinblick auf die Türkei wurde am 6. März 1995 getan, als die Zollunion zwischen der EU und der Türkei unterzeichnet wurde. Der Umsetzung dieses Zollunions-Abkommens in die Praxis, am 1. Januar 1996, wurde von Griechenland, auch wenn es nicht alle Bedingungen akzeptierte, im Dezember 1995 zugestimmt.

Der zweite große Schritt war die Anerkennung einer europäischen Strategie im Hinblick auf die Türkei durch den Europarat in Cardiff. Wenn sich auch manche Kreise vorstellten, der Ausbruch der Imia-Kardak-Krise im Jahre 1996 könnte einen guten Grund abgeben, um sich gegen diese Strategie zu stellen, so hat doch auch die griechische Regierung diese Strategie bezüglich der Türkei innerhalb ihrer auf Europa ausgerichteten Sichtweise akzeptiert.

Der dritte Erfolgsschritt endete mit der Erklärung des Europarates auf dem Gipfel von Helsinki im Jahre 1999. Der Türkei wurde der gleiche Status wie den anderen Mitgliedskandidaten aus Mittel- und Osteuropa einschließlich Malta und Zypern

zuerkannt. Seit dieser Zeit hat sich Griechenland zu einem der wenigen Länder gewandelt, die eine Mitgliedschaft der Türkei in der EU offen unterstützen.

2. Ist eine Mitgliedschaft der Türkei in der EU ein realistisches Ziel?

Viele Türken glauben, dass aufgrund der Größe und der Bevölkerungsdichte des Landes Europa nicht ernsthaft eine Mitgliedschaft der Türkei in der EU wünscht. Offensichtlich wurde dabei vergessen, dass eine erweiterte EU sich sehr von der heutigen unterscheiden wird. Eine Union, die sich aus mehr als 25 Mitgliedsländern zusammensetzt, wird trotz der Tatsache, dass die Mechanismen dieser neuen europäischen Struktur noch gar nicht ausgereift und zum Abschluss gebracht worden sind, sehr unterschiedliche Funktionen wahrnehmen. Die im Oktober beginnende Regierungskonferenz wird einige Entscheidungen hinsichtlich der Struktur der Union in der Zukunft treffen. Diese neue Struktur Europas muss so beschaffen sein, dass sie einem Land wie der Türkei die Möglichkeit eröffnet, gegenseitige Interessen zu beachten. Sollte die Türkei die erforderlichen Kriterien zur Erfüllung bringen können, dann wird der Aufnahmeprozess in die EU weiterlaufen, so als ob er von einem Automatik-Piloten gesteuert würde. Das ist sehr wichtig, denn die EU-Kommission erfüllt ihre eigenen Verpflichtungen auch in der Weise. Auch die Türkei kann hierbei erfolgreich sein, denn sie hat den Beschluss, Mitglied in der EU werden zu wollen, selbst gefasst. Eine solche strategische Entscheidung muss mit den nationalen Interessen des Landes übereinstimmen; dies hat auch der Nationale Sicherheitsrat in letzter Zeit mehrmals betont.

3. Was können wir im Hinblick auf die von Griechenland bereits gesammelten europäischen Erfahrungen feststellen?

Anfangs waren wir nicht überzeugt davon, dass Griechenland es schaffen würde, die erforderlichen Kriterien zu erfüllen. Man war der Meinung, dass es zur Erreichung dieser Ziele politischer Führer wie Karamannis und Simitis bedürfe, die die politischen Kosten eines solchen Schrittes nicht scheuten. Gleichzeitig wurde trotz aller Unterschiede das Bedürfnis nach einem Bündnis aller politischen, wirtschaftlichen, militärischen und akademischen Kreise, die eine Mitgliedschaft Griechenlands in der EU unterstützen konnte, deutlich.

Die europäische Philosophie, von der ich vorher gesprochen hatte, hat uns bis jetzt folgendes gelehrt: Wenn ein Land die im Nachfolgenden angeführten drei Prinzipien akzeptiert, dann kann es seine Existenz innerhalb der EU auf eine konstruktive Weise fortsetzen:

1. Annahme eines teilweisen Verzichts auf eine Kontrolle über die nationale Souveränität.
2. Lernen, Konflikte auf friedlichem Wege in gegenseitiger Abstimmung zu lösen.
3. Ein ständiges Streben nach Ausgleich, ohne zu zeigen, dass man sich innerhalb eines Prozesses herabgewürdigt fühlt.

Auf diese Weise kann die Verinnerlichung einer neuen politischen Kultur, als die der Mitgliedsprozess gewertet werden muss, unserer Erfahrung nach verknüpft werden mit dem kollektiven Bemühen der Schaffung von konkreten Ergebnissen einer neuen Feststellung von Prioritäten. Desgleichen haben wir bemerkt, dass die EU keine Vereinigung darstellt, deren oberstes Ziel es ist, irgendein Land nur aufzunehmen und anschließend alles wie von selbst laufen zu lassen. Die EU ist ein Projekt, das sich immer noch fortsetzt und in dem jedes Mitglied dazu aufgerufen ist, seinen Beitrag zum Funktionieren, zur Verbesserung und zur Anpassung an neue Bedingungen zu leisten.

Europa neigt dazu, Erfahrungswerte nur mit Zahlen, Barometereinstellungen oder mit Gesetzesartikeln zu definieren. Aber die wichtigste Lektion, die man durch praktische Erfahrung lernt, ist der Versuch, die verschiedenen Prioritäten, die von früher 15 und jetzt 25 Ländern formuliert werden, nicht aus den Augen zu verlieren und dabei in den verschiedensten Themenbereichen einen täglichen Ausgleich herbeiführen zu können. Ich habe einige Zeit als Experte in der Europäischen Kommission gearbeitet, wobei der schwierigste Teil dieser Arbeit darin lag, die von beispielsweise einem Franzosen, einem Holländer, einem Schweden und einem Portugiesen geäußerten Ansichten zu verstehen und durch Toleranzbemühungen einen Ausgleich zu schaffen.

Wir beschweren uns über einen Mangel an Demokratie in der Union. Die europäische Erfahrung hat aber zu einer Verbesserung der demokratischen Institutionen in allen Mitgliedsländern geführt und in den betreffenden Ländern eine

unabhängige Zivilgesellschaft geschaffen. Griechenland hat während seines Beitrittsprozesses das erste Mal die große Macht seiner politischen Parteien verringert und der Zivilgesellschaft einen Platz eingeräumt.

4. Harmoniert ein Beitritt der Türkei zur EU mit den transatlantischen Beziehungen Europas?

Die Erweiterung der EU geschieht in einem neuen und internationalen Kontext. Dieser Kontext wurde durch die Ereignisse des 11. September in New York und Washington sowie durch die Tatsache des Krieges im Irak geprägt.

Die Ereignisse des 11. September haben in großem Maße zu einer Veränderung der Auffassung über die internationale Sicherheitslage geführt. Außerdem wurden Gefahren hinsichtlich einer neuen Spaltung auf der Basis von Religion, Kultur und geografischen Gegebenheiten heraufbeschworen.

Das Mittelmeer, eine Kreuzung der Zivilisationen, stellt für die gesamte westliche Welt eine wichtige Sicherheitszone dar. Neue internationale Bedingungen erfordern eine regionale Zusammenarbeit nicht nur auf den Gebieten der Sicherheit, der Wirtschaft und der Politik. Dieser Umstand eröffnet für die Türkei, für Griechenland und für Zypern neue Möglichkeiten. Der Prozess einer europäischen Erweiterung fördert die systematische regionale Zusammenarbeit und hilft bei der Erstellung eines institutionellen Rahmens. Eine regionale Zusammenarbeit erfordert die Einhaltung gewisser gemeinsamer Regeln, Mechanismen zur Beseitigung von Missverständnissen, das Vorhandensein des Gefühls, Teil einer Gemeinschaft mit breit aufgefächerten Werten zu sein. Ein Integrationsprozess der Türkei in die EU wird zu einer Erhöhung der Sicherheit in der Region beitragen und die regionale Zusammenarbeit fördern.

Was Zypern betrifft, so eröffnet sich heute damit eine Lösungsmöglichkeit für alle, die nicht wünschen, dass die Kluft zwischen den Kontinenten im Hinblick auf religiöse und ethnische Unterschiede und kulturelle Identitäten immer größer wird. Sollte ein Ausgleich geschaffen werden können, der die friedvolle Existenz beider Gemeinschaften aufgrund von geografischen Gegebenheiten sichert, dann wird Zypern für die gesamte Region ein Modell, ein leuchtendes Beispiel abgeben.

Zwecks Erreichen eines solchen europäisch-atlantischen Ziels für Griechenland und die Türkei, bei dem nicht allein die griechische oder nicht allein die türkische Seite profitieren wird, obliegt dem griechischen und auch dem türkischen Bevölkerungsteil Zyperns die Verpflichtung, eine gemeinsame Zusammenarbeit als ihr endgültiges Ziel zu formulieren.

Die Türkei-EU-Beziehungen in der Entscheidungsphase

Semih İDİZ
Akşam Zeitung, Ankara

Wenn wir die Lage allgemein betrachten, dann sehen wir, dass eine Mitgliedschaft der Türkei in der EU sowohl von türkischer als auch von europäischer Seite sehr ernst in Betracht gezogen werden muss. Diese unsere Tagungsrunde findet sowieso unter dem Titel „Die Beziehungen EU-Türkei auf Entscheidungsebene“ statt. Wenn wir von dieser Entscheidungsebene sprechen, dann meinen wir damit natürlich nicht, dass die Türkei schon morgen ein Mitglied der EU werden sollte, ich sehe das als eine mindestens zehnjährige Periode. Es ist aber so, dass eine Mitgliedschaft der Türkei in der EU nicht mehr nur akademischen Stellenwert hat, sondern tatsächlich bereits im Besitz reeller Züge ist. Das gilt sowohl für die Türkei als auch für Europa.

Wenn wir das Thema zuerst hinsichtlich der Lage in der Türkei betrachten, dann stellen wir fest, dass hinsichtlich dessen keine allgemeine Zufriedenheit herrscht. Bis heute ging es der Türkei sehr gut; die Politik des Staates war ausgerichtet auf eine Mitgliedschaft in der EU. Die Türkei machte hierbei einige Fortschritte, aber diese ihre Fortschritte schienen dennoch von nicht allzu großer Hoffnung begleitet zu sein. Aber als der bloße Vorschlag begann, sich in ein ernstes Vorhaben umzuwandeln, traten auch bestimmte Notwendigkeiten und Erfordernisse in den Vordergrund. Man hat verstanden, dass wir ohne das In-Gang-Setzen bestimmter Prozesse nicht am allgemeinen Geschehen teilhaben können. Ich weiß nicht, ob ich diese Erfordernisse als „statisch“ oder als „geheime Staatskräfte“ bezeichnen soll – wobei hier auch andere Definitionen möglich sind -, aber zweifellos enthalten sie eine Reihe von störenden Elementen.

Es darf nicht vergessen werden, dass die Türkei ein paternalistisch geprägter Staat ist. Der Individualismus hat in diesem Land keine Tradition. Abweichend von Europa, hat hier ein anderer historisch-soziologischer Prozess stattgefunden. Wir haben

eigentlich, als wir den Europäern vorhielten, dass „sie uns nicht aufnehmen würden, weil wir anders seien“, in gewisser Hinsicht auf indirektem Wege unsere Unterschiede zugegeben und bestätigt. Trotzdem hat sich hier ein 80 Jahre währender Prozess ereignet, dessen Wurzeln bis in die Tanzimat-Zeit vor etwa 150 Jahren zurückreichen. Vergessen wir nicht, dass die Türkei bereits im Jahre 1853 in ein gemeinsames, vereintes Europa der damaligen Zeit aufgenommen wurde und von daher seit diesem Jahr eigentlich als europäisch zu betrachten ist. Da sich aber an diesen Prozess eine dunkle Zeit anschloss, waren die Auswirkungen nicht allzu groß und weitreichend.

Diese “paternalistische Tradition“, von der ich gesprochen habe, ist dafür verantwortlich, dass die Türkei jetzt angesichts einiger theoretischer Begriffe auf verlorenem Posten steht. Wenn wir z.B. den Begriff „voluntär“ betrachten, dann hört es sich so an, als ob von einer Übertragung an andere Stellen die Rede sei. Das ist für eine Zentralregierung, die versucht, die Fäden fest in der Hand zu halten, kein leicht verdaulicher Brocken. Den dagegen geleisteten Widerstand können wir fast jeden Tag zur Kenntnis nehmen.

Aber die Hoffnung auf eine Mitgliedschaft in der EU hat in der Türkei eine Reihe von dynamischen Veränderungen bewirkt, die nicht geleugnet werden können. Das heißt, dass eine Hinwendung zur EU, die als das Rückgrat aller Dinge verstanden wird, immer noch trotz allem von großer Wichtigkeit ist. Mit anderen Worten zeigt sich hier, dass diese Hinwendung allgemeine Akzeptanz findet und auf jeder Ebene, langsam oder schneller, eine Umsetzung der Erfordernisse in die Tat wohl verstanden wurde.

Welche Stellung hat das Militär dabei? Das ist die Frage, die uns alle beschäftigt. Wie wird das Phänomen von den türkischen Streitkräften betrachtet? Was mich betrifft, so hege ich große Hoffnungen bezüglich der Streitkräfte. Als jemand, der einige gute Freunde und Bekannte im Militär hat, glaube ich nicht, dass trotz des Vorhandenseins gewisser Punkte des Widerstandes, die Streitkräfte große Schwierigkeiten haben werden, sich harmonisch in diesen Prozess einzufügen. Objektiv betrachtet verfügen wir über ein kosmopolitisches Streitkräftepotenzial, das sich sehr wohl in die Traditionen der NATO einfügt. Die Türkei ist im Besitz einer

Armee, die multilingual ist, den Übergangsprozess ins Bürgertum abgeschlossen hat und von den Früchten der Moderne, an die wir alle glauben, Gebrauch machen will.

Natürlich gibt es gewisse empfindliche Berührungsebenen, denn es ist natürlich auf der anderen Seite auch eine Armee, die in einer gewissen Tradition steht. Es existiert sehr wohl die Befürchtung, ob man von diesen Traditionen etwas verlieren könnte. Aber ich glaube nicht, dass dies ein länger anhaltendes Problem darstellt. Für mich liegt das große Problem darin, dass die Bürokratie versuchen muss, sich den Veränderungen anzupassen. Die Streitkräfte können jedoch innerhalb ihrer militärischen Disziplin von selbst Anpassungen vornehmen. Für die Bürokratie kann man aber nicht das Gleiche sagen. Wir sehen, dass es für die Bürokratie große Schwierigkeiten bereitet, die schon in Gang gesetzten Reformen hinsichtlich einer Annäherung an die EU in die Praxis umzusetzen (oder nicht umzusetzen).

Zwischenzeitlich hat sich in der Türkei ein neues Phänomen gezeigt, nämlich das der Ablehnung einer EU-Mitgliedschaft. Da aber die Mitgliedschaft in der EU in begrifflicher Hinsicht auf die Ebene staatlicher Politik erhoben worden ist, können sich nicht alle, die der o.g. Meinung sind, frei äußern. Diese Kreise führen solche Begriffe wie z.B. eine „Ehrenmitgliedschaft“ an, die jedoch von inhaltlicher Seite her nicht allzu viel hergeben. Dabei geht man von dem Gedanken aus, dass wir „aufgrund unserer Ehre Mitglied werden können“. Die EU hat aber bereits 25 Mitgliedsstaaten, von denen wohl kein einziger in „unehrenhafter“ Weise aufgenommen worden ist. Unter diesem Aspekt betrachtet, sehe ich hinsichtlich einer Hinwendung zur EU für die Türkei weder eine wirkliche noch eine potenzielle „Unehrenhaftigkeit“. Was den Begriff der „Ehrenmitgliedschaft“ betrifft, so glaube ich, dass er nur erfunden wurde, um sich dahinter zu verstecken.

Naci Ak nc hat darauf hingewiesen, dass im Hinblick auf die Türkei in Europa einige Vorstellungen kursieren, von denen sich Europa langsam aber sicher verabschieden sollte. Ein solches Vorgehen ist unbedingt erforderlich, denn wenn wir uns heutzutage in Europa über die Türkei umhören, dann sehen wir, dass die über die Türkei vorhandenen Informationen fehlerhaft und unzureichend sind. Wir hegen natürlich auch manche irrige Vorstellungen, so z.B. die Überlegung, bei einer Mitgliedschaft der Türkei in der EU würde die Türkei gespalten werden.

Wenn es eines Beispieles bedarf, so können wir hier anführen, dass der Vorsitzende des Nationalen Sicherheitsrates, eines wichtigen staatlichen Organs, nur aus dem Grunde, weil ihm die für eine EU-Mitgliedschaft erforderlichen Bedingungen nicht passen, vom Regen in die Traufe gekommen ist, als er für die Türkei die Perspektive einer strategischen Zusammenarbeit mit dem Iran und Russland für die Zukunft vorhersah.

Wenn wir sowohl die aktuelle als auch die vergangene Geschichte der Türkei betrachten, dann sehen wir, dass die Beziehungen der Türkei zum Iran nach Ausbruch der islamischen Revolution in höchstem Maße diskutabel waren, und so haben in der Vergangenheit zahllose Vorsitzende des Nationalen Sicherheitsrates davor gewarnt, auf welche Weise das Land eine Bedrohung, sogar die größte, für die laizistische Ordnung der Türkei darstelle. Russland wurde von unseren Vorvätern als „der größte Feind der Türkei“ bezeichnet; jeder, der auch nur etwas historisches Wissen hat, weiß das.

In einer Zeit, in der mit den erwähnten Ländern ein Wettbewerb um den Kaukasus stattfindet, möchte ich persönlich gern wissen, welche Art vernünftiger „strategischer Beziehung“ man denn pflegen könne. Als dieser Terminus vorgebracht wurde, behauptete sein Urheber natürlich, falsch verstanden worden zu sein. Aber man kann das von ihm Gesagte drehen und wenden, wie man will, trotzdem wird nicht deutlich, auf welche Weise ein solcherart falsches Verstehen zustande gekommen sein könnte. Als Resultat werden wir mit einem Bild konfrontiert, in dem mit steigender Wichtigkeit einer Mitgliedschaft in der EU bei Vorhandensein einer Abneigung dagegen und bei gleichzeitigem Vorhandensein von vernünftigen Argumenten dagegen Begriffe vorgebracht werden, die unhaltbar und unwahrscheinlich sind.

Herr Ak nc hat schon zu Recht darauf hingewiesen, dass die von einigen europäischen Denkern hervorgebrachten Begriffe universeller Dimension auch in der Türkei in diesem Rahmen in die richtige Perspektive gerückt werden müssten. Das ist richtig und kann von niemandem angezweifelt werden. Aber auch wir müssen in der gleichen Weise vorgehen. Ich erinnere mich sehr gut an einen ehemaligen türkischen Kulturminister, der von sich gab, dass „er nicht an eine universelle Kultur glaube“, sondern für ihn „nur eine rein türkisch geprägte Kultur“ existiere. Dieser

Minister hieß Agah Oktay Güner. Er war einer der bedeutenden Abgeordneten der Mutterlandspartei, der von sich behauptete, sich der Sache des Beitrittes zur EU mit allen Kräften angenommen zu haben. Für mich gibt es kein schöneres Beispiel, die Verwirrung um die Begriffsbildung hinsichtlich der EU aufzuzeigen.

Der Prozess, den wir in der Türkei z. Zt. durchlaufen, will uns von einem Lokaldasein zur Universalität erheben. Wie wichtig auch für die Europäer der Übergang von einem „Lokaldasein“ zu einer global gefärbten Perspektive sein mag, so gilt das gleiche doch auch für die Türkei. D.h., dass auch wir uns von diesen unseren Irrvorstellungen befreien müssen, die Mitgliedschaft in der EU „wird uns teilen und dabei zerstören“. Ich betrachte dieses Thema hier bestimmt nicht zu einseitig, denn es existieren auch in der Türkei weite Kreise, die an ein reales Fundament des Begriffes „Mitgliedschaft in der EU“ glauben. Aber sie haben alle nicht nur den einen, bestimmten Grund, der sie an diese Mitgliedschaft glauben und für sie leben lässt.

Als Beispiel sehen wir, dass heute einige Kreise, die wir mit dem Begriff „religiös“ umschreiben, aus vielen verschiedenen Gründen eine Mitgliedschaft in der EU befürworten. Bereits früher gemachte Feststellungen haben gezeigt, dass eine europäische gefärbte laizistische Ordnung (wenn wir das französische Jakobinertum einmal beiseite lassen, weil sich dies in der Zeit von tiefgreifenden Umwälzungen ereignete) für die erwähnten Kreise eine Besserung im Vergleich zu den Verhältnissen, wie sie jetzt in der Türkei herrschen, bedeutet. Was die Kurden betrifft, so ist es sowieso klar, welche Erwartungen und Hoffnungen sie an eine Mitgliedschaft stellen. Die aufgeklärten Kreise der Türkei dagegen versprechen sich Verbesserungen hinsichtlich der Meinungsfreiheit. Arbeitslose wiederum haben andere Erwartungen, die mit ihrer derzeitigen Situation und ihrem nicht vorhandenen Broterwerb zu tun haben.

Kurz, jedermann hegt seine eigenen Erwartungen hinsichtlich einer Mitgliedschaft in der EU. Wir können hier auch nicht behaupten, dass in Bezug auf einige grundlegende Themen zwischen all diesen Kreisen eine hundertprozentige Übereinstimmung erzielt worden ist. So scheint es z.B. heute, dass auch die Partei für Gerechtigkeit und Fortschritt sich der Sache der EU angenommen hätte, aber hinsichtlich mancher Fragen plötzlich einen Rückzieher zu machen scheint, wenn sie

mit dem Gedanken einer Missionstätigkeit konfrontiert wird, bei der „morgen oder übermorgen ein Missionar vor der Tür stehen und Sie und Ihre Familie zum Übertritt ins Christentum einladen wird. Was werden Sie dann wohl dazu sagen?“ D.h., dass selbst bei denen, die als Anhänger für eine Mitgliedschaft in der EU gelten, doch bedeutende Unterschiede zu finden sind.

Trotz allem können wir nicht verneinen, dass es unter den o.g. Gruppen eine gemeinsame Anschauung hinsichtlich einer Mitgliedschaft der Türkei in der EU gibt. Das ist auch der Grund, weswegen wir im Moment eine groß angelegte Reformperiode durchlaufen.

Betrachten wir die nächstfolgende Stufe, dann wird ersichtlich, dass die Regierung bis zum Jahre 2004 gezwungen ist, die bis heute verwirklichten und in Zukunft noch zu verwirklichenden Reformen – die letzten dieser sich in Bearbeitung befindenden Reformen werden auch als das „7. Harmonisierungspaket“ bezeichnet – so schnell wie möglich durchzuführen. Der für die EU so wichtige Länderbericht wird im Oktober des Jahres 2004 erscheinen. Sollten wir in diesem Länderbericht, der jedes Jahr veröffentlicht wird, dieses Jahr in einem guten Licht erscheinen, dann haben wir sozusagen für das nächste Jahr schon vorgearbeitet. Auch die Regierung ist sich dessen bewusst und hat in sichtbarer Weise ihre Anstrengungen vergrößert, diese Harmonisierung mittels Anwendung voranzutreiben. Diese Entwicklung verläuft in äußerstem Grade positiv, wie wir alle bemerken können.

Unter Hinweis auf diese Entwicklungen, die in Europa mit Erstaunen zur Kenntnis genommen werden, möchte ich hier noch auf die europäischen Dimensionen eines Beitrittes eingehen. Wie ich bereits vorher ausgeführt habe, ist in dem Fall, in dem sich die Türkei den Gedanken eines Beitrittes tatsächlich zu eigen macht und die diesbezüglichen Erfordernisse sehr wohl zu verstehen in der Lage ist, Europa in Bezug auf sich selbst an einem historischen Wendepunkt anlangt.

Enver Ziya Karal, ein bedeutender türkischer Historiker, dessen Fachgebiet die Tanzimat-Periode darstellt, hat einmal von sich gegeben, dass der Begriff „der kranke Mann am Bosphorus“ zu jener Zeit maßgebend war. Mit anderen Worten können wir hier feststellen, dass es in der 2.Hälfte des 19.Jahrhunderts ein Problem in Europa hinsichtlich der Türkei gab. Aber aus der Äußerung Karals können wir auch

ablesen, dass gleichzeitig ein „europäisches Problem“ in der Türkei vorhanden war. D.h., dass unsere Beziehungen zu Europa noch nie in einer ruhigen Art und Weise verlaufen sind. Viele Dinge, die auf sozialem und politischem Gebiet aus Europa zu uns kamen, wurden zunächst einmal nicht akzeptiert. Aus diesem Grunde hat sich der Beitritt des Omanischen Reiches zur „Europäischen Vereinigung“ im Jahre 1853 nicht zum Vorteil entwickelt, weil sich, wie ich bereits ausgeführt habe, im Zuge dieser Angliederung gegen Europa gerichtete Strömungen in den Vordergrund schieben konnten und so eine dunkle Zeit heraufbeschworen.

Im Gegensatz dazu existiert aber auch ein Phänomen, das zur Gründung der Republik Türkei aufbauend auf von Europa übernommenem Gedankengut führte. Viele rechtliche Sachlagen in der Türkei, die heute seitens der EU als unzureichend angesehen werden, wurden aus Europa selbst übernommen. Von dieser Sicht her betrachtet ist es keine Frage, ob und inwiefern die Türkei neue und fremde Dinge akzeptiert, sondern wie sie die in Europa im Verlaufe eines bestimmten Prozesses verwirklichten Rechtsreformen mit Verzögerung realisiert und sich selbst auf eine Stufe mit dem zeitgenössischen Europa erheben kann.

In diesem Fall glaube ich, dass sowohl hinsichtlich Europas als auch hinsichtlich der Türkei der Begriff einer Mitgliedschaft in der EU wirklich verinnerlicht worden ist. Herr Verheugen bringt ja auch ständig vor, dass „Europa entscheiden müsse, was es mit der Türkei zu tun gedenke“. Indem er das sagt, erscheint es so, als ob es nicht genüge, dass die Türkei die Kriterien von Kopenhagen erfülle, sondern dass auch darüber hinausgehend noch eine weitere Entscheidung gefällt werden müsse. Er gibt damit vor, dass Europa auch in psychologischer Hinsicht eine Entscheidung darüber fällen solle, ob die Türkei Mitglied der EU werden sollte oder nicht. Ich persönlich glaube, dass darin ein Teil Wahrheit liegt.

Aber die EU hat insbesondere im Anschluss an den 11. September und an den Irak-Krieg noch besser verstanden, dass sie gezwungen ist, eine globale Vision zu entwickeln. Bis heute war die EU ein sehr introvertiertes Gebilde, das sich vor allem mit seiner eigenen Entwicklung und mit seinem eigenen Inneren beschäftige, ohne dem Phänomen einer globalen Verantwortung allzu große Bedeutung beizumessen. Aber um heute in den Rang einer kollektiven Macht aufzusteigen, ist es nötig, einer

gemeinsamen Außen- und Verteidigungspolitik eine gewisse Wichtigkeit zu verleihen; dies hat die EU sehr wohl zu verstehen begonnen. Innerhalb dieser Perspektive haben einige wichtige Kreise in Europa inzwischen begriffen, dass man die Existenz der Türkei als eine Notwendigkeit betrachten müsse und sie nicht außen vor lassen dürfe.

Wie Verheugen gesagt hat, ist Europa dabei, hinsichtlich der Türkei eine Entscheidung zu treffen. Sollte diese Entscheidung positiv ausfallen, dann ist sowieso alles in Ordnung; sollte sie aber negativ ausfallen, dann wird Europa trotzdem nicht das Problem der Türkei loswerden. Vielleicht wird es sogar in mehrfacher Weise auf Europa zurückwirken.

Kurz gesagt, befinden sich beide Seiten heute auf einer Stufe, auf der sie gewisse psychologische Entscheidungen treffen sollten. Hinsichtlich der Entwicklung sieht es so aus, als ob die Strategie der europäischen Globalplaner vorsehen würde, der Türkei entweder – wie von den Christdemokraten gefordert – einen besonderen Status zu verleihen oder aber sie als ein Vollmitglied in die Europäische Gemeinschaft aufzunehmen.

Diese Ansichten und Überlegungen müssen aber jetzt von oben nach unten gefiltert werden, denn so wie die Türkei gewisse irrige Vorstellungen aufzugeben gezwungen ist, so ist auch, Europa gezwungen, hinsichtlich der Türkei das Gleiche zu tun.